1-2/99 • DM 20 ISSN 0175-9485

# wir selbst

Zeitschrift für nationale Identität

# VERTREIBUNG

## Wiederkehr des Verdrängten



# wir selbst

*Zeitschrift für nationale Identität*

***wir selbst*** erscheint im Verlag S. Bublies, Postfach 168, 56001 Koblenz.

Einzelheft DM 10, Doppelheft DM 20 zuzüglich Versandkosten.
Abonnement für vier Ausgaben DM 46.-, Schülerabonnement (mit Bescheinigung der Schule) DM 36.-, jeweils inkl. Versand.
Österreich: Einzelheft öS 100, Jahresabonnement öS 400, jeweils inkl. Versandkosten.

**Bankverbindung:** Volksbank Mittelrhein e.G., Konto 14224386, BLZ 57090000; Postgiroamt Ludwigshafen, Konto 153 981-679, BLZ 54510067.

**Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:** Siegfried Bublies

**Redaktion**: Siegfried Bublies, Elfriede Fink, Hanno Borchert, Ulrich Behrenz

**Bisherige Autoren:** Herbert Ammon, Alfred Ardelt, Günter Bartsch, Thea Bauriedl, Alfons Benedikter, Josef Beuys, Frank Böckelmann, Charles Champetier, Konrad Buchwald, Paulus Buscher, Wolf Deinert, Hellmut Diwald, Peter Dudek, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Henning Eichberg, Hans Magnus Enzensberger, Siegmar Faust, Walter Flegel, Sigrid Früh, Roland Girtler, Herbert Gruhl, Sebastian Haffner, Jürgen Hatzenbichler, Eike Hennig, Theo Homann, Jens Jessen, Sascha Jung, Günter Kießling, Arno Klönne, Winfried Knörzer, Detlev Kühn, Bernd G. Längin, Jochen Löser, Hrvoje Lorkovic, Hans-Joachim Maaz, Günter Maschke, Alfred Mechtersheimer, Günther Nenning, Wolf Oschlies, Lothar Penz, Herbert Pilch, Sieghard Pohl, Lutz Rathenow, Martin Schmidt, Theodor Schweisfurth, Wolfgang Seiffert, Baldur Springmann, Wolfgang Strauss, Heinz-Siegfried Strelow, Rhea Thoenges, Wolfgang Venohr, Gerd Vonderach, Jean Ziegler, Dieter E. Zimmer u.v.a.

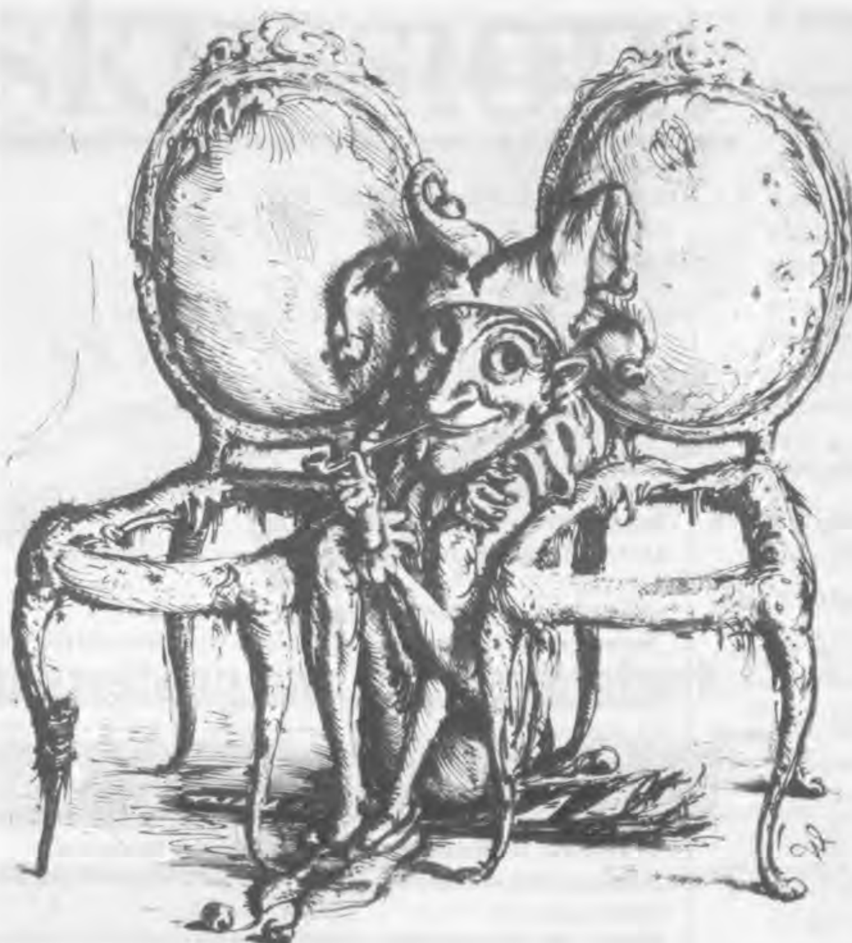


**Titelseite:**
Danzig 1945, Kosovo 1999

## Inhalt

„Links-nationale, informative und anspruchs-volle Zeit-schrift mit einem vielseitigen Themen- und Autoren-spektrum.“

„Komm mit“-Kalender 1999 über *wir selbst*



„Auch fast 20 Jahre nach der Gründung handelt es sich um einen der innovativ-sten und intelligente-sten Ansätze von rechts-außen.“

Jean Cremet in „Blick nach rechts“ 23/98 über *wir selbst*

## *Ja, ja, die Welt von lechts und rinks gesehen...*

# wir selbst

☐ **Abonnement**: Hiermit abonniere ich die Zeitschrift *„wir selbst“* zum Preis von DM 46 für vier Ausgaben; Schüler und Studenten (mit entsprechender Bescheinigung) zahlen DM 36, jeweils inklusive Versandkosten.
Sollte ich *„wir selbst“* nicht mehr lesen wollen, kann ich jederzeit kündigen. Bereits bezahlte Ausgaben werden noch zugestellt, eine Erstattung erfolgt nicht.

☐ ***„wir selbst“*-Förderabo**: Ich unterstütze das Projekt *„wir selbst“* mit einem Förderabo in Höhe von ☐ DM 100 ☐ DM 200 ☐ DM .........

☐ ***„wir selbst“*-Freundeskreis**: Ich möchte *„wir selbst“* weiterverbreiten und bestelle von dieser Ausgabe 10 Hefte zum ermäßigten Preis von DM 180.

Bitte einsenden an: *wir selbst*, Postfach 168, 56001 Koblenz

Name, Vorname: ..................................................................

Straße, Nr. ..................................................................

PLZ, Wohnort ..................................................................

Datum, Unterschrift ..................................................................

Gewünschte Zahlungsweise:

☐ durch Bankeinzug

Bankleitzahl.......................................

Kontonummer.......................................

Geldinstitut.......................................

☐ gegen Rechnung

☐ Scheck liegt bei

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich innerhalb einer Woche (Poststempel entscheidet) schriftlich widerrufen kann. Die Abobestellung ist nur gülig, wenn diese Vertrauensgarantie ebenfalls unterschrieben ist.

Datum, Unterschrift

.......................................

## Zu dieser Ausgabe

Flüchtlingszüge aus dem Kosovo prägen seit Wochen das Bild der europäischen Medien. Das Wort „Vertriebene“ in den Schlagzeilen verbindet sich, gerade auch in Deutschland, mit Wellen humanitärer Solidarität für die Opfer. Das sieht so elementar und einfach aus – und ist es doch nicht. Denn bei näherer Betrachtung rührt es an ein Tabu, das die westdeutsche Staatsideologie sorgsam aufgebaut hat, das Tabu der Vertreibungen von 1945/46.

Da ist es vielsagend, daß die Zeitschrift *wir selbst* einige Monate zuvor zum Thema Vertreibung ein Themenheft eingeplant hatte. Dabei gingen wir von folgenden Überlegungen aus:

1945/46 wurden 15.000.000 Menschen aus dem deutschen Osten nach Westen vertrieben. An die 3.000.000 fanden dabei den Tod. Aus ostdeutschen Ländern wurden polnische, tschechische, russische, litauische Provinzen. Dieses Geschehen war, wie sich im folgenden zeigte, nicht nur für die Betroffenen von Bedeutung.

Zum einen: Der gewaltsame Bevölkerungstransfer, eine der größten Vertreibungen der Weltgeschichte, diente seither als Modell für die „ethnische Säuberung“ ganzer Landstriche – und für die stillschweigende Duldung solcher Gewalttaten. Das setzte ein problematisches Zeichen für das Verhältnis zu Menschenrechten und Demokratie in der Welt.

Zum anderen: Mit dem Vorgang von 1945/46 geschah auch eine innere Westverschiebung Deutschlands. Das aus dem Osten stammende Viertel der westdeutschen Bevölkerung wurde von seinen ostdeutschen Bezügen entfremdet, und es wurde den Menschen eine westliche Identität zugemutet. Insofern erscheint die gelungene soziale Integration der Vertriebenen zugleich als eine Verlustgeschichte. Sie war auch eher ein Verlust als ein Gewinn für die osteuropäischen Völker, die zusammen mit den ostdeutschen Provinzen aus dem deutschen (und zentraleuropäischen) Blickwinkel verschwanden. Die Vertriebenenverbände spielten bei dieser Westverschiebung der deutschen Staatsperspektive eine problematische Rolle.

Bevor die Vertreibung in den neunziger Jahren zum Tabuthema wurde, wurde sie vielfach instrumentalisiert. Sie wurde benutzt zur Verstärkung des anti-östlichen Antikommunismus im Kalten Krieg, zur Einbindung der Vertriebenenklientel in die bürgerliche Wahl- und Blockpolitik, als Pressionsmittel und Handelsobjekt im zwischenstaatlichen Bereich, nicht zuletzt auch zur Aufrechnung der deutschen NS-Verbrechen.

Mit einer jungen Generation tauchen jedoch neue Fragen zum deutschen Osten auf – Fragen, die mehr und anderes sind als historische Erinnerung oder das Festhalten an Rechtsansprüchen.

- Was bedeutet für mich persönlich das östliche Deutschland heute – als Herkunft, als Zukunft...?
- Welche Bedeutung hat der deutsche Osten bzw. sein Verschwinden für die deutsche Identität?
- Was bedeutet die Vertreibung für die Menschenrechtssituation in der Welt von morgen?

Fragen, die weiterhin Aufmerksamkeit verdienen und die auch mit einem solchen Themenheft nicht erschöpfend beantwortet sind.

Als Forum zu Themen kultureller und politischer Identität sollen in *wir selbst* tabuisierte Themen quer zu den etablierten Lagergrenzen ins Gespräch gebracht werden. Innerhalb der säuberliche abgezäunten deutschen Presselandschaft gilt *wir selbst* als die Zeitschrift, in der Rechte und Linke miteinander uneinig werden können. Und doch: Mehr als andere Ausgaben ist dieses Heft nicht nur intellektuelle Auseinandersetzung. Gar manches geht auch emotional unter die Haut, berührt die eigene Lebensgeschichte, die eigene Identität ...

Zudem haben die Vertreibungen im Kosovo inzwischen für eine dramatische Aktualität gesorgt, die wir uns nicht gewünscht haben. Sie machen jedoch einige Pointen deutlicher als zuvor, um die man in Zukunft nicht herumkommen wird.

Was sagen die Vertreibungen über das Verhältnis von **Volk und Land**? Wie steht es mit der Rückkehr – der Kosovo-Albaner, der Bosnier, anderer...? Wodurch erwirbt ein Volk überhaupt Anspruch auf ein Gebiet? Und nach welchem Zeitraum ist er im Falle einer Vertreibung verwirkt?

Was sagen die Vertreibungen über das Verhältnis zwischen **Volk und Macht** in den politischen Systemen dieses Jahrhunderts? Und was über die Unterdrückung des kollektiven Gedächtnisses, der Geschichtlichkeit des Denkens? Was über die Manipulierbarkeit und das Mißbrauchen des Volkes? Und was über die Durchsetzbarkeit von Recht und über die Macht des Stärkeren?

Wie verhalten sich **Menschenrecht und Völkerrecht** zueinander? Und wie die Demokratie zum Selbstbestimmungsrecht der Völker?

Insgesamt geht es darum, der herrschenden Perspektivenverzerrung entgegenzuwirken. Die herrschenden Medien zeigen, wenn es um die Aktionen im Kosovo geht, vorzugsweise Diktatoren und andere Staatsführer, Militärsprecher und Kriegseinsätze. Das Volk ist zunehmend aus dem Bild gedrängt. Aber da sind die Vertriebenen. Der Opfer-Aspekt steht zwar nicht für die ganze Geschichte, aber das Bild ist brisant genug.

Der alternative Blick geht darum zurück zum Volk als dem Subjekt von Demokratie und Selbstbestimmung. Zu dem Vertriebenen von 1945/46, zum Tabu der westdeutschen Staatsräson, zur Subversion der historischen Erinnerung.

*Die Redaktion*

Henning Eichberg

# Verfassungspatriotismus heißt Krieg

## Über das deutsche Psychodrama im Kosovo und die Rechnung ohne das Volk

Der Balkankrieg hat deutsche Besonderheiten - als ein Krieg gegen die eigene Vergangenheit und als der Gründungskrieg für ein europäisches Reich, das von den Völkern absieht.

*Wer von den Völkern nicht reden will, wie kann der von Menschenrecht sprechen? Und umgekehrt: Wer von den Menschen nicht reden will, soll von den Völkern schweigen.*

*Art.15.1. Everyone has the right to nationality.*
*2. No one shall be arbitrarily deprived of his nationality nor denied the right to change his nationality.*
*Art.21.3 The will of the people shall be the basis of the authority of government.*
*Art .27.1. Everyone has the right freely to participate in the cultural life of the community.*
(Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948)

Zum ersten Mal seit 1939/41 geht wieder Krieg von Deutschland aus. An dem einen Punkt hat die serbische Kriegspropaganda auf bestürzende Weise recht: Der Serbienkrieg ist auch, und zwar wesentlich, ein deutscher Krieg.

Um den Skandal des deutschen Kriegs drücken sich die Rechten herum, ob sie nun den Krieg im NATO-Ton rechtfertigen oder ihn als „amerikanischen Krieg“ ablehnen. Und er ist erst recht ein Tabu für diejenigen Linken und Grünen, die den Krieg führen und verantworten.

### Menschenrecht und Völkerrecht

Das Tabu, das sich über den Krieg als einen deutschen Krieg legt, resultiert aus der westdeutschen Tradition, die Existenz von Volk und Völkern zu negieren. Es ist aber die Lebenswelt der Völker, von der her der Balkankrieg, das Drama der Vertreibung und die Frage der Selbstbestimmung der Völker in ihrem Zusammenhang verständlich werden – wenngleich auf eine andere Weise, als es die Kriegspropaganda der einen und der anderen Seite postulieren.

Menschenrecht ist, so stellt sich im Kosovo heraus, eine Völkerrechtsfrage. Menschenrecht schließt die Selbstbestimmung des Volkes und damit der Völker ein und ist damit **Volksrecht**. Menschen bilden Völker und andere Vergemeinschaftungsformen, von denen sogar in der eher westlich-individualistischen Ausgabe der Menschenrechte ausdrücklich die Rede ist. Die universelle Deklaration der Menschenrechte von 1948 spricht ausdrücklich vom Recht auf bzw. von *family* (Artikel 16), *association* (20), *community* (27, 29), *nationality* (15) und *people* (21). Völkerrecht ist also im wahrsten Sinne des Wortes Völker-Recht und eben nicht (nur) Staatenrecht. Wer von den Völkern nicht reden will, wie kann der von Menschenrecht sprechen?

Es gilt aber auch der umgekehrte Zusammenhang: **Wer von den Menschen nicht reden will, soll von den Völkern schweigen.** Jahrzehntelang hat z.B. die Neue Rechte ihren Hohn über die Menschenrechte ausgegossen. Darum sind die Proteste, die sich von dort her jetzt gegen den NATO-Krieg erheben, so unglaubwürdig. Wer gegen die Menschenrechte polemisiert, dessen Protest gegen den Bombenkrieg bekommt falsche Unter- und Obertöne. Er gerät damit, ob er es will oder nicht, an der Seite der serbischen Schlächter. Gegen den NATO-Krieg opponieren kann man nur von einer klaren Grundlage der Menschen- und Völkerrechte aus.

Darum ist allerdings die Berufung des Westens auf die Menschenrechte als Kriegsgrund fragwürdig. Ethnische Massaker gehen im türkischen Kurdistan vor sich, also im NATO-Bereich und mit Hilfe von nicht zuletzt deutschem Kriegsmaterial. Ethnozid richtet sich seit Jahrzehnten gegen das Volk von Tibet – und im gleichen Augenblick, da die amerikanischen Bomben im Balkan fielen, empfing man in Amerika chinesische Staatsrepräsentanten zwecks Ausbaus der wirtschaftlichen Beziehungen. In

Indonesien bahnen sich seit langem ethnische Massaker an, die durch die javanische Kolonisierung von unter anderem Neuguinea, Ost-Timor, den Molukken und anderen melanesischen Gebieten hervorgerufen werden; aber der Westen stützte stets die Militärdiktatur in Jakarta, war sie doch im kapitalistischen und antikommunistischen Sinne zuverlässig. Die westliche Berufung auf die Menschenrechte als Kriegsgrund auf dem Balkan ist Kriegspropaganda.

**„Kriegsmaschine“ und Menschen**

Die Sprache des Krieges ist aufschlußreich. *„Die serbische Kriegsmaschine zerschlagen“*, so definierte US-Präsident Clinton das Kriegsziel der westlichen Allianz (z.B. in seiner am 30.3. ausgestrahlten Rede). BRD-Außenminister Fischer und andere reden gleichlautend.

„Kriegsmaschine“? Armeen bestehen aus Menschen, auch die serbische. Krieg tötet Menschen, gerade auch der NATO-Bombenkrieg – und er soll es nach der Intention derer, die ihn führen. „Kriegsmaschine zerschlagen“ ist eine beschönigende Metapher, die versucht, den Blick von den Menschen weg und auf „Sachliches“ hinzulenken. Es ist die Sprache der Entfremdung, des entmenschlichten „Es“.

Dem entspricht die eigene Kriegspraxis der Westallianz. Die amerikanische High-Tech-Kriegsführung betreibt den Krieg als Computerspiel, als Töten am Schirm. Krieg ist hier Materialtest, so wie am Golf 1991, als es angeblich um die Selbstbestimmung von Kuwait ging. „Kriegsmaschine“, das entspricht zugleich der Praxis, keinen eigenen Soldaten zu opfern und die Konfrontation Mann gegen Mann zu vermeiden.

Das erinnert an den englisch-amerikanischen Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung 1944/45, als Dresden und andere Städte mit Phosphor abgefackelt wurden, sowie an die Atomschläge gegen Hiroshima und Nagasaki. Aber die entscheidende politische Erfahrung jenes Bombenkriegs hat man 1999 nicht mit in die Rechnung aufgenommen – daß nämlich der Bombenkrieg auf das betroffene Volk nicht die erwünschte Wirkung hat. Eher stärkte er stets das bekämpfte Regime. Das Verbindende von Dresden 1945 und Serbien 1999 ist, daß dem Denken der „Kriegsmaschine“ der Blick für die Menschen fehlt.

Das führt zu folgenreichen Fehlberechnungen, auch was den politischen Effekt des Krieges betrifft. Nach wochenlangem Bombardement von Serbien, Bosnien, Kosovo und Montenegro ist die serbische „Kriegsmaschine“ immer noch nicht zerschlagen. Zerschlagen haben die Bomben allerdings die serbische Opposition gegen das Milosevic-Regime. Sie zerstörten die Ansätze oppositioneller Demokratie in den Nischen des serbischen Faschismus. Und



ein Jahrzehnt nach dem Golfkrieg ist im Irak Saddam Hussein weiterhin an der Macht, während sein Kontrahent Bush längst der Geschichte angehört. Die Demokratie, in deren Namen der Krieg geführt wurde, ist am Golf keinen Schritt vorangekommen, und die „Selbstbestimmung Kuwaits“ wieder fest in der Hand der westlich gestützten Familiendespotie.

Für die Kommunikationspraxis der sogenannten Infomationsgesellschaft bedeutet das Denken in Kategorien der „Kriegsmaschine“, daß einerseits Bilder von Führern sich in den Vordergrund drängen (Milosevic und Clinton, Schröder, Fischer und Scharping, NATO-Sprecher und Generäle) und andererseits Kriegstechnologie, spielerisch inszenierte „saubere“ Militäraktionen und Computersimulationen.

*Das Verbindende von Dresden 1945 und Serbien 1999 ist, daß dem Denken der „Kriegsmaschine“ der Blick für die Menschen fehlt.*

Eine gewaltige Zensur zugunsten des Komplexes von Technologie, Staat und Militär läßt die Völker aus dem Bild verschwinden – wenn nicht die Flüchtlinge wären.

2 Fotos: Deutsches Rotes Kreuz



## Amerikas Krieg und der deutsche „Krieg gegen die Vergangenheit"

Die Hinwegretuschierung der Völker läßt auf den ersten Blick das Geschehen um den Kosovo als einen „amerikanischen Krieg" erscheinen, in Verlängerung des Golfkriegs. Aber hier tut gerade aus deutscher Sicht Differenzierung not.

Gewiß ist der NATO-Bombenkrieg auch ein amerikanischer Krieg. Für Amerika geht es – abgesehen vom militärtechnologischen Materialtest – vor allem darum, die UNO als die weltweite Repräsentanz der Staaten und als eine potentielle Weltexekutive auszuhebeln. Amerika selbst soll der Weltpolizist sein und die NATO sein Instrument. Daß man damit den völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg riskiert, entspricht einem Faustrecht, das seinen Mythos in der „frontier" des Western hat. Die Indianergrenze – ein Leben ohne Grenze und ohne Anerkennung der anderen, der Indianer – übersetzte sich schon früh in die Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus.

Aber was hat Deutschland damit zu schaffen? Die Bonner Regierung allein als einen „amerikanischen Vasallen" agieren zu sehen, wäre zu billig. Außenminister Fischer brachte die Sache auf den Punkt: *„Kosovo, das ist der erste Krieg, in dem das vereinigte Europa gegen das Europa der Vergangenheit und des Nationalismus steht"* (DIE ZEIT 15.4.1999). Die Aussage enthält bei näherer Betrachtung eine Reihe von bedeutsamen Pointen.

Erstens: Der Krieg hat aus neudeutscher Sicht eine umfassende Allgemeinbedeutung und ein Feindbild von generalisierbarer Art. Es geht nicht nur um Serbien, nicht nur um eine konkrete Diktatur und Menschenrechtsverletzung. Den Kalten Krieg – „Die freie Welt gegen die rote Gefahr", „Freiheit oder Sozialismus" – löst endlich ein neuer Krieg von Weltformat ab: Europa gegen den Nationalismus.

Zweitens: Das kriegführende Subjekt ist „Europa". Einerseits erlaubt das jedem einzelnen Land, vom großen Deutschland bis zum kleinen pazifistischen Dänemark, und persönlich auch einem Ex-Linken wie Joschka Fischer, die eigene partikulare Verantwortung weiterzureichen an eine imaginäre höhere Macht. Und andererseits erhält Europa auf dem Balkan seinen „Gründerkrieg". Darum nennt der deutsche Außenminister ihn auch „den ersten Krieg". Man errichtet nun einmal keine Reiche nur auf der Grundlage von Handelsbeziehungen und Wechselkursen.

Die Europäische Union, so sagte Helmut Kohl einmal, sei *„eine Frage von Krieg und Frieden"*. Das wurde durchgehend falsch verstanden, so als bedeute Europa eine Entscheidung für den Frieden. Jetzt ist es heraus: Das EU-Europa, das Kohl und Fischer denken, ist wesentlich und in seinem Kern „eine Frage von Krieg".

Drittens: Eine Schicht tiefer gerät man, wenn man den „Krieg gegen das Europa der Vergangenheit" wörtlich nimmt. Für den Krieg gegen die eigene Vergangenheit ist die Psychoanalyse zuständig. Die Aggression, die man gegen sich selbst richtet, ist ein klassisches Bild der Neurose. Sie ist ein unendlicher Krieg, der nicht gewonnen werden kann. Die Vergangenheit ist ja geschehen und kann nicht „besiegt"

werden, weder die individuelle Vergangenheit noch diejenige eines Volkes, weder durch eine klinisch „saubere" Bombardierung, noch durch einen „dreckigen" Bodenkrieg. Als Krieg, den der Angreifer gegen sich selbst und seine eigene Vergangenheit führt, wird das Balkanunternehmen wirklich und in einem tieferen, nämlich tiefenpsychologischen Sinne ein deutscher Krieg. Deswegen war er auch vorhersehbar. Von diesem Deutschland, das mit seiner eigenen Vergangenheit psychisch im Krieg liegt – und das ist etwas anderes als eine kritische Bearbeitung – würde mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder ein realer Krieg ausgehen... Und wohl nicht nur dieser Krieg. Der deutsche Außenminister beginnt bereits zu zählen. „Der erste Krieg" – das eröffnet die Perspektive auf den zweiten, den dritten...

**Europas Gründerkrieg**

Der Schlüssel zur Tiefendimension des gegenwärtigen Krieges ist die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung der Völker und damit des Volkes. Im genannten Interview bekannte Fischer sich geradeheraus zur Nichtanerkennung der Selbstbestimmung jugoslawischer Völker. DIE ZEIT: „Wie sehen Sie heute den Auflösungsprozeß Jugoslawiens 1991?" Fischer: *„Ich sehe darin ein großes Unglück wie schon damals."* „War die Anerkennung Kroatiens nicht auch ein deutscher Fehler?" *„Sie werden mich jetzt nicht als Verteidiger einer Politik finden, die ich bereits damals für falsch gehalten habe. Ich glaube, es war ein Fehler – auch weil Deutschland von Paris und London isoliert wurde."* Im Namen internationaler Diplomatie distanzierte der deutsche Minister sich damit unzweideutig von der Selbstbestimmung der Völker und damit von einem Grundprinzip der Demokratie, vielleicht dem entscheidenden.

Schon deswegen erscheint die Solidarität der westlichen Kriegspartei mit den Kosovo-Albanern eher als Vorwand. An die Anerkennung ihrer Selbstbestimmung hat die Kriegsallianz nie gedacht. Das Volk des Kosovo ist dem Denken des Verfassungspatrioten ebenso wenig wert wie das Volk Kroatiens, Sloweniens, Makedoniens, Bosniens, Montenegros, der Wojwodina – und Serbiens. Der Westen hat stattdessen immer auf den jugoslawischen Verfassungspatriotismus gesetzt, auch zu einer Zeit, als er bereits das Gesicht von Milosevic trug, das Gesicht des serbischen Faschismus. Der Diktator war wenigstens „berechenbar". Die Völker sind es nicht und kamen daher in der Rechnung nicht vor. Deswegen ist der Zusammenhang zwischen Verfassungspatriotismus und Krieg nicht zufällig.

Der Krieg gegen Serbien ist dem Verfassungspatriotismus ein Gründungskrieg für ein europäisches Reich, das von den Völkern absieht.

**„Und morgen die ganze Welt"**

Dem schneidigen deutschen Denken genügt allerdings die europäische Dimension des Balkankriegs noch nicht ganz. Darum wurde er durch den maßgeblichen westdeutschen Staatsphilosophen in einen noch größeren Kontext gestellt, in einen weltweiten. Jürgen Habermas, der vor Jahren den Verfassungspatriotismus in Frontstellung gegen die nationale Identität philosophisch entwickelt hatte, rechtfertigte in einem monumentalen Essay, den DIE ZEIT (am 29.4.1999) auf der ersten Seite plazierte, den Krieg als eine noch umfassendere, noch epochalere Aufgabe. Ohne den Duktus des Bedenkenträgers aufzugeben, unterstrich er vor allem die lichten Seiten des Kriegsgeschehens:

*„Die ‚Luftschläge' der Allianz wollen etwas anderes sein als Krieg* der *traditionellen Art... Das bedeutet die Abkehr von einer totalen Kriegsführung, die die Physiognomie des zu Ende gehenden Jahrhunderts bestimmt hat...*

*Glücklicherweise fehlen in der deutschen Öffentlichkeit die dumpfen Töne. Keine Schicksalssehnsucht, kein intellektueller Trommelwirbel für den guten Kameraden...*

*An der* Seite *der alten Demokratien, die von vernunft-rechtlichen Traditionen stärker als wir geformt worden sind, berufen sich die Minister Fischer und Scharping auf die Idee einer menschenrechtlichen Domestizierung des Naturzustandes zwischen den Staaten. Damit steht die Transformation des Völkerrechts in ein Recht der Weltbürger auf der Agenda..."*

Und als abschließendes Fazit: Es gehe darum, daß *„wir den prekären Übergang zu einem weltbürgerlichen Zustand über die Gräben eines aktuellen, auch mit Waffen ausgetragenen Konflikts hinweg als gemeinsam zu bewältigenden Lernprozeß verstehen."*



Während Habermas der Opposition gegen den Krieg zugestand, so etwas wie *„Gesinnungspazifismus"* zu betreiben, stellte er ihr die regierende Kriegspolitik als *„Rechtspazifismus"* gegenüber. Das berechtigte Kriegsziel dieser „Pazifisten" sei es, den Weltbürgerstaat und damit die endgültige Befriedung der Völker aller Länder und Kontinente herbeizubomben.



*Der Krieg gegen Serbien ist dem Verfassungspatriotismus ein Gründungskrieg für ein europäisches Reich, das von den Völkern absieht.*

*Armeen erweisen sich entweder als unfähig, das politisch postulierte Ziel, den Schutz der albanischen Bevölkerung, zu befördern, oder aber als verbrecherisch, als Unternehmen des Materialtests oder des Massakers – bisweilen gar als beides.*

**Newspeak und Wiederholungszwang**

Wenn die Philosophie die Kriegführenden also als die eigentlichen „Pazifisten" darstellt und der völkerrechtswidrige Angriffskrieg als „Transformation des Völkerrechts" bezeichnet wird, so erinnert das an die von George Orwell beschriebene totalitäre Sprache, newspeak. Aber der Gemeinsamkeitsappell – „wir ... gemeinsam ... Lernprozeß" – erinnert zugleich an spezifisch Deutsches, an die offiziell verfemte Volksgemeinschaftsrhetorik (nur eben ohne Volk). Der Krieg als „Lernprozeß" läßt an die Heroisierungstendenzen der „Konservativen Revolution" nach dem Ersten Weltkrieg denken. Und wenn das alles nun im Namen eines zukünftigen Weltbürgertums und Weltreichs geschieht, so kann man es deutscher kaum ausdrücken – „und morgen die ganze Welt".

Die Philosophie des Verfassungspatriotismus ist geprägt durch die Geschichtslosigkeit des Denkens. Vergangenheit ist das, wogegen man Krieg führt. Richtigkeit findet sich nur hier und jetzt. Normativität wird postuliert anstelle – nicht auf der Grundlage – von Geschichtlichkeit. Aus der Geschichtsferne rührt einerseits das grundlegende Unverständnis für andere Völker, für die Kosovo-Albaner ebenso wie für die Serben. Und andererseits sitzt man mit der Geschichtslosigkeit genau derjenigen eigenen Vergangenheit auf, gegen die man abzusetzen sich bemüht. So ist es nicht zufällig, daß Habermas unter Wiederholungszwang kommt: Der Krieg ist ein Lernprozeß (man hört Ernst Jünger), wir alle bewältigen ihn gemeinsam (Volksgemeinschaft und Frontkameradschaft), wir sind die Präzeptoren der Welt (am deutschen Wesen soll die Welt genesen).



Jagt man die Geschichte durch die Vordertür hinaus, so schleicht sie sich durch die Hintertür wieder herein.

Wiederholungszwang und Geschichtsferne verbinden sich schließlich im strikten Dualismus, der die Normativität des verfassungspatriotischen Denkens kennzeichnet. In der preußisch-hegelianischen Tradition gibt es nur zwei Möglichkeiten, These und Antithese. Da ist kein Drittes (denn die Synthese ist kein Drittes, sondern das Endergebnis, hier das erwünschte Weltbürgertum). *„Bestialität und Humanität"* war die Überschrift von Habermas' Kriegsessay – dichotomischer geht es nicht. Weil die serbische Diktatur bestialisch ist, sind die Bombenflieger Humanisten. Vielfalt ist zu reduzieren, bis das Freund-Feind-Muster klar zutage tritt.

In diesem Sinne repräsentiert die Kriegspartei – Schröder, Fischer, Habermas – gegenwärtig die neue Rechte in Deutschland.



**„Nie wieder Krieg"**

Zur neuen Rechten gehört auch der Triumph über das, was sie verächtlich die Moralisierung der Politik nennt. *„Der Krieg verändert Deutschland und die Deutschen – sie steigen hinab von den Höhen der Moral"*, hieß es als Schlagzeile auf der Vorderseite der ZEIT (15. April 1999). Dem setzt man herrschenderseits das Schlagwort der „Verantwortung" entgegen. Eine Verantwortung allerdings, zu der man niemand ziehen kann, es sei denn, er ist ein militärisch Besiegter, wie bei den Nürnberger Prozessen nach 1945. Nicht gemeint ist jedenfalls, daß die Verantwortlichen für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von 1999 zur Verantwortung gezogen werden.

Empirisch spricht jedoch mindestens ebensoviel dafür, daß die Moral in der augenblicklichen Lage *nicht* an ihrem Ende, sondern eher am Anfang ist – oder eben unterwegs. **Nie wieder Krieg, nie wieder Massaker** – diese Logik wird auf dem Balkan eher einleuchtender als vorher vor Augen geführt. Armeen erweisen sich dort entweder als unfähig, das politisch postulierte Ziel, den Schutz der albanischen Bevölkerung, zu befördern. Das müssen in diesen Tagen sogar hohe NATO-Offiziere wie Klaus Naumann einräumen. Oder aber Armeen erweisen sich als verbrecherisch, als Unternehmen des Materialtests oder des Massakers. Bisweilen gar als beides, unfähig und verbrecherisch zugleich. Die Existenz von Armeen führt in die Versuchung, den Krieg als Computerspiel zu versuchen. Die Existenz der jugoslawischen Armee war die reale Basis für die ethnischen Säuberungen in Slawonien, Bosnien und im Kosovo. Vom Kriegseinsatz geht die Bedrohung der Staaten Makedonien, Montenegro und Albanien aus, die der Ungarn in der Wojwodina etc., also die Destabilisierung des gesamten Balkan.

Auch daß sich die offizielle Rhetorik darum herumwindet, den Krieg bei seinem Namen zu nennen, unterstreicht die Kraft des verfemten Moralischen. Statt vom „Krieg" redet die Kriegspartei von „militärischer Strafaktion",

von „Luftschlägen" oder gar – wie zum Hohn – von einer „humanitären Aktion". Der solchermaßen unerklärte Krieg droht allerdings Errungenschaften zu zerstören, die seit Generationen mühsam etabliert worden sind, wie die völkerrechtliche Ächtung des Angriffskriegs und des Kriegs ohne Kriegserklärung sowie die Arbeit des Roten Kreuzes.

Und doch gibt es Licht am Horizont. Umfrageergebnisse in Deutschland (9.4.1999) zeigten eine deutlich stärkere Kriegsskepsis bei Frauen und in der ehemaligen DDR.

Grund zur Besorgnis bietet hingegen das Schwinden der Generationserfahrung von 1945. Unter dem Schock von Zusammenbruch und Bombenkrieg wurden damals sogar Militaristen zu Friedensfreunden, gewissermaßen aus dem Bauch heraus, aus dem Trauma heraus. Ehemalige Offiziere traten in den fünfziger Jahren in den Volksbewegungen „Ohne mich" und „Kampf dem Atomtod" hervor. Daran knüpften sich Hoffnungen und Erwartungen, die jungen Generationen würden es besser ausrichten. Nun kehrt jedoch die Fischer-Scharping-Generation zurück zum Krieg als einem Mittel der Politik (und das hieß schon immer: des politischen Versagens). Selten zuvor hat sich gezeigt, wie dumm das Kohl-Wort von der „Gnade der späten Geburt" war.

Der Frieden kommt also nicht aus einem generationellen Automatismus heraus. Er erfordert die Bereitschaft zum Konflikt, die kulturelle Parteilichkeit. Wo ist aber die Friedenspartei, die sich – aufgrund des Zusammenhangs von Friedens- und Volksfrage – als Volks-Partei versteht? Gregor Gysi und die sozialistische Partei (PDS) stehen mit ihrer Abweisung des Balkankriegs einsam in der politischen Landschaft, aber ermutigend. Die ansonsten nicht sonderlich anheimelnde DDR hat auf diese Weise der Nachwelt doch etwas Bemerkenswertes hinterlassen. In Dänemark sind die Volkssozialisten (SF) die gewichtigste Antikriegspartei.

**Vorhersagen, die dennoch eintrafen**

Oder ist die Friedensposition vielleicht doch nur ein Stück altkommunistischer Rhetorik und als solche unglaubwürdig? „Die NATO, das ist der Krieg" – immerhin hat der Slogan kommunistischer Propaganda aus den fünfziger Jahren sich nun bewahrheitet. Und die These von 1932/33 „Hitler – das ist der Krieg" war auch hellsichtig.

Gewiß, man kann Geschichte nicht vorhersagen. Und doch..

Von diesem Deutschland werde wieder ein Krieg ausgehen. Wer so mit seinen eigenen Traumatisierungen umgehe, der suche sich in absehbarer Zeit wieder einen Feind – so konnte man in *wir selbst* seit den frühen neunziger Jahren lesen.

Das stand in einer Reihe von Annahmen, die in ihrer Zeit als unsinnig und exzentrisch galten oder gar Anlaß zu staatsschützerischer Verfolgung gaben.

Die deutsche Frage sei revolutionär. Die Herrschenden in den Teilstaaten haben die Rechnung ohne das deutsche Volk gemacht. – Wer das, wie *wir selbst*, seit den siebziger Jahren zum Ausdruck brachte, zeigte seinen „Mangel an Realismus" angesichts der real existierenden Staaten. Mehr als das, er enthüllte sich als Staatsfeind. Nach 1989 sah das anders aus.

*Frieden erfordert die Bereitschaft zum Konflikt, die kulturelle Parteilichkeit.*

Das Ende der Sowjetunion sei absehbar. Wer sie weg- und stattdessen die Völker, das russische Volk und die nichtrussischen Völker, hinzudenke, komme zu einem angemesseneren Bild zukünftiger Machtverhältnisse. – Das stieß auf den entschiedenen Widerspruch sowohl bei der metternichschen „Linken", der dadurch ihre sowjetische „Friedensmacht" abhanden zu kommen drohte, als auch bei der antikommunistischen Rechten, die sich damit ihres Feindbilds beraubt sah. Nach 1991 hingegen hatten alle das schon vorher gewußt und sahen plötzlich,



daß es in der Tat Kasachen und Tataren gab, Esten und Tschetschenen, Usbeken und Georgier...

Persönlich muß ich einräumen: Ich hatte es selbst schwer, mit meinem Kopf an solche Annahmen zu „glauben". Aber es gab da eine innere Logik, die stärker war als meine „private" Ansicht. Vom Volk – und damit von den Völkern – her gesehen, war der angeblich so festgezimmerte Status quo eben veränderlicher, als man annehmen – und im Falle friedlicher Veränderung auch hoffen mochte.

### Aussichten gegen den Strich

Das ermutigt dazu, auch weiterhin gegen den Strich des Bestehenden zu denken. Die Macht so zu behandeln, als sei sie nicht (mehr) da.

Ein nächstes Problem der Veränderung wird sich einstellen, wenn das europäische Reich, dessen Gründerkrieg augenblicklich in Serbien, im Kosovo und in Montenegro die Menschen trifft, an sein absehbares Ende kommt. Was geschieht, wenn die übernationale „Integration" EU/NATO die demokratischen Mechanismen der Selbstbestimmung und Identitätsvergewisserung wirksam ausgeschaltet hat, die von den Völkern über zwei Jahrhunderte hin unter Mühen und revolutionären Opfern errungen wurden? Wie werden sich dann die inneren Konflikte ihren Weg suchen? Vielleicht wird man den Zerfall EU-Europas mit demjenigen von Titos Jugoslawien vergleichen und mit demjenigen des sowjetischen Reiches. Wenn die Rechnung ohne die Völker gemacht wird, landet man irgendwo zwischen Krieg und Revolution. Wird die Revolution dann um Deutschland einen Bogen machen?



Die Aussicht hilft uns in der gegenwärtigen Situation allerdings nicht viel weiter. Fatal ist, daß der bestmögliche Ausgang im Balkankrieg zugleich der schlimmste wäre. Gelänge es, mit Bomben und eventuell Bodentruppen den Kosovo den Kosovaren zurückzugewinnen – und wer hofft das nicht? – so zeigte dies, daß der Krieg sich eben doch lohnt. Damit wäre bereits der nächste Krieg programmiert, und der darauffolgende... Was also dürfen wir hoffen?

Friedrich Gottlieb Klopstock hatte dazu eine Perspektive:

*„Von allen Spielen ist das verlierendste*
*Der Kriegshalbkunst trauriges Würfelspiel:*
*Denn welcher Wurf auch falle: fällt doch*
*Selber dem Siegenden Tod und Elend."*

*Die Alternative: Jede Identität schafft sich ihre eigene Kultur des Friedens. Und dies im Dialog miteinander.*

Und dennoch sind wir gegen das Kriegseuropa nicht hilflos. Der Widerstand erfordert allerdings eine besondere Aufmerksamkeit für die Methode. Gegen den universalen, „weltbürgerlichen" Krieg sind nämlich die universalen, weltbürgerlichen Aufrufe, so gut gemeint sie sein mögen, keine angemessene Antwort. Mit ihrer Reduktion auf den kleinsten gemeinsamen Nenner spiegeln sie die Reduktion, die die Kriegsphilosophie den Völkern aufzwingen will. Alternativ ist hingegen: **Jeder Kultur ihre eigene Kriegskritik**. Dies hier ist eine deutsche. Eine dänische sähe anders aus, eine albanische, eine französische, eine ungarische, eine bretonische wieder anders... **Jede Identität schafft sich ihre eigene Kultur des Friedens**. Und dies im Dialog miteinander.

Apropos Dialog. Bei dem Versuch, die Geschichtlichkeit des Kriegs und der modernen Massaker zu ergründen, sind auch kritische Köpfe immer wieder gewissen Verallgemeinerungen aufgesessen. „Kosovo war überall – Europa war überall Balkan" (K. Schlögel in DIE ZEIT, 29.4.1999) . Die Generalisierung ist falsch.

### Nunavut – Es geht auch anders

Der europäische Norden hat gezeigt, wie man über die Anerkennung der Völker und ihre demokratische Selbstbestimmung zu einer Kultur des Friedens kommt. Erst waren da Dänemark und Schweden. Dann koppelten sich Norwegen und Finnland ab, dann Åland, Island und die Färöer. Den vorerst letzten Schritt tat vor 25 Jahren Grönland, das Volk der arktischen Inuit, und das Samiland ist unterwegs. (Und Schonen? Und Friesland?)

Im angelsächsischen Bereich zieht man nun nach. Anfang Mai wählten Schottland und Wales ihre eigenen Parlamente. Neue Nationen erscheinen auf der Landkarte – oder alte. Sie haben dafür kämpfen müssen, Schottland war ein Vierteljahrtausend lang durch das britische Imperium seiner Selbständigkeit beraubt. Das stellt dem deutschen Verfassungspatriotismus, der – wie Habermas – ausgerechnet dieses Imperium zum Vorbild für seine „vernunftrechtliche Demokratie" hinstellt, ein peinliches Zeugnis aus. Die Völker dementieren den „Weltstaat". Die Demokratie ist woanders – eben da, wo das Volk ist.

Zu Ostern dieses Jahres ist ein solcher Schritt noch einem weiteren Volk gelungen. Die Inuit von Nordkanada errangen die Anerkennung ihrer eigenen Nation, Nunavut („Unser Land") . Mit Trommeltanz, modernen Rhythmen und Reden an die „geehrten Älteren" feierten sie ihre Teilautonomie. Kanada trat ein Fünftel seines Territoriums an die 25 000 Einwohner von Nunavut ab. Die demokratische Selbständigkeit des Landes wird Probleme bringen, denn Jahrhunderte der Kulturzerstörung, besonders aber die letzten Jahrzehnte der „Modernisierung" finden ihren Ausdruck in Alkoholismus, Kriminalität und Selbstmordrate.
Beim Unabhängigkeitsfest von Nunavut hieß es:
*„Gebt acht auf das Land*
*Gebt acht auf unsere Heimat, es ist die einzige, die wir haben.*
*Gebt acht auf die Bildung der Menschen.*
*Gebt acht auf die Nahrung. Gebt acht auf die Kleidung.*
*Schützen wir uns gegen die Verunreinigung.*
*Laßt uns für die Erde eintreten, solange die Sonne aufgeht.*
*Schützt das Erbe unserer Vorväter.*
*Sorgt dafür, daß auch unsere Nachkommen Nunavut „unser Land" nennen können.*
*Laßt uns zusammen Zukunft gestalten."*

Es mag sein, daß das in neudeutschen Ohren wie „völkischer Kitsch" klingt. Aber das ist ein deutsches Problem. Nunavut ist ein Gegenbild zum Geschehen im Kosovo, zum serbischen Massaker ebenso wie zum deutschen Bombenkrieg. Es steht für eine Kultur des Friedens und der Autonomie. 7.5.1999

**Alfred-Maurice de Zayas**[1]

# Zur Aktualität des Rechts auf die Heimat

**Vertreibung bzw. „ethnische Säuberung" stellen ein weltweites Problem dar, das heute Millionen Menschen beschäftigt. Auf universeller und regionaler Ebene ist viel geschehen, um das Recht auf die Heimat endlich zu kodifizieren bzw. zu positivieren. Auch die deutschen Vertriebenen können sich auf die UNO berufen, wenn sie ihre Menschenrechte fordern.**

Die höchste Instanz der Vereinten Nationen im Bereich der Menschenrechte, der damalige Hochkommissar Jose Ayala Lasso, stellte vor vier Jahren in der Paulskirche zu Frankfurt anläßlich der Gedenkveranstaltung „50 Jahre Vertreibung" fest:

> „Das Recht, aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden, ist ein fundamentales Menschenrecht... Es besteht kein Zweifel darüber, daß unter der nationalsozialistischen Besatzung den Völkern Ost- und Zentraleuropas unermeßliches und unvergeßliches Unrecht zugefügt worden ist. Sie hatten daher einen legitimen Anspruch auf Reparation... Jedoch dürfen legitime Ansprüche nicht durch die Verhängung von Kollektivstrafen auf der Grundlage allgemeiner Diskriminierung und ohne die genaue Untersuchung persönlicher Schuld verwirklicht werden."

**Recht haben – und Recht bekommen?**

Das Recht auf die Heimat ist ein fundamentales Menschenrecht und Bestandteil des universellen Völkerrechts. Es mag vielleicht banal klingen: Alle Menschen haben eine Heimat. Dies bedeutet, daß alle Menschen das Recht haben, in der eigenen Heimat zu wohnen und nicht von anderen vertrieben zu werden. Völkerrechtlich ist das Recht auf die Heimat zugleich im Selbstbestimmungsrecht der Völker[2] und im Annexionsverbot verankert. Darüber hinaus stellt dieses Recht eine Voraussetzung der Wahrnehmung anderer Menschenrechte dar, denn bürgerliche und politische Rechte, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte werden nicht im Leerraum ausgeübt, sondern ganz konkret in dem Gebiet, in dem der Mensch zu Hause ist. Die Verletzung des Rechts auf die Heimat durch Vertreibung beinhaltet zugleich die Verletzung einer ganzen Reihe anderer Normen[3] wie die der Nürnberger Rechtsprechung[4], UNO-Resolutionen und einschlägige Menschenrechtskonventionen. Im Hinblick auf die UNO-Konvention zur Verhütung des Völkermords von 1948, die UNO-Menschenrechtspakte von 1966, die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950, insbesondere ihr viertes Zusatzprotokoll von 1963, die UNO-Deklaration über die Rechte der Minderheiten[5] dürfte die Weltgemeinschaft keine Vertreibungen mehr dulden. Und dennoch sind die sogenannten „ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda geschehen.

Freilich wurde die Politik der ethnischen Säuberungen in Bosnien in vielen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates, der UN-Generalversammlung und der Menschenrechtskommission als völkerrechtswidrig verurteilt. Aber sie wurde erst Ende 1995 durch die NATO gestoppt, und viele vollendete Tatsachen wurden geschaffen, die bis heute nicht wiedergutgemacht worden sind. Trotz des Dayton-Abkommens, insbesondere trotz des Rückkehrprogramms in seinem Annex VII, sind nur wenige vertriebene Bosnier bisher in ihre Heimatgebiete zurückgekehrt. 1999 wurden die ethnischen Säuberungen im Kosovo während der NATO-Bombardierungen geradezu beschleunigt und vollendet.

*Trotz diverser Konventionen und Deklarationen werden nach wie vor durch „ethnische Säuberungen" vollendete Tatsachen geschaffen.*

**Vertreibungen weltweit**

Aber es sind nicht nur Bosnier, Kroaten und Kosovaren, die aus ihren Häusern im ehemaligen Jugoslawien gejagt wurden. Vertreibungen sind ein weltweites Phänomen. Bereits in den Jahren 1945-1956 wurden mehr als 250.000 bodenständige Italiener aus ihren alten Siedlungen im Gebiet Triest an der Adria durch die jugoslawische Regierung vertrieben, in den Jahren 1947-68 verloren über eine Million Palästinenser ihre Heimat, über 140.000 griechische

Zyprioten seit der Besetzung des Nordens Zyperns[6] durch die Türken 1974, über sieben Millionen Afrikaner aus dem Tschad, aus Äthiopien, Somalia, dem Sudan, aus Burundi und Ruanda, etwa 100.000 Asiaten aus ostafrikanischen Ländern (vor allem aus Uganda) seit 1972, etwa fünf Millionen Afghanen seit 1979, über 600.000 Vietnamesen (boat people) seit 1975, Zehntausende Tamilen aus Sri Lanka, Zehntausende Kurden aus Iran, Irak und der Türkei, Zehntausende Indios aus Brasilien, etwa 35.000 Miskito-Indianer aus Nicaragua7 seit 1983 usw.[8]

**Die Vereinten Nationen und das Recht auf die Heimat**

*Ayala Lasso, UNO-Hochkommissar für Menschenrechte: „Welchen Nutzen hat ein Recht. wenn es kein Rechtsmittel gegen seine Verletzung gibt?"*

Das jüngste Bekenntnis der UNO zum Recht auf die Heimat lieferte am 26. August 1998 die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz in ihrer Resolution 1998/27, die das Recht jedes Menschen, in Frieden in seinem eigenen Heim, auf seinem eigenen Grund und Boden und in seinem eigenen Land zu leben, bekräftigt. Außerdem unterstreicht die Resolution das Recht von Flüchtlingen und Vertriebenen, in Sicherheit und Würde in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Somit werden zwei wesentliche Aspekte des Rechts auf die Heimat noch einmal bestätigt: das Recht, in der Heimat zu verbleiben, und das Recht, in die Heimat zurückzukehren. Schließlich fordert die Unterkommission alle Regierungen und andere Beteiligte nachdrücklich auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um unverzüglich allen Praktiken der Vertreibung, des sogenannten Bevölkerungstransfers und der „ethnischen Säuberungen" ein Ende zu setzen. Diese Resolution ist keine Neuschöpfung der UNO. Sie bestätigt eine alte Entwicklung, etwa in den Resolutionen 1992/28, 1994/24, 1995/13, 1996/9, 1997/29 und 1997/31.



*Palais des Nations in Genf, Sitz der Vereinten Nationen*

Ferner hat diese UNO-Kommission im August 1992 zwei Sonderberichterstatter, Awn Shawkat Al-Khasawneh (Jordanien) und Ribot Hatano (Japan) damit beauftragt, die menschenrechtlichen Dimensionen von Bevölkerungsumsiedlungen zu untersuchen. Der erste Bericht wurde bereits 1993 vorgelegt[9]. Ein weiterer Bericht wurde von Botschafter Al-Khasawneh 1994 eingereicht, in dem die Völkerrechtswidrigkeit von Vertreibungen festgehalten wird[10]. Der Schlußbericht wurde der Kommission im August 1997 vorgelegt[11].

Zur Vorbereitung seines Schlußberichtes hat Sonderberichterstatter Al-Khasawneh, der auch als Mitglied der UNO-Völkerrechtskommission wirkt, eine Arbeitsgruppe von Experten berufen, die im Februar 1997 in Genf tagte. Sie wurde vom UNO-Hochkommissar für Menschenrechte Ayala Lasso eröffnet. Dabei sagte der Hochkommissar:

> „Das Recht, im eigenen Heimatland zu leben, ist ein sehr kostbares und fundamentales Recht. Erzwungene Bevölkerungstransfers sind eine ernste Angelegenheit, nicht nur, weil sie viele Menschen betreffen, sondern auch, weil sie die gesamte Palette bürgerlicher und politischer Rechte, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte verletzen. Darum hat die UNO-Völkerrechtskommission diese Praxis der ‚willkürlichen Deportation oder des erzwungenen Bevölkerungstransfers' als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert, und zwar im Artikel 18 des neuen UNO-Kodex über Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit. Dieser wurde in zweiter Lesung von der Völkerrechtskommission 1996 angenommen und von der Generalversammlung in Resolution 51/160 vom 16. Dezember 1996 bestätigt. In Einklang mit dieser Entwicklung steht die jüngste Erklärung der Unterkommission, in der sie ‚die Rechte von Menschen, in Frieden in ihren Wohnstätten, ihrer Heimat und ihrem Land zu bleiben' und ‚das Recht von Flüchtlingen und innerhalb eines Landes umgesetzter Personen, in freier Entscheidung, in Sicherheit und Würde in ihr Herkunftsland... zurückzukehren', bekräftigt... In diesem Zusammenhang möchte ich Sie ermutigen, nach wirksamen Methoden zu suchen, um den Opfern von Bevölkerungstransfers Abhilfe zu verschaffen, denn welchen Nutzen hat ein Recht, wenn es kein Rechtsmittel gegen seine Verletzung gibt?"[12].

Da der Hochkommissar den Kodex der UNO-Völkerrechtskommission erwähnt, möchte ich aus dem Kommentar[13] zum Artikel 18 (früher 21) zitieren:

> „A crime of this nature could be committed not only in time of armed conflict but also in time of peace... Deportation, already included in the 1954 draft Code, implies expulsion from the national territory,

whereas the forcible transfer of population could occur wholly within the frontiers of one and the same State ... Transfers of population under the draft article meant transfers intended, for instance, to alter a territory's demographic composition for political, racial, religious or other reasons, or transfers made in an attempt to uproot a people from their ancestral lands. One member of the Commission was of the view that this crime could also come under the heading of genocide."

Kurz auf Deutsch: Dieses Verbrechen kann sowohl im Frieden als auch in Kriegszeiten begangen werden. Vertreibungen bezwecken die Entfernung einer Bevölkerung aus der angestammten Heimat aus rassischen oder religiösen Gründen. Dies kann in Völkermord münden.

Im Artikel 20 (früher 22(a) und (b)) werden „Vertreibung und Kollektivstrafe gegen die Zivilbevölkerung" und „die Verbringung von Siedlern in ein besetztes Gebiet und Änderungen der demographischen Zusammensetzung eines besetzten Gebietes" als besonders schwere Kriegsverbrechen bezeichnet. Im Kommentar heißt es:

„Establishing settlers in an occupied territory constitutes a particularly serious misuse of power, especially since such an act could involve the disguised intent to annex the occupied territory. Changes to the demographic composition of an occupied territory seemed to the Commission to be such a serious act that it could echo the seriousness of genocide."

Am 15. Mai 1997 nahm der UNO-Ausschuß für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte eine bedeutende Erklärung an, die Vertreibungen verurteilt. Im Absatz 13 des „General Comment No. 7"[14] heißt es: „Vertreibungen und die Zerstörung der Wohnungen dieser Menschen stellt eine Verletzung des Paktes dar. In diesem Zusammenhang verweist der Ausschuß auf die 4. Genfer Rot-Kreuz-Konvention von 1949 – nämlich auf Artikel 49 – und auf die Protokolle von 1977, die das Verbot von Vertreibungen und der Zerstörung von Privateigentum festlegen."

Am 28. August 1997 hat die UNO-Unterkommission für Diskriminierungs-Verhütung und Minderheitenschutz den Abschlußbericht des Sonderberichterstatters Shawkat Al-Khasawneh mit großer Zustimmung angenommen. Während derselben 49. Sitzungsperiode der Unterkommission wurden drei Resolutionen über das Recht, in der Heimat zu verbleiben, und das Recht, in die Heimat zurückzukehren, verabschiedet. Diese Resolutionen bestätigen und bekräftigen ähnliche Resolutionen, die die Unterkommission seit 1992 verabschiedet hat, nämlich Resolutionen zum Recht auf die Heimat.

Nun erlauben Sie mir, daß ich aus der jüngsten UNO-Erklärung zitiere, die am Ende des Berichtes von Al-Khasawneh abgedruckt ist[15]:

**Artikel 4** „Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben.
Niemand darf dazu gezwungen werden, seine Wohnstätte zu verlassen."

**Artikel 7** „Bevölkerungstransfers und -austausch können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden..."

**Artikel 9** „Die oben genannten Praktiken des Bevölkerungstransfers stellen Völkerrechtsverstöße dar, die sowohl staatliche Verantwortlichkeit als auch individuelle strafrechtliche Verantwortung begründen."

Ich könnte weiter zitieren. Im Hinblick auf diese Erklärung, auf die einschlägigen Resolutionen, auf die Worte des Hochkommissars: Wer will noch behaupten, daß das Recht auf die Heimat eine deutsche Erfindung sei?

Nein, das Recht auf die Heimat ist sehr wohl Bestandteil der universellen Rechtsnormen, die die Vereinten Nationen anerkennen.

**Auf europäischer Ebene**

Interessant ist auch ein Hinweis auf die Entwicklung bei der Europäischen Menschenrechtskommission bzw. beim Menschenrechtshof in Straßburg. Zunächst ist auf das im Protokoll 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention enthaltene Vertreibungsverbot hinzuweisen und auf Protokoll I, das den Schutz des Privateigentums festlegt. In konkreten Fällen hat sich die Europäische Menschenrechtskommission dazu geäußert. So 1976 in einer Entscheidung betreffend die Vertreibung der griechischen Zyprioten aus Nord-Zypern durch die Türkei. Dort heißt es: „the transportation of Greek Cypriots to other places, in particular the excursions within the territory controlled by the Turkish army, and the deportation of Greek Cypriots to the demarcation line ... constitute an interference with their private life, guaranteed in article 8(1) which cannot be justified on any ground under paragraph 8(2)". Die Kommission hat ferner festgestellt, daß die Verweigerung des Rückkehrrechtes der griechischen Zyprioten eine weitere Verletzung des Artikels 8(1) der Konvention darstellte. In einem Urteil vom 18. Dezember 1996 entschied der Menschenrechtshof in Straßburg, daß die Konfiskation von Privateigentum im Norden Zyperns die europäischen Menschenrechtsnormen verletzt, und daß Frau Loizidou, die aus dem Norden Zyperns vertrieben wurde, ein Recht auf Restitution hat.

Man wird sehen, wann und wie der Europarat dafür sorgt, daß dieses Urteil in die Tat umgesetzt wird. Jedenfalls stellt dieses Urteil einen sehr bedeutsamen Präzendenzfall dar.[16]

*Das Recht auf die Heimat ist keineswegs eine deutsche Erfindung. Das Recht auf die Heimat ist vielmehr Bestandteil der universellen Rechtsnormen, die die Vereinten Nationen anerkennen.*

*Was die deutschen Vertriebenen betrifft, hat die Weltgemeinschaft merkwürdig geschwiegen, als ob sie keine Opfer wären.*

*6.8.1950: Manuel Jordan aus Oberschlesien verkündet die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen"*



*Die Charta stellt eine außerordentlich wichtige Erklärung dar, der zweifelsohne eine internationale Bedeutung als Dokument des Friedens und der Menschlichkeit zukommt.*

**Internationale Normen und deutsche Interessen**

Was bedeuten diese Rechtssätze und diese Präzedenzfälle für die vertriebenen Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburger, Schlesier, Sudetendeutschen, Danziger, Posener, Memelländer, Ungarndeutschen, Jugoslawiendeutschen, Rumäniendeutschen, Rußlanddeutschen? Was bedeuten die Konventionen und Erklärungen für die Aussiedler? Zwar sind letztere keine Vertriebenen im eigentlichen Sinne. Doch ihr Schicksal ist von dem der Vertriebenen nicht zu trennen. In gewissem Sinne könnte man sie als „Spätvertriebene" bezeichnen, weil sie durch die frühere Vertreibung von 95% der deutschen Bevölkerung zu einer Minderheit degradiert wurden, einer zu oft diskriminierten und teilweise entrechteten Minderheit. Es war die Vertreibung der übrigen Deutschen, die das Weiterbestehen der deutschen Gemeinden und die Pflege der eigenen Kultur nahezu unmöglich machte. Ohne direkt vertrieben zu sein, wurden sie von den langfristigen Folgen der gewaltigen Umwälzung erfaßt.

Bisher hat die UNO zur Vertreibung der Deutschen weitestgehend geschwiegen. Zwar sind allgemeine Normen formuliert und von UNO-Konferenzen und Kommissionen verkündet worden, die das Recht auf die Heimat deutlich etabliert haben. Das Rückkehrrecht der vertriebenen Palästinenser, der afghanischen Flüchtlinge, der Kroaten und Bosnier ist anerkannt worden. Was die deutschen Vertriebenen betrifft, hat die Weltgemeinschaft merkwürdig geschwiegen, als ob sie keine Opfer wären, oder vielleicht gerade deshalb, weil die Schuld bei den Siegermächten lag, die diese Vertreibung geplant und durchgeführt haben. Gerade hier offenbart sich das Dilemma. Denn die Rechtsprechung des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg hatte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Aber weil das Völkerrecht *per definitionem* universale Geltung besitzt, stellten die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

**Verzicht auf Rache, nicht auf Recht**

Die deutschen Heimatvertriebenen hatten recht, als sie sich am 5. August 1950 im Kursaal zu Bad Cannstatt bei Stuttgart versammelten, um die *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* zu unterschreiben. Sie wollten auf das große Unrecht der Vertreibung hinweisen und eine Mahnung aussprechen in der Hoffnung, daß anderen Völkern dieses Schicksal erspart bleibe. Sie verzichteten auf Rache – verlangten aber die Anerkennung ihres Rechtes auf Menschenwürde und die Verwirklichung des Rechtes auf ihre Heimat.

Die Charta stellt eine außerordentlich wichtige Erklärung dar, der zweifelsohne eine internationale Bedeutung als Dokument des Friedens und der Menschlichkeit zukommt. Dennoch fehlt immer noch eine angemessene wissenschaftliche Würdigung der Charta[17].

Man muß sich in die Zeit und in die Situation zurückversetzen, in der dieses gewichtige Bekenntnis abgelegt wurde, um seine geschichtliche Tragweite ermessen zu können: Im Ausland befürchtete man – und mit gutem Grunde –, daß in zerstörtes Deutschland, in dem Millionen arbeitslose Vertriebene hungerten, eine Zeitbombe werden könnte. Und in der Tat war es das Ziel Stalins, chaotische Zustände im Westen Deutschlands herbeizuführen, indem Millionen entwurzelte, besitzlose, verzweifelte Menschen in das zerstörte Land gepreßt wurden. Nach diesem kommunistischen Kalkül sollten diese Millionen Menschen als soziale und politische Sprengkraft wirken. Diese Rechnung ist aber nicht aufgegangen. Im Gegenteil, die vertriebenen Deutschen wurden keine Terroristen. Sie integrierten sich erfolgreich in die Bundesrepublik Deutschland und trugen bedeutend zu ihrem Wiederaufbau bei.

Wenn wir heute über den Verzicht auf Rache und Vergeltung der deutschen Vertriebenen sprechen, sollten wir dabei bedenken, daß dieser Ausdruck des Verzichts nicht nur aus der Lage der damaligen Ohnmacht zu verstehen ist. Er ist beibehalten worden, als die Bundesrepublik wieder zu einer respektierten Wirtschafts- und politischen Macht aufgestiegen war, und weiterhin, als die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik in einem Staat vereinigt wurden. Damit ist der Teufelskreis von Ungerechtigkeit und Rache gebrochen worden.

Zuweilen scheint das unermeßliche Leid der Kriegsgeneration verdrängt worden und weitgehend der Vergessenheit anheimgefallen zu

# Ethnische Säuberungen
**durch Vertreibung und Völkermord an der deutschen Zivilbevölkerung von 1945 bis 1950**



sein. Die unerhört großen Verluste der Vertriebenen dürfen aber weder vergessen noch bagatellisiert werden. Künftige Generationen werden die Leistung erkennen und zu würdigen wissen, daß Opfer um des Friedens willen hingenommen und auf Rache und Revanche verzichtet wurde.

In der neuen Weltordnung, die nach dem Ende des Kalten Krieges im Entstehen ist, braucht man vor allem historische Aufrichtigkeit und Objektivität. Es ist zu hoffen, daß die neue Generation der Historiker aus Polen, der Tschechischen Republik und der Russischen Föderation die Vertreibung der Deutschen in ihrer geschichtlichen Tragweite – und Tragik – und damit den eigenen Teil an Verantwortung erkennt und anerkennt. Gute Nachbarschaft verlangt gegenseitige Offenheit und die Bereitschaft, die eigenen Fehler zuzugeben.

*Die deutschen Vertriebenen haben das Recht auf die Heimat immer in der öffentlichen Diskussion gehalten, es behauptet und gefordert, was auch von Bedeutung für alle anderen Menschen ist, die mit dem Verlust der Heimat bedroht werden.*

In ihrer Charta vom 5. August 1950 haben die deutschen Heimatvertriebenen ihr Bekenntnis zum Recht auf die Heimat und zugleich ihren Verzicht auf Gewalt verkündet. Es ist gut, dieses Dokument und dieses Beispiel in Erinnerung zu bringen, denn in den 54 Jahren nach ihrer Vertreibung haben die Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Sudetendeutschen, Donauschwaben und Siebenbürger Sachsen außerordentliche Einsicht, Mut, Friedensliebe, Geduld, Verständigungsbereitschaft und Aufbauwillen beweisen. Dafür gebührt den Millionen Betroffenen und ihren Kindern und Enkelkindern der Dank der friedliebenden Menschen und die bleibende Anerkennung der Geschichte. Ferner möchte ich meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß die deutschen Vertriebenen gerade durch ihr Beharren und ihren Nicht-Verzicht auf Heimatliebe und Tradition der Welt einen weiteren Dienst erwiesen haben: Sie haben das Recht auf die Heimat immer in der öffentlichen Diskussion gehalten, es behauptet und gefordert, was auch von Bedeutung für alle anderen Menschen ist, die mit dem Verlust der Heimat bedroht werden. Hätten die deutschen Vertriebenen auf ihr Recht verzichtet, so wäre ein böses Beispiel und ein gefährlicher Präzedenzfall entstanden, daß das Recht auf die Heimat entbehrlich ist, und daß künftige Gewaltpolitiker das Land ihrer Nachbarn nehmen und die Bevölkerung vertreiben können. Dem muß immer wieder widersprochen werden.

Um das Recht auf die Heimat weiter zu bestätigen, wäre ein Protokoll zum UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte erwägenswert. Besser noch wäre eine Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens der Vertreibung, die etwa in Anlehnung an die Völkermordkonvention verfaßt und angenommen werden könnte[18]. Eine Konvention mag zwar angesichts der zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen im Augenblick wenig aussichtsreich erscheinen, aber das Internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag könnte künftig diese Verbrechen verfolgen und bestrafen, wie es im Falle der „ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien jetzt geschieht.

Es war bei der bereits erwähnten Gedenkstunde in der Paulskirche 1995, als der seinerzeitige UNO-Hochkommissar für Menschenrechte Ayala Lasso sagte:

> „Ich bin der Auffassung, daß, hätten die Staaten seit dem Ende des Zweiten Welkrieges mehr über die Implikationen der Flucht, der Vertreibung und der Umsiedlung der Deutschen nachgedacht, die heutigen demographischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen waren... Uns geht es vor allem um die allgemeine Anerkennung der Menschenrechte, die auf dem Prinzip der Gleichheit der Menschen beruht. Aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ist mit Ehrfurcht zu gedenken, denn jedes einzelne Menschenleben ist wichtig. Es gilt, sich stets für die *dignitas humana* einzusetzen."

Die deutschen Vertriebenen können sich auf die UNO berufen, wenn sie ihre Menschenrechte fordern. Sie tun dies im Sinne der Gleichheit aller Menschen, im Sinne der *dignitas humana*.

[1] Die Meinungen, die vom Verfasser dieses Artikels geäußert werden, sind seine eigenen und entsprechen nicht unbedingt der Haltung von Organisationen, mit denen er assoziiert ist.
[2] A. de Zayas, Selbstbestimmungsrecht und Vereinte Nationen, in: H.J. Heinze (Hrsg.), Selbstbestimmungsrecht der Völker, Bonn 1997, S. 144-176; Reinhard Müller, Der „2+4"-Vertrag und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Frankfurt/M. u.a. 1997
3 Siehe u.a. J.M. Henckaersts, Mass Expulsion in International Law, Dordrecht, 1995. Ders., Deportation and Transfer of Civilians in Times of War, in: Vanderbild Journal of Transnational Law 26 (1993), S. 469-519. Christa Meindersma, Legal Issues Surrounding Population Transfers in Conflict Situations in: Netherlands International Law Review XLI (1994), S. 31-83. Joseph Schechla, Ideological roots of population transfer, in: Third World Quarterly 14 (1993), S. 239-275. A. de Zayas, Das Recht auf die Heimat, ethnische Säuberungen und das Internationale Tribunal für das ehemalige Jugoslawien, in: Archiv des Völkerrechts 35 (1997), S. 29-72. Ders.: Population, Expulsion and Transfer: Forced Resettlement, in: R. Bernhardt, Encyclopedia of Public International Law 8 (1985), S.234-37, 438-444.
[4] A. de Zayas, Der Nürnberger Prozeß, in: Alexander Demandt (Hrsg.), Macht und Recht, München 1996, S. 49-270. Ders., Die Vertreibung in völkerrechtlicher Sicht, in: Dieter Blumenwitz (Hrsg.) Flucht und Vertreibung, Köln 1987, S. 239-258. Ders., Massenumsiedlungen und das Völkerrecht, in: Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 10 (1975), S. 55-96.
[5] UN General Assembly Resolution 47/135 vom 18. Dezember 1992.
[6] Applications Nos. 6780/74 and 6950/75 Cyprus v. Turkey, Beschluß der Europäischen Menschenrechtskommission vom 10. Juli 1976. Fall 8007/77,

Beschluß vom 4. Oktober 1983. Fall Loizidou v. Turkey, Europäischer Menschenrechtshof, Urteil vom 18. Dezember 1996 (40/1993/435/514), S. 23, wo die Türkei wegen einer Verletzung des Artikels 1 zum Protokoll 1 zur Europäischen Menschenrechtskonvention veurteilt wird.

[7] Case 7964, Inter-American Commission on Human Rights, Report on the Situation of a Segment of the Nicaraguan Population of Miskito Origin, OEA/ser.L/VII.62, doc. 26, S. 118 (1984).

[8] Theodor Veiter, Aktuelle Vertreibungsfälle weltweit, in: Dieter Blumenwitz (Hrsg.), Flucht und Vertreibung, 1987, S. 207-228; Felix Ermacora, Vertreibung und Vertreibungsverbrechen vor dem Forum der Vereinten Nationen, ebd. S. 229-237.

[9] Dokument E/CN.4/Sub.2/1993/17

[10] Dokument E/CN.4/Sub.2/1994/18

[11] E/CN.4/Sub.2/1997/23; veröffentlicht in Refugee Survey Quarterly, Nr.3,16 (1997), S. 114-143

[12] deutsche Übersetzung in der Sudetendeutschen Zeitung vom 1. März 1997.

[13] Report of the International Law Commission on the work of its forty-third session, General Assembly Official Records: Forty Sixth Session, Supplement No. 10(A/46/10), S. 265-268 (1992).

[14] UN Doc. E/C.12/1997/4.

[15] Draft Declaration on Population Transfer and the Implantation of Settlers (27.6./28.8.1997), in: Refugee Survey Quarterly, Nr. 3, 16 (1997), S. 141-143

[16] Loizidou v. Turkey, Urteil vom 18. Dezember 1996, S. 23.

[17] A. de Zayas, Historischer und völkerrechtlicher Überblick, in: Reden zu Deutschland 1980, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1981, S.16-22. Dr.Dr. Kurt Rabl veröffentlichte 1958-1965 ein mehrbändiges Werk über das Recht auf die Heimat. Die vielleicht beste Abhandlung zu diesem Thema veröffentlichte Professor Dr. Otto Kimminich (Regensburg) 1980 in der der Schriftenreihe der Kulturstiftung der Deutschen Verriebenen. Ferner gibt es eine Reihe von Dissertationen, z.B. 1962 die von Gerold von Braunmühl, Austreibungsverbot und Rücksiedlungsanspruch im geltenden Völkerrecht, Mainz 1966, die von Dieter Fischer, Die Aussichten für die Positivierung eines Menschenrechts auf die Heimat, Würzburg; 1970 die von dem Franzosen Marc Lengereau „Le droit à la Heimat – La notion de ‚droit à la Heimat' dans la pensée allemande contemporaine et en droit positiv“ (Grenoble) und 1974 die von dem Holländer Frans du Buy, Das Recht auf die Heimat im historisch-politischen Prozeß (Utrecht).

[18] Otto Triffterer, Die Bestrafung von Vertreibungsverbrechen, in: D. Blumenwitz (Hrsg.), a.a.O., S. 259-295

**Prof. Dr. Dr. Alfred-Maurice de Zayas**



ist Gastprofessor für Völkerrecht an der DePaul University Chicago und Senior Fellow des International Human Rights Law Institute, Chicago. Buchveröffentlichungen: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, 1978. Berlin [12]1997 (engl.: Nemesis at Potsdam. The Expulsion of the Germans from the East, 1977, Lincoln/London [4]1990). Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle, München [6]1998 (engl. The Wehrmacht War Crimes Bureau, Lincoln/London [2]1990). Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart 1986 (engl. A Terrible Revenge. The Ethnic Cleansing of the East European Germans, 1944-1950, New York [2]1994).

Der vorliegende Aufsatz ist die für *wir selbst* aktualisierte und erweiterte Fassung eines Vortrages vor dem 14. Bundeskongreß „Junge Generation“ des BdV 1997.

wir über **wir selbst** *Zeitschrift für nationale Identität*

**In dieser Ausgabe:**

## Ulrich Behrenz

***wir selbst*-Redakteur**



**Ulrich Behrenz,**

geboren 1940 in Kolberg/Ostsee in Pommern, ist als Dipl.Ingenieur für Bauwesen in Hamburg tätig. Als Kind durch Flucht und Wohnungsnot im schwer zerstörten Nachkriegs-Hamburg geprägt, ebenso auf unzähligen Fahrten in freier Natur durch verschiedene bündische Jugendgruppen. In den Anfängen der Bürgerinitiativbewegung seit 1967 u.a. gegen monströse Bebauungspläne der ausgehenden Wirtschaftswunderzeit tätig, in den siebziger Jahren aktiv in der gesellschaftskritisch-heimatbezogenen Umweltbewegung, unter anderem Anti-AKW-Bewegung; Gründungsmitglied der Grünen, 1981 Austritt aus der Partei.

*Die Natur kann ohne den Menschen leben, der Mensch jedoch nicht ohne die Natur. Wir Menschen sind nur vorübergehende Gäste auf dieser Erde und haben die Verpflichung, sie den nachfolgenden Generationen wenigstens so lebenswert zu hinterlassen wie uns diese einmal empfangen hat.*

*Wie die große Vielfalt in Flora und Fauna ein Merkmal ist für die Unversehrtheit und für die Stabilität der Natur, so ist die Vielfalt und Buntheit der Völker und Kulturen ein Reichtum für die Menschheit und bietet den darin eingebundenen Menschen die Grundlage für ein Höchstmaß an Entfaltung der eigenen Identität und Persönlichkeit.*

*Technischer Fortschritt muß diesen Reichtum, diese wunderbare Vielfalt nicht zwangsläufig einschränken. Faktisch jedoch zerstört die zu hohe Reproduktionsrate der Menschen, die alles nivellierende Globalisierung, das zügellose Wirtschaftswachstum, gepaart mit hemmungsloser Profitgier, den begrenzten Lebensraum Erde – und dies bedeutet nicht nur das Ende der Völker und Kulturen, sondern es verkürzt das Dasein des Menschen auf seine Funktion im Rahmen von Produktion von Konsumtion.*

*Der Anstoß für die Namensgebung von* ***wir selbst*** *kam seinerzeit von der irischen Freiheitsbewegung (Sinn Fein = wir selbst). Jetzt ist es an* ***wir selbst****, ihrerseits Anstöße zu geben. Und an* uns *selbst.*

**Andreas Selmeci**

# Vertreibung nicht länger dulden

## Die Uno soll sie im Namen des Rechts auf Heimat ächten

Das zwanzigste Jahrhundert gilt als das Jahrhundert der Vertreibungen. Doch bis heute fehlt es an wirksamen Mechanismen zur Friedenssicherung.



*Vertreibung – viele tragen dieses Trauma für immer mit sich.*

Vertreibung hat viele Gesichter. Sie kann in allen Arten angedrohter oder ausgeübter Gewalt bestehen, aber auch in bürokratischen Akten wie Ausweisung, Aberkennung der Staatsbürgerschaft und Enteignung. Vertreibung bringt unsägliches Leid über ganze Völker. Den Einzelnen beraubt sie seines Besitzes, seiner Existenzgrundlagen, seiner Lebenswelt, der Menschen, die ihn umgeben. Viele tragen dieses Trauma für immer mit sich, und oft hat Vertreibung die Saat für blutige Vergeltung gelegt.

Doch erst **in unserem Jahrhundert** wurden Vertreibungen zu einer Normalität bewaffneter Konflikte und zu einem beliebten Mittel, um „Minderheitenprobleme zu lösen". Ihre Konjunktur ist eng mit der Karriere verknüpft, welche die Idee des homogenen Nationalstaates vor allem in Europa gemacht hat. An den „ethnischen Säuberungen", mittels derer Slobodan Milosevic und Radovan Karadzic im multikulturellen Bosnien-Herzegowina eine „Serbische Republik" errichteten, war allenfalls der Name neu. 1912/13 und 1919 schickte der junge Staat Serbien dem abziehenden Osmanischen Reich hunderttausende mazedonische Türken, Albaner und Sandschak-Muslime hinterher.

Diese Vertreibung war nur kleiner Teil des großen „Bevölkerungsaustausches" zwischen dem Balkan und Kleinasien zur Zeit des 1. Weltkrieges. 1914/15 deportierte die Türkei die gesamte armenische Bevölkerung Nordostanatoliens in Richtung syrische Wüste. 1,5 Millionen Armenier wurden dabei vernichtet, nur etwa 500.000 überlebten. 1923 regelte der Vertrag von Lausanne unter dem Druck der westlichen Großmächte die Massenvertreibung der kleinasiatischen und pontischen Griechen. Nach dem Tod von Hunderttausenden erreichten etwa 1,5 Millionen Menschen Griechenland. Dafür mußten etwa 550.000 Türken sowie albanisch-, bulgarisch- und griechischsprachige Muslime Griechenland unter Zwang verlassen.

Physische Gewalt, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen soll, kann sich im Extremfall bis zum Völkermord steigern. Die UN Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 nennt auch die Vernichtung eines Teils einer ethnischen oder religiösen Gruppe „Genozid". Der nationalsozialistische Holocaust an den **Juden** war ein totaler Genozid, da er auf die vollständige Ausrottung dieses Volkes abzielte. Vor dem 2. Weltkrieg lebten allein in Osteuropa (mit Ausnahme Rußlands und des Balkan) 12 bis 14 Millionen Juden. Die Mehrheit von ihnen sprach das dem Deutschen eng verwandte Jiddische. Bis 1945 wurden sechs Millionen Juden systematisch ermordet, die Mehrheit der überlebenden Juden Osteuropas wurde als Flüchtlinge über die Welt verstreut. In Polen fiel die restliche jüdische Bevölkerung noch zweimal Vertreibungen zum Opfer, 1945-48 und nach 1968, als sie zum Sündenbock für Vergehen der Kommunisten gemacht wurden.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden alle **deutschen Volksgruppen** in Osteuropa, in den Ostgebieten der Weimarer Republik östlich der Oder-Neiße-Linie und im Sudetenland, insgesamt etwa 18 Millionen Menschen, von einer systematischen Politik der Vertreibung getroffen. Mehr als 12 Millionen Menschen verloren damals ihre Heimat, bis zu drei Millionen ihr Leben, etwa drei Millionen blieben als rechtlose Minderheitenangehörige in ihren Heimatregionen. Viele von ihnen kamen später als „Aussiedler" nach Restdeutschland.

Die Massenvertreibung der Deutschen war keine spontane Rache der Völker, die unter den Greueln der nationalsozialistischen Besatzer gelitten hatten, sondern geplant und von oben befohlen. Die Verbrechen, mit denen sich die Rote Armee sowie polnische, tschechische und jugoslawische Milizen besudelten, reichen von schweren Mißhandlungen, über Massenvergewaltigungen, -exekutionen, und -verschleppungen zu Zwangsarbeit bis hin zum Betreiben von Konzentrationslagern und zur Beschießung von Flüchtlingstrecks.[2] Auf einige dieser Tatbestände wäre die Völkermordkonvention der UN anwendbar.

Seit 1939 hatte die tschechische Exilregierung unter Edvard Beneš die „Ausweisung" der

3,5 Millionen Sudetendeutschen gefordert und im Mai 1943 dafür den Segen von US-Präsident Franklin D. Roosevelt erhalten. Um Polen für seine von der Sowjetunion beanspruchten Ostgebiete zu entschädigen, unterstützte der britische Premierminister Winston Churchill auf der Konferenz von Teheran im November 1943 den Vorschlag, Ostpreußen, Pommern und Oberschlesien von Deutschland abzutrennen und deren deutsche Bevölkerung allmählich „auszusiedeln". Auf der Konferenz in Potsdam im Sommer 1945 war auch US-Präsident Harry S. Truman damit einverstanden, diese Beschlüsse auf Ostbrandenburg und Niederschlesien auszudehnen. So wurden die Massendeportationen Stalins zu einem Modell für Demokraten, auch wenn die Westalliierten durch Ausmaß, Tempo und Brutalität der späteren Vertreibungen überrascht wurden.[3]



Ideologische Grundlage für die Barbarei der Täter und die Gleichgültigkeit allzuvieler Zeugen war die „Kollektivschuld" der Deutschen.[4] Nachdem Propagandisten den Soldaten aus Rußland und Zentralasien Haß eingeflößt hatten, machten diese keine Unterschiede zwischen Nazi-Anhängern, der Masse der Bevölkerung und Antifaschisten. Ehemalige tschechische Kollaborateure ersannen Todesarten für „Illoyale". Selbst Ungarn, das an Hitlers Ostfeldzug teilgenommen hatte, verschickte die Hälfte seiner Deutschen in Richtung Westen.

Abermals wurde auch der Balkan Schauplatz von Völkermord und Vertreibung: Nach der Ermordung hunderttausender Serben sowie oppositioneller Kroaten und Bosnier durch die Nationalsozialisten und die kroatischen Ustascha-Faschisten vernichteten die Tito-Partisanen etwa 100.000 Donauschwaben in der Wojwodina und in Slawonien.

Die anhaltende **Tabuisierung** dieser Verbrechen zeitigt ihre Folgen bis heute in Europa und weit darüber hinaus. Immer wieder will es scheinen, als würden Vertreibungen von der internationalen Gemeinschaft toleriert. Selbst Länder, die Flüchtlinge und Vertriebene in großer Zahl aufnehmen müssen, machen sich selten zu deren Fürsprechern. Forderungen an die verantwortlichen Regierungen werden aus diplomatischen Rücksichten oder Phantasielosigkeit nicht erhoben. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Während eine eigens eingerichtete Unterorganisation der Vereinten Nationen noch immer 4,6 Millionen palästinensische Flüchtlinge versorgt, läßt die israelische Regierung im okkupierten Westjordanland neue jüdische Siedlungen errichten und unbescholtene Palästinenser aus Ost-Jerusalem ausweisen.
- Die Türkei hat im Kampf gegen die PKK-Guerilla in den 90er Jahren mehr als 3.000 kurdische Dörfer zerstört und mindestens 2,5 Millionen Kurden zu Flüchtlingen gemacht. Die Europäische Union indessen beklagt die illegale Einwanderung aus der Türkei.
- Mehr als 500.000 Aserbeidschaner sind bis 1994 vor armenischen Truppen geflüchtet. Ohne Rücksicht auf die Vermittlungsbemühungen der OSZE siedelt die Republik Armenien in den besetzten Gebieten zwischen ihrem eigenen Territorium und der armenischen Enklave Berg-Karabach einen Teil jener Armenier an, die in den Jahren zuvor zu Hunderttausenden von Aserbeidschan vertrieben wurden.
- In Bosnien-Herzegowina haben serbische Fanatiker unter der Regie von Milosevic und Karadzic 1992 bis 1995 über die Halfte der

*Danzig 1945, Srebrenica 1995*



# Erklärung über Bevölkerungstransfers und die Seßhaftmachung von Siedlern

## Einstimmige Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.4.1998

**Artikel 1**
Diese Erklärung setzt Normen, die in allen Situationen angewandt werden können, einschließlich Friedenszeiten, Krisen und Spannungen, innerstaatliche Gewalt, innerstaatliche bewaffnete Konflikte, gemischte innerstaatliche und zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte, zwischenstaatliche Konflikte und Situationen des öffentlichen Notstandes. Die in dieser Erklärung enthaltenen Normen müssen unter allen Umständen berücksichtigt werden.

**Artikel 2**
Diese Normen sind verbindlich für und anwendbar auf alle Personen, Gruppen und Obrigkeiten ungeachtet ihres gesetzlichen Status.

**Artikel 3**
Rechtswidrige Bevölkerungstransfers umfassen eine Praxis oder Politik, die den Zweck oder das Ergebnis haben, Menschen in ein Gebiet oder aus einem Gebiet zu verbringen, sei es innerhalb internationaler Grenzen oder über Grenzen hinweg, oder innerhalb eines, in ein oder aus einem besetzten Gebiet ohne die freie und informierte Zustimmung sowohl der umgesiedelten, als auch jeglicher aufnehmenden Bevölkerung.

**Artikel 4**
1. Jeder Mensch hat das Recht in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben.
2. Niemand darf dazu gezwungen werden, seine Wohnstätte zu verlassen.
3. Die Verbringung einer Bevölkerung oder von Bevölkerungsteilen darf nicht angeordnet, angeregt oder durchgeführt werden, es sei denn, ihre Sicherheit oder zwingende militärische Gründe verlangen es. Alle auf diese Weise verbrachten Personen haben das Recht, unmittelbar nach Beendigung der Umstände, die ihren Ortswechsel erzwungen haben, zu ihren Wohnstätten, in ihre Heimat oder an ihre Herkunftsorte zurückzukehren.

**Artikel 5**
Die Besiedlung eines besetzten oder umstrittenen Gebiets durch die Besatzungsmacht bzw. die es faktisch beherrschende Macht mit Teilen ihrer eigenen Zivilbevölkerung, sei es durch Transfer oder Anreize, ist rechtswidrig.

**Artikel 6**
Jedwede Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demographische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung und/oder durch die Seßhaftmachung von Siedlern oder eine Kombination davon, ist rechtswidrig.

**Artikel 7**
Bevölkerungstransfers oder -austausche können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden, wenn sie grundlegende Bestimmungen der Menschenrechte oder zwingende Normen des Völkerrechts verletzen.

**Artikel 8**
Jeder Mensch hat das Recht, in freier Entscheidung und in Sicherheit und Würde in das Land seiner Herkunft sowie innerhalb dessen an den Ort seiner Herkunft oder freien Wahl zurückzukehren. Die Ausübung des Rückkehrrechts schließt das Recht der Opfer auf angemessene Wiedergutmachung nicht aus, einschließlich der Rückgabe von Gütern, die ihnen im Zusammenhang mit dem oder als Ergebnis des Bevölkerungstransfers entzogen wurden, Entschädigung für jegliches Eigentum, das ihnen nicht zurückgegeben werden kann und allfällige andere, völkerrechtlich vorgesehene Reparation.

**Artikel 9**
Die oben genannten Praktiken des Bevölkerungstransfers stellen Völkerrechtsverstöße dar, die sowohl staatliche Verantwortlichkeit als auch individuelle strafrechtliche Verantwortung begründen.

**Artikel 10**
Wo durch diese Erklärung verbotene Taten oder Unterlassungen begangen werden, sind die internationale Gemeinschaft als ganze und die einzelnen Staaten dazu verpflichtet:
a) die durch solche Taten geschaffenen Situationen nicht als rechtmäßig anzuerkennen;
b) im Falle laufender Vorgänge die sofortige Beendigung und die Rückgängigmachung ihrer schädlichen Folgen sicherzustellen;
c) dem Staat, der eine solche Tat begangen hat oder noch begeht, bei der Aufrechterhaltung oder Verstärkung der dadurch geschaffenen Situation keine Hilfe, Beihilfe oder Unterstützung zu gewähren, sei es finanziell oder in anderer Form.

**Artikel 11**
Die Staaten sollen Maßnahmen ergreifen, die die Verhinderung von Bevölkerungstransfers und der Seßhaftmachung von Siedlern zum Ziel haben, einschließlich des Verbots der Anstachelung zum rassischen, religiösen oder sprachlichen Haß.

**Artikel 12**
Nichts in diesen Artikeln darf so ausgelegt werden, daß es den Rechtsstatus irgendeiner Obrigkeit oder von Gruppen oder Personen berührt, die in Situationen von innerstaatlicher Gewalt oder von Krisen und Spannungen oder des öffentlichen Notstandes involviert sind.

**Artikel 13**
1. Nichts in diesen Artikeln darf so ausgelegt werden, daß es die Anwendung der Bestimmungen gleich welcher internationaler humanitärer oder menschenrechtlicher Instrumente beschränkt oder beeinträchtigt.
2. Falls unterschiedliche Normen auf dieselbe Situation anwendbar sind, soll diejenige Bestimmung gelten, die den größtmöglichen Schutz für von Bevölkerungstransfers betroffene Einzelpersonen oder Gruppen bietet.

muslimischen und kroatischen Bevölkerung aus ihren Heimatorten vertrieben. Über 200.000 bosnische Muslime wurden ermordet.

- Nach Ustascha-Vorbild ließ Kroatiens Präsident Franjo Tudjman ab 1993 die serbische und muslimische Bevölkerung der Herzegowina vertreiben. Um die Rückkehr von 200.000 Serben zu verhindern, die bei der Rückeroberung der Krajina im August 1995 flohen, erfindet Kroatien immer neue administrative Hindernisse. Am 26. Mai 1997 berief sich Tudjman ausdrücklich auf die unmenschlichen Vertreibungsdekrete der tschechischen Beneš-Regierung.

Während diese Beispiele im Kontext von bewaffneten Konflikten standen, hat das Verbrechen der Vertreibung auch eine unspektakuläre, aber kaum weniger grausame Dimension. Zu erinnern ist an die unzähligen kleineren und größeren **Zwangsumsiedlungen**, die rund um den Globus **im Namen wirtschaftlicher Entwicklung** durchgeführt werden. Marginalisierte Gruppen, auch sie oft ethnische Minderheiten oder indigene Völker, verlieren ihr Land und ihre natürlichen Ressourcen. Entschädigungen für diese „Bauernopfer" bilden noch immer die Ausnahme, obwohl die Projekte von internationalen Geldgebern großzügig finanziert werden.

Eigentlich verbietet längst anerkanntes Völkerrecht wie die UN-Charta, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, die Menschenrechtspakte von 1966 und die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten Vergehen wie Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Massenausweisungen. Artikel 49 der IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 läßt als einzige Ausnahme zu, Zivilisten bei Militäroperationen zu ihrem eigenen Schutz vorübergehend zu evakuieren.

Zur **Vorbeugung von Vertreibungsverbrechen** könnte die Staatengemeinschaft bereits heute auf vielfältige Instrumente der Friedenssicherung zurückgreifen: Konfliktbearbeitung und Vertrauensbildung, Menschenrechtsbeobachtung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort, politische und wirtschaftliche Sanktionen und im äußersten Notfall auch Militäreinsätze. Bis jetzt fehlt es jedoch an verbindlichen Mechanismen, die ein rasches und wirksames Handeln ermöglichen.

Seit den 80er Jahren arbeiten Völkerrechtler daran, Vertreiber-Staaten in die Pflicht zu nehmen. Im Zentrum stehen ein generelles Verbot, Fluchtbewegungen zu verursachen, und das Recht von Flüchtlingen, freiwillig sowie in Sicherheit und Würde in ihr Herkunftsland zurückzukehren. In einer Reihe von Friedensverträgen und Abkommen über Flüchtlingsrückführungen konnten diese Prinzipien erfolgreich eingeführt werden.[5] Der Fall des Friedens von Dayton zeigt jedoch, daß die Durchsetzung des Rückkehrrechts vom politischen Willen der Großmächte abhängt.

Die **UN-Menschenrechtskommission** hat im April 1998 den Entwurf für eine „Erklärung über Bevölkerungstransfers und die Seßhaftmachung von Siedlern" vorgelegt, die Vertreibungen für alle Zukunft ächten soll. Im Kern spricht sie jedem Menschen ein Recht auf Heimat zu, ähnlich, wie es die Charta der Heimatvertriebenen schon 1950 gefordert hat. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat den neugewählten deutschen Bundestag dazu aufgerufen, die Verabschiedung dieser Erklärung durch die UN-Generalversammlung zu unterstützen. Vertreibungen zwecks Liquidierung von Minderheiten oder als Vehikel verordneter Modernisierung dürfen nicht länger geduldet werden!



*Während des Bürgerkriegs in Guatemala wurden in den 80er Jahren 1,5 Millionen Maya zur Flucht gezwungen. (Foto: Archiv GfbV)*

*Vertreibungen zur Liquidierung von Minderheiten oder als Vehikel verordneter Modernisierung dürfen nicht länger geduldet werden!*

[1] Vgl. Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, hrsg.v. Israel Gutman u.a., München und Zürich 1989.
[2] Vgl. Heinz Nawratil: Vertreibungsverbrechen an Deutschen, Reprint der 4., überarb. Auflage, Frankfurt a.M./Berlin 1986.
[3] Nach Alfred M. de Zayas: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, 2., durchgesehene Auflage, München 1978.
[4] Eine der bedeutendsten Stimmen gegen die Kollektivschuldthese war Viktor Gollancz: Unser bedrohtes Erbe, Zürich 1947.
[5] Siehe Alberto Achermann: Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit fluchtverursachender Staaten, Baden-Baden 1997.

**Dr. Andreas Selmeci**

ist stellvertretender Leiter der Menschenrechtsarbeit bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland. Sein Beitrag wurde aus der *pogrom, Zeitschrift für bedrohte Völker*, Nr. 200/1998 übernommen und von ihm für *wir selbst* ergänzt.
Kontaktadresse: Gesellschaft für bedrohte Völker, Redaktion *pogrom*, Postfach 2024, 37010 Göttingen, Tel. 0551/49906-0, Fax 0551/58028, e-mail: pogrom@gfbv.de

Foto: Hansjörg Hörseljau



**Heinz Nawratil**

# Menschenwürde ist unteilbar

**Es ist unübersehbar, daß die unbewältigte Vertreibungsvergangenheit der Jahre 1945-1948 zum Erfolgsmodell für andere Massenverbrechen wurde.**

Im Konzentrationslager Theresienstadt in Böhmen starb auch ein deutsch-slowakischer Jude namens Müller. Er starb einen ganz „gewöhnlichen" Lagertod; Hunger, mangelhafte medizinische Versorgung und ständige Mißhandlungen waren die Ursachen. Das Ungewöhnliche an diesem Fall ist nur: Es war kein Lager der deutschen Nationalsozialisten, sondern eines der tschechischen Nationalisten, und man schrieb Ende 1945.[1]

*KZ Theresienstadt nach 1945*



*Waren die Mißhandlungen ungerecht, die Müller vor 1945 als deutscher Jude erdulden mußte, und diejenigen gerecht, die ihn nach dem Krieg als jüdischen Deutschen trafen? Ist Menschlichkeit teilbar?*

Als ich diese Geschichte zum erstenmal las, war meine spontane Reaktion ungläubiges Staunen. Dann versuchte ich genauere Informationen aufzutreiben – und fand sie reichlich. Bei meinen Recherchen kamen noch weitere Fälle deutscher Juden in tschechischen Lagern zum Vorschein, außerdem Prager Ministerialerlasse, die Juden für „national unzuverlässig" erklärten, wenn sie vor dem Krieg die Interessen der deutschen Minderheit auf irgendeine Weise gefördert hatten, und ich lernte Landsleute Müllers kennen, mit denen ich über das Unglaubliche sprechen konnte. Auch später tauchten immer wieder Berichte zum Thema auf, z.B. Michael Wiecks bewegendes Buch „Zeugnis vom Untergang Königsbergs – Ein Geltungsjude berichtet" (Heidelberg 1990).

Ich begann mich eingehend damit zu beschäftigen, was nach dem Krieg hinter Oder, Neiße und Böhmerwald geschehen war, und stieß dabei nicht nur auf die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte, sondern auch auf eine Millionenzahl von Toten. Ich studierte Zahlen und Fakten und mußte bald feststellen, daß sie schon seit längerer Zeit vorliegen, ermittelt von wissenschaftlichen Kommissionen, in amtlichem Auftrag, in jahrelanger Kleinarbeit. Es handelt sich dabei vor allem um die Untersuchung des Statistischen Bundesamts über die deutschen Vertreibungsverluste, die Dokumentation des früheren Bundesvertriebenenministeriums und die Ostdokumentensammlung des Bundesarchivs, insbesondere die zusammenfassende Dokumentation des Bundesarchivs über die Vertreibungsverbrechen. Wieder großes Erstaunen: Die Vertreibungsverbrechen gehören zu den bestdokumentierten, aber am schlechtesten publizierten Massenverbrechen der Geschichte.

Der Fall Müller hat mich lange beschäftigt. In diesem einen Schicksal konzentrieren sich, so schien es mir, Elend und Verwirrung eines ganzen Jahrhunderts. Immer neue Fragen stellten sich ein. Im Zusammenhang mit Kriegs- und Nachkriegsereignissen wird oft von Schuld und Sühne gesprochen. Wenn die Deutschen Schuld auf sich geladen haben, waren dann die Mißhandlungen ungerecht, die Müller vor 1945 als deutscher Jude erdulden mußte, und diejenigen gerecht, die ihn nach dem Krieg als jüdischen Deutschen trafen? Ist der Mensch teilbar? Und, wichtiger noch: Ist die Menschlichkeit teilbar? Warum hört man so wenig von den Vertreibungsmorden? Waren sie Verbrechen, sollte man sie dann nicht öffentlich anprangern? Waren sie ein Gericht Gottes, müßte man sie dann nicht erst recht publik machen, als warnendes Beispiel? - Wie konnte es dazu kommen? Wer waren die Opfer? Wer waren die Täter, was ihre Motive? Können sich solche Ereignisse wiederholen?

**Reden oder schweigen?**

Unter der Bevölkerung unseres Landes ist oft zu hören, man solle die Vergangenheit endlich auf sich beruhen lassen. Meinungsumfragen bestätigen den Eindruck.[2]

Trotz des verbreiteten Mißbrauchs von „Vergangenheitsbewältigung" und „Antifaschismus" durch radikale Ideologen habe ich diese Ansicht nie geteilt; immer mußte ich an eine beiläufige Äußerung Hitlers denken: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?"[3] Diese Überlegung hat den Diktator vermutlich in seinen Völkermordplänen bestärkt. Man erinnert sich: In den Jahren zwischen 1915 und 1918 wurde im türkischen Reich das armenische Volk ausgerottet. Eineinhalb bis zwei Millionen Menschen starben damals auf denkbar grausame Weise, von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet.[4]

Der Dichter Franz Werfel, als deutscher Jude in Prag geboren und damit doppelt sensibilisiert für die Vorboten künftigen Unheils, hat den Armeniern in seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh" ein würdiges Denkmal gesetzt. Im übrigen ist dieser erste planmäßige Völkermord des 20. Jahrhunderts so gut wie vergessen. Der Menschheit wäre vielleicht vieles erspart geblieben, hätte sie ein besseres Gedächtnis gehabt.

In dem Periodikum „Kursbuch" wurde im Oktober 1979 in Nr.57 eine Diskussion führender deutscher Linkssozialisten abgedruckt. Es ging um ihr Eintreten für die kommunistische Machtübernahme in ganz Indochina, obwohl schon seinerzeit die Greueltaten der Vietcong durchaus bekannt waren und von den Diskussionsteilnehmern zugegeben wurden. Einer von ihnen – Dietrich Wetzel – meinte:[5] „Tatsächlich, da wurde ausgeblendet. Aber wenn ich mich richtig erinnere, dann hat eine bestimmte Erfahrung da eine Rolle gespielt, eine spezifisch deutsche Erfahrung. In Deutschland ist ja nicht verborgen geblieben, daß z. B. die Rote Armee beim Einmarsch ins Großdeutsche Reich ihrerseits eine ganze Reihe von Greueltaten begangen hat. Deshalb gehörte zu den Anfängen meines politischen Denkens dieser Satz aus dem Alten Testament: ‚Wer Wind säet, wird Sturm ernten.' Die Faschisten haben angefangen, und die Rote Armee hat, angesichts dieser 20 Millionen[6] Opfer in der Sowjetunion, verständlicherweise auch Rache genommen. Es geht also darum, sich gegen den zu wehren, der derartige Eskalationen verursacht. Das waren für uns in diesem Fall eindeutig die Amerikaner. Und das hat eine Rechtfertigung in Gang gesetzt, die dieses alte Muster benutzt hat."

Das Ergebnis ist bekannt. In Kambodscha z. B. haben vermutlich nur etwas mehr als zwei Drittel der Bevölkerung die Herrschaft der Roten Khmer und der vietnamesischen Kommunisten überlebt.[7]

Die Reihe der historischen Muster und Vorbilder für neue Verbrechen ließe sich beliebig fortsetzen.[8] Jeder Generation stellt sich von neuem die Frage, die der Religionsphilosoph Romano Guardini 1952 so formuliert hat: „Wie können wir das Geschehene aufarbeiten, damit es nicht wie ein inneres Gift weiterwirke und zum Schema des Kommenden werde?"

Es gibt aber noch andere Argumente gegen das bequeme Schweigen.

a) Elie Wiesel schreibt in seinem Essay „Die Massenvernichtung als literarische Inspiration":[9] „Erst hat der Feind die Juden getötet, dann ließ er sie in Rauch und Asche aufgehen. So wurde jeder Jude zweimal umgebracht ... Heute versucht man die Opfer ein drittes Mal zu töten, indem man sie ihrer Vergangenheit beraubt. Daher meine tiefste Überzeugung: Jeder, der sich nicht aktiv und ständig mit der Erinnerung beschäftigt und andere mahnt, ist ein Helfershelfer des Mordens."

*Adolf Hitler: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?"*

In der Tat wäre das Vergessen ein nachträglicher Triumph der Mörder.




b) Auf der gleichen Linie liegt die Argumentation des Bundesgerichtshofs in seinem Grundsatzurteil zur Leugnung eines Völkermords.[10] Über die rassisch Verfolgten wird dort ausgeführt:

„Es gehört zu ihrem personalen Selbstverständnis, als zugehörig zu einer durch das Schicksal herausgehobenen Personengruppe begriffen zu werden, der gegenüber eine besondere moralische Verantwortlichkeit aller anderen besteht, und das Teil ihrer Würde ist. Die Achtung dieses Selbstverständnisses ist für jeden von ihnen geradezu eine der Garantien gegen eine Wiederholung solcher Diskriminierung und eine Grundbedingung für ihr Leben in der Bundesrepublik. Wer jene Vorgänge zu leugnen versucht, spricht jedem einzelnen von ihnen diese persönliche Geltung ab, auf die sie Anspruch haben. Für den Betroffenen bedeutet das die Fortsetzung der Diskriminierung der Menschengruppe, der er zugehört, und mit ihr unmittelbar seiner eigenen Person."

Wer die Morde an Juden leugnet, beleidigt jeden von ihnen. Es fordert also auch der Respekt vor den Opfern von Massenverbrechen, die Wahrheit nicht zu leugnen oder zu unterdrücken.

c) Im jugoslawischen KZ Gakovo notierte der Kaplan Matthias Johler am 9. Februar 1946 in seinem Tagebuch, nachdem er wenige Tage vorher den 4500. Todesfall registriert hatte: „Was man schon längere Zeit befürchtet, ist zur

Wirklichkeit geworden: Die Grabkreuze werden von den Gräbern gerissen und zum Brennholz geworfen; die Grabhügel aber werden der Erde gleichgemacht. Wie bei Verbrechern! Wohl hat noch nichts so tief unsere Leute erschüttert wie diese Verordnung."[11]

Wir sollten die Grabkreuze wieder aufrichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre erweisen. Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht.

*Die Untaten des Nationalsozialismus waren von einer solchen Beschaffenheit, daß es weder nötig noch möglich ist, sie durch Verschweigen anderer Menschenrechtsverletzungen noch furchtbarer zu machen.*

d) Der Engländer Northcote C. Parkinson, seit 1958 bekannt durch seine „Parkinsonschen Gesetze" zum Thema Bürokratie, hat sich in letzter Zeit auch mit Kommunikationsproblemen befaßt. Er stellte dabei folgendes fest:[12] „Das wäre dann also Parkinsons neuestes und womöglich letztes Gesetz, welches da lautet: Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerücht, Geschwätz und Gift."

Wer im In- oder Ausland auf die Vertreibungsverbrechen zu sprechen kommt, wird Parkinsons Gesetz bald bestätigt finden. Soweit das Problem als solches überhaupt bekannt ist, füllt sich das Vakuum mit der wiedererstandenen Kollektivschuld-Theorie oder Geschichtsklitterung östlicher Provenienz, und nicht selten nutzen rechtsradikale Grüppchen das publizistische Niemandsland für ihre Agitation.




e) Wollte ein übereifriger Antikommunist fordern, die Verbrechen des Nationalsozialismus in Zukunft totzuschweigen, um nicht von den Untaten des Kommunismus abzulenken oder diese zu relativieren, man würde ihn zu Recht auslachen. Nicht weniger lächerlich wirken die umgekehrten Befürchtungen, durch eine redliche intellektuelle Auseinandersetzung mit den Vertreibungsverbrechen könnten die NS-Verbrechen verharmlost oder gegen östliche Verbrechen aufgerechnet werden. Sowohl die Überängstlichen als auch die Unbelehrbaren müssen sich sagen lassen, daß die Untaten des Nationalsozialismus von einer solchen Beschaffenheit waren, daß es weder nötig noch möglich ist, sie durch Verschweigen anderer Menschenrechtsverletzungen noch furchtbarer zu machen.

Schon in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen mußte Lordrichter Lawrence den unqualifizierten Versuch der Verteidigung zurückweisen, die Angeklagten durch Erwähnung alliierter Völker- oder Menschenrechtsverletzungen zu entlasten. Aufrechnen kann man mit Geld, nicht mit Menschenleben. Dieser Satz gilt allerdings nach 1945 ebenso wie vor 1945; ein Kindermord bei der Vertreibung ist nicht deswegen weniger schrecklich, weil auch Hitler Kinder ermorden ließ. Aufrechnungsversuche gewinnen nicht an Überzeugungskraft durch den Hinweis, die eine Seite habe ihre Untaten zuerst, die andere erst danach begangen. Man sollte nicht vergessen, daß auch die Nazis ihre wahren Ziele und Methoden im „Ostraum" hinter der Maske eines Rächers zu verbergen suchten. Z. B. versprach Hitlers Erlaß vom 14. Mai 1941 Straffreiheit für Vergehen „aus Erbitterung" über die – zweifellos vorher begangenen – Greueltaten des sowjetischen Systems. Ähnliche Gedankengänge finden sich in dem berüchtigten Kommissarbefehl und in Tagesbefehlen fanatischer Nazigeneräle wie Walther von Reichenau (der deutsche Soldat als „Rächer für alle Bestialitäten"). Ebenso wie der Taschenspielertrick der Aufrechnung ist auch das Aktion-Reaktion-Spiel ein fragwürdiges Spiel; beide entspringen einem zutiefst inhumanen Denken.

f) Gemäß § 66 c der Strafprozeßordnung spricht der Vorsitzende bei der Vereidigung zum Zeugen: „Sie schwören, daß Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben." Wenn der Zeuge etwas verschweigt, macht er sich des Meineids schuldig. Sieht man im Historiker den redlichen Zeugen der Zeitgeschichte, dann müssen für ihn gleiche Gesetze gelten, auch wenn keine Strafdrohung über ihm schwebt. Eine Geschichtsschreibung, die ohne Abstriche an der Wahrheit nicht glaubt auskommen zu können, richtet sich selbst.

[1] Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen, 3. Auflage (München 1952), S. 139

[2] Martin und Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland – zur politischen Kultur Deutschlands (München 1979), S. 333. Nach einer Umfrage sind z.B. 74% der Bevölkerung dagegen, zu fragen, ob jemand während des Dritten Reiches einen führenden Posten hatte. Vgl. ferner Peter Steinbach: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen (Berlin 1981), S. 11

[3] Tessa Hofmann (Hrsg.): Der Völkermord an den Armeniern vor Gericht (Göttingen 1980), Vorwort; Ives Ternon: Tabu Armenien (Frankfurt, Berlin 1981), S. 11; Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.): Das Verbrechen des Schweigens (Göttingen 1985)

[4] Ein Bild von der Kaltblütigkeit des Völkermords gibt das Telegramm des türkischen Innenministers Talaat Pascha vom 15.5.1915: „Es ist bereits mitgeteilt worden, daß die Regierung auf Befehl des Djemiet beschlossen hat, alle Armenier, die in der Türkei wohnen, gänzlich auszurotten. Diejenigen, die sich diesem Befehl und diesem Beschluß widersetzen, verlieren ihre Staatsangehörigkeit. Ohne Rücksicht auf Frauen, Kinder und Kranke, so tragisch die Mittel der Ausrottung auch sein mögen, ist, ohne auf die Gefühle des Gewissens zu hören, ihrem Dasein ein Ende zu machen." Vgl. Hofmann, a.a.O., S. 133

[5] Kursbuch 57, S. 208

[6] Offizielle Moskauer Angabe. Die Schätzungen reichen von zwölf bis 21 Millionen, vgl. Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (Frankfurt 1962), S. 479 f. Nikolai Tolstoy: Stalin's Secret War (New York 1982), S. 280, hält auch Zahlen zwischen 20 und 30 Millionen für möglich, betont aber, daß über die Hälfte davon Opfer des stalinistischen Terrors („Stalins geheimer Krieg") gegen Systemgegner und nichtrussische Völker in der UdSSR wurde, der während des Weltkriegs ungeahnte Ausmaße erreichte, vgl. Tolstoy, a.a.O., S. 284

[7] Ariane Barth/ Tiziano Terzani: Holocaust in Kambodscha (Hamburg 1980), S. 13, 50; Hubert Gundolf: Massenmord (München 1981), S. 328; Süddeutsche Zeitung vom 3./4.11.1979; Augsburger Allgemeine vom 13.14.10.1979; Gespräche des Verfassers mit Augenzeugen aus der internationalen Rotkreuz-Organisation

[8] a) Türken erklären, man sei durch das Beispiel der Engländer im Burenkrieg auf den Gedanken der KZs gekommen. Vgl. Tessa Hofmann, a.a.O., S. 57

b) Hitler äußerte einmal bewundernd über Stalin: „Das ist eine ungeheuere Persönlichkeit..., der mit eiserner Faust dieses Riesenreich zusammengefaßt hat... An der Spitze ein Mann, der sagte: Finden Sie den Verlust von 13 Millionen Menschen zuviel für eine große Idee?" Vgl. Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944 (Hrsg. W. Jochmann), Hamburg 1980, S. 366

c) H. Morgenthau berief sich bei seinen Vertreibungsplänen auf die Aussiedlung der Griechen aus der Türkei nach dem Ersten Weltkrieg. Er sagte wörtlich: „Wenn man eine Million verschieben kann, kann man auch zwanzig Millionen verschieben." (Besprechung vom 4.9.1944) Vgl. Hermann Schild (Hrsg.): Das Morgenthau-Tagebuch, Leoni 1970, S. 126

[9] Abgedruckt in „Gott in Auschwitz" (Freiburg i.Br./ Basel/ Wien 1979), S. 22



*Frans Masereel: Danse Macabre*

[10] Urteil vom 18.9.1979, AZ. VI zr 140/78-, veröffentlicht in den „Entscheidungen des BGH in Zivilsachen" Bd. 75, S. 160 ff (Nr. 22). Auszüge in „Die Welt" vom 31.10.1979

[11] Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1953-1962, Bd.V, S. 449

[12] Essay in „Die Welt" vom 3.11.1979

**Dr. Heinz Nawratil,**

bayerischer Jurist sudetendeutscher Abstammung und Autor juristischer Taschenbuch-Bestseller, widmete sich jahrelang privaten Studien auf historischem und sozialpsychologischem Gebiet, vor allem zur Geschichte der internationalen Menschenrechtsbewegung. Neben Geschichte und Psychologie ist Rechtsphilosophie sein bevorzugtes Studiengebiet.

Der vorliegende Text enthält Auszüge aus „Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948". 4., vollständig überarbeitete Auflage, Universitas Verlag München 1999.



Gerhard Schwarz

# Das Große Schweigen oder Die Unfähigkeit zu trauern

## Flucht, Vertreibung und die deutsche Identität

Wer das Thema Vertreibung aufgreift, rührt immer noch an ein Tabu deutscher Identität:
Deutsche sind ausschließlich Täter, niemals Opfer.

In der bald zehnjährigen Debatte über das Berliner Holocaust-Mahnmal wurde wiederholt betont, daß diese schwierigen Diskussionen über Formen des Gedenkens und Erinnerns an einen ungeheuerlichen Völkermord den eigentlichen Inhalt dieses Gedenkens bilden. Im Hinblick auf die unbefriedigenden Mahnmals-Entwürfe und den noch problematischeren Standort – direkt neben dem Brandenburger Tor, dem einzig noch verbliebenen nationalen Architektur-Symbol unseres Landes (dieser Aspekt wurde in der Diskussion bis heute völlig tabuisiert) – trifft dies wohl in der Tat den Kern.

Sehr verwunderlich ist jedoch – und darauf haben bezeichnenderweise etliche Stimmen aus dem Ausland hingewiesen –, daß in dieser

***Deutsche als Täter:*** *Geplante Gedenkstätte für die Opfer des Völkermords an den Juden*



schier endlosen, quälenden deutschen Erinnerungsdebatte nicht ein einziges Mal das Gedenken an einen anderen Völkermord angemahnt wurde: den Völkermord, der an den Deutschen selbst verübt wurde. Der amerikanische Publizist Patrick Buchanan brachte dies vor einigen Jahren in der „Washington Times" auf den Punkt: „Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben; die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde." Hinzuzufügen wäre, daß auch die Deutschen selber kaum etwas davon wissen oder wissen wollen.

Das betrifft auch die bewußte Vernichtung deutscher Städte kurz vor Kriegsende sowie den damit zugleich beabsichtigten Massenmord an insgesamt etwa einer dreiviertel Million Menschen – vor allem Alte, Frauen und Kinder – durch die umfassenden Bombardierungen von Wohngebieten: Dies war seit den frühen dreißiger Jahren das erklärte Ziel britischer Luftkriegsstrategie. Dem für diese Kriegsverbrechen Verantwortlichen wurde vor einigen Jahren im Londoner Regierungsviertel ein Ehrenmal errichtet.

Hinter der historisch-politisch absurden und moralisch eigentlich empörenden Leugnung, Relativierung oder Verdrängung von Verbrechen bis hin zur Diffamierung von Millionen von Opfern und ihrer Angehörigen warten folgende Tatsachen immer noch auf ihre „Vergangenheitsbewältigung", auf Gedenken und Erinnerung: Insgesamt wurden nahezu 15 Millionen Deutsche vertrieben oder flüchteten, dabei verloren etwa zweieinhalb Millionen Menschen ihr Leben. Das Völkerrecht* bezeichnet dies sowie den damit verbundenen Raub des Eigentums und des Landes ohne Wenn und Aber als Völkermord.

**Opfer und Täter zugleich**

Selbstverständlich kommt an dieser Stelle sofort der Einwand, daß die Deutschen ja selber schuld daran seien, daß es sich hier also nicht um Opfer, sondern um bestrafte Täter handele. Wenn es so einfach wäre! Da dieses „Argument" aber mitten in das Thema der anhaltenden Pathologie deutscher Identität zielt, daher an dieser Stelle einige Worte dazu. Es gilt einen

*Patrick Buchanan: „Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben; die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde."*

***Deutsche als Opfer:*** *Geplante Gedenkstätte für den Völkermord an Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburgern, Schlesiern, Sudetendeutschen, Danzigern, Posenern, Memelländern, Ungarndeutschen, Jugoslawiendeutschen, Rumäniendeutschen, Rußlanddeutschen*

rechtlichen, moralischen sowie den historischen Aspekt dabei zu beachten. Wer Völkermord mit Völkermord vergilt, ist ebenfalls Täter, und er muß denselben Sanktionen und Werturteilen unterliegen. Moralisch kann er sich nicht über die „Täter" erheben. Historisch gesehen, gibt es eine für Polen und Tschechen unterschiedlich lange Abfolge von Ursachen und Wirkungen in ihrem konfliktgeprägten Verhältnis zu Deutschland. Auch dazu müssen hier nur Stichworte genügen, selbst wenn diese gegen das allgemein vermittelte Geschichtsbild verstoßen, nach dem die Deutschen an allem schuld seien und die östlichen Nachbarn nur Opfer.

*Fanatische Selbstanklage aufgrund historischer Ahnungslosigkeit als Hinweis auf eine brüchige nationale Identität.*

**Ursachen und Wirkungen**

Es war ja in der Weltgeschichte stets so, daß die Sieger die Geschichte geschrieben haben (Bert Brecht: „Immer doch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten."). Dabei geht es hier nicht um den Holocaust, dessen Verantwortung und Schuld in der Tat eindeutig bei uns Deutschen liegt, sondern um das Verhältnis der europäischen Mächte untereinander. Schon die Kenntnis weniger Tatsachen könnte zu einer Differenzierung der pauschalen Anklage und vor allem der fortwährenden, geradezu fanatischen Selbstanklage aufgrund historischer Ahnungslosigkeit beitragen – auch dies ein deprimierend aufschlußreicher Aspekt deutschen zeitgeschichtlichen Selbstverständnisses und brüchiger nationaler Identität.

Die Republiken Polen und Tschechoslowakei wurden nach dem Ende des Ersten Weltkrieges auf den Trümmern des Habsburger Reiches gegründet, wobei große, deutsch besiedelte Gebiete gegen die Normen des gerade geschaffenen Selbstbestimmungsrechtes der Völker von Polen und der CSR gewaltsam einverleibt wurden. Polen und die CSR waren übrigens – da sie ja noch nicht existierten – keine Kriegsgegner Deutschlands gewesen. Die rechtswidrige Inbesitznahme von Land und die nationalistische Drangsalierung von etwa fünf Millionen Deutschen in diesen Gebieten geschah mit ausdrücklicher Rückendeckung Frankreichs und Englands – einschließlich deren Beistandsverpflichtung für den vorhergesehenen Kriegsfall. Selbst für die demokratischen Kräfte in der Weimarer Republik – auch für die SPD und die Gewerkschaften – waren diese Folgen des Versailler Diktats (von „Vertrag", gar von einem „Friedensvertrag", konnte keine Rede sein, damals wußte man das noch sprachlich wie politisch zu unterscheiden) nicht hinnehmbar.

*Königsberg, April 1945*



Nicht wenigen Demokraten im In- und Ausland war klar, daß mit dieser absichtsvollen Demütigung der Deutschen, mit ihrer Ausplünderung durch Reparationen (die bis zum Jahr 1985 hätten gezahlt werden müssen) sowie mit der rechtswidrigen Abtrennung großer Gebiete und der Drangsalierung der dort verbliebenen deutschen Bevölkerung die Grundlage für einen folgenden Krieg geschaffen worden war. Wenn man dann noch entgegen der vorherrschenden Geschichtsvermittlung weiß, daß aus den polnisch gewordenen Gebieten bis 1939 etwa eine Million Deutsche ausgewiesen oder verdrängt wurden, daß in Polen schon Mitte der 30er Jahre als eigenes Kriegsziel die Oder-Grenze offen verkündet wurde (der britische Botschafter berichtete darüber erstaunt nach London), daß in der CSR entgegen dem Völkerrecht und den eigenen Verfassungsbestimmungen eine brutale Tschechisierungspolitik gegen die Deutschen im Sudetenland betrieben wurde, dann ist das Zeitempfinden und die Problemlage der Generation im Deutschland der 30er Jahre angemessener wahrnehmbar als es heute deren „Hystorisierung" durch eine „politisch korrekte", aber historisch eben unwahrhaftige Zeitgeschichtsdarstellung vom Schulunterricht bis in die Massenmedien betreibt.

Eine deutsche Identität aber, die historische Fakten dann ausblendet oder unterdrückt, wenn Deutsche nicht Täter sondern Opfer sind, kann nur weiter in die Irre führen. Sie begibt sich auf einen abermaligen deutschen Sonderweg, der weltweit in der Tat einmalig ist: Geschichtsfälschung, Tabuisierung und Desinformation bewußt zum Schaden des eigenen Landes sowie zur Diffamierung und Verhöhnung der eigenen Opfer.

So heißt es beispielsweise in der Deutsch-Tschechischen Erklärung vom 21.Januar 1997: „Beide Seiten sind sich ... bewußt, daß der gemeinsame Weg in die Zukunft ein klares Wort zur Vergangenheit erfordert, wobei Ursache und Wirkung in der Abfolge der Geschehnisse nicht verkannt werden dürfen. Die deutsche Seite bekennt sich zur Verantwortung Deutschlands

für seine Rolle in einer historischen Entwicklung, die zum Münchner Abkommen von 1938 ... geführt hat." Zeitgeschichtliche Tatsache ist jedoch, daß es die völkerrechtswidrige Einverleibung des Sudetenlandes entgegen den Willen seiner Millionen deutscher Bewohner sowie ihre weitgehende Entrechtung war, die zu dieser historischen Entwicklung geführt hatte. Hier rechnet sich Deutschland also vertraglich eine Verantwortung zu, die ganz überwiegend die tschechische Seite zu tragen hat. Wie verbreitet hierzulande mittlerweile die Unkenntnis zeitgeschichtlicher Fakten ist, zumal aber des Themas „Deutsche als Opfer ihrer östlichen Nachbarn", war und ist daraus zu ersehen, daß es daraufhin nicht etwa einen massiven Protest in den Massenmedien gab, sondern freundliches Kopfnicken. Die politische Korrektheit hatte gegen die geschichtliche Wahrheit auf der ganzen Linie gesiegt bis hin zu den entsprechenden Entschädigungen – nicht etwa der Opfer, sondern der Täter, die nur zu einem kleineren Teil dann wieder Opfer wurden.

Gegenüber einem Land, daß sich so verhält, konnte dann auch der Vorsitzende einer tschechischen Partei noch im Jahr 1997 entgegnen, es seien im Zweiten Weltkrieg „zu wenig Deutsche ermordet worden". Er brauchte keine rechtlichen Sanktionen zu fürchten, wie auch die berüchtigten Beneš-Dekrete, die den Völkermord an den Sudetendeutschen rechtfertigen – brutale Vertreibung von dreieinhalb Millionen Menschen, bei der etwa eine viertel Million ums Leben kamen, Raub ihres Eigentums und des Landes -, nach wie vor in Tschechien Rechtsgültigkeit haben. Für die deutsche Vergangenheits-, Erinnerungs- und Gedenkdebatte ist all dies kein Thema! Vielmehr wird von uns unter eine so endende, vielhundertjährige deutsch-österreichische Geschichte einfach ein „Schlußstrich" gezogen. Mancher wird fragen: Warum verlangen wir von anderen Völkern dann nicht ebenso einen solchen „Schlußstrich"? Wir tun es – abgesehen von moralischen Gründen – auch deswegen nicht, weil wir wissen, daß diese Nationen noch über ein historisches Gedächtnis verfügen.

**Einseitige „Vergangenheitsbewältigung"**

Der eigentliche geplante Völkermord beginnt dann mit Jalta, und zwar zusammen mit einer gegen Deutschland gerichteteten Instrumentalisierung bzw. Verfälschung historischer Fakten: der angeblichen „Westverschiebung Polens". Polen hatte die in seinem Angriffskrieg gegen die junge Sowjetunion 1920 eroberten Gebiete 1945 wieder an die UdSSR zurückzugeben. Als „Entschädigung" für diesen zurückgegebenen Landraub erhielt es die deutschen Ostprovinzen im Wege der Vertreibung ihrer Bewohner. Von über zehn Millionen hier lebenden Deutschen sind dabei etwa zwei Millionen umgekommen. Noch heute spricht man in Polen von der „Wiedererlangung urpolnischer Gebiete"; die zum Teil 700jährige deutsche Geschichte dort – Besiedelung, Aufbau, wirtschaftliche und kulturelle Blüte – wird als revanchistische deutsche Propaganda abgetan. Nur allmählich, bei der jüngeren polnischen Generation, regt sich das Gewissen und das Wissen um die Tragödien, die auch Polen den Deutschen bereitet haben. Ein konfliktfreies, ja freundschaftliches Zusammenleben mit den östlichen Nachbarn, das wir alle wollen, ist nur zukunftsfähig, wenn die Opfer und Tragödien der Vergangenheit auf beiden Seiten von beiden Seiten gewürdigt werden.

Das aber gelingt derzeit weder im Osten noch im Westen, d.h. in Deutschland selber. Für das zutiefst gestörte, eigentlich nur noch pathologisch zu nennende historische Selbstverständnis der Deutschen gibt es zahlreiche Beispiele – die Stichworte „Goldhagen" und „Wehrmachtsausstellung" mögen hier genügen. In diesen Kontext paßt auch die ungeheuerliche Bemerkung des derzeitigen Bundespräsidenten Rau, er gebrauche das Wort Vertreibungsverbrechen nicht ohne Anführungszeichen. Man stelle sich vor, ein hoher israelischer Politiker würde vom „sogenannten Holocaust" sprechen, und die Medien des Landes würden die Opfer und ihre Angehörigen als revanchistisch und ewiggestrig diffamieren. Demgegenüber kritisierte Anfang dieses Jahres die zur Vorsitzenden der deutschen Sektion der „Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung" gewählte Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld, „wie stark Menschenrechte den Tabus der politischen Feigheit unterworfen sind", „wie sie vereinnahmt und historisch zurechtgerückt werden", und: „Wir können Opfer nicht danach auswählen und ihrer gedenken, ob ihr Sterben dem heutigen



*Vera Lengsfeld: „Wir können Opfer nicht danach auswählen und ihrer gedenken, ob ihr Sterben dem heutigen Zeitgeist entspricht."*

*In den bisherigen Kosovo-Debatten war zwar immer wieder von Auschwitz die Rede, kaum aber vom größten Vertreibungsverbrechen der Weltgeschichte.*



*Kosovo, April 1999*

Zeitgeist entspricht. Wie wollen wir gegen Vertreibung protestieren, wenn wir schon Angst vor ihrer Geschichte und ihrer Ambivalenz haben?"

Das zerbrochene Verhältnis zur eigenen Geschichte und zur eigenen historischen Identität, das von interessierten Kreisen zu gegenwärtigen politischen Zwecken nach Kräften aufrechterhalten wird („Nie wieder Deutschland"; Gefährdung, wenn nicht Zerstörung von Staat, Nation und Gesellschaft durch ungehemmte Zuwanderung etc.) führt auch zu der einzigartigen, bei jedem anderen Volk auf der Welt unvorstellbaren Tatsache, daß die eigenen Opfer einer Jahrtausendtragödie nicht nur unbeachtet bleiben, ohne Erinnerung und Gedenken, sondern noch dazu verhöhnt werden, während eine andere Jahrtausendtragödie in einer Intensität bewußt gehalten wird, die gleichfalls weltweit einzigartig ist. Giordanos Behauptung von der „zweiten Schuld" der Deutschen – Verdrängung der Vergangenheit – ist wohl ebenfalls ein Reflex dieses gestörten Verhältnisses zur Geschichte. Trotz „Dauerrepräsentanz unserer Schande" (Walser) in Tausenden von Erinnerungszeichen und Denkmalen allerorten, in Medien und Büchern für den von Deutschen verübten Völkermord gibt es einen lobenswerten, aktiven Verein „Gegen das Vergessen". „Für das Vergessen" des Völkermordes an den Deutschen indes bedarf es keiner ähnlichen Organisation – dieses Vergessen wird noch tatkräftiger gefördert.

*Wenn nach dem Talmud das Geheimnis der Erlösung die Erinnerung ist, so sind die Deutschen sowohl ein erlöstes wie ein unerlöstes Volk.*

Auch dazu ist es wiederum aufschlußreich, daß im Ausland zuweilen offener über den deutschen „Bewältigungs-Konflikt" gesprochen wird als hierzulande. So entgegnete der französische Philosoph Alain Finkielkraut dem Publizisten Bernard-Henri Lévy nach dessen polemischer Reportage über seinen Deutschland-Besuch und nach dessen vehementer Zustimmung zu Joschka Fischers Behauptung, Auschwitz sei für Deutschland das Fundament seiner Demokratie: „Man fordert von Deutschland, daß es im Namen der Erinnerung mit seiner Vergangenheit bricht. In Deutschland wird aus der Pflicht zum Erinnern eine Pflicht zum Vergessen."

*Wer nicht die Toten des eigenen Volkes betrauert, wird nicht die Toten anderer Völker betrauern.*

Nicht nur die Welt soll also vergessen – so Buchanans Vorwurf –, was den Deutschen angetan wurde, sondern auch die Deutschen selbst. Wie sehr beides „gelungen" ist, zeigten die bisherigen Kosovo-Debatten, in denen zwar immer wieder von Auschwitz die Rede war, kaum aber vom größten Vertreibungsverbrechen der Weltgeschichte.

Es scheint offenbar endlich an der Zeit zu sein, diese fünfzig Jahre lang tabuisierte Schizophrenie zwischen der Pflicht zum Erinnern an die eigenen Taten und der Pflicht zum Vergessen der eigenen Opfer aufzulösen, indem man darüber zu sprechen beginnt.

**Erlöst und unerlöst**

Wenn nach dem Talmud das Geheimnis der Erlösung die Erinnerung ist, so sind die Deutschen sowohl ein erlöstes wie ein unerlöstes Volk. Es blieb dem deutsch-jüdischen Historiker Michael Wolffsohn vorbehalten, in seiner Ansprache zum Volkstrauertag 1996 in der Frankfurter Paulskirche auf diesen viele Menschen tief verletzenden Zwiespalt zwischen allzeit gefordertem und geübtem öffentlichen Gedenken und diskriminierter, abgewiesener persönlicher Erinnerung hinzuweisen: Politik und veröffentlichte Meinung würden letztlich Abwehrreaktionen erzeugen, „wenn aufgrund der verbrecherischen Nationalgeschichte des sogenannten ,Dritten Reiches' das millionenfache individuelle Leid von Deutschen, z. B. Flucht, Vertreibung oder der Bombenhagel auf Zivilisten, tabuisiert, minimiert oder nicht ernst genommen wird. Die Rache an Deutschen war nach dem Zivilisationsbruch von Deutschen ihrerseits ein Rückfall ins vorzivilisatorische Zeitalter der Selbst- und Lynchjustiz. Mit ,Aufrechung' oder gar Verharmlosung der vorangegangenen deutschen Verbrechen hat dies nichts zu tun, alles aber mit Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit, Vollständigkeit, Seele und Mitgefühl. Ohne Mitgefühl kein Miteinander, ohne Miteinander kein innerer seelischer Friede und neues Gegeneinander. Wer nicht die Toten des eigenen Volkes betrauert, wird erst recht nicht die Toten anderer Völker betrauern. Wer eigenes Leid kennt und öffentlich nennt, wird das Leid anderer eher nachfühlen können – und wollen."

*Vgl. UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9.12.1948:
„Art. II
In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) Vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; (...)
Art. III
Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen:
a) Völkermord
b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord
c) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord
d) Versuch, Völkermord zu begehen
e) Teilnahme am Völkermord."

Vgl. außerdem diverse Rechtsgutachten des Völkerrechtlers Prof. Dr. Felix Ermacora, langjähriges Mitglied sowohl der Europäischen wie auch der UN-Menschenrechtskommission.

**Gerhard Schwarz,**

geboren 1940 in Bremen, lebt als Publizist in München.

Henning Eichberg

# Über den Tod im Leben

Tecumseh ist lebendig. Sitting Bull ist unter uns. Hier spricht Pontiac, dort Handsome Lake, dort Crazy Horse. Big Foot hat das Massaker am Wounded Knee überlebt. Ebenso lebendig sind die Frauen der Sioux, der Cheyenne und der Irokesen, deren Namen wir nicht kennen. Die Frauen der Cherokee, der Chickasaw, der Choctaw, der Creek, der Semniolen...

Die Toten sind unter uns. Die Erschlagenen und die Geschlagenen ganz besonders.

Es sollte nicht erst Auschwitz' bedurft haben, um das zu sehen. Ja, mit eigenen Augen zu sehen. Da stehen sie mitten in unserem Leben. Keine Gespenster. Ganz wirklich. Und sie werden bleiben.

Welchen tiefen Sinn hat es, daß die Toten leben?

Heißt aber Erinnerung nicht doch Rache? Soll denn das alles kein Ende haben? Wäre ein Ende der Erinnerung nicht wohltätig, um die Nachlebenden vom Ruf nach Rache abzuhalten?

Vielleicht ist der eigentliche Widerspruch nicht der zwischen Erinnerung und Vergessen, sondern der zwischen liebender Erinnerung und Rache. Das Vergessen des Leidens ist es, aus dem die Rache kommt. **Wer zum Vergessen der Toten aufruft, stiftet zur nächsten Tötung von Lebenden an.**

So wie der basale Gegensatz des Lebens nicht derjenige ist zwischen Leben und Tod, sondern zwischen Leben und Leblosigkeit. Zwischen dem Leben, das den Tod einschließt und das durch den Tod immer wieder bestätigt wird – und der Friedhofsruhe der Macht. Zwischen der Liebe und dem Morden, das aus der Kälte kommt.

Die Trennungslinie verläuft zwischen den Toten, die an uns herantreten und unserer Liebe bedürfen – und den Gespenstern, die wir uns selbst schaffen in unserer Entfremdung, der Thanatokultur der Maschinen, Waren, Pyramiden, Monumente. Die Toten sind nicht dort, wo man Kränze niederlegt. Sie gehen mit uns durch die verschneiten Straßen, sie sitzen zwischen uns auf den Stühlen, sie schreiben mit am Computer.

Geschichte ist eben nicht nur die Geschichte der Sieger, der großen Gewalttäter, der Mächtigen in ihren Steinsärgen.

Ach ja, Schlesien lebt.

**Arno Surminski**

# Der Schrecken hatte viele Namen

Mit den Sammelbegriffen Flucht oder Vertreibung werden wir den Ereignissen des Kriegsendes nicht völlig gerecht. Jene Zeit war differenzierter, der Schrecken hatte viele Namen. Es gab die Flucht und später die Vertreibung. Ein Kapitel für sich war das Zusammentreffen der Zivilbevölkerung mit der Front und schließlich ein heute fast verdrängter Komplex: die Verschleppung.

*Ein sowjetischer Sanitäter verarztet einen deutschen Verwundeten*



Anfang Februar 1945 überholt eine Brigade der Roten Armee einen Flüchtlingstreck in Ostpreußen. Die Wagen halten im Schnee. Soldaten in weißen Tarnanzügen nähern sich und befehlen abzusteigen. Ein jüngerer Soldat entdeckt am Rockaufschlag eines älteren Mannes das Abzeichen der NSDAP. Er tritt näher, betrachtet belustigt das Hakenkreuz, lacht laut, sagt schließlich „Chitler kapuut" und reißt das Abzeichen aus dem Stoff. Er läßt es in seiner Tasche verschwinden, nimmt es mit als Souvenir für sein russisches Dorf. Danach fragt er den Mann, ob er Waffen besitze. Der bejaht und zieht einen kleinen Revolver aus der Jackentasche. Der Soldat greift nach der Waffe, wirft sie weit von sich in den Schnee, geht seiner Wege. Nichts geschieht.

*In jenen Tagen hat es rührende Beispiele von Menschlichkeit gegeben. Nur kamen sie so schrecklich selten vor.*

... Eine Stunde später in einem Haus hinter der Frontlinie. Die Flüchtlinge haben sich in einem Raum versammelt. Russische Soldaten gehen ein und aus, um die Deutschen zu sehen. Ein älterer Soldat hat einen deutschen Jungen auf den Knien, füttert ihn mit erbeuteten Sahnebonbons und summt dazu russische Kinderlieder. Er spielt mit ihm, wie Väter mit ihren Kindern Hoppereiter spielen.

... Drei Tage später. 50 Kilometer hinter der russischen Front. Etwa 30 Männer in Zivilkleidung marschieren auf der Chaussee nach Osten. Vorn ein Posten mit Maschinenpistole, hinten ein Posten mit Maschinenpistole. Einer der Männer humpelt, kann der Kolonne kaum noch folgen. An einer Wegbiegung tippt ihm der russische Posten auf die Schulter, befiehlt ihm, in den Graben zu gehen. Dort muß er sich in den Schnee setzen, darf sitzenbleiben, während die anderen weiterziehen. Er ist frei.

Ich halte es für richtig, mit diesen angenehmen Erlebnissen zu beginnen. Nein, es wurde nicht nur gemordet, vergewaltigt und gebrandschatzt. Es gab Fälle, in denen sich Offiziere schützend vor deutsche Frauen stellten und russische Soldaten Lebensmittel an deutsche Kinder verteilten, natürlich keine Schokolade oder Corned beef-Dosen wie die Sieger im Westen, sondern oft nur trocken Brot, weil sie selbst nicht mehr besaßen. Kein Zweifel, in jenen Tagen, als die Welt aus den Fugen zu geraten drohte, hat es rührende Beispiele von Menschlichkeit gegeben. Nur kamen sie so schrecklich selten vor. Während der alte Mann mit dem NS-Abzeichen und dem Revolver in der Jackentasche unbehelligt blieb, wurden andere für nichts und wieder nichts erschossen, weil sie im Wege standen, weil sie Deutsche waren. Während ein Soldat Kinderlieder vorsang und Sahnebonbons verteilte, vergewaltigten andere im Raum nebenan deutsche Frauen. Und wie ist es jenem Wachtposten ergangen, der aus Mitleid einen humpelnden Gefangenen im Schnee sitzen ließ? Nach einem Kilometer kamen ihm Bedenken. Ihm wurde klar, daß die Gefangenen gezählt waren, daß er sein Soll abliefern mußte. Deshalb griff er sich in der nächsten Ortschaft mit vorgehaltener Maschinenpistole einen anderen Deutschen und stellte ihn als Ersatz in die Kolonne.

In der Rückschau drängt sich vor allem ein Eindruck in den Vordergrund: die Selbstverständlichkeit, mit der herzliche Menschlichkeit und fassungsloses Grauen nebeneinander hergingen, als wären es Zwillingsschwestern. Es war alles möglich. Das Schicksal des Einzelnen hing von Zufällen ab, nicht von Schuld oder Verdienst. Altkommunisten mußten ebenso sterben wie NS-Mitglieder. Landarbeiter hatten wenig bessere Überlebenschancen als Gutsbesitzer. Französische Kriegsgefangene, die auf ihre Befreiung warteten, gingen an dieser Befreiung zugrunde. Aus Versehen? Aus

Übereifer? Mit Absicht? Es ist kaum noch zu ergründen. Jedenfalls war es keine Zeit, in der viel gefragt, geprüft oder erwogen wurde. Was über den deutschen Osten hereinbrach, vollzog sich mit der Gewalt eines Naturereignisses. Stürme fragen auch nicht, welchen Baum sie entwurzeln dürfen.

Mit den Sammelbegriffen Flucht oder Vertreibung werden wir den Ereignissen des Kriegsendes nicht völlig gerecht. Jene Zeit war differenzierter, der Schrecken hatte viele Namen. Es gab die Flucht und später die Vertreibung. Ein Kapitel für sich war das Zusammentreffen der Zivilbevölkerung mit der Front und schließlich ein heute fast verdrängter Komplex: die Verschleppung.

**Die Flucht**

Von ihr ist zu sagen, daß es eine rein deutsche Angelegenheit war. Zwar wurde sie durch das Näherrücken der Roten Armee ausgelöst, aber die Deutschen waren unter sich. Was auf der Flucht geschah, ist von den Deutschen zu verantworten. Das begann schon mit dem Zeitpunkt der Flucht. Hätte die deutsche Führung die Flucht früher zugelassen, Frauen mit Kleinkindern und alte Leute schon Weihnachten 1944 in den Westen geschickt, wäre das Unglück in Grenzen geblieben. Die Hinhaltetaktik der deutschen Führung hat die Leiden der Zivilbevölkerung erheblich vergrößert. Oft blieb die Flucht bis zum letzten Augenblick verboten; wenige Trecks zogen entgegen dem ausdrücklichen Verbot der Behörden los. Es war keine Seltenheit, daß Flüchtlingstrecks in das Niemandsland zwischen die Fronten gerieten, weil sie zu spät aufgebrochen waren. Offensichtlich sollte die Zivilbevölkerung in Frontnähe gehalten werden, um zur Stabilisierung der Front beizutragen. Man erwartete eine größere Kampfbereitschaft der Soldaten, wenn es nicht um menschenleere Höfe ging, sondern um Frauen und Kinder. Die Verzögerungstaktik führte dazu, daß die Flucht in den tiefsten Winter fiel. An den Straßen standen Kinderwagen mit steif gefrorenen Säuglingen. Die verschneiten Felder gaben für Mensch und Tier keine Nahrung. Endlose Rinderherden zogen brüllend über den Schnee – hinter ihnen die schwarzen Punkte der verendeten Tiere. Da die Nebenstraßen unpassierbar waren, mußte der Flüchtlingsstrom auf die Hauptstraßen, traf dort mit Militärkolonnen zusammen, geriet unter Bomben und Tieffliegerbeschuß. In den Chausseebäumen hing Bettzeug und Wäsche, im Straßengraben lagen die zerrissener Pferde. Angesichts des Durcheinanders von Militärkolonnen und Flüchtlingstrecks war es fast unvermeidlich, daß die Zivilbevölkerung bei den Luftangriffen in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Ohne es zu wissen, haben die Fliehenden selbst zur Verschlimmerung ihrer Lage beigetragen. Viele glaubten bis zuletzt, als der Kanonendonner schon hörbar war, an den Endsieg. Den Krieg in der Nähe ihres Heimatdorfes hielten sie für einen vorübergehenden Einbruch. Der rührende Glaube, es werde wieder zurückgehen, das Heimatdorf werde freigekämpft, war so verbreitet, daß es vielfach zu einer Flucht auf Raten kam. Die Flüchtlinge von der Grenze zogen 100 Kilometer ins Binnenland und warteten ab. Kam die Front näher, zogen sie weiter, nun begleitet von denen, die ihnen Unterkunft gewährt hatten. So schwoll der Strom an, eine Riesenwelle wälzte sich vor der Front her.



*Zusammengeschossener Flüchtlingstreck in Ostpreußen*

Viele Flüchtlinge, die schließlich doch in die Mühlen des Krieges gerieten, wären unbehelligt durchgekommen, wenn sie die einmal begonnene Flucht nicht immer wieder unterbrochen hätten, weil sie auf die Rückkehr hofften. Die rührende Anhänglichkeit der Bevölkerung im Osten an die vertraute Umgebung, an die zurückgelassenen Tiere, die Gebäude und Felder, ja sogar an die Friedhöfe, hat viel zu diesem Zögern beigetragen. Wir können uns heute kaum noch vorstellen, was es für die seßhafte Bevölkerung des Ostens bedeutet hat, auf die Flucht zu gehen. Viele dieser Menschen kannten nur den eigenen Ort und die Kreisstadt; sie brachten es nicht über sich, einfach in die Eisenbahn zu steigen und davonzufahren. Für die Bewohner der Provinz Ostpreußen wirkte sich zusätzlich die Erfahrung des Jahres 1914 verhängnisvoll aus. Damals waren die Zarenarmeen von deutschen Truppen aus Ostpreußen hinausgedrängt worden. An die Erinnerung an die nur „vorübergehende Russenzeit“ von 1914 klammerten sich viele auch im Winter 1945.

*Wir können uns heute kaum noch vorstellen, was es für die seßhafte Bevölkerung des Ostens bedeutet hat, auf die Flucht zu gehen.*

**Die Front**

Überrolltwerden von der Front war der zweite Akt des Dramas. Die einen traf es unterwegs, weil die russischen Panzer schneller waren als die Flüchtlingswagen. Andere wurden zu Hause von der Front erreicht, weil sie nicht

auf die Flucht gegangen waren. Die meisten flüchteten zwar, aber gelegentlich ist es auch vorgekommen, daß einzelne Familien oder die Bewohner ganzer Dörfer zu Hause blieben. Das hatte verschiedene Gründe. Einige wollten wohl flüchten, wurden aber überrascht, kamen nicht mehr rechtzeitig davon. Andere blieben aus freiem Entschluß. Ältere Menschen fühlten sich den Strapazen einer Winterflucht nicht gewachsen. Einige blieben aus Gottvertrauen, weil sie meinten, Beten helfe mehr als Fliehen. Oder man hatte ein gutes Gewissen: Ich habe nicht Böses getan, was kann mir schon passieren? Das war die Denkweise einfacher Menschen, die in ihren Häusern den Krieg abwarteten. Oft ließen sich gerade diejenigen, die schon immer Gegner des Nazi-Regimes gewesen waren, von dieser Denkweise verführen. Ihre Skepsis gegenüber den Parolen der NS-Propaganda führte dazu, daß sie auch die Furcht der deutschen Zivilbevölkerung vor der Roten Armee für maßlos übertrieben hielten. Auch war man sich keiner Schuld bewußt. Gerade im Osten hatte die einfache Bevölkerung von den Verbrechen der Deutschen kaum eine Ahnung. Bis zum bitteren Ende glaubten diese Menschen, auf der guten Seite zu stehen.



Vergewaltigung – das Wort hat nicht nur die Frauen traumatisch geprägt, auch die Kinder, die es mitansehen mußten.

Je weiter östlich die Dörfer lagen, desto furchtbarer waren die Folgen für die zurückgebliebenen Bewohner. Es ist keine Übertreibung, wenn behauptet wird, daß es in einigen dieser Dörfer nach dem Durchzug der Roten Armee mehr Tote als Lebende gab. Erst mit dem weiteren Vordringen der Front nach Westen änderte sich das allmählich.

Welches Schicksal die von der Front überrollte Zivilbevölkerung erwartete, hing nicht zuletzt von der Menge des Alkohols ab, die an die sowjetischen Soldaten ausgegeben worden war oder die sie in deutschen Depots erbeutet hatten. Die Rolle, die der Alkohol in diesem Drama gespielt hat, ist nicht hoch genug einzuschätzen. Alkohol war offenbar Stimulanz und Betäubungsmittel zugleich. Die häufigen Brandstiftungen und die brutalsten Formen der Vergewaltigung gehen zu einem guten Teil auf dieses Konto. Vergewaltigung. Das Wort hat nicht nur die Frauen traumatisch geprägt, auch die Kinder, die es mitansehen mußten. Dieses unaufhörliche Suchen nach Frauen. Das Abklappern aller Verstecke in Scheunen und Ställen. Das nächtliche Poltern an Türen und Fenstern. „Frau komm" wurde zum geflügelten Wort, später spielten es sogar die Kinder. Noch nie machten sich so viele Frauen alt und häßlich wie damals.

Das Vergewaltigungstrauma wog um so schwerer, als die Moral- und Sexualauffassungen andere waren als heute. Eine verheiratete Frau, die von einem fremden Mann, dazu noch von einem feindlichen Soldaten, vergewaltigt wurde, fühlte sich entehrt im wahrsten Sinne des Wortes. Obwohl schuldlos, war es für sie eine Schande. Nur so sind die zahlreichen Selbstmorde vor oder nach Vergewaltigungen zu erklären. Auch die Fälle, in denen sich Männer vor ihre Frauen stellten, um die Vergewaltigung zu verhindern und die in aller Regel mit dem Tod des Mannes endeten, haben hier ihren Ursprung. Nach damaliger Erziehung und Moralauffassung galt es als ehrenhaft, sich in dieser Weise vor seine Frau zu stellen. Uns steht es heute nicht zu, über das Verhalten jener Menschen abfällig zu urteilen.

Vergleichsweise harmlos war dagegen die Bekanntschaft mit den Uhren- und Schmucksammlern. Mit fast kindlichem Eifer durchsuchten die sowjetischen Soldaten deutsche Westentaschen, überprüften Mantelfutter, Unterwäsche und Stiefelinhalt. Begehrt waren vor allem Uhren, die die Soldaten in möglichst großer Zahl am Arm trugen: die Trophäen der kleinen Sieger. Das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West mag den Hang zum „Sammeln" verstärkt haben. Uhren waren für die einfachen Soldaten aus dem Innern der Sowjetunion und dem fernen Asien kostbare Raritäten, die zweifellos einen anderen Stellenwert besaßen als für die Besatzungssoldaten aus England oder Amerika.



Viele russische Soldaten kannten nur ein Leben unter einfachsten Verhältnissen. Nur trokken Brot zu essen war aus russischer Sicht sicher keine Zumutung. In Ställen oder Scheunen

zu schlafen, darin erblickten die fremden Soldaten noch keine Herabsetzung. Meilenweit zu Fuß durch den Winter zu marschieren, empfanden sie nicht als Schikane. Zur Zwangsarbeit abgeholt zu werden, war nichts Ungewöhnliches. Die verwöhnteren Deutschen litten unter Dingen, die für die Soldaten der Roten Armee „normal" waren. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, daß Ostdeutschland bis 1945 nur wenig vom Krieg gespürt hatte. Die Luftangriffe betrafen hauptsächlich das mittlere und westliche Deutschland. Die Ernährungslage unterschied sich in den landwirtschaftlichen Regionen des Ostens kaum von der Vorkriegszeit. In diese fast heile Welt brach ohne Übergang der Krieg ein. Der Kontrast war ungeheuerlich. Fassungslos standen wir damals vor den sinnlosen Zerstörungen, die in jedem Haus anzutreffen waren. Zertrümmerte Türen, eingeschlagene Fenster, umgeworfene Möbel, aufgeschlitzte Betten, Fotografien mit ausgeschossenen Augen, tote Katzen im Küchenschrank, verblutete Schweine im Schlafzimmer. Die Rote Armee könnte längst in Berlin sein, wenn sie sich nicht so sehr mit dem Mobiliar aufhalten würde, lautete eine bittere Redensart jener Tage. Unermeßliche Werte gingen zu Bruch, Dinge übrigens, die in dem vom Krieg heimgesuchten Rußland dringend gebraucht wurden. Bis heute kann ich es nicht begreifen, daß niemand dieser Zerstörungswut Einhalt gebot. Wenn schon nicht, um den Deutschen ihr schönes Mobiliar zu erhalten, dann wenigstens aus purem Eigennutz, um diese Werte nach Rußland zu schaffen. Erst später sind aus den weniger zerstörten westlichen Gebieten Güterzüge und Lastwagenkonvois mit Stühlen, Schränken und Badewannen nach Osten gefahren.

### Die Verschleppung

Sie war das eigentliche Drama hinter der Front. Sie vollzog sich in einer unterkühlten, unblutigen Weise, was die Grausamkeit keineswegs milderte. Es gibt zwei Formen des Schrekkens. Die eine ist die Folge von Affekthandlungen, sie kommt gewissermaßen aus dem Rausch der Beteiligten, die andere ist das Ergebnis kühl berechnender Schreibtischarbeit. Zur letzteren Kategorie gehört die Verschleppung. Sondereinheiten hinter der russischen Front fingen die Zivilbevölkerung auf, sammelten und verhörten sie. Die meisten Männer, die Flucht und Front überlebt hatten, aber auch zahlreiche arbeitsfähige Frauen wurden davon erfaßt. Sie marschierten unter Bewachung ins nächste Sammellager, in dem Transporte nach Rußland vorbereitet wurden. Sinn dieser Aktion war es offenbar, deutsche Arbeitskräfte zum Aufbau des zerstörten eigenen Landes heranzuziehen. Außerdem sollte die Entfernung der Männer wohl sicherstellen, daß keine Partisanentätigkeit hinter der Front aufflackerte. Die Verschleppung erfolgte zu einer Zeit, als die Menschen glaubten, das Schlimmste sei vorüber. Es herrschte schon wieder Ruhe, man lebte zurückgezogen auf den Höfen, vom direkten Krieg war kaum noch etwas zu spüren. Plötzlich tauchten kleine Trupps Soldaten auf. In Begleitung einer Dolmetscherin gingen sie von Haus zu Haus. Es folgten Verhöre, Fragen nach dem Beruf und nach Parteizugehörigkeit. Gutsbesitzer, Bauern und Parteimitglieder waren am stärksten gefährdet, was nicht bedeutet, daß die übrigen verschont blieben. Nur Krankheit oder sehr hohes Alter konnten einen Mann davor bewahren, verschleppt zu werden. Erschütternde Szenen haben sich weit hinter der Front abgespielt, von niemandem bemerkt, in keiner Zeitung, in keiner Chronik erwähnt.

Zahlreichen Soldaten der russischen Sondereinheiten sah man es an, daß es ihnen weiß Gott keinen Spaß machte, Monate nach dem eigentlichen Kriegsgeschehen in Häuser einzudringen und Familien auseinanderzureißen: Es tut uns leid, daß wir deinen Vater holen müssen, aber Befehl ist Befehl. Es gehört zu den schrecklichsten Erfahrungen, die nicht nur wir Deutschen, sondern alle Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges gemacht haben, gemacht haben sollten, daß übergeordnete Befehle die Menschen zu Handlungen bringen können, die sie aus eigenem Antrieb nie getan hätten.

Die Verschleppungen vollzogen sich in einer beängstigenden Lautlosigkeit. Es gibt über sie kaum Fotomaterial und keine dokumentarischen Berichte. Tausende sind spurlos vom Erdboden verschwunden. Verschleppte hatten geringere Überlebenschancen als die regulären deutschen Kriegsgefangenen, denn die meisten von ihnen waren alt und kränklich, überlebten nicht einmal den Transport nach Rußland. Erschütternd zu sehen, wie viele dieser Menschen im festen Glauben an ihre Unschuld ins Verderben gerieten. Sie dachten noch in den hergebrachten Maßstäben. Wer niemand geschlagen, getötet, betrogen oder bestohlen hat, ist nicht schuldig. Daß es ein Verbrechen sein kann, eine bestimmte Meinung gehabt und einer bestimmten Partei angehört zu haben, war für die einfachen Menschen des Ostens unvorstellbar.

### Die Vertreibung

Zu den Kapiteln, die in der warmen Stube beschlossen, aber von den Menschen draußen in Eis und Schnee ausgebadet werden mußten, gehört die Aussiedlung der verbliebenen Deutschen aus den Ostgebieten. Hauptsächlich in der zweiten Jahreshälfte 1945 und 1946 fand sie statt, also schon nach dem Krieg. Unmittelbar verantwortlich für die Aktionen waren die Länder, denen die deutschen Ostgebiete zugeteilt worden waren. Verantwortlich im höheren Sinne waren alle Sieger, die diesen Beschluß gefaßt hatten.

Im Winter 1945/46 bin ich mit einem Transportzug von Ostpreußen nach Berlin gefahren. Der Zug brauchte für 600 Kilometer zehn Tage. Er bestand aus geschlossenen Güterwagen, von denen jeder mit etwa 80 Personen besetzt war.



*Lew Kopelew versuchte, Verbrechen der Roten Armee in Ostpreußen zu verhindern; er wurde u.a. wegen „Mitleids mit dem Feind und kleinbürgerlichen Humanismus" abgeurteilt.*

Ich erinnere mich nicht, in den zehn Tagen einen Arzt oder eine Krankenschwester gesehen zu haben, geschweige denn eine Gulaschkanone. Die Notdurft wurde in den Wagen verrichtet, die Toten wurden an den Bahndamm gelegt. An mehreren Stellen hielt der Zug auf freier Strecke, um Banditen das Ausplündern zu erlauben.

*In unbeheizten Güterzügen Richtung Westen*



## Not macht hart

Der Glaube an das sogenannte Gute im Menschen wurde in jener Elendszeit einer schweren Prüfung ausgesetzt. Es ist leider nicht so, wie gutmeinende Theoretiker es sich vorstellen, daß die Menschen in Notzeiten zusammenrücken, um sich zu helfen und zu stützen. Vielmehr gewinnt in Endzeiten der Wolfsinstinkt die Oberhand; es zeigt sich, wie dünn die Oberflächentusche der Zivilisation ist. Der Respekt vor dem Eigentum anderer ging verloren, nicht nur im Verhältnis Sieger/Besiegter, sondern auch unter den Besiegten. Jeder nahm sich, was greifbar war. Denunzianten gingen um. Wer will, mag noch ein gewisses Verständnis aufbringen für Menschen, die denunzieren, um die eigene Haut zu retten. Völlig unbegreiflich ist mir bis auf den heutigen Tag, warum Mitmenschen „uneigennützig" verraten wurden, nur um ihnen Schaden zuzufügen. Vergewaltigte Frauen haben den Soldaten gesagt, daß im Nachbarhaus auch Frauen versteckt sind. Warum soll es anderen besser gehen als mir? Wenn ich leide, sollen die anderen auch leiden, selbst wenn es mein Leiden nicht mindert.

*Das sogenannte Gute verfällt in dem Maße, in dem jede verläßliche Ordnung aufhört.*

## Das leere Land

Das Fehlen jeder verläßlichen Ordnung war einer der nachhaltigsten Eindrücke. Fast ein Jahr lang bestand in weiten Gebieten des Ostens so etwas wie Vogelfreiheit. Die Rote Armee war hindurchgezogen, hatte ein weitgehend entvölkertes Gebiet hinterlassen und nur in den Städten Kommandanturen errichtet. Das flache Land war kaum bewohnt. Je weiter man nach Osten kam, desto weniger Menschen gab es. Weder Gesetze noch Befehle erreichten die Überlebenden. Es gab keine Zeitungen, kein Geld, keine Lebensmittelzuteilungen, keinen Arzt, kein Krankenhaus. Jeder war auf sich allein gestellt. Hin und wieder tauchten bewaffnete Banditen auf, um zu stehlen, was die Menschen zusammengetragen hatten. Vermutlich wird man bis in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges zurückgehen müssen, um auf Verhältnisse zu stoßen, die denen vergleichbar waren, die 1945 im Osten herrschten. Daß die verbliebenen Ostdeutschen das Jahr 1945 überhaupt überlebt haben, verdanken sie den in den Kellern der verlassenen Häuser zurückgelassenen Einkellerungskartoffeln des Herbstes 1944. Auch war das Wintergetreide noch vor der Flucht gesät worden und konnte im Sommer 1945 ungerührt von allem Elend wachsen und reifen. Vieh war dagegen so gut wie keines vorhanden; die letzten Herden wurden im Mai 1945 nach Osten getrieben. Nicht einmal Kaninchen oder Hühner gab es.

Im Rückblick auf jene Zeit will es mir scheinen, als seien unsere humanen Tugenden nur die Früchte geordneter Verhältnisse. Das sogenannte Gute verfällt in dem Maße, in dem jede verläßliche Ordnung aufhört.

## Die Wind-Sturm-Theorie

Wie ist es zu dieser Katastrophe im deutschen Osten gekommen? Der Anstoß zu den Ereignissen des Winters 1945 wurde im Sommer 1941 gegeben, als Deutschland die Sowjetunion überfiel. Der Kanonendonner, der im Juni 1941 an der deutschen Ostgrenze deutlich vernehmbar war, kehrte im Januar 1945 an die Grenze zurück. In der Zwischenzeit war der Haß eskaliert. Die NS-Propaganda hatte die Bewohner Osteuropas zu barbarischen Untermenschen erklärt, 1945 wurde dieser Überheblichkeitswahn auf grausame Weise bestraft.

Die häufigste Erklärung für das Drama gipfelt in der Feststellung: Wer Wind sät, wird

Sturm ernten. Der Satz soll besagen, daß die Schrecken, mit denen die Rote Armee in Ostdeutschland Einzug hielt, nur eine Antwort auf jene Schrecken waren, die die Deutschen nach Rußland getragen hatten. Allein mit dieser Formel dürfen wir uns nicht zufrieden geben, sie wäre zu bequem. Schließlich gab es im Zweiten Weltkrieg andere Sieger, bei denen die Deutschen ebenfalls Wind gesät hatten, ohne gleich Sturm zu ernten. Außerdem ist da noch der Anspruch der Sieger des Zweiten Weltkrieges, die bessere, menschlichere Seite vertreten zu haben. Wer mit solchen Ansprüchen in die Geschichte eingehen will, muß es sich gefallen lassen, daß seine Taten gewogen und geprüft werden.

Die Rote Armee des Zweiten Weltkrieges war eine fast geschlagene Armee, die plötzlich das Blatt wenden und als Sieger in feindliches Land einrücken konnte. Wie wir heute aus Tagesbefehlen und Flugblättern wissen, ist die Kampfmoral der Soldaten mit dem Versprechen auf Beute, Frauen und Alkohol angefacht worden. So wie der deutschen Führung jedes Mittel recht war, um ein paar halbwüchsige Hitlerjungen zum Durchhalten zu bewegen, sind auch drüben bösartige Mittel eingesetzt worden. Wer Frauen als Beute verspricht, kann den einrückenden Soldaten später, wenn es um die Beute geht, nicht Disziplin und Ordnung vorschreiben. Versagt hat die politische Führung der Sowjetunion, die so auf den Sieg fixiert war, daß sie keinen Gedanken daran verschwendete, auf welche Weise dieser Sieg errungen wurde.

Viele Soldaten der Roten Armee waren sich nicht der Tatsache bewußt, etwas von der Norm Abweichendes, Unrechtes gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung zu tun. Um das zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte der Sowjetunion erforderlich. In den Wirren von Revolution und Bürgerkrieg sind Millionen russischer Menschen umgekommen. Danach folgten entsetzliche Hungersnöte und politische Säuberungen. Zwangsarbeit, also das, was die Deutschen nach dem Kriege als Verschleppung erfahren mußten, war für die russischen Menschen nichts Ungewöhnliches. Der Archipel Gulag wurde schon in Friedenszeiten zu einer furchtbaren Realität. Das Leben der Sowjetmenschen war in der Stalinzeit wohlfeil, was übrigens auch die russischen Kriegsgefangenen erfahren mußten, die von der Roten Armee aus deutscher Hand befreit wurden. Ihr Schicksal war nicht viel angenehmer als das der Deutschen. Wenn schon dem eigenen Volk ein solcher Blutzoll abverlangt wird, wie sollte da Anlaß bestehen, Direktiven über die angemessene Behandlung der deutschen Zivilbevölkerung herauszugeben? Warum den Feind mehr schonen als die eigenen Leute?

**Warum nicht schweigen?**

Warum setzen wir uns Jahrzehnte danach mit Dingen auseinander, die irreparabel sind, die keinen Toten zum Leben erwecken können? Vielleicht sollte zunächst gesagt werden, worum es dabei nicht gehen kann: Es hat nichts mit dem Wachhalten eines Revanchegedankens zu tun, auch geht es nicht um die Wahrung irgendwelcher deutschen Rechtspositionen. Nicht einmal zur Aufrechnung mit deutschen Untaten während des Zweiten Weltkrieges ist die Erinnerung an das Kriegsende 1945 im Osten geeignet. Letztlich geht es um ein persönliches und ein allgemeingültiges Anliegen. Um mit dem Persönlichen zu beginnen: Ich habe ein schlechtes Gewissen bei dem Gedanken, daß Hunderttausende, die spurlos verschwunden sind, ohne Postskriptum aus den Listen der Lebenden gestrichen sein sollen. Die zahllosen Menschen, die unbeachtet im Straßengraben verwesten, die irgendwo aus dem Zug geworfen oder in Massengräber gelegt wurden und bis zum Schluß nicht begreifen konnten, was sie verbrochen hatten, sie verdienen es, wenigstens erwähnt und nicht um des lieben Friedens willen vergessen zu werden. Der zweite Grund ist allgemeiner Natur. Was damals geschah, spielte sich außerhalb der geläufigen Denkkategorien ab. Noch heute stehen die Überlebenden fassungslos davor. Wir dürfen deshalb nicht aufhören zu fragen: Was ist da schiefgegangen? Welche Sicherungen sind damals durchgebrannt? Nur so können wir Dämme errichten, damit dergleichen nicht wieder vorkommt. Über diese Dinge zu sprechen, gehört auch zur Friedensforschung.

*Die zahllosen Menschen, die unbeachtet im Straßengraben verwesten, die irgendwo aus dem Zug geworfen oder in Massengräber gelegt wurden und bis zum Schluß nicht begreifen konnten, was sie verbrochen hatten, sie verdienen es, wenigstens erwähnt und nicht um des lieben Friedens willen vergessen zu werden.*

*Wir dürfen nicht aufhören zu fragen: Was ist da schiefgegangen? Nur so können wir Dämme errichten, damit dergleichen nicht wieder vorkommt.*

**Arno Surminski**

wurde 1934 in Ostpreußen geboren, im März 1945 wurden seine Eltern in die Sowjetunion deportiert. Er blieb bis Ende 1945 allein in Ostpreußen, danach hielt er sich in Lagern in Brandenburg und Thüringen auf. Seit 1972 freiberuflicher Fachjournalist für Wirtschafts- und Versicherungsfragen.

Buchveröffentlichungen u.a.: Joheknen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland? (1974); Aus dem Nest gefallen (1976); Kudenow oder An fremden Wassern weinen (1978); Fremdes Land oder Als die Freiheit noch zu haben war (1980); Wie Königsberg im Winter (1981); Damals in Poggenwalde (1983); Molajawind. Eine Liebesgeschichte (1988); Grunowen oder Das vergangene Leben (1989); Die Reise nach Nikolaiken und andere Erzählungen (1991); Kein schöner Land (1993); Besuch aus Stralsund (1995); Sommer vierundvierzig oder Wie lange fährt man von Deutschland nach Ostpreußen (1997).



Der vorliegende Text ist die gekürzte Fassung des gleichnamigen Beitrages in dem Sammelband „Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947", hrsg. von Frank Grube und Gerhard Richter, erschienen im Hoffmann und Campe Verlag Hamburg [2]1981.

**Alfred Theisen**

# Vertreibung der Deutschen
## - die Fakten im Überblick

Was weiß man eigentlich über Vorgeschichte und Verlauf der Vertreibung von mehr als zwölf Millionen Deutschen und deren Eingliederung im Westen – und was will man heute überhaupt noch wissen?

*Die Bilder des Schreckens von Vertreibung und anderen Gewaltverbrechen gegen die Zivilbevölkerung auf dem Balkan rufen bei Millionen vertriebenen Deutschen traumatische Erinnerungen wach.*

*Die Vertreibung ist nach wie vor fast alleiniges Thema der Vertriebenen selbst geblieben.*

**Ein verdrängtes Thema**

Nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen sind derzeit weltweit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht[1]. Nachrichten über Vertreibung und Völkermord erreichen uns längst nicht mehr nur von fernen Kontinenten. Seit Beginn der neunziger Jahre sind durch die serbische Aggression auf dem Balkan Flucht und Vertreibung auch in Europa wieder brutale Wirklichkeit geworden. Die Zahl der Opfer dieses europäischen Kriegsschauplatzes geht bereits in die Hunderttausende.

Die Bilder des Schreckens von Vertreibung, Massentötungen, systematischen Vergewaltigungen und anderen Gewaltverbrechen gegen die Zivilbevölkerung rufen bei Millionen vertriebenen Deutschen traumatische Erinnerungen wach. Sie denken dabei nicht nur an persönlich erlittenes Leid, sondern auch an die tiefen kulturhistorischen und zivilisatorischen Wunden, die Deutschland und Europa mit der Vertreibung von Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges zugefügt worden sind. Daß dies oft aus Gleichgültigkeit vielen West- und Mitteldeutschen unbekannt ist, verletzt deutsche Heimatvertriebene. Was weiß man eigentlich über das Schicksal der über zwölf Millionen geflüchteten und vertriebenen Deutschen, was will man überhaupt noch wissen?

Seit Beginn der fünfziger Jahre bemühte sich immerhin das damalige Bundesministerium für Vertriebene, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung dadurch zu schließen, daß großangelegte Recherchen durchgeführt wurden, in deren Rahmen Niederschriften (z.B. Erlebnisberichte, Tagebücher, Briefe) von Tausenden Betroffenen aus allen Vertreibungsgebieten gesammelt wurden. Eine Auswahl aus diesem Material hat die Bundesregierung 1953 bis 1961 in der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" herausgegeben. Diese Dokumentation ist erst – nachdem sie über zwei Jahrzehnte nicht mehr erhältlich war (und dies auch aus politischen Gründen) – im Mai 1984 neu aufgelegt worden[2].

Im Bundesarchiv/Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth lagern mehr als 40000 solcher Zeugnisse von Vertriebenen. Jahrelang wurde ein wissenschaftlicher Bericht zu diesen Unterlagen von den Bundesregierungen unter Verschluß gehalten. Erst seit Dezember 1982 sind diese Dokumente zur publizistischen und wissenschaftlichen Nutzung freigegeben worden, nachdem vorher nur einige kleine Teile davon an die Öffentlichkeit gelangen konnten[3].

Die Literatur, die sich mit der Vertreibung auseinandersetzt, ist inzwischen auf einen stattlichen Bestand an ausführlichen Dokumentationen, kommentierenden und analysierenden Büchern angewachsen. Dennoch ist die Vertreibung nach wie vor fast alleiniges Thema der Vertriebenen selbst geblieben[4].

In seinem 1987 erschienen Buch „Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen" zieht Ekkehard Kuhn die ernüchternde Bilanz: „Die Solidarität, das Mitgefühl mit Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden."[5]

Obwohl jeder vierte Einwohner der ehemaligen DDR entweder selbst vertrieben wurde oder aus einer Vertriebenenfamilie stammt, war das Thema der Vertreibung unter den Kommunisten selbstverständlich ebenfalls tabuisiert[6]. Bereits am 8. Oktober 1945 verfügte die sächsische Landesregierung, daß nur noch von „Umsiedlern" gesprochen werden sollte. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurden die Vertriebenen in der DDR im offiziellen Sprachgebrauch der SED-Diktatur beschönigend als „Neubürger" bezeichnet[6].

Im Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950 hatten die Moskauer Satellitenregime in Warschau und Ost-Berlin die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen der damaligen DDR und der Volksrepublik Polen festgelegt[7]. In der Folgezeit fand das den strategischen Zielen des Sowjetimperiums zuwiderlaufende Thema der Vertreibung in den Medien, Schulen, der Wissenschaft und Literatur der DDR nicht mehr statt. Indirekt an die Vertreibung erinnert wurde in der DDR jedoch ständig durch die endlosen Revanchismuskampagnen gegen die Landsmannschaften der Vertriebenen im Westen, denen in der Feindbildpropaganda der Kommunisten eine große Rolle zukam.

Erst in den sechziger Jahren gab es in der DDR erste literarische Arbeiten, in denen die ostdeutsche Herkunft der Autoren zum Ausdruck

kommt. Später waren es u.a. Christa Wolf, Ursula Höntsch und Armin Müller, die durch Romane Aufsehen erregten, in denen sich ostdeutsche Flucht- und Vertreibungsschicksale widerspiegeln[8]. An diesen Veröffentlichungen entzündete sich jedoch keine Diskussion über kulturelle, soziale oder politische Aspekte der Lage der Vertriebenen in der DDR.

Auch nach der Auflösung der SED-Herrschaft steckt die wissenschaftliche Erforschung des Schicksals der Vertriebenen in der DDR noch in den Anfängen. Seit Beginn der neunziger Jahre wurde jedoch an den Hochschulen in Berlin, Magdeburg und Frankfurt/Oder eine Reihe von entsprechenden Forschungsprojekten in Auftrag gegeben[9].

**Die politische Vorgeschichte der Vertreibung**

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg warf die Vertreibung ihre Schatten voraus, wurde Ost- und Sudetendeutschen das versprochene Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 und den Vertrag von St. Germain mit Österreich vom 10. September 1919 wurde das erst wenige Monate vorher vom amerikanischen Präsidenten Wilson feierlich ausgerufene Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die Deutschen nicht angewandt: Das Memelgebiet wurde abgetrennt, der überwiegende Teil der Provinz Posen, weite Gebiete Westpreußens und ein Drittel Oberschlesiens gerieten unter polnische Herrschaft; das sogenannte Hultschiner Ländchen und die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens wurde ungefragt der neu gegründeten Tschechoslowakei zugeschlagen.




Hier bereits erfolgten die politischen Weichenstellungen, die Europa in noch größere Tragödien stürzen sollten. Hinzu kamen aufgrund des umstrittenen Kriegsschuldartikels hohe, nicht erfüllbare Reparationsforderungen. Diese sowie die umfangreichen Gebietsabtretungen raubten der Weimarer Demokratie mit der Wirtschaftskraft auch die politische Stabilität. Eine demokratische West-Orientierung der ersten deutschen Republik war durch Versailles selbst verhindert worden. Revisionistische Tendenzen und Volksgruppenprobleme bildeten somit den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda und letztlich den Weg zum Zweiten Weltkrieg[10].

*Nach dem Ersten Weltkrieg wurde den Deutschen das vom amerikanischen Präsidenten Wilson ausgerufene Selbstbestimmungsrecht der Völker vorenthalten.*

Von dem Leid, das durch Nationalsozialismus und Krieg von Deutschen den Juden, Polen, Russen, Tschechen und anderen zugefügt wurde, darf nichts geleugnet werden, und es wird auch nichts verschwiegen. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus füllt mittlerweile nicht nur ganze Bibliotheken, sie ist auch – zu Recht – Bestandteil unserer demokratischen politischen Kultur geworden. Daß es auch in Deutschlands östlichen Nachbarvölkern Verbrecher und Kriegstreiber gegeben hat[11], macht die Bürde der Schuld der Deutschen nicht geringer. Jedoch kann Unrecht nicht das Begehen neuen Unrechts rechtfertigen.

Schon während des Krieges fanden wichtige Entscheidungen der künftigen Siegermächte über die territoriale Neuordnung Mitteleuropas nach dem Kriege statt. Allerdings bekannten sich am 14. August 1941 die Alliierten in der „Atlantik-Charta" dazu, „daß nach Kriegsende keine territorialen Veränderungen Platz greifen sollen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der Völker übereinstimmen". Auch die polnische Exilregierung, der tschechoslowakische Exil-Präsident Edvard Beneš und die Sowjetunion unterzeichneten diese Charta[12]. Dabei kann man davon ausgehen, daß dies sowohl für Beneš wie für Stalin lediglich eine taktische Maßnahme war. So gehörte Beneš seit dem Münchner Abkommen zu den Befürwortern einer Vertreibung von Sudetendeutschen, und ihm gelang es auch als erstem, grundsätzlich die Zustimmung nicht nur Stalins, sondern auch der amerikanischen und britischen Regierung zur Vertreibung der Sudetendeutschen zu erreichen.[13]

Nur 14 Tage nach der Verabschiedung der Atlantik-Charta erließ Stalin am 28. 8.1941 das Dekret „Über die Umsiedlung der Deutschen des Wolgagebietes", was einem Todesurteil für die nationale, kulturelle und religiöse




*Zweisprachiges Amtsschild in Marxstadt – 1941 wurden die Deutschen der 1924 gegründeten Wolgadeutschen Republik nach Sibirien und Mittelasien deportiert*

Selbständigkeit dieser Volksgruppe gleichkam.[14]

In den Verhandlungen der Siegermächte während des Krieges kam es Stalin und den später von ihm mit an den Verhandlungstisch gebrachten moskautreuen polnischen Kommunisten darauf an, eine Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands durchzusetzen und diese Grenzveränderungen durch Zwangsumsiedlungen der deutschen Bevölkerung unumkehrbar zu ma- chen[15]. Nicht zuletzt durch eine Reihe von Täuschungsmanövern gelang es Stalin, die Zustimmung der westlichen Regierungen sowohl zur Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen nach Westen, wie auch auf der Konferenz von Jalta ihr Einverständnis zur Verschleppung von Deutschen zur Zwangsarbeit in sowjetische Arbeitslager zu erreichen[16]. Obwohl die amerikanische und die britische Regierung – sowohl was das Ausmaß der späteren Westverschiebung Polens wie auch der Vertreibung von Deutschen anbelangt – sich weitergehenden Planungen Stalins entgegenstellten, muß festgehalten werden, daß auch Staatsmänner der westlichen Demokratien damals der Vertreibung das Wort geredet haben.



*Ilja Ehrenburg in seinem Flugblatt „Töte!": „Die Deutschen sind keine Menschen. ... Es gibt nichts Lustigeres als deutsche Leichen."*



*Deutsche Offiziere im wiedereroberten Nemmersdorf, dessen Bevölkerung – vor allem Frauen, Kinder, Alte – von Sowjetsoldaten auf grausame Weise niedergemetzelt wurde.*

Auf der Konferenz von Teheran, Ende 1943, stellte der damalige britische Premierminister Winston Churchill seinen später zur Vertreibung führenden Vorschlag einer Westverschiebung Polens vor. Westliche Politiker stimmten damals der Vertreibung von Deutschen zu, auch wenn sie später auf deren Umfang und brutale Durchführung keinen Einfluß mehr hatten.

Nicht nur gegenüber den Deutschen versündigten sich die westlichen Siegermächte an ihren eigenen Zielsetzungen der Atlantik-Charta, sondern auch dadurch, daß sie in der Folgezeit die demokratischen Repräsentanten Polens – sowohl die Exilregierung in London wie den polnischen Widerstand – zunehmend ignorierten und an deren Stelle die Marionetten Stalinscher Machtpolitik in Warschau akzeptierten. Zu spät erkannten die Westmächte, daß sie unter irrigen Voraussetzungen Stalins Politik der Westverschiebung Rußlands und Polens unterstützt hatten. Der sowjetische Einfluß reichte nun bis zur Elbe, und die innerhalb dieses Raumes erfolgende Neugestaltung der politischen Verhältnisse entzog sich der Einflußnahme des Westens[17].

### „Wilde" Vertreibungen

Als die Alliierten im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 „die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise" beschlossen, waren bereits seit Monaten mörderische Vertreibungen in Ostdeutschland, dem Sudetenland und den zahlreichen Siedlungsgebieten der Deutschen in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands im Gange. Entrüstete Berichte in der westlichen Öffentlichkeit und Appelle westlicher Politiker, die mehr Humanität bei der „Zwangsumsiedlung" anmahnten, hatten kaum Einfluß auf Art und Umfang der im sowjetischen Machtbereich durchgeführten Vertreibungsaktionen.

In den östlichen Flucht- und Vertreibungsgebieten befanden sich mehr Zivilisten als zu Beginn des Krieges. Dafür waren folgende Faktoren maßgeblich[18]:

• Die „Endsieg"-Propaganda der Nationalsozialisten sowie militärisch-polizeiliche Maßnahmen verhinderten oft bis zuletzt Fluchtbewegungen aus diesem Raum.

• In den letzten Kriegsjahren strömten Hunderttausende von Evakuierten aus dem mittleren und westlichen Reichsgebiet, vor allem auch aus dem zerstörten Berlin, in die ländlichen Gegenden Ostdeutschlands.

• Während der Kriegszeit waren Hunderttausende von Deutschen aus anderen osteuropäischen Regionen in Polen angesiedelt worden[19].

Insgesamt lebten bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie 9,75 Millionen Deutsche. Hinzugerechnet werden müssen jene 2,14 Millionen Deutsche, die damals in Danzig, im Memelland und in Polen lebten, so daß fast zwölf Millionen Deutsche, die zum Kriegsdienst eingezogenen ostdeutschen Männer nicht eingerechnet, in diesem Raum in das Vertreibungsgeschehen verwickelt wurden.

Das Unheil kündigte sich an, als es der Roten Armee im Herbst 1944 gelang, die deutsche Ostfront aufzubrechen und für eine kurze Frist ostpreußisches Gebiet zu besetzen. Was die deutschen Soldaten in Nemmersdorf und anderen Gemeinden nach dem Zurückschlagen der Sowjets vorfanden, überstieg bei weitem die erwartete Gewalt. Nach dem Bekanntwerden

der Greueltaten setzten erste Flüchtlingsströme ein. Mit dem näherrückenden Kriegsende verließen immer mehr Menschen in langen Flüchtlingstrecks hungernd, frierend und feindlichen Luftwaffenangriffen ausgesetzt ihre Heimat in der Hoffnung, in den Ostseehäfen die Rettung übers Meer zu finden. Kaum einer rechnete damit, daß es ein Abschied für immer werden sollte. Insgesamt retteten damals in der größten Rettungsaktion in der Geschichte der Schiffahrt 672 Handels- und 409 Kriegsschiffe etwa 2,4 Millionen Menschen über die Ostsee. Beim Untergang von Schiffen fanden 33082 Flüchtlinge den Tod. Nur dem unermüdlichen Einsatz der Rettungsmannschaften war es zu verdanken, daß sich die Zahl der Opfer „in Grenzen" hielt[20].

Dennoch gelang es den Sowjets mit ihren völkerrechtswidrigen Angriffen gegen Flüchtlingsschiffe, die mit Abstand größten Schiffstragödien überhaupt herbeizuführen. Es wurden von sowjetischen Torpedotreffern und Bombern in den Monaten vor Kriegsende versenkt: die „Goya" mit 6666 Opfern, die „Wilhelm Gustloff", die über 5000 Menschen, darunter etwa 3000 Kinder, mit in die Tiefe riß, und die „Steuben" mit 3608 Opfern. Britische Bomber versenkten die „Cap Arcona", wobei 5594 Menschen ums Leben kamen – fast ausschließlich evakuierte KZ-Häftlinge. Zum Vergleich: Beim weltweit bekannten Untergang der „Titanic" im Jahre 1912 starben 1513 Menschen. Auch jene verschwiegenen und vergessenen Schicksale sowie die im folgenden genannten Vertreibungsverbrechen an Millionen von Menschen sollten also mitbedacht werden.



*Ostpreußen, Januar 1945: Die Flucht vor der Roten Armee ist nur noch über die Ostsee möglich*

Bei den Übergriffen vorrückender Rotarmisten gegen die ostdeutsche Zivilbevölkerung handelte es sich keineswegs nur um spontane Racheaktionen von außer Kontrolle geratenen Soldaten. Eine Fülle von vorliegenden Flugblättern, Hetzparolen in Soldatenzeitungen oder Briefen von Rotarmisten belegen, daß die Gewalt gegen Deutsche im Osten erklärtes Ziel kommunistischer Politik war. Wie kein anderer schürte der russische Schriftsteller Ilja Ehrenburg mit dem Aufruf „Töte" und zahlreichen ähnlichen Appellen in der Roten Armee blindwütigen Haß auf die Deutschen[21]. Andere russische Schriftsteller wie Alexander Solschenyzin und Lew Kopelew wurden als Angehörige der vorrückenden Roten Armee Zeugen der brutalen Ausschreitungen gegen deutsche Zivilisten. Es hat diese beiden viele Jahre ihres Lebens in den Konzentrationslagern des Archipel Gulag gekostet, daß sie sich mit diesem Terror und Mord nicht abfinden wollten.



*Gerhard Wydra (*1924 in Lyck/Ostpreußen): Die Rettung*

Etwa ein Viertel aller deutschen Vertriebenen stammt aus Schlesien. Zu Anfang des Jahres 1945 lebten hier noch etwa 4,7 Millionen Deutsche. Nachdem in den folgenden Monaten Krieg und Vertreibung auch auf Schlesien übergriffen, wurde die Bevölkerung folgendermaßen auseinandergerissen:

• In der Heimat zurückgeblieben oder auf der Flucht eingeholt, sind etwa 1,6 Millionen Schlesier der Roten Armee in die Hände gefallen;
• ungefähr 1,6 Millionen Schlesier konnten in die Tschechoslowakei flüchten;
• weitere 1,5 Millionen Schlesier gelangten auf direktem Weg in westliche Gebiete des Deutschen Reiches.





*Passagierdampfer (oben die „Gustloff"), Kriegsschiffe, selbst Fischdampfer und Küstenfahrer versuchten, die Flüchtenden übers Meer zu retten.*

*Es geht keineswegs um den Versuch einer Aufrechnung, sondern darum, daß ein Verbrechen auch so genannt werden muß.*

Vertreibung und Flucht in Schlesien erhielten dadurch einen besonderen Charakter, daß, anders als die westpolnische Gebiete und die übrigen ostdeutschen Regionen, Schlesien nicht im Handstreich von der Roten Armee überrollt werden konnte. Als die sowjetischen Truppen Mitte Februar 1945 den Ring um das zur Festung erklärte Breslau geschlossen hatten, waren noch etwa 200000 Zivilpersonen in der Stadt, von denen in den folgenden schlimmen Monaten der Belagerung bis zur Kapitulation am 6./7. Mai 1945 ca. 40000 umgekommen sind[22]. Besonders arg traf es auch die Bevölkerung kleinerer Städte, die zum Kampfgebiet wurden, zum Beispiel Striegau, südwestlich von Breslau. Als am 15. Februar die sowjetischen Soldaten die Stadt eroberten, war noch die Hälfte der Einwohner, 15000 Menschen, dort. Bei der kurzzeitigen Rückeroberung der Stadt durch deutsche Truppen im März 1945 konnten von den zurückgebliebenen Einwohnern nur noch die Getöteten gefunden werden. Die anderen waren in rückwärtige, sowjetisch besetzte Gebiete verschleppt worden.[23]

Von den schlesischen Flüchtlingen, die nach Sachsen aufgebrochen waren, gerieten Mitte Februar 1945 ungezählte Tausende in die schweren Bombenangriffe auf Dresden und kamen darin um. Denn nicht allein Russen, Polen, Tschechen und Jugoslawen bestimmten den Leidensweg der Vertriebenen. Am 13. und 14. Februar 1945 eröffneten anglo-amerikanische Luftangriffe ein Flächenbombardement auf das militärisch völlig irrelevante, aber mit Flüchtlingen übervölkerte Dresden. Dies bedeutete die Vernichtung einer großen alten Kulturstadt sowie den Massenmord an mindestens 30000 Menschen. Es geht bei diesen und anderen Feststellungen keineswegs um den Versuch einer Aufrechnung, sondern darum, daß ein Verbrechen auch so genannt werden muß.

Bereits Monate vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges übertrug die Sowjetunion den moskautreuen polnischen Kommunisten die Verwaltungshoheit über die eroberten ostdeutschen Regionen, mit der Ausnahme des Königsberger Gebietes. Die überlebenden Deutschen wurden nach Plünderungen und Mißhandlungen oft wie Sklaven gehalten, in sowjetische Arbeitslager deportiert, und zum Teil wurden ganze Dorfbevölkerungen in von den Nazis übernommene oder neu eingerichtete Konzentrationslager gebracht[24]. Aufgrund des bereits am 2. März 1945 erlassenen „Dekrets über aufgegebene und verlassene Vermögen" konnten sich Polen die deutsche Habe beliebig aneignen. Vom eigenen Haus und Hof vertriebene Deutsche wurden zu um ihr Leben zitternden Bettlern und vom Abfall lebenden Vagabunden.

Bereits Ende Juni/ Anfang Juli 1945 begannen auf einem 100 bis 200 Kilometer breiten Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ebenso schnell wie brutal durchgeführte Austreibungen der Deutschen. 200000 bis 300000 Schlesier, Pommern und Brandenburger wurden in Fußmärschen unter Mißhandlungen durch Rotarmisten oder die polnische „Miliz" nach Westen eskortiert.

Obwohl noch kein Ausweisungsplan vorlag, wurden in den Wochen nach der Potsdamer Konferenz vor allem in Oberschlesien viele Deutsche in Lagern zusammengefaßt, um sie anschließend in geschlossenen Transporten nach Westen zu bringen. Schon ab dem 1. Juni waren alle Brücken über Oder und Neiße für heimwärts strebende deutsche Flüchtlinge gesperrt worden. Nur während der Potsdamer Konferenz waren auf Druck der Westmächte die wilden Vertreibungsaktionen vorübergehend eingeschränkt worden. Härter noch als die Vertreibung der Ostdeutschen war das überwiegend von der Einweisung in Arbeitslager gekennzeichnete Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen, die fast völlig vernichtet wurde[25].

### Vertreibung und Aussiedlung nach der Potsdamer Konferenz

*Die Vertreibung aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien*

Die Phase der „kontrollierten", aber keinesfalls humanen, sondern völkerrechtswidri-



*Gerhard Hauptmann*

Gerhart Hauptmann, der schlesische Dichter aus Agnetendorf im Riesengebirge und Literatur-Nobelpreisträger, sah das brennende Dresden.

*„Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens. Dieser heitere Morgenstern der Jugend hat bisher der Welt geleuchtet. Und ich habe den Untergang Dresdens unter den Sodom- und Gomorra-Höllen der englischen und amerikanischen Flugzeuge persönlich erlebt.*

*Ich stehe am Ausgangstor des Lebens und beneide alle meine toten Geisteskameraden, denen dieses Erlebnis erspart geblieben ist. Ich weine. Man stoße sich nicht an dem Wort Weinen. Die größten Helden des Altertums, darunter Perikles und andere, haben sich seiner nicht geschämt.*

*Von Dresden aus, von seiner köstlich gleichmäßigen Kunstpflege in Musik und Wort, sind herrliche Ströme durch die Welt geflossen, und auch England und Amerika haben durstig davon getrunken. Haben sie das vergessen?*

*Ich bin nahezu 83 Jahre alt und stehe mit meinem Vermächtnis vor Gott, das leider machtlos ist und nur aus dem Herzen kommt: Es ist die Bitte, Gott möge die Menschen mehr lieben, läutern und klären zu ihrem Heil als bisher."*

gen Vertreibung begann mit der Verabschiedung eines Ausweisungsplanes des Alliierten Kontrollrates am 17. Oktober 1945. Hunderttausende von Deutschen, insbesondere auch aus dem russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen, mußten sich kurzfristig auf Sammelplätzen einfinden, um dann in Richtung Westen abgeschoben zu werden. Es durfte nur so viel Gepäck mitgenommen werden, wie man tragen konnte. Auf west- und mitteldeutschen Bahnhöfen trafen unangekündigt mit Vertriebenen vollgepferchte Güterzüge ein.

Im Westen war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht vorbereitet. Es kamen insgesamt bis 1950 mehr als doppelt so viele Menschen im Westen an, als der vereinbarte Ausweisungsplan vorsah, weil wesentlich mehr Menschen vertrieben wurden, als die Westmächte angenommen hatten[26]. Oft wurden die Vertriebenen unter unmenschlichen Bedingungen tage- und wochenlang in Güterwagen planlos von einem Ort zum anderen abgeschoben. Durch die Vertreibungsaktion kamen allein im Jahr 1946 etwa zwei Millionen verzweifelte und auch körperlich angegriffene Menschen nach Westdeutschland, wo sie überwiegend nur in provisorischen Flüchtlingslagern untergebracht werden konnten.

Nur in Masuren, im südlichen Ostpreußen, und vor allem in Oberschlesien konnte die angestammte deutsche Bevölkerung in einigen geschlossenen Siedlungsgebieten verbleiben, wofür wohl zwei Gründe ausschlaggebend waren: Erstens benötigte man – zumal im oberschlesischen Industriegebiet – weiter deutsche Fachkräfte, und zweitens hätte eine komplette Austreibung der Deutschen der polnischen Propaganda von der „Rückkehr in uralte Piastengebiete", die auch als „wiedergewonnene Gebiete" bezeichnet wurden, allzu offenkundig widersprochen. Diese Deutschen, die als „Autochthone" im Lande verbleiben durften, waren in den folgenden Jahrzehnten vielen Diskriminierungen und versuchter Zwangspolonisierung ausgesetzt.

Noch im Sommer 1945 war bereits mit der Aussiedlung polnischer Vertriebener aus den von den Russen annektierten ostpolnischen Gebieten begonnen worden. Dennoch trifft die weitverbreitete Annahme nicht zu, daß die deutschen Ostprovinzen nach 1945 mehrheitlich von polnischen Vertriebenen aus Ostpolen besiedelt worden sind. Nach offiziellen Angaben der polnischen Kommunisten lebten am 1. Januar 1949 in den polnisch-verwalteten Oder-Neiße-Gebieten 1,2 Millionen „Autochthone" und „anerkannte Deutsche", 2,4 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen, 200.000 vor allem aus Frankreich und Belgien eingewanderte Auslandspolen („Reemigranten") und 2,1 Millionen „Repatrianten" aus den ostpolnischen Gebieten[27].

*Die Vertreibung der Sudetendeutschen*

Die Vertreibung der über drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat war das erklärte Ziel der tschechoslowakischen Exilregierung unter Präsident Beneš in London. Als im Frühsommer 1945 die Rote Armee zusammen mit der tschechischen Befreiungsarmee die deutsche Wehrmacht aus dem Sudetenland verdrängte, wurde unverzüglich mit der Austreibung der Deutschen begonnen. Auftakt der Gewalt gegen die Sudetendeutschen war der Prager Aufstand am 5. Mai 1945. Durch Hetzparolen und Schmähschriften entfesselte Tschechen sowie in der Sowjetunion ausgebildete Einheiten von General Svoboda und Partisanen fielen über die Deutschen her[28]. Zwar wird auch von Gewaltakten von Rotarmisten berichtet, doch Hauptakteure waren Tschechen. Im Anschluß an den Prager Aufstand wurden die Deutschen an vielen Orten in Lager gebracht oder in „wilden Ausweisungen" zur Grenze getrieben. Ortschaften wurden systematisch abgeriegelt, die Bewohner kurzfristig zum Verlassen der Häuser aufgefordert und in Fußmärschen zur deutschen Grenze verbracht. Frauen, Alte, Kranke und Kinder konnten froh sein, wenn sie ausgeplündert, aber noch lebend deutsches Gebiet erreichten. Später wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen von den örtlich eingerichteten Nationalausschüssen organisiert, die sich ein wenig mehr an die humanitären Vorgaben des Potsdamer Protokolls hielten als das tschechische Militär oder Milizionäre.

Trotz der Aufforderung der Potsdamer Konferenz, die Austreibung einzustellen, wurden



*Edvard Beneš (links) im Gespräch mit US-Präsident Roosevelt, 1943.*
*Beneš, Chef der tschechoslowakischen Exilregierung in London, setzte er sich schon seit dem Münchner Abkommen für die Vertreibung der Deutschen ein.*

**Přepravní lístek pro odsunované.**
**Transportationcard for evacuees.**
**Transportzettel für Evakuanten.**

| | |
|---|---|
| Jméno a příjmení<br>Name<br>Namen | Hauslová Kateřina |
| Stáří<br>Age<br>Alter | 72 years |
| Pohlaví<br>Sex<br>Geschlecht | wife |
| Národnost<br>Nationality<br>Nationalität | German |
| Trvalé bydliště<br>Permanent residence<br>Ständige Adresse | Pavlina 2 |
| Zaměstnání<br>Occupation<br>Beruf | domácnost<br>domestic<br>Haushalt |
| Kam by si přál odejít?<br>Desires to go to?<br>Wünscht gehen nach? | |

3439



*Ob als „Antifaschist" anerkannt oder nicht – die Deutschen hatten das Land zu verlassen, weil sie Deutsche waren. Katharina Hausl aus Paulina im Böhmerwald wurde im Oktober 1946 „evakuiert".*

weiter Transporte mit vorwiegend alten und kranken Leuten über die Grenze geschickt. Zehntausende saßen unterernährt in überfüllten Lagern, wo es wegen der primitiven sanitären Verhältnisse zu Epidemien kam, die unter den entkräfteten Menschen viele Opfer forderten. Die Dokumentation des Bundesarchivs berichtet von 1215 Internierungslagern, 846 Arbeits- und Straflagern und 215 Gefängnissen, in denen 350000 Deutsche festgehalten worden waren. Schlechte Ernährung, unhygienische Verhältnisse und Mißhandlungen führten vor allem bei Kindern und älteren Menschen zu einer hohen Todesrate.



*Prag 1945: Improvisiertes Massengrab für erschlagene Deutsche*

Es kann hier nicht detailliert auf die schier endlose Zahl von Grausamkeiten und Verbrechen eingegangen werden. Erinnert sei wenigstens an das Massaker von Aussig, wo Hunderte von Deutschen erschlagen und in die Elbe geworfen wurden, oder an den berüchtigten „Todesmarsch" der Brünner Deutschen: Am 30. Mai 1945 wurden über 20000 Menschen zur österreichischen Grenze getrieben[29].

Von den 3,45 Millionen Deutschen, die bei Kriegsende in der Tschechoslowakei lebten, wurden im Verlauf der ersten Austreibungswelle 700000 bis 800000 aus dem Osten und Norden des Sudetenlandes vertrieben. Am 19. Januar 1946 begann die zweite Austreibungswelle, die durch das Potsdamer Abkommen sanktioniert war; sie dauerte bis in den Herbst 1946 und erfaßte 1 859 541 Sudetendeutsche[30].




*Je nach Region mußten die Sudetendeutschen ein aufgenähtes N (Němec = Deutscher), ein weißes Kennschild oder eine weiße Armbinde tragen*

*Die Vertreibung aus Südosteuropa*

Trotz Evakuierungsappellen deutscher Stellen flüchteten im Herbst 1944 von den etwa 500000 Ungarndeutschen nur knapp zehn Prozent vor den in *Ungarn* vorrückenden Rotarmisten. Zwar kam es auch hier beim Einmarsch der sowjetischen Truppen zu Plünderungen, Schikanen und späterer Zwangsarbeit von Deutschen, aber nicht zu ähnlichen massenhaften Greueltaten wie in Ostdeutschland, Polen, Jugoslawien oder im Sudetenland. Insgesamt wurden etwa 60000 Deutsche, davon etwa je zur Hälfte Zivilisten und Kriegsgefangene, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt[31]. Während Ungarn ursprünglich nur exponierte Nationalsozialisten ausweisen wollte, wurde durch den Druck der madjarischen Nationalisten dann doch die Ausweisung von etwa 40 Prozent der Ungarndeutschen beschlossen. In zwei Etappen wurden 1946 170000 Ungarndeutsche nach Baden-Württemberg in die amerikanische und 1947/48 50000 in die sowjetische Besatzungszone umgesiedelt. Etwa 270000 konnten in der Heimat verbleiben.

Ähnlich dem Schicksal der Deutschen in Polen spielte sich auch das Leben der Volksdeutschen in *Jugoslawien* nach der Machtübernahme der Tito-Partisanen und der Roten Armee vornehmlich in Lagern ab[32]. Als im Herbst 1944 in weiten Teilen Jugoslawiens Partisanenverbände die Macht übernahmen, befanden sich von den ursprünglich 540.000 dort lebenden Deutschen noch mehr als 200.000 im Lande. Die übrigen waren bereits geflüchtet oder noch beim Militär. Die Mehrzahl der Verbliebenen wurde in Lager eingewiesen. Von den 170.000 internierten deutschen Zivilpersonen gingen, vor allem in den Todeslagern, 51.000 Kinder, Greise und Frauen, meist durch Hunger und Seuchen, elend zugrunde. 9.500 Frauen und Männer kamen bei Erschießungen, vor allem im Zuge der „Aktion Intelligenzija" ums Leben; von den 8.000 Frauen und 4.000 Männern, die zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt wurden, sind 2.000 einem jahrelangen Martyrium erlegen. Insgesamt sind mindestens 64.000 Zivilpersonen dem Völkermord anheimgefallen – also fast ein Drittel.

In *Rumänien* verlief der Einmarsch der Roten Armee ähnlich wie in Ungarn verhältnismäßig diszipliniert. Auch hier hat es nur in sehr begrenztem Umfang rechtzeitige Evakuierungen von Deutschen gegeben. Nicht die Rotarmisten, sondern Rumänen plünderten schutzlose Deutsche aus. Obwohl Rumänien kein sowjetischer Feindstaat war, forderte Moskau Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in der Sowjetunion an, wozu im wesentlichen die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung herangezogen wurde. 80000 Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen wurden zur Zwangsarbeit verschleppt[33]. Vertreibungen aus Rumänien nach Deutschland waren im Potsdamer Abkommen nicht vorgesehen und haben auch nicht stattgefunden. Erst wegen der unerträglichen Lebensbedingungen unter den neuen kommunistischen Machthabern begann in den späteren Jahren die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien nach Westdeutschland.

## Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Wie die beiden regierungsamtlichen Dokumentationen aus den fünfziger und siebziger Jahren berichten, gingen die vorrückenden russischen Truppen mit kaum vorstellbarer Grausamkeit gegen deutsche Frauen vor, die ihnen in die Hände fielen. In der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" wird zum Einmarsch der Roten Armee in Ostdeutschland zusammenfassend festgestellt: „Bei den zahlreichen Erlebnisberichten, die vom Einzug der Roten Armee handeln, gibt es kaum einen, der nicht von Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen zu berichten weiß; in vielen Fällen wird sogar in aller Offenheit von selbsterlittenen Vergewaltigungen erzählt. Es kann auch bei kritischster Prüfung dieser Berichte kein Zweifel sein, daß es sich bei den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere um ein Massenvergehen im wahren Sinne des Wortes handelt, keineswegs um bloße Einzelfälle. Darauf deutet schon hin, daß förmliche Razzien auf Frauen unternommen wurden, daß ferner manche Frauen in vielfacher Folge nacheinander mißbraucht wurden und daß die Vergewaltigungen oft in aller Öffentlichkeit vor sich gingen. In gleicher Weise befremdend und Entsetzen erregend wirkte es auf die deutsche Bevölkerung, daß von den Vergewaltigungen auch Kinder und Greisinnen nicht verschont wurden."[34]

In seinem Buch „Anmerkungen zur Vertreibung" zitiert Alfred M. de Zayas aus dem Bericht eines Beamten des amerikanischen Außenministeriums: „Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet. In Swientochlowitz (Ostoberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."[35]

In Oberschlesien wurde z.B. das frühere Kriegsgefangenenlager Lamsdorf in ein Internierungslager für Deutsche umgewandelt. In diesem Lager kamen von August 1945 bis zum Herbst 1946 insgesamt 6430 Deutsche, darunter 623 Kinder; ums Leben[36]. Die Täter von Lamsdorf oder Swientochlowitz leben noch, sind namentlich bekannt und befinden sich im Rechtsprechungsbereich polnischer Richter[37]. Die Dokumentation des früheren Bundesvertriebenenministeriums weist darauf hin, daß in solche Lager im Laufe der Zeit fast alle Deutschen in Polen eingewiesen worden sind, und berichtet über die herrschenden KZ-ähnlichen Zustände. Wie hoch die Zahl derjenigen sei, die in der Zeit von 1945 bis 1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, werde sich wohl nie mehr feststellen lassen, heißt es in dieser Vertreibungsdokumentation. Die Lagerleitungen hätten die Zahl der toten Deutschen geheimgehalten, Massengräber seien z.T. wieder eingeebnet und Grabstätten unkenntlich gemacht worden.

Wie die Dokumentation des Vertriebenenministeriums weiter berichtet, wurden bereits seit Dezember 1944 in den südosteuropäischen Staaten Rumänien, Ungarn und Jugoslawien



*Nach Rußland deportierte Zwangsarbeiter aus Arad/ Banat*

Zehntausende von Deutschen zumeist in die russischen Industriegebiete am Donez und Don, in den Ural und nach dem Kaukasus zur Zwangsarbeit verschleppt. Als die Westmächte auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) der Sowjetunion das Recht einräumten, nach dem Sieg über Deutschland als einen Teil der ihr zugesprochenen Reparationen deutsche Arbeitskräfte nach Rußland zu schaffen, waren die Deportationen in den deutschen Ostprovinzen bereits in vollem Gange und die Verschleppungen aus Südosteuropa nahezu abgeschlossen[38].

In der Dokumentation des Bundesarchivs wird zusammenfassend festgestellt, daß die Anzahl der in die Sowjetunion als „Reparationsverschleppte" sowie „Vertragsumsiedler" gewaltsam verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße mehr als 400000 Menschen betragen habe, „wovon nur 55 Prozent überlebten. Demnach wären in den Lagern der Sowjetunion und auf Transporten ca. 200000 verstorben."[39]

Die genaue Zahl der deutschen Zivilpersonen, die auf der Flucht, bei Deportationen oder sonstigen Vertreibungsverbrechen ums Leben kamen, wird wohl nicht mehr festzustellen sein. Für die Beurteilung des Gesamtvorganges sollte es auch unerheblich sein, daß in der Fachliteratur unterschiedliche Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl der Opfer zu finden sind.

Erstmals hat im Jahre 1958 das Statistische Bundesamt eine umfassende Studie zum Ausmaß der Vertreibung sowie der Vertreibungsverbrechen vorgelegt. In einer Aktualisierung des damals veröffentlichten Zahlenmaterials kommt Heinz Günter Steinberg zu dem Schluß, daß jeder siebte Heimatvertriebene – insgesamt also 1,710 Millionen Deutsche – bei Flucht, Vertreibung, Verschleppung oder in Lagern ums Leben gekommen sind. Danach wurden allein in den Ostgebieten des Deutschen Reiches 882000 Zivilisten umgebracht, was nahezu zehn Prozent der Vorkriegsbevölkerung entsprach[40]. Davon starben etwa 311 000 in Ostpreußen. Die

relativ größten Zivilverluste mit mehr als einem Drittel der Vorkriegsbevölkerung waren in Ostbrandenburg und in Jugoslawien zu verzeichnen[41].

Von den Schlesiern, die mit über 4,5 Millionen Menschen den größten der vertriebenen deutschen Volksstämme darstellen, sind den Angaben Steinbergs zufolge über 450000 und von den Sudetendeutschen etwa 273000 bei der Vertreibung ums Leben gekommen[42].

*Jeder sechste Ost- Südost- und Sudetendeutsche hat im Krieg oder bei der Vertreibung sein Leben verloren, – insgesamt mehr als 2,8 Millionen Menschen.*

Einschließlich der Kriegsverluste sind von über zwölf Millionen Deutschen, die beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in den späteren Vertreibungsgebieten lebten, insgesamt nach der Darstellung Steinbergs 2,810 Millionen umgekommen, so daß jeder sechste Ost-, Südost- und Sudetendeutsche im Krieg oder bei der Vertreibung sein Leben verloren hat[43]. Dabei wird in den Angaben des Statistischen Bundesamtes und auch Steinbergs nicht das Schicksal der Rußlanddeutschen erfaßt, von denen ebenfalls seit 1941 Hunderttausende bei der Verschleppung oder in den östlichen Verbannungsgebieten ums Leben gekommen sind.

Heinz Nawratil nennt in seiner Untersuchung „Vertreibungsverbrechen an Deutschen" die Zahl von 350000 Rußlanddeutschen, die ihre Verschleppung nach Osten nicht überlebt haben. Nawratil verweist auf eine umfassende Analyse des Kirchlichen Suchdienstes, die 1963 zu dem Ergebnis gekommen ist, daß bei der Vertreibung der Deutschen 2,3 Millionen Menschen umkamen – eine Angabe, die auch vom Bundesinnenministerium verwendet worden sei. Hinzu rechnet er die Verluste der Rußlanddeutschen mit 350000 Opfern und von den mindestens zwei Millionen zugezogenen Menschen, zum Beispiel Bombenflüchtlinge aus Berlin oder dem Westen, etwa 220000 Tote. Das ergebe, so Nawratil, eine Zahl von mindestens 2,8 Millionen Todesopfern der Vertreibung[44].

**Ankunft und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Westen**

Knapp acht Millionen Vertriebene wurden in Westdeutschland, fast vier Millionen auf dem Gebiet der späteren DDR und etwa 200000 in der damals noch ungeteilten deutschen Hauptstadt Berlin aufgenommen. Die hohe Zahl der Opfer und die verbrecherischen Begleitumstände der Vertreibung dürfen nicht den Blick für die Tragik und Bitterkeit des Verlustes der Heimat an sich verstellen. Für den einzelnen Überlebenden bedeutete dies bedrohliche körperliche und vor allem seelische Erschütterung und Erschöpfung, Verlust der meisten persönlichen Bindungen mit ihren Kennzeichen kultureller und landschaftlicher Eigenart. Besonders für viele alte Menschen war die Vertreibung aus ihrer Heimat unfaßbar. In den zertrümmerten west- und mitteldeutschen Großstädten fanden



sich für die Fremden – so wurden sie von den Einheimischen empfunden und so empfanden sie sich auch selbst – oft keine halbwegs zulängliche Unterkunft, und auf dem Lande war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht eingestellt.

Lebten vor dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland zu Zeiten relativen Wohlstandes 39 Millionen Menschen, so galt es sechs Jahre später in dem gleichen, jedoch jetzt vom Krieg weitgehend zerstörten und ausgezehrten Landesteil 47,5 Millionen Menschen – neben den Vertriebenen noch Hunderttausende ausländische Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich – zu versorgen[45]. Millionen der Flüchtlinge und Vertriebenen mußten viele Jahre lang in Lagern leben.

Die Konfrontation zwischen Einheimischen und Vertriebenen steigerte sich, als sich die Lage der Westdeutschen nach dem Krieg ebenfalls verschlechterte: Anhaltender Wohnraummangel, Arbeitslosigkeit und knappe Lebensmittel förderten die Spannungen zwischen den Deutschen verschiedener landsmannschaftlicher Herkunft.

Die Aufnahme so vieler Millionen heimatlos gewordener Menschen erschien unter den katastrophalen Verhältnissen der ersten Nachkriegsjahre unlösbar. Erschwerend wirkte sich zudem aus, daß es in den Westzonen keine systematische Verteilung des großen Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen gegeben hatte – nicht zuletzt eine Folge des allgemei-

*Drangvolle Enge: Vertriebene im Lager*



nen Nachkriegschaos. So stauten sich die Vertriebenen in den für sie nächst erreichbaren Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Unter Verweis darauf, daß Frankreich das Potsdamer Abkommen nicht unterzeichnet habe, sperrten sich die Franzosen generell gegen eine Aufnahme von Vertriebenen in ihrer Besatzungszone. In der britischen Zone wurden die Ost- und Sudetendeutschen willkürlich und unzweckmäßig von der Besatzungsmacht verteilt. Am besten funktionierte die Aufteilung noch in der US-Zone, wo sie auf Anordnung der Amerikaner von deutschen Stellen vorgenommen wurde.

Grundlegende Gesetze für die soziale Eingliederung der Millionen Heimatvertriebenen konnten erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erlassen werden. Nach Beginn des Kalten Krieges war klargeworden, daß die Vertreibung keinesfalls eine kurze Episode sein würde. Das Schlagwort, unter dem die soziale Integration der Vertriebenen konzipiert wurde, lautete daher „Lastenausgleich". Es wurde ein Gesetzeswerk geschaffen, das sowohl die Eingliederung wie eine individuelle Entschädigung von Vertriebenen und Flüchtlingen in einem bundesweit einheitlichen Verfahren ermöglichte, ohne jedoch die fortgeltenden Eigentumsrechte der Betroffenen zu verletzen[46].

Nachdem bereits 1949 ein lediglich auf Eingliederungshilfen abzielendes Soforthilfegesetz (SHG) und für die vertriebenen Bauern das Flüchtlingssiedlungsgesetz verabschiedet worden waren, trat am 1. September 1952 das Entschädigung leistende umfassende Lastenausgleichsgesetz (LAG) in Kraft. Mit dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 wurde die Eingliederung der Vertriebenen bundesweit einheitlich geordnet.

Wenn der Weg Westdeutschlands nach dem Kriege nicht in Anarchie und Chaos endete, sondern in gemeinsamer Anstrengung ein einzigartiges, weltweit geachtetes, friedliches Aufbauwerk geleistet wurde, so ist dies auch ein Verdienst der deutschen Vertriebenen. Sie haben sich nicht zum politischen Extremismus oder gar Terrorismus entschlossen, wie so viele andere Flüchtlingsgruppen in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, sondern sie haben tatkräftig am Wiederaufbau mitgearbeitet. Ein naheliegendes Kalkül Stalins, mit der Vertreibung von Millionen Ost- und Sudetendeutschen einen die Festigung demokratischer Strukturen unmöglich machenden sozialen Sprengsatz in Westdeutschland zu installieren, war nicht aufgegangen, weil die Landsmannschaften der deutschen Vertriebenen sich von Beginn an für eine gewaltfreie, demokratische Politik entschieden hatten. So gehörte die 1950 verabschiedete und durch Jahrzehnte friedfertige Verbandsarbeit glaubwürdig bezeugte Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu den herausragenden, allerdings weithin unbekannten demokratischen Traditionen unseres Volkes, auf die alle Deutschen stolz sein könnten, wenn sie davon wüßten.

**Ausblick**

Zu einer zukünftigen europäischen Friedensordnung, die diesen Namen verdient, muß es gehören, daß auch mit den deutschen Vertriebenen und den in deren Heimat verbliebenen Landsleuten nach den Grundsätzen von Recht und Wahrheit umgegangen wird. Gerade die über Jahrzehnte hinweg in ihrer Existenz bedrohten ostdeutschen Volksgruppen müssen einen zentralen Bestandteil des Fundamentes des vielbeschworenen gemeinsamen europäischen Hauses ausmachen, wenn dieses Europa nicht auf dem Sand von Geschichtslügen und Unrecht gebaut werden soll.

Genauso wie die vertriebenen Ostdeutschen nach dem Krieg für den Wiederaufbau in Westdeutschland ihren großen Beitrag geleistet haben, kommt den Millionen Vertriebenen und deren noch daheim lebenden Landsleuten heute beim Wiederaufbau des ost-, südost- und ostmitteleuropäischen Raumes, natürlich vor allem in den angestammten Heimatgebieten, eine Schlüsselrolle zu. Die in vielen Reden vor Vertriebenen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder beschworene Brückenfunktion zu den östlichen Nachbarvölkern stellt heute eine der wichtigsten Optionen und Fundamente einer sich nach Osten hin orientierender europäischen Politik dar.

Das Bemühen um historische Wahrheit als Grundlage einer realistischen Verständigungspolitik, aber auch die Würde der Opfer und ihr Vermächtnis, Vertreibungen für alle Zeit als Mittel der Politik zu ächten, sollten Deutsche und ihre östlichen Nachbarvölker dazu anhalten, sich sachlich mit dem lange verdrängten Kapitel der Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen.

Zu Recht fragt Johann Georg Reißmüller in einem Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen" vom 23. Januar 1995: „Wie kann man behaupten, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation sei normal, da die große Mehrheit des Volkes, angeführt von der großen Mehrheit der politisch Wirkenden, von allen Opfern der Staats-Unmenschlichkeit auf unserem Kontinent im 20. Jahrhundert eine Kategorie nicht einmal zur Kenntnis nehmen will: Diejenigen Deutschen, die in der östlichen Hälfte Europas in den Jahren 1944, 1945, 1946 völkermordartigen Vernichtungsaktionen anheimfielen?" Reißmüller weiter: „Wer an sie erinnert, dem schlägt in Deutschland sogleich der Vorwurf entgegen, er wolle ‚aufrechnen'. Das ist eine als Anspruch ans Gewissen zurechtgemachte Unwahrheit. Den Völkermord an den Juden, die von Deutschen verübten Massenmorde an Polen, Tschechen, Russen bemäntelt nicht und die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg verkleinert nicht, wer möchte, daß im Gedächtnis der Nation auch die ungezählten Deutschen einen Platz haben, die am Ende des Krieges und nach dem Krieg von massenmordender Hand starben. Doch es sind wenige unter unseren Politikern, die zu solchem Gedenken aufrufen."

*Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950:*

*„... Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat."*



*Massenkundgebung von deutschen Vertriebenen in Stuttgart am 6. August 1950*

Auch mit Blick auf das aktuelle Vertreibungsgeschehen auf dem Balkan haben die deutsche und die europäische Politik allen Grund, ihre bisherige Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen vertriebener Deutscher zu überdenken. Es hat ja in der Vergangenheit schon eine Reihe von guten Vorstößen gegeben, an die bei entsprechenden Bemühungen angeknüpft werden könnte. Erinnert sei an die Botschaft der polnischen Bischöfe an den deutschen Episkopat „Wir gewähren Vergebung – wir bitten um Vergebung" vom 18.11.1965[47]. 1991 begingen vertriebene schlesische und polnische Katholiken gemeinsam die Feierlichkeiten aus Anlaß der Überführung Kardinal Bertrams in den Breslauer Dom. Die mutige Schrift Jan Jozef Lipskis „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen" hat viele Vertriebene sehr bewegt[48]. Eine ähnlich wegweisende Geste stammt vom tschechischen Präsidenten Václav Havel, der noch vor seiner Wahl am 21. Dezember 1989 erklärte, daß die Tschechen sich bei den Sudetendeutschen für den „Akt sehr harter Trennung einiger Millionen Menschen von ihrer Heimat" entschuldigen sollten[49]. Hier sind Fundamente für einen schwierigen, aber unter Demokraten möglichen und notwendigen Dialog gelegt worden.

*Auch mit Blick auf das aktuelle Vertreibungsgeschehen auf dem Balkan haben die deutsche und die europäische Politik allen Grund, ihre bisherige Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen vertriebener Deutscher zu überdenken.*

In den früheren Heimatgebieten gibt es bereits eine Fülle von Beispielen konkreter Zusammenarbeit zwischen vertriebenen Deutschen und heute dort lebenden Polen oder Tschechen, die Politiker in Prag und Warschau zu einem entsprechenden Dialog mit den führenden Repräsentanten der deutschen Vertriebenen ermutigen sollten.

[1] Die von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen herausgegebene „UN-Information" nennt für den September 1994 die Zahlen von weltweit mehr als 23 Millionen Menschen, die über Landesgrenzen geflüchtet oder vertrieben worden sind, und schätzungsweise 26 Millionen Menschen, die innerhalb ihres Landes aufgrund von Bürgerkriegen und inneren Konflikten ihre Heimat verlassen mußten.

[2] Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I-V, bearbeitet von Theodor Schieder u.a., hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Berlin 1953-1961 (unv. Neuauflagen München 1984 und Augsburg 1993/94).

[3] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen: 1945-1948, Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989; vgl. Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, Arget 1975, S.46 und 80.

[4] Vgl. u.a. Fritz Peter Habel, Dokumente zur Sudetenfrage, München-Wien 1984; Herbert Hupka (Hrsg.), Letzte Tage in Schlesien, München 1981; Klaus Granzow (Hrsg.), Letzte Tage in Pommern, München-Wien 1984; Herbert Reinot, Letzte Tage in Ostpreußen, München 1983; Ekkehard Kuhn, Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen, München 1987; Günter Böddeker, Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten, München 1980; Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt 1985.

[5] E. Kuhn (Anm. 6), S.13.

[6] Vgl. Jörg Bernhard Bilke/Karlheinz Lau/Manfred Wille, Die Vertriebenen in Mitteldeutschland, Deutschland-politische Schriftenreihe 10, hrsg. vom Bund der Vertriebenen, Bonn 1991.

[6] Vgl. ebd., S.15.

[7] In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es unmittelbar nach Kriegsende auch unter den mitteldeutschen Kommunisten noch Stimmen gab, welche die Oder-Neiße-Linie als künftige deutsche Ostgrenze in Frage stellten. In einem am 15. September 1993 erschienenen Beitrag der „Märkischen Zeitung" unter der Überschrift „Landraub der Polen empörte Wilhelm Pieck" berichtet Ministenaldirektor a.D. Hermann Kreutzer über eine Zusammenkunft führender SPD- und KPD-Politiker Anfang Juli 1945 im „Volkshaus" in Weimar, an der u.a. Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht teilnahmen, unter anderem folgendes: „Während des Gesprächs brachte ein Bote eine Meldung für Wilhelm Pieck. Der las die Meldung und wurde feuerrot im Gesicht, ... dann schrie er los: ‚Genossen, mir wird soeben mitgeteilt, daß die Polen Stettin besetzt haben. Das ist ein Übergriff, den wir uns nicht bieten lassen werden! Und überhaupt', so fuhr der wütende Pieck fort, ‚werden wir uns alles wieder zurückholen, ... auch meine Heimatstadt Guben!' In der Runde gab es den gleichen Protest, wie er von Pieck artikuliert worden war..."

[8] Vgl. Jörg Bernhard Bilke, Flucht und Vertreibung in der DDR-Literatur in: J.B. Bilke/K.Lau/M. Wille (Anm. 9), S.16-21.

[9] Vgl. ebd., S.13.

[10] Vgl. E. Kuhn (Anm. 6), S.34-48. Kuhn verweist u.a. auf entsprechende Wertungen des amerikanischen Historikers Gordon A. Craig. Theodor Heuss zitiert er aus seinem 1932 erschienenen Buch „Hitlers Weg" mit der Aussage: „Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles."

[11] So die polnischen Pogrome gegen Juden sowie die Morde des „Bromberger Blutsonntags", die etwa 5000 Opfer unter den Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit forderten, oder die 15000 von der Sowjetunion bei Katyn ermordeten polnischen Offiziere – eine Mordtat, die bis vor kurzem aus propagandistischen Gründen noch den Deutschen angelastet wurde. Vgl. ferner Jan Gross, Und wehe, du hoffst ... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt, Freiburg 1986. Gross weist darauf hin, daß fast 10 % der Bevölkerung des einverleibten polnischen Gebietes, etwa 1,25 Mio. Menschen, in die Sowjetunion verschleppt wurden. 1942 wurden die Soldaten der in der Sowjetunion neuformierten polnischen Armee mitsamt ihren Familien, insgesamt etwa 120000 Menschen, in den Iran verschleppt.

[12] Vgl. Gotthold Rhode/Wolgang Wagner (Hrsg.), Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie, Stuttgart 1956, S. 46f.

[13] Vgl. Fritz P. Habel (Anm. 6), S. 248f.; Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd IV/1, S. 38f.

[14] Vgl. Volk auf dem Weg – Deutsche in Rußland und der GUS, 1763-1993, hrsg. vom Kulturrat und Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, Stuttgart 1993, S. 16f

[15] Vgl. u.a. Michael Voslensky, Deportation und Vertreibung – eine sowjetische Idee, in: Deportation, Flucht und Vertreibung. Ein Rückblick nach 40 Jahren, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, München 1985. Die Einverleibung Stettins in den polnischen Staat war ein Zug stalinscher Machtpolitik, der von den Westmächten zu keinem Zeitpunkt gebilligt worden war.

Vgl. A. M. de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen (Anm. 7), S. 70f. Ferner Gotthold Rhode, Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1945 bis in die achtziger Jahre, in: Aus Politik und zeitgeschichte, B 11-12/88.

[16] Am 13. Dezember 1944 erklärte Churchill vor dem Unterhaus zur Konferenz von Jalta: „Natürlich würde ein Bevölkerungstausch im Osten und Norden die Folge sein. Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen vom Osten nach Westen oder Norden müßte durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen – denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel." Vgl. Rhode/ Wagner (Anm. 12), S.124.

[17] Schon am 4. Mai 1945 prägte Churchill den Begriff vom „Eisernen Vorhang", der sich in Europa niedergelassen habe. Vgl. G. Rhode/W. Wagner (Anm. 18), S.220.

[18] Vgl. Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. I/1, S. 1-5. Soweit in den folgenden Ausführungen keine Quellenangaben erfolgen, stammen die Informationen aus diesem grundlegenden Standardwerk, das ohnehin bis heute die Grundlage für die Mehrzahl der Publikationen zur Vertreibung darstellt.

[19] Als Folge der „Lebensraumpolitik" Hitlers waren in den Jahren 1939-1941 rund 500000 Deutsche aus dem Baltikum, Wolhynien, Galizien, der Bukowina und Bessarabien überwiegend im okkupierten Teil Polens angesiedelt worden, von denen sich viele zum Kriegsende auf der Flucht vor der Roten Armee ebenfalls in Ostdeutschland aufhielten. Vgl. A. M. de Zayas, Anmerkungen zur Vertreibung (Anm. 7), 5. 52f.

[20] Vgl. Heinz Schön, Ostsee '45 - Menschen, Schiffe, Schicksale, Stuttgart 1983, S. 649f.

[21] Vgl. Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. 1/1, S.61; vgl. Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, Bericht des Bundesarchives (Anm. 5), 8.24-26.; H. Nawratil (Anm. 3), S.99.

[22] Vgl. ebd., S.54 E; Horst G. W. Gleiss, Breslauer Apokalypse 1945, 6 Bände, Wedel 1986-1990.

[23] Vgl. Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. 1/1,S.55E.

[24] Vgl. Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. 1/1,S.110Eff.

[25] Vgl. ebd., S.123E-135E.

[26] Vgl. Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bonn 1991, S. 110 f. Danach sah der in Potsdam beschlossene Ausweisungsplan die Aufnahme von nur 6,85 Millionen Vertriebenen vor. Bis 1950 waren es allein im Westen acht Millionen, statt der im Ausweisungsplan vorgesehenen 3,9 Millionen. Auch nach Mitteldeutschland kamen statt der geplanten 2,75 Millionen Vertriebenen vier Millionen.

[27] Vgl. G. Rhode (Anm. 21), S. 9

[28] Vgl. Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, Bericht des Bundesarchivs (Anm. 5), S. 42f.; Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd.IV/1, S. 60-136.

[29] Vgl. Dokumentation der Vertriebenen, ebd., 8. 71f.; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, Bericht des Bundesarchivs, ebd., S.46.

[30] Vgl. Dokumentation der Vertreibung, ebd., Band IV/1, S.123.

[31] Vgl. ebd., Bd. II, S.42 Ef.

[32] Vgl. Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermords. München 1998.

[33] Vgl. Dokumentation der Vertreibung, ebd., Bd. III, Seite 59E-80E.

[34] Ebd., Bd., S.60E f.

[35] A. M. de Zayas (Anm. 7), S.141.

[36] Vgl. Heinz Esser, Lamsdorf. Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager, Bonn 1971; ders., Die Hölle von Lamsdorf, in: H. Hupka (Anm. 6), S.85-95. Heinz Esser war Lagerarzt von Lamsdorf.

[37] Auf Parlamentarische Anfragen der CDU-Bundestagsabgeordneten Angelika Pfeiffer erklärte die Bundesregierung am 6. Dezember 1993, sie prüfe, inwieweit ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Hagen gegen Täter von Lamsdorf durch polnische Behörden unterstützt werden könne. Grundsätzlich wolle die Bundesregierung auch eine Strafverfolgung „in allen Vertreibungsverbrechen betreffenden Fällen" fördern. „Falls in solchen Verfahren ein Beschuldigter für die deutsche Justiz nicht erreichbar sein sollte, wird sich allerdings die Frage der Verfolgbarkeit solcher Straftaten (z.B. bei Verjährung) in dem betreffenden Aufenthaltsstaat stellen." Bundestagsdrucksache 12/6431,S.10 f.

[38] Zu den Deportationen vgl. Dokumentation der Vertreibung, S.79 E ff.

[39] Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, S.34.

[40] Vgl. H. G. Steinberg (Anm. 34), S.109.

[41] Vgl. ebd., S.118,127.

[42] Vgl. ebd., S.122,125.

[43] Vgl. ebd., S.104.

[44] Vgl. H. Nawratil (Anm. 3), S.75.

[45] Vgl. Hans Lukaschek, Die deutschen Heimatvertriebenen. Ein zentrales deutsches Problem, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1951, S.4. Bis zum 30.9.1958 hatte Westdeutschland 9 339 000 Vertriebene, 3 136 800 Zugewanderte aus der Sowjetzone/DDR und 210 000 Flüchtlinge aufgenommen. Vgl. Tatsachen zum Problem der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1959, Tafel 4.

[46] Vgl. Betrifft. Eingliederung der Vertriebenen (Anm. 57), S. 27f. In der Präambel zum Lastenausgleichsgesetz heißt es, daß die Unterstützung geleistet wird „unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom 8. September 1993 festgestellt, daß die Eigentumsrechte der deutschen Vertriebenen auch durch die Ostverträge zu Beginn der neunziger Jahre nicht beeinträchtigt worden sind.

[47] Vgl. Versöhnung aus der Kraft des Glaubens, 1965-1985, hrsg. von der Pressestelle der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1965. Eine Dokumentation aus Anlaß des 20jährigen Jubiläums des Briefwechsels der deutschen und polnischen Bischöfe im Jahre 1965.

[48] Vgl. Jan Jozef Lipski, Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen, Sonderdruck der Zeitschrift „Kontinent", Nr. 22, Bonn 1969; Kultura, Sondernummer den deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet, hrsg. vom Institut Litteraire, Paris 1964.

[49] Rude Pravo vom 3.1.1990.



**Alfred Theisen,**

geboren 1959, verheiratet, fünf Kinder, ist Chefredakteur der Zeitschrift „Schlesien heute" in Görlitz; seine Familie stammt aus der Eifel.

# Augenzeugen berichten

Auszüge aus beglaubigten Berichten von Augenzeugen der Vertreibung. Die Berichte werden im Bundesarchiv in Koblenz aufbewahrt.

*„Plötzlich kamen zwei Personenautos mit Russen, die blitzschnell alles nahmen, Handtaschen, Koffer, Gepäckstücke, Pelze, was sie sahen und wertvoll war. Dann – ein schnelles Aufstellen zum Erschießen.*
*Mein Mann, einer der ersten, bekam einen Kopfschuß vor meinen Augen. Da wir gleich am Anfang standen, habe ich nur Schreien und Schießen gehört. Von 19 Personen war ich allein ohne Verletzung übrig geblieben. Sogar die halbgelähmte Frau Rehberg wurde vom Wagen gehoben und auch erschossen."*
Frau F.M., Ottenhagen/Ostpreußen
Dok. V /1 / 2 / Nr.182

*Mahnmal der Böhmerwäldler in Lackenhäuser, unweit vom Dreiländereck Bayern/ Böhmen/ Österreich*



*„Der Otto Regehr, Neuteich, wurde aus dem 2. Stock auf die Straße geworfen und die Auguste Regehr angesteckt und brennend aus dem Fenster gestoßen. Frau Sielmaun wurde eingeschlossen und man ließ sie verhungern. Die Tochter Ellen vom Egon, damals noch Schulkind, wurde von den Russen so hergerichtet, daß sie zu Dr. Mese in Behandlung mußte."*
Ruth K., Bröske / Westpreußen
Dok. 2/47/60-61

*„Nachdem keine ‚Uhri' mehr zu finden waren, suchten sie nach versteckten Frauen, und viele Male wurde Frau T. in den Nebenraum geschleift, denn aufrecht gehen konnte sie nicht mehr. Von einigen Straßen wurden die Menschen zusammengetrieben, und als eine junge Frau bei der Berührung durch einen russischen Soldaten unwillig auswich, erschoß er sie mit zwei Schüssen vor unseren Augen. Noch einige Wochen lag die Leiche der Frau entkleidet an unserem Gartenzaun mit einer Forke im Leib."*
Hildegard Rohmann, Königsberg/Ostpr.
Dok. 2/115/74

*„Die Frauen wurden mit Gummiknüppeln geschlagen und vergewaltigt. Die Kinder wurden in die Weichsel geworfen und ertränkt, Frauen und Männer erschossen und von der hohen Hafenmauer in die Weichsel geworfen. Wir sahen das alles durch die Fenster im Lager."*
Gertrud Socha, Nessau/Westpreußen
Dok. 2/115/74

*„Ein Zimmer von diesen Behelfsheimen war für die Vergewaltigungen hergerichtet. Zuerst kamen die jüngeren Frauen dran, ich erst gegen Morgen und wurde gleich von drei russischen Soldaten gebraucht. Diese Vergewaltigungen wiederholten sich täglich zweimal. Die Scheußlichkeiten wurden im Beisein von zehn Frauen und oft auch der eigenen Kinder durchgeführt. Danach wurden wir auf den Todesmarsch nach Preußisch Holland gesetzt. Auf diesem Todesmarsch warfen die russischen Soldaten laufend kleine, eigroße Sprengkörper in den Zug. Die Getroffenen mußten liegenbleiben und der ganze Zug darüberlaufen. Wer nicht sofort tot war, bekam von einem Trupp russischer Soldaten, der dem Zug folgte, den Genickschuß."*
Elfriede O., Elbing/Westpreußen
Dok. 2/68/393-394

*„Ich sah, wie Tschechen mit Stecken und Prügeln auf vorbeigehende Deutsche losschlugen. Deutsche, die über die Elbbrücke gehen wollten, wurden von Tschechen über das Geländer in die Elbe geworfen und von dem Maschinengewehr, das auf der rechten Seite des Brücken-*

*eingangs aufgestellt war, so lange beschossen, bis ihre von Kugeln durchbohrten Körper in der Elbe versanken. Deutsche, die bis zur Brücke gekommen waren, sich aber weigerten, weiterzugehen, wurden von Soldaten und Partisanen mit vorgehaltenen Revolvern und Pistolen auf die Brücke getrieben, wo sie mit Geheul empfangen und ebenfalls in die Elbe geworfen wurden. Nicht einmal vor Müttern und Säuglingen im Kinderwagen machten die Unmenschen halt, sie erlitten denselben Tod."*
Fritz Schindler, Aussig/Sudetenland
Dok. 2/240/138-139

*„Die Tschechen, darunter auch Bekannte aus unserer Nachbarortschaft Posikau, trieben alle Männer aus unserem Ort prügelnd auf dem Dorfplatz zusammen. Sie wurden so lange geschlagen, bis sie ohnmächtig zusammenbrachen und dann wurde in die Unschuldigen hineingeschossen. Es war ein grauenhafter Anblick. Am 10. Juni in der Nacht kamen sie wiederum mit Lastauto und holten wieder 12 Männer, banden sie zusammen, verstopften ihnen den Mund, und so wurden sie aufs Auto geworfen, so daß man am nächsten Tag die Blutspuren sehen konnte. Bis heute weiß niemand, wo sie hingekommen sind."*
Marg. Gröbner, Wottawa/Sudetenland
Dok. 2/294a/41-42

*„Die polnische Miliz trieb zum Beispiel unter die Zehennägel der Gefolterten lange Nadeln, knebelte sie, übergoß sie unter Schlägen mit Kot und Urin, ließ sie manchmal auch menschliche Exkremente essen. Entkleideten Mädchen preßten sie mit Petroleum getränkte Geldscheine zwischen die Glieder und entzündeten sie. War die Frauen-Latrine voll besetzt, so richtete ein Posten aus unmittelbarer Nähe Maschinenpistolenfeuer darauf. Alle Frauen wurden dabei durch schwere Bauch- und Brustschüsse verletzt."*
Lagerarzt Dr. med. Heinz Esser im polnischen Vernichtungslager Lamsdorf in Oberschlesien.

*„Kurz vor diesem Gebäude schlugen die beiden Polen meinen Schwager und seine Tochter nieder, schnitten beiden die Hälse durch und vergewaltigten unsere sterbende und nachher auch noch verstorbene Nichte."*
Max C., Neisse/Schlesien
Dok. 2/227/20-21

# Kinderschicksale in Jugoslawien

Ende 1944 beginnt das Elend der Kinder. Die Väter sind beim Militär, die Mütter werden interniert oder zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. Zusammen mit Alten und Kranken werden die Kinder in „Lager mit Sonderstatus" eingewiesen. Kinder ohne nahe Angehörige werden von ihren Geschwistern getrennt und zur Umerziehung und Umnationalisierung in weit entfernte Kinderheime verschleppt.

Insgesamt waren an die 45.000 Kinder interniert, davon erlitten über 6.000 den Tod. Die meisten verhungerten.

Pater Wendelin **Gruber**, der 1946 einige Zeit im Todeslager Gakowa verbrachte:

*„Nachmittags ging ich in die Kinderheime, die in größeren Bauernhäusern untergebracht waren. Da lagen die Kinder, zu zwanzig bis dreißig in einem Zimmer, auf dem Stroh und nur dürftig bedeckt. Nur noch Haut und Knochen an ihnen (...), (...) krank, voll Skorbutwunden und Krätze. (...) Niemand hat sie gepflegt. Die Kleinen weinen und schreien erbärmlich. Es ist der Hunger, der ihnen aus den Augen schaut. Andere wieder, Buben und Mädchen, liegen da, bewegungslos. Sie haben keine Kraft mehr zu weinen. Mit großen Augen schaut man zu mir herauf. Sie haben keine Ahnung, wer ich bin. Eine Frau, die den Dienst als Kinderpflegerin übernommen hat, führt mich bis ins hinterste Zimmer. Vorsichtig zieht sie die Decken von dem Kinderhaufen. Was habe ich da zu sehen?! ‚Leben sie noch?' frage ich erschüttert. Ich beuge mich zu ihnen nieder. Fast nackt liegen die Kleinen da in einer Reihe auf Fetzen. Vielleicht ist ein zerlumptes Hemd noch an dem einen oder anderen. Wirklich nur Haut und Knochen an ihnen. Mit aufgerissenem Mund schnappen sie nur noch nach Luft, dem Letzten, was ihnen die Welt noch bieten kann. ‚Diese da haben wir ausgesondert, da sie keine Nahrung mehr aufnehmen können und die ersten Todeskandidaten sein werden', war die Antwort.*

Karoline **Bockmüller** aus Deutsch-Zerne über die Zustände im Rudolfsgnader Kinderlager:

*„Einmal habe ich wegen meines Neffen im Kinderlager zu tun gehabt und kam da zufällig in einen Raum, in dem sich etwa 30-35 Kinder (vom Säugling bis zu 16 Monaten) befanden, deren Eltern verstorben waren. Keines dieser armen Kinder konnte stehen oder gar gehen, sie lagen auf ihrem Platz oder rutschten auf dem Bauch im Raum herum. Der Raum war voll Kinderkot und stank erbärmlich. Die Kinder weinten furchtbar, waren ganz bleich und abgezehrt. Sie waren am ganzen Körper mit Kot verschmiert, der teilweise schon ganz fest angetrocknet war. Ich konnte das nicht ansehen,*

*schrie auf und lief weinend hinaus und fragte dort Frauen, ob denn niemand hier sei, der sich dieser armen, verlassenen Kinder annehme. Die Frauen sagten mir, daß sie nicht helfen könnten, weil sie keine Windeln oder Handtücher, keine Waschbecken, kein Wasser, keine Seife – also praktisch gar nichts – hätten. Sie verlangten von der Lagerleitung ständig wenigstens das Allernotwendigste, doch gab man ihnen nichts und sagte: ‚Sie sollen krepieren!' Auch mein Enkelkind wollte man mir wiederholt wegnehmen und es dort unterbringen, aber ich gab es, trotz der Androhungen, nicht her. Am 8. Mai 1947, als mein Enkel gestorben war, flüchtete ich aus dem Lager Rudolfsgnad nach Molidorf, um meine Mutter zu suchen. Dort erfuhr ich, daß meine Mutter und meine Tante im Lager verhungert sind."*

Peter **Wilpert,** * 1938, aus Deutsch-Palanka hat das Todeslager mit den Augen des Kindes beobachtet:

*„Wir waren in Jarek. Im ersten Winter 1944-1945. Nur alte Leute und wir Kinder. Das Haus, in das man uns hineingestopft hatte, lag neben einem Eckhaus, in dem die Wachmannschaften untergebracht waren. Jedes Zimmer war mit 20 bis 30 Personen belegt. Rundherum Stroh und in der Mitte eine Reihe aus Ziegelsteinen, damit das Stroh nicht auf den schmalen Gang gedrückt wurde. Es durfte kein Feuer gemacht werden, und es war entsetzlich kalt. Vor allem auch sehr trostlos. Aus dem Haus schräg gegenüber – es war ein grünliches Eckhaus – hörte man sehr oft Menschen schreien. Immer wieder Schläge und dann wieder diese entsetzlichen Schreie. Manchmal war nach ein paar Schüssen Ruhe; einfach Ruhe.*

*Die Leute sagten – und für uns Kinder war das sogar noch aufregend –, daß dort deutsche Soldaten, Gefangene, ‚verhört' würden. Dadurch gab es noch Hoffnung, da es ja doch noch irgendwo deutsche Soldaten gebe, die uns vielleicht da herausholen konnten. Das Haus strahlte für uns ständig Furcht und Schrecken aus. In unserem Haus wurde immer mehr Platz. Vor allem starben die alten Leute. Sie wurden da hinten in den Stall gelegt, genau vor die Futterkrippen.*

*Mit der Zeit haben sich offensichtlich die Ratten vermehrt. Sie haben den Toten die Gesichter zerfressen: Lippen, Nase, Augenbrauen und Ohren. Das hat ganz entsetzlich ausgesehen. Die Männer hielten deswegen nachts – und ich glaube, dann auch immer am Tage – Totenwache im Stall. Sie klopften immer, damit Ratten verscheucht wurden. Dann kam der Leiterwagen die Straße entlanggefahren, um die Toten der einzelnen Häuser einzusammeln. Die Toten wurden dort aufgeladen, immer eine Schicht mit den Köpfen nach vorn, eine Schicht*



*Hans Sonnleitner*

Herr Sonnleitner, Sie sind Jahrgang 1931, haben also die Machtübernahme durch die Tito-Partisanen bewußt miterlebt. Was sind Ihre persönlichen Erinnerungen?

*Bereits im Oktober 1944 war in meinem Heimatort Karlsdorf im südlichen Banat ein Partisanenkommando erschienen und hatte im Gemeindeamt nach Deutschen verlangt, die erschossen werden sollten. Die ortsansässigen Serben hatten diese Forderung mit dem Hinweis abgelehnt, es gebe keine Schuldigen. Hierauf erschien am 4. November erneut ein solches Kommando, das eine Anzahl von Deutschen verhaftete und sie im Gemeindeamt schwer mißhandelte. Unter ihnen war auch mein Vater. Auch ich selbst wurde verhört und – mit meinen 13 Jahren – hingestellt, um erschossen zu werden. Bevor die Verhafteten zum Abtransport auf Pferdewagen aufsitzen mußten, schickte man mich weg. Meine Mutter fragte, was denn mit den Menschen geschehe. „Die Intelligenz wird nach Weißkirchen gebracht", bekam sie zur Antwort. Insgesamt 30 Männer und sechs Frauen waren aus unserem Dorf betroffen, unter ihnen die hochschwangere Maria Pursch. Unterwegs bekam sie Geburtswehen. Sie wurde vom Wagen geholt, im Milizgebäude von Jasenovo erschossen und auf dem dortigen Grundstück verscharrt. Die übrigen wurden in der Bezirksstadt Weißkirchen weiter mißhandelt und am 8. oder 11. November erschossen, nachdem sie sich selbst die Grube hatten schaufeln müssen.*

Diese Vorgänge waren ja kein Einzelfall.

*Sie waren Teil der landesweit planmäßig durchgeführten „Aktion Intelligenzija". Mobile Erschießungskommandos kamen in die Ortschaften und verhafteten führende, angesehene, wohlhabendere Deutsche. Der Zweck der Aktion bestand darin, das Volk durch Terror einzuschüchtern und es gleichzeitig seiner Führungsschicht zu berauben und damit gefügig zu machen. Allein von Oktober 1944 bis April 1945 wurden nach stalinistischem Muster titoistischer Variante 9.500 Deutsche hingemordet.*

Die vierbändige Dokumentationsreihe *Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien*, an der Sie maßgeblich mitgewirkt haben, schildert auf insgesamt 4000 Seiten die damaligen Ereignisse bis ins einzelne. Eine Kurzfassung erschien 1998 unter dem Titel *Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948.* Was ist Ihr Anliegen?

*Mein nachhaltiges Anliegen ist es, diesen planmäßig durchgeführten Volksmord, einen der grausamsten Vorgänge des Zweiten Weltkriegs nach Beendigung der Kampfhandlungen in diesem Gebiet, für die Öffentlichkeit und die Geschichtsschreibung zu dokumentieren. All diese Verbrechen sollen nicht im Dämmer der Geschichte verblassen. Die Geschichte kennt keinen Abschluß und entläßt keinen.*

Die Fragen stellte Elfriede Fink.

*mit den Köpfen nach hinten. Manchmal baumelten die Beine oder die Arme zwischen den Leitersprossen heraus. Meine beiden Großmütter, Katharina Engelbrecht und Magdalena Wilpert, sind auch auf dem Wagen weggefahren worden. Nur, den Anblick hat man mir erspart. Beide Großmütter sind innerhalb einer Woche gestorben. Einfach so. Von da an war ich mit meinen sechs Jahren allein. Fürchterlich allein.*

Bericht von Erna **Renje**, *1943 in Soltur:

*Ich kenne meine Eltern nur von einigen Bildern her, die von unserer ganzen Habe übriggeblieben sind. Auf einem Bild bin ich zusammen mit meinen Eltern im Sommer 1943. Vater war auf Urlaub vom Militär – und das war das erste und letzte Mal, daß er mich gesehen hat. Allen Berichten zufolge ist er in der Gegend von Cilli (Celje) in Slowenien ums Leben gekommen. Meine Mutter war bei den Frauen dabei, die Ende 1944 nach Rußland verschleppt wurden. Sie hat die Zwangsarbeit im Lager Rudnik Kahanovic bei Krivoj Rog nicht überlebt.*

*Meine Mutter hatte mich zu ihren Eltern, die auch in Soltur lebten, gebracht. Kurze Zeit darauf wurde mein Großvater mit anderen Männern des Dorfes in die Milchhalle nach Kikinda gebracht und dort erschossen. (...)*

*Ich war mit Urgroßmutter zusammen im Lager Molidorf. Dort ist Urgroßmutter kurz vor ihrem 88. Geburtstag gestorben. Das war im Sommer 1946. Eine Zeitlang war ich in Obhut von Frau Barbara Rauscher, sie war aus Soltur.*

*Als Großmutter nach Molidorf kam, war auch ich nicht mehr da. Sie erfuhr von den Lagerleuten dort, daß ich bei den Kindern war, die nach Debeljaca gebracht worden waren.*

*Wie lange ich in Debeljaca war, weiß ich nicht – es konnte nur anhand der Suchbriefe von Großmutter im Sommer 1948 festgestellt werden, daß ich eine Zeitlang später in Vlajkovac war und mit Sicherheit im Herbst 1946 nach Skoplje gebracht wurde.*

*Einmal kletterte ich dort aufs Fensterbrett, war gerade dabei, das Fenster aufzumachen – es hat geblitzt und gedonnert und ich wollte dies genau hören und sehen – aber die Kindertante kam rechtzeitig und erzählte uns etwas von Tito, der für uns sorge, so daß uns nichts passiere. (...)*

*Zu jenem Tag im August 1948: Unsere Kindertante kam mit einem für uns fremden Mann in den Hof. ... (Mein Onkel und ich) haben uns gleich verstanden. Er sprach perfekt Serbokroatisch und ich perfekt Mazedonisch, aber es ging ganz gut.*

*Mein Onkel erzählte mir, daß wir miteinander mit dem Zug zur Oma fahren wollten. (...) An Oma bin ich vorbeigegangen, obwohl sie etwas gesagt hat – aber sie sprach nicht gut Serbisch, und so habe ich sie auch nicht verstanden.*

Zitate aus: *Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien*, hrsg. von der Donauschwäbischen Kulturstiftung München




*Sebastian Leicht (* 1908 in Batschki Brestowatz/ Batschka): Die Verlorenen*

**Gakowaer Kinderlied**

Die Welt ist uns so leer,
Wir haben keine Eltern mehr.
In unserm kleinen Herz
Ist das ein großer Schmerz.

Ach, wär es doch so schön,
Die Mutter noch einmal zu sehn!
Denn das Mutterherz
lindert jeden Schmerz.

Doch kann es nicht mehr sein
Zu sehn das Mütterlein;
Sie ist schon lange fort,
Sie ist beim lieben Gott.

Die Omama und Opapa
Sind auch schon lange tot.
Nun bin ich hier in Gakowa
Und leide große Not.

War die eine noch so arm,
Die andre, die war reich,
Durch einen Schicksalsschlag
Sind wir jetzt alle gleich.

*„...Man könnte noch so manche Einzelheiten dazuschreiben über die Tausenden alleinstehenden Kinder, von welchen auch Lieder gedichtet wurden – ich habe mir nur eines auswendig gemerkt. Es rührte mich so, als ich es hörte, daß ich in Tränen ausbrach."*
Zitiert aus: *Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen einer Donauschwäbin* von Eva Frach-Fischler. Braunau 1991.

**Nelly Däs**

# Schicksalsjahre in Sibirien

In meinem Buch „Schicksalsjahre in Sibirien" erzähle ich das Leben meiner Tante Ottilie, im Buch ‚Olga Kern' genannt. Sie wurde 1941 mit ihren drei Kindern, Ewald war 14 Jahre, Golja 12 und Sascha 5 Jahre alt, nach Inkinski/Sibirien verbannt.

Krieg. Es war Krieg zwischen Rußland und Deutschland. Die Nachricht verbreitete sich in Windeseile in dem kleinen Dorf am Dnjepr.

Es war ein deutsches Dorf, von denen es viele in Rußland gab. Die deutschen Bauern waren schon lange nur noch Knechte auf ihrem eigenen Land. Wer sich der Verstaatlichung widersetzt hatte, war in den Ural, in den Kaukasus, nach Sibirien oder in die Taiga verschickt worden. Und nun würde der Rest der Familien in die Verbannung gehen müssen.

Der gefürchtete Befehl kam. „Packt euer Hab und Gut, beeilt euch." Das war 1941.

In dem kleinen Dorf am Dnjepr herrschte großes Durcheinander. Die Frauen wollten nicht packen. Ihre Männer waren vor ein paar Tagen gezwungen worden, das Vieh in Sicherheit zu bringen oder Schützengräben auszuheben, sie waren noch nicht zurückgekehrt. So waren nur alte Männer, Frauen und Kinder im Dorf, die nun schutzlos nach Sibirien geschickt werden sollten. Ein Dutzend Milizmänner kam ins Dorf, um den Abtransport zu leiten. Als sie den Widerstand einiger Frauen spürten, wurden sie grob: „In Sibirien ist genug Platz für euch Gesindel. Los, packen! Wenn ihr nichts mitnehmt, erfriert ihr!"

Olga Kern wehrte sich, sie wollte erst die Rückkehr ihres Mannes abwarten: „Was soll ich mit drei kleinen Kindern in Sibirien? Verhungern? Das kann ich auch hier!"

„Mama", bettelte Ewald, „packen wir doch auch! Alle packen, die lassen doch niemanden hier zurück. Wenn wir nicht packen, dann bringen sie uns ohne alles fort."

**Liquidationsgesetze von 1915**
In einem Grenzstreifen von 150 km Tiefe entlang der Westgrenze des Russischen Reiches werden die Deutschen ihres Eigentums beraubt und verschickt. 150.000 Wolhyniendeutsche müssen den Weg in die Verbannung antreten.

**Entkulakisierung 1928-32**
Eigentlich sollen von der im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführten „Entkulakisierung" nur Bauernhöfe mit familienfremden Arbeitskräften betroffen sein. Doch die florierenden „Wirtschaften" deutscher Bauern wecken die Begehrlichkeiten der kommunistischen Aktivisten. Von Haus und Hof verjagt, müssen sich die „Kulakenfamilien" auf eigene Faust eine neue Bleibe suchen. Da das Familienoberhaupt meistens verhaftet wird, bleiben die Mütter mit ihren Kindern allein. Diese müssen oft betteln gehen, um nicht zu verhungern.

**Verhaftungswelle 1937-38**
Wer verhaftet werden soll, bestimmen die örtlichen Mitglieder der kommunistischen Partei, die sich auf diese Weise „mißliebiger" Personen entledigen. Die Verhafteten bleiben verschollen.

**Dekret vom 28. August 1941**
Die zwangsweise „Umsiedlung" aller Deutschen aus der Wolgadeutschen Republik (später aus dem gesamten westlichen Teil der Sowjetunion) nach Sibirien und Zentralasien, vor allem Kasachstan, wird angeordnet. Hier sind sie als „Spione und Diversanten" einem amtlich geförderten, weitverbreiteten Haß gegen alles Deutsche ausgesetzt. Den zugewiesenen Wohnort darf niemand ohne Erlaubnis verlassen, auch nicht kurzfristig. Diese „Spezkommandantura" dauert bis 1955.

**„Repatriierung"**
Die Deutschen in der Ukraine westlich des Dnjepr (etwa 350.000) geraten durch den schellen Vormarsch der Deutschen Wehrmacht zunächst unter deutsche oder rumänische Besatzung. Bei deren Rückzug fliehen sie nach Westen und werden im Warthegau angesiedelt, von wo sie bald wieder die Flucht antreten müssen. Gemäß dem Abkommen von Jalta werden sie aus allen vier Besatzungszonen nach Sibirien und Zentralasien verschickt. Nur einem kleinen Teil von ihnen (ca. 70.000) gelingt es, in den westlichen Besatzungszonen unterzutauchen.

**Trudarmija (Arbeitsarmee)**
Von 1942 an werden nach und nach alle Männer im Alter von 15 bis 55 Jahren und Frauen von 16 bis 45 Jahren in Arbeitskolonnen mobilisiert. In den streng bewachen Lagern gelten sie als „Faschisten und Vaterlandsverräter" und werden entsprechend behandelt. Viele haben die seelischen und physischen Strapazen (schwerste Arbeit bei Hunger und Kälte) nicht überstanden.




*Titelbild des Bandes „Alle Spuren sind verweht", gezeichnet von Andreas Prediger*

Ewald war 14 Jahre alt und Olgas Ältester. Golja war 12, Sascha 5 Jahre alt. Mit in ihrem Haus wohnte noch ihre Schwägerin Katharina Kern, kurz Katja genannt, mit ihren fünf Kindern. Sie hatte sofort zu packen begonnen.

„Olga, es hat doch keinen Sinn, daß du dich sträubst. Die schicken dich auch ohne deine Sachen fort, einfach, wie du stehst und gehst."

„Ach, Katja, was hat das alles für einen Sinn? Am liebsten möchte ich mit den Kindern sterben."

„Nun red' aber keinen Unsinn! Es leben schon viele Menschen in Sibirien. Auch wir müssen uns damit abfinden."

Olga lief fassungslos durchs ganze Haus. Das alles sollte sie verlassen? Hier in diesem Haus waren ihr Mann und ihre drei Buben geboren worden. Hier war sie glücklich gewesen. Olga bemerkte nicht das geschäftige Leben um sich herum. Ewald hatte inzwischen ein Leinentuch genommen und das Federbett hineingebunden, zwei Kopfkissen und zwei Unterbetten dazu. Er öffnete den Schrank, riß alle Kleider heraus und packte sie in einen Sack. Nur die Sachen vom Vater ließ er hängen. Denn, so dachte er, wenn Vater zurückkommt, braucht er etwas zum Anziehen. Bruder Golja half auch mit; er ging auf den Dachboden und sackte Weizen ein. Brot braucht man immer, erklärte er klein Sascha, der eifrig mithalf.

Olga wurde erst aus ihrer Teilnahmslosigkeit herausgerissen, als das Auto vor der Tür stand und die Miliz den Befehl zum Aufladen gab. Nun stand sie da, zutiefst erschrocken. Schnell raffte sie zusammen, was ihr in die Hände fiel: Geschirr, Mehl, Bohnen, Hirse, Rauchfleisch, Schmalz, Öl, Schuhe. Die Milizionäre halfen mit. Dann fuhr das Auto fort, übervoll beladen mit Menschen und Sachen. Ein Auto nach dem anderen verließ das kleine Dorf. Bald lag es verlassen da, wie ausgestorben. Nur zwei russische Familien blieben zurück, der Bürgermeister und der Hirte. Weinend hatten sie am Ende des Dorfes gestanden und den davonfahrenden Deutschen zum Abschied die Hände gedrückt.

**Nelly Däs**

wurde 1930 in Friedental in der Ukraine geboren. Ihre bäuerlichen Vorfahren waren 1811 aus dem Dorf Friedrichsfeld bei Heidelberg ins russische Schwarzmeergebiet ausgewandert. Als im Zuge der stalinistischen Säuberungsaktionen die ersten Rußlanddeutschen nach Sibirien verschleppt wurden, entschloß sich ihre Familie 1935 zur Flucht innerhalb der Ukraine. Schließlich wurde der Vater 1937 dennoch festgenommen und für 30 Jahre nach Sibirien verbannt, von wo er nie wieder zurückkehrte. In vielen Büchern erzählt Nelly Däs vom schwierigen Leben der Rußlanddeutschen unter Stalins Herrschaft, während des Zweiten Weltkrieges und in der Verbannung.
Buchveröffentlichungen u.a.: „Das Mädchen vom Fährhaus"; Aljoscha – ein Junge aus Krivoj Rog"; „Rußlanddeutsche Pioniere im Urwald" (über Rußlanddeutsche in Brasilien), „Laßt die Jugend sprechen"; „Alle Spuren sind verweht. Rußlanddeutsche Frauen in der Verbannung".



# „Meine Familie kommt aus ...“

## Prominente Vertriebene und die Vertreibung

Vertriebene sind nicht nur Opfer. Sie und ihre Kinder sind heute auch Gestaltende, teilweise maßgeblich Gestaltende in Kultur und Medien, in Politik und Wirtschaft. Wie hat ihre Herkunft sie geprägt? Was bedeutet aus ihrer Sicht der Verlust des deutschen Ostens? Was liegt ihnen in Bezug auf das Thema Vertreibung besonders am Herzen? Einige von ihnen haben ihre Überlegungen zu Papier gebracht – die Meinungen gehen weit auseinander...



**Dr. Klaus Bednarz**

* 1942, studierte Theaterwissenschaften, Slawistik und osteuropäische Geschichte. Zur Zeit ist Bednarz Leiter der Redaktion „Monitor“ beim WDR Köln.

*„Endlich sei es ihm zu bunt geworden. Er habe Frau und Kind und hätte wissen wollen, was denn nun in Zukunft werde. Und so habe er sich 1947 von den Deutschen, die noch im Dorf lebten, die Adresse meines Großvaters besorgt, der inzwischen in Niedersachsen eine neue Bleibe gefunden hatte. Ihm habe er einen Brief geschrieben und ihn gefragt, ob er denn die Absicht habe zurückzukommen. (...) Ob es Sinn habe, sich endgültig hier einzurichten, oder ob alles nur vorübergehend sei...?*

*Mein Großvater war zur Nazizeit der einzige Bauer des Dorfes gewesen, der nicht der Partei beigetreten war. Er war strenggläubiger Pietist und hielt Hitler für den leibhaftigen Teufel. Stolz war er allerdings, Ostpreuße zu sein, Masure. Und bis an sein Lebensende sprach er mit meiner Großmutter, wenn Kinder und Enkel sie nicht verstehen sollten, Masurisch – jenen mit deutschen Ausdrücken durchsetzten polnischen Dialekt, in dem auch – bis 1937 – in der Dorfkirche die protestantischen Gottesdienste abgehalten wurden, jeden Sonntag nach dem deutschsprachigen Gottesdienst. Die auf dem Hof beschäftigten polnischen Arbeiter gehörten, wie es hieß, zur Familie. Von ernsthaften Spannungen oder gar Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen im Dorf wurde nichts berichtet. Daß das Dorfleben allerdings von denen, die sich als Deutsche betrachteten, dominiert wurde, galt als Selbstverständlichkeit.*

*Nach dem Krieg war der Großvater in Niedersachsen einige Zeit strammer Funktionär der Partei der Heimatvertriebenen, des Bundes der Heimatlosen und Entrechteten. Doch die Antwort, die er dem Bauern aus Ostpolen, der nun auf seinem Hof in Masuren saß, zukommen ließ, entsprach allem anderen als der Parteilinie und der offiziellen Politik der Vertriebenenverbände. Die Deutschen, so der Großvater in seinem Brief, hätten den Krieg verloren, und dafür müßten sie jetzt bezahlen. Ostpreußen, Pommern und Schlesien seien der Preis. Er würde gern noch einmal zurückkommen, aber nur, um alles wiederzusehen, zu Besuch. Der Bauer aus der Gegend von Pinsk solle den Hof als den seinen betrachten und anfangen zu wirtschaften. Es wäre eine Sünde, die Erde brachliegen zu lassen.*

*(...) Vor seiner Familie hatte mein Großvater den Brief bis zu seinem Tod geheimgehalten; lediglich der jüngste seiner drei noch lebenden Söhne, der den Hof eigentlich hatte erben sollen, war eingeweiht.“*

Aus „Fernes nahes Land. Begegnungen in Ostpreußen“. Hamburg 1995.



**Boris Becker**

Tennisprofi,
*. 1967 in Leimen bei Heidelberg

*„... Zuwanderungen hat es immer gegeben. Meine Mutter zum Beispiel stammt aus dem heutigen Tschechien, abr sie ist eine typische Deutsche, würde ich sagen. Sie sollten mal erleben, was sie an deutscher Hausmannskost mitbringt, wenn sie uns besucht. Vielleicht hat sich das Thema Zuwanderung in letzter Zeit etwas verschärft, aber wir leben auch in ungewöhnlichen Zeiten.“*

Der Spiegel 9/1999, S. 103

(Anm. d. Red.: Beckers Mutter Elvira geb. Pisch ist Sudetendeutsche aus Kunewald)



**Marion Gräfin Dönhoff**

Mitherausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit“, 1971 ausgezeichnet mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, wurde am 2.12.1909 auf Schloß Friedrichstein in Ostpreußen geboren. In Büchern wie „Namen, die keiner mehr kennt“ oder „Kindheit in Ostpreußen“ erinnert sie an das Leben auf Schloß Friedrichstein, an Ostpreußen, seine Landschaft, seine Menschen und seine Geschichte.



**Joschka Fischer**

Bundesaußenminister, * 12.4.1948 in Gerabronn

*„Meine Familie kommt aus Ungarn. Die Fischers waren 200 Jahre lang Ungarn. Sie sind Mitte des 18. Jahrhunderts ausgewandert – arme Bauern von der Schwäbischen Alb – und wurden 1946 im Viehwaggon wieder zurückgeschickt. Warum? Dies war die unmittelbare Folge davon – das dürfen wir nicht vergessen, gerade die zweite Generation nicht –, daß unser Land 1933 einen Teufelspakt mit Hitler eingegangen ist.*

*Vielleicht erleben wir jetzt, mit Abstand, was dieser Teufelskreis damals nicht nur an Verbrechen und an Verantwortung – das war keine Kollektivschuld –, sondern auch an Verlust bedeutet hat. An erster Stelle steht die Zerstörung dieser großartigen Symbiose von Deutschland und den deutschen Juden. An zweiter Stelle steht die Zerstörung dieser für Deutschland so wichtigen, so großartigen Symbiose von osteuropäischem Judentum und deutscher Kultur; Elias Canetti steht dafür. Aber auch die Zerstörung des osteuropäischen Deutschtums, der Verlust eines Drittels des Gebietes des Deutschen Reiches und die Zerstörung des jahrhundertelangen Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen in Böhmen und Mähren gehören dazu.*

*Ich verstehe den Schmerz der Menschen: nicht nur den über das individuelle Leid, über den Verlust von Heimat, sondern auch den über den unwiederbringlichen Verlust von Kultur. Ich habe gestern ein Gespräch mit dem rumänischen Außenminister geführt. Die großartige, uralte Kultur der Siebenbürger Sachsen ist ebenfalls fast unwiederbringlich zerstört worden. Das alles ist das Ergebnis des Teufelspakts mit Hitler, diesem Massenmörder, der Deutschland fast völlig zerstört hat.*

*Ich appelliere nochmals auch und gerade an die organisierten Sudetendeutschen – um die geht es; es geht nicht um die Sudetendeutschen generell –, endlich zu begreifen, daß wir, die zweite Generation, diejenigen, die von Eltern abstammen, die die Vertreibung zu erleiden hatten, am gemeinsamen Europa bauen.*

*Es waren immer die Unschuldigen, die vertrieben wurden. Meine Mutter hat mir gesagt: Die, die Dreck am Stekken hatten, sind mit der deutschen Wehrmacht abgezogen. Die, die ausgewiesen wurden, respektive die, die umgebracht, also ermordet oder totgeschlagen, wurden – all das hat es gegeben – waren meist die Unschuldigen; sie sind mit bestem Gewissen zurückgeblieben. Insofern kann man an der Jahreszahl, zumindest was unser Vertreibungsschicksal anbetrifft, erkennen – die deutsche Wehrmacht hat Ungarn 1944/45 verlassen–: Wer 1946 noch in Ungarn war, der wußte sich unschuldig. – Zwangsarbeiterschicksale, die Verschleppung – das alles ist bekannt. Das ist Ergebnis dieses Teufelspaktes. Es ist Teil unserer nationalen Geschichte.*

*Auch uns Deutschen hat das vereinte Europa eine große Chance geboten. (...) Daher sollten wir doch den Erfolg suchen und diesen Vereinigungsprozeß abschließen, und wir sollten nicht diese rückwärtsgewandten Debatten führen, die nichts Gutes mit sich bringen werden. Deswegen lautet mein Appell, meine Damen und Herren, damit wirklich Schluß zu machen."*

Deutscher Bundestag – 14. Wahlperiode – 26. Sitzung. Bonn, Mittwoch, den 17. März 1999



**Dr. Herbert Fleissner**

Verleger, wurde am 2.6.1928 in Eger/Sudetenland geboren.

*Der Begriff* Deutscher Osten *wird heute in der öffentlichen Diskussion aus Gründen einer Political correctness ausgeklammert und verdrängt und soll durch die Bezeichnung* Ostdeutschland *statt* Mitteldeutschland *im Bewußtsein der Öffentlichkeit ersetzt werden, so daß die wirklichen Ostgebiete gar nicht mehr vorhanden sind.*

*Darin liegt eine politisch gesteuerte Verfälschung und Veränderung der deutschen Identität. Die zukünftige Neuordnung Europas kann nur auf historischer Wahrheit und auf dem Selbstbewußtsein der Völker aufgebaut werden.*

*Persönlich wurde meine berufliche Entwicklung durch das Erlebnis der Vertreibung geprägt: Zuerst als Jurist in der Überzeugung, gegen menschen- und völkerrechtliches Unrecht tätig zu werden. Später als Verleger publizistisch gegen alle Unrechtstatbestände und Geschichtsverfälschungen anzukämpfen.*

*Die historische Wahrheit wird, je länger sie verdrängt wird, zu einem Sprengstoff künftiger Politik. Ihr zu dienen, ist das moralische Anliegen verantwortungsbewußter Politiker.*



**Prof. Dr. iur. Alfred Biolek**

Fernsehmoderator, Talkmeister und Produzent, wurde am 10. Juli 1934 in Freistadt (Mährisch-Ostrau) geboren.



**Dr. phil. Peter Glotz**

ist Rektor der Universität Erfurt. Der SPD-Politiker wurde am 6.3.1939 in Eger/Sudetenland geboren.

*„Das eigentlich Deprimierende am Treffen des tschechischen Ministerpräsidenten mit dem deutschen Kanzler war die Begleitmusik. Schröder sprach zum Beispiel von seinem „Respekt vor Menschen, die sich falsch behandelt fühlten". Die kollektive Vertreibung von drei Millionen Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat nichts damit zu tun, daß irgendwer sich falsch behandelt fühlt. Diese Vertreibung war eine „ethnische Säuberung", die von der Mehrheit des tschechischen Volkes immer noch für richtig gehalten wird. Wer an dieser bitteren Wahrheit vorbeiredet, verfehlt das Problem. Wer sich der Zukunft zuwendet, ohne die Vergangenheit zu verarbeiten, baut auf Sand."*

Generalanzeiger, 18.9.1999



**Thomas Gottschalk**

Fernsehmoderator und Entertainer, geboren am 18.5.1950 in Bamberg, erzählt in seinen Sendungen gelegentlich von der schlesischen Herkunft seiner Familie.



**Günter Grass,**

Schriftsteller, * am 16.10.1927 in Danzig.

*„... die Literatur bietet ja die Möglichkeit, Dinge, die verloren sind – das trifft zum Beispiel auf die deutschen Ostprovinzen zu –, wieder erstehen zu lassen. Die sind geografisch verloren, da sind auch Dialekte verlorengegangen, Sprache verlorengegangen, Kultursubstanz; aber nirgendwo steht geschrieben, daß wir nicht, vorbei an all den Sonntagsrednern, die zum Teil heute noch von den Grenzen von 1937 träumen, doch das leisten können, was Literatur leisten kann: Verlorenes wiederentstehen zu lassen."*

Zitiert nach Detlef Krumme: Günter Grass, Die Blechtrommel. München 1986, S. 57



**Peter Härtling**

Schriftsteller, * 1933 in Chemnitz, läßt seine Jugendzeit in Olmütz/Sudetenland und die nachfolgende Flucht immer wieder in seinWerk einfließen.



**Prof. Dr. Otto Herbert Hajek**

bildender Künstler, * am 27.6.1927 in Kaltenbach/Böhmerwald, zählt zu den international bekanntesten Repräsentanten des deutschen Kulturlebens.

*Der deutsche Osten war für mich eine terra incognita, denn die Jahre meiner Schulbildung habe ich in Südböhmen verbracht, das bis 1918 zu Habsburg gehörte und kulturell daher auf Österreich orientiert blieb. Meine Studienzeit verbrachte ich in Stuttgart, also im deutschen Südwesten, und reiste studierend und später in künstlerischen Aufgaben oder zu Vortragsreisen durch die mir zugängliche freie Welt. Der deutsche Osten war der Verlust der anderen, den ich aber in Bezug auf eigene Verluste menschlich nachempfinden konnte. Sind es doch die Geschichten von unbekannten Menschen und Werken, über Generationen vermittelt, ausgesponnen oder zu Anekdoten verkürzt, von Eltern, Lehrern, Nachbarn abgelauscht, mit denen unsere Erinnerung sich auflädt, und was wir dann mit dem unerschöpflichen Begriff „Heimat" zu fassen suchen, ein angefochtener Begriff, aber widerständig.*

*Daher respektierte ich die Sehnsucht und das Bedürfnis der Geflohenen und Ausgetriebenen nach einer kulturellen Selbstvergewisserung, wie sie sich in den verschiedenen landsmannschaftlichen und regionalen Kulturvereinen manifestierte. Ablehnend stand ich allerdings allen Rückgabeansprüchen und Illusionen bestimmter Kreise gegenüber, die – der gelungenen Westintegration so vieler Menschen zum Trotz – ahistorisch und oft sogar politisch manipulativ mit Reminiszenzen wie mit Devotionalien handelten.*

*Der deutsche Osten war mir – außer dem vom böhmischen König Ottokar II gegründeten Königsberg – ein fremdes Nordosteuropa, während für mich, den in Böhmen Geborenen, das Herz Mitteleuropas in Prag zu schlagen pflegte, in dem die Kulturstraßen von und nach Österreich, Ungarn, Italien, nach Galizien, Rumänien, Bulgarien, sich trafen. Ich erlebte, erwanderte, erfuhr, erschloß mir Kunst, als Heimat zwischen Generationen und Zeiten, mein Arbeitszusammenhang war nicht an eine regionale Gestimmtheit geknüpft. Dennoch habe ich die innere Verbindung zu dem Kulturraum Mitteleuropa nie verloren, dem ich mich durch Herkunft und Geschichte besonders nah fühle. Auf Einladung tschechischer Kollegen konnte ich bereits 1966 meine erste Ausstellung in Prag und Preßburg zeigen und seitdem auf beruflichen wie auf kulturpolitischen Wegen, als Hochschullehrer und als langjähriger Vorsitzender des Adalbert Stifter Vereins, vieles unternehmen, um Kontakte zwischen den Künstlern und dem Publikum unserer beiden Staaten zu vermitteln und die Brücken zu erhalten und auszubessern, die unsere Kulturen verbinden und abgrenzen.*

*Diese meine Mitteleuropa-Orientierung hat mich durch Ausstellungen, Studienreisen und Besuche von Dresden über Prag, Preßburg, Budapest bis Moskau immer wieder mit Künstlern in Verbindung gebracht, die jenseits des offiziellen Rahmens ihre individuelle Position bewahrt haben. Die bürokratische, materielle und ideelle Existenz von Grenzen war zwar nicht zu leugnen, doch verhinderte sie nicht eine kreative und intelligente Strategie der Untergrabung, Überwindung und Perforierung durch eine inoffizielle Kultur. Aber dazu bedurfte es der inneren Kooperation aus menschlichem Vertrauen und künstlerischer Neugier von beiden Seiten, die – wie so oft – zum Vorbild späterer politischer Maßnahmen wurde, denkt man an die Szenarien und Begriffe, die für die politische Annäherung im KSZE-Programm und in Schlagworten wie Ost-West-Kultur-Dialog ihren wirkungsvollen Niederschlag finden sollten. Dabei hat sich die Bundesregierung fördernd beteiligt, weil sie die weitreichenden Wirkungen meines Bemühens erkannte und einzuschätzen wußte. Zahlreiche Ehrungen, die mir zuteil wurden – so etwa schon 1980 die Verleihung der Stursa-Medaille, 1996 die Masaryk-Medaille und 1998 den Europäischen Kafka-Preis, sowie die Ehrenbürgerschaft der südböhmischen Stadt Prachatitz, die Ehrendoktorwürde der westböhmischen Universität Pilsen, die Ehrenprofessuren der Kunstakademien von Preßburg und Moskau – zeugen von der Anerkennung für meine Einbringungen in das neu aufzubauende Bewußtsein.*

*Die Ost-Annäherungs-Politik der Regierung Brandt hat sicherlich für den Dialog zwischen Polen, Russen und aufgeschlossenen Kreisen der aus den Ostgebieten Geflohenen und Vertriebenen eine neue Qualität gebracht.*

*Die Erosion der Blöcke ist nicht zuletzt auch als Ergebnis kultureller Bemühungen auf beiden Seiten zu werten. Die vierzigjährige Existenz zweier deutscher Staaten ließ die kulturelle Verbindungsarbeit für Aussöhnung und Frieden mit den polnischen und russischen Partnern in den ehemaligen deutschen Ostgebieten besonders komplex und schwierig erscheinen. Die deutsch-deutsche Grenze hatte oft doppelte Funktion. In welchem Maße die deutsche Vereinigung hier neue Möglichkeiten und Aufgaben bietet, kann ich nur erahnen und von meinen Besuchen in Danzig anläßlich einer großen Ausstellung und eines Kolloquiums brachte ich 1995 den Eindruck mit, daß es ein aufgeschlossenes und auch junges Publikum für den Dialog gibt, der über kulturarchäologisches und touristisches Interesse hinausführen würde.*

*Kollektive Identität ist ein Begriff, mit dem ich nie etwas anfangen konnte, der mir eher zweifelhaft erscheint und politisch fragwürdige Implikationen ins Gedächtnis ruft. Kultur ist ein Prozeß und kein einklagbarer Besitzstand, und ich bin davon überzeugt, daß Geschichte, als lebendige Erinnerung von Generationen weitergegeben, das Interesse auch unter vielen jungen Leuten wecken wird, die Kulturstraßen in die heute polnischen und russischen Staatsgebiete zu betreten, an ihnen zu bauen und dabei auf Fundamente und Zeugnisse zu stoßen, an denen Identität sich neu und individuell festmachen könnte.*

*Am Herzen liegt mir in dem sich weiter integrierenden Europa, daß die Kultur nicht der Dominanz des Politisch-Ökonomischen unterliegt, und daß Vertreibung – wie jetzt im ehemaligen Jugoslawien – ein Begriff sein möge, den wir mit dem zwanzigsten Jahrhundert hinter uns lassen.*



**Bernhard Jagoda**

*am 29. Juli 1940 in Kirchwalde (Oberschlesien), ist Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.



**Janosch**

Kinderbuchautor, Schriftsteller und Illustrator, wurde 1931 im schlesischen Hindenburg/Zabrze geboren.

*Meine „ostische" Herkunft ist die Wurzel meines (polnischen) Denkens. Meine Großeltern sprachen polnisch, dachten polnisch und verhielten sich polnisch, erst mein Vater bemühte sich, deutsch zu sein, weil er glaubte, dann hätten wir etwas mehr zu essen. Meine politische Meinung für die Zukunft ist und war immer schon, daß es keine Grenzen geben sollte. Schon gar nicht in der Zukunft.*

*Da Sie das Wort „Vertreibung" einsetzen, kann ich mich in Ihre Frage nicht so recht hineindenken, weil ich mich nicht vertrieben fühle, wir hätten auch bleiben können. Wir kauften uns den (falschen) Aussiedlungsschein sehr teuer mit dem einzigen Ring, den wir noch besaßen, ansonsten waren wir besitzlos und hausten in einem verfallenen Haus. In den Kreisen, wo ich geboren wurde, konnte man immer alle falschen Papiere kaufen. Wir flohen vor dem Hunger, Nationalität war (und ist) mir nie so wichtig wie die Verpflegung, darüber kann man denken wie man will und das verstehe ich unter polnischem Verhalten. Also überleben, egal wie. Ich hatte nie ein Nationalgefühl und schon gar keinen Stolz, es graust mich vor solchem. Die Geburt in der Rasse und dem geographischen Ort ist (sofern man nicht an eine feste Fügung glaubt) Zufall. Wer auf den Zufall stolz ist, gehört einer anderen Denkrichtung an als ich. Zumal man wegen so eines Zufalls von irgendeiner gerade tätigen Politik auch umgebracht werden kann. Die sogenannte Vertreibung war einer der großen Glücksfälle meines Lebens genau wie jener, daß Deutschland den Krieg „verlor". Es existiert eine Rede Hitlers, in welcher er für den Fall des Sieges „polnischstämmigen Volksgruppen" die totale Vernichtung zusichert. Das waren wir.*

*Vielleicht graust es Sie jetzt vor dem, was ich hier sage. Aber nichts läge mir ferner, als etwas zu sagen, was ich nicht denke, nur um irgendwem zu gefallen.*



**Christoph Hein**

* am 8. 4.1944 im schlesischen Heinzendorf, ist Schriftsteller und Dramatiker.



**Hilmar Kopper**

wurde am 13. März 1935 im westpreußischen Oslanin geboren. Da sein Vater als Vertriebener nur einem seiner vier Kinder (Koppers älterem Bruder) ein Studium finanzieren konnte, absolvierte er nach dem Abitur eine Banklehre. Heute amtiert Kopper als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank in Frankfurt/Main.



**Siegfried Lenz**

* am 17.3.1926 in Lyck (Ostpreußen) stellt die deutsche Identität in den Mittelpunkt seines literarischen Schaffens. 1970 begleitete er Willy Brandt zusammen mit Günter Grass zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages.

*„Aber wir missen doch zurick, Siechmunt, wir missen, weil alles auf uns wartet: die Bäume und Seen, und der Schloßberg und die Felder und der alte Fluß, der die Flöße trägt. Nein, Simon, sagte ich, wir werden nicht mehr erwartet dort in Lucknow; die anderen, die uns hätten erwarten können, es gibt sie nicht mehr. Kein Laut, der dich erinnert, kein Gesicht, das aufglänzt bei deinem Anblick, keine Hand, die unentrinnbare Beziehungen erneuert, weil die anderen fort sind, verschollen und versunken, darum wird es den Augenblick nicht geben, auf den du hoffst."*

Aus dem Roman „Heimatmuseum"



**Kurt Masur**

* am 18.7.1929 in Brieg/Schlesien, ist Leiter des Leipziger Gewandhausorchesters und der New Yorker Philharmoniker. Durch seine Teilnahme verleiht der Dirigent dem alljählich stattfindenden Musikfestival in seiner Heimatstadt besonderen Glanz.



**Friedrich Nowottny**

* am 16. Mai 1929 im oberschlesischen Hindenburg – seine Karriere führte vom Volontär in Bielefeld auf den Intendantenstuhl des Westdeutschen Rundfunks.



**Gudrun Pausewang**

Schriftstellerin, * am 3. März 1928 in Wichstadtl/Ostböhmen

*Nicht rückwärts-, sondern vorwärtsschauen*

*Gewiß: Damals zwischen 1938 und 1947, in der Zeit der politischen Perversitäten, ist auf beiden Seiten viel geschehen, was mit den Menschenrechten unvereinbar ist und Ströme von Blut und Tränen verursacht hat. Aber wir sollten endlich aufhören, in der Vergangenheit herumzuwühlen und einander Schuld zuzuweisen. Die Toten werden davon nicht mehr lebendig.*

*In einer Zeit, in der Europa immer enger zusammenwächst – und das ist ja unbedingt zu begrüßen! –, hat ein gestörtes Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen gar keinen Platz und keine Berechtigung mehr. Wir müssen vorwärts schauen – es geht um die Zukunft! Das Zurückschauen auf Historisches sollte nur den Zweck haben, aus der Geschichte zu lernen und auf der gemeinsamen alten Kultur eine gemeinsame neue aufzubauen.*

*Zum Glück sieht unsere Enkelgeneration den Umgang mit unseren Nachbarn, den Tschechen, viel lockerer und unverkrampfter, nach dem Motto: „Was kümmert's uns, was unsere Opas und Omas mit den Tschechen hatten." Ich begegnete jungen Tschechen, die uns Deutschen gegenüber eine ähnliche Einstellung erkennen ließen.*

*Diese Jugendlichen auf beiden Seiten werden bald die Erwachsenen sein, die die Politik gestalten. Ich hoffe, daß sie dem Nationalismus einen geringeren Stellenwert beimessen als es ihre Großeltern, Urgroßeltern und Ururgroßeltern taten. Denn der Nationalismus, vor allem in seiner militanten Form, löste immer wieder schreckliche Kriege aus.*

*Lernen wir von den Kindern! Die fragen nicht: „Bist du Deutscher oder Tscheche?" Die fragen: „Spielst du mit mir?"*




**Otfried Preußler**

* am 20. Oktober 1923 in Reichenberg/Sudetenland, zählt zu den bedeutendsten und namhaftesten deutschen Autoren der Gegenwart.

*„Ich steckte und stecke voller Geschichten, die sich alle in meiner Kindheit angesponnen haben: eine Tatsache, die mir eigentlich erst im Laufe meines Schriftstellerlebens bewußt geworden ist. Mit der „Kleinen Hexe" und ihren Geschichten ist es da nicht viel anders als mit dem „Kleinen Wassermann". Das „Kleine Gespenst" geht unmittelbar auf eine Geschichte meiner Großmutter zurück. Ich habe auch bewußt gerne immer wieder Familiennamen, Flurnamen, Ortsnamen aus meiner Kinderheimat in meine Geschichten hereingenommen. Manchmal werde ich zum Beispiel gefragt, wie mein Räuber zum Namen Hotzenplotz gekommen ist. Wir haben im mährischen Schlesien ein Flüßchen und eine Stadt Hotzenplotz. Der Name war mir in der Schule drollig vorgekommen – und paßte er nicht wie der Räuberhut auf den Räuberschädel?*

*Nach vielen Jahren habe ich's dann unternommen, der Liebe zu meiner Kinderheimat in dem Roman „Die Flucht nach Ägypten – königlich-böhmischer Teil" Ausdruck zu geben. Auch „Herr Klingsor konnte ein bißchen zaubern" spielt in Nordböhmen, genauer gesagt an der Rudolfschule in Reichenberg, die heute noch unter dem Namen Rudolfka in Reichenberg existiert, das heute Liberec heißt und auch Liberec ist. Liberec hat mit dem alten Reichenberg ein paar Häuser gemein, ein paar Steine.*

*Wir waren seit 1965 viele Male in Reichenberg zu Besuch. Das einstige Reichenberg ist für uns eine fremde Stadt geworden, eine Stadt voller fremder Menschen. Ich habe zuvor nie gewußt, wie sehr der Begriff Heimat auch mit den Menschen zu tun hat, gerade mit ihnen.*

*Was das einstige Reichenberg vom heutigen Liberec unterscheidet, lebt nur noch im Gedächtnis unserer Generation weiter. Wie tröstlich, daß es mir als Geschichtenerzähler möglich ist, von der Stadt und der Landschaft unserer deutschen Kindheit in Böhmen dann und wann Zeugnis zu geben."*

(Auszug aus „Die in der Kindheit angesponnenen Geschichten erzählt er zu Ende. Interview zum 75. Geburtstag des Schriftstellers und Kinderbuchautors Otfried Preußler" in *wir selbst* 2/1998, S. 71-77. Preußler schildert darin auch persönliche Erlebnisse in Zusammenhang mit der Vertreibung und nimmt zu politischen Fragen Stellung.)



**Wolfgang Thierse,**

Präsident des Deutschen Bundestages, wurde am 22. Oktober 1943 in Breslau geboren.



**Dr. Wolfgang Thüne**

* 1943 in Rastenburg/Ostpreußen, präsentierte von 1971 bis 1986 den ZDF-Wetterbericht.

*Nach Karl Marx ist eines der Grundübel der Industriegesellschaften an sich die „Entfremdung". Durch die Technisierung vieler Lebensbereiche komme es zu einer inneren Distanz des arbeitenden Menschen von seinem Produkt, und diese rufe gravierende psychische Schäden hervor. Dieser Zustand sei untragbar, er könne nicht modifiziert, nein, er müsse „revolutionär" geändert werden.*

*Um wieviel schwerwiegender sind die psychischen, seelischen, körperlichen Schäden, wenn der Mensch gewaltsam seiner angestammten Heimat „entfremdet" wird. Einen Menschen aus der Heimat zu vertreiben, heißt, ihn zu verbannen, gewaltsam zu entwurzeln, seine natürlichen Lebensadern zu durchtrennen. Daher heißt es in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" auch, daß Gott den Menschen in die Heimat gestellt habe und daß sich kein Mensch das Recht anmaßen könne, ihn daraus mit Gewalt zu vertreiben, wolle er nicht gegen Gottes Gebote verstoßen.*

*Dieses Gebot Gottes ist anerkanntes Naturrecht! Das Recht auf die angestammte Heimat ist ein individuelles Menschenrecht ebenso wie kollektives Völkerrecht. Damit wird der Fleiß von vielen Generationen honoriert und rechtlich sanktioniert, die „im Schweiße des Angesichts" der Natur Ackerland abgerungen, es kultiviert und gepflegt haben. Die Vertreibung aus der gebauten Heimat haben die Vereinten Nationen als Repräsentativorgan der „Völkergemeinschaft" daher auch zum Völkermord deklariert und zum unverjährbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben. Für Vertreibungen, seien sie individuell oder kollektiv, gibt es keine Rechtfertigung. Rache an Dritten und Unschuldigen ist keine Entschuldigung, keine Rechtfertigung. Es gibt kein „Recht zur Vertreibung", auch nicht für Siegermächte. Die Menschenrechte wie das Völkerrecht sind ja ausdrücklich deswegen geschaffen worden, um das „Wehe den Besiegten" zu beenden und um der Siegerwillkür mit den rechtlichen auch moralische und ethische Schranken bei der Behandlung der Besiegten zu setzen.*

*Ich persönlich empfinde die Vertreibung, der ich mit eineinhalb Jahren ausgesetzt war, nicht nur als Verbrechen an sich, sondern auch als andauernde, psychischen Schmerz verursachende Schmach und Demütigung, insbesondere nachdem ich wiederholt meine Heimat besucht und in Augenschein genommen habe. Ich kann nicht sagen, wie mein Leben ohne Vertreibung verlaufen wäre. Ich kann aber feststellen, daß mein Leben in Gänze nicht die „Lebensqualität" aufweist, wie sie zur seelischen Ausgeglichenheit wünschenswert wäre. Ich bin und bleibe immer ein „Fremder", ein „Zugereister" im eigenen Land, zumal immer wieder „hochnäsig" von den Einheimischen Dank für die großherzige und unter enormem Verzicht bei eigener Not zugestandene Aufnahme abverlangt wird.*

*Zu dem Heimatrecht als Völkerrecht gehört als zentraler Bestandteil der individuellen Menschenrechte unverzichtbar auch das Recht auf Eigentum und Erbe. Auch diese Achtung vor fremden Eigentum und fremder Privatsphäre ist das Ergebnis einer Jahrtausende währenden, bewunderungswürdigen kulturellen Entwicklung. Eigentum ist das Produkt eigener Arbeit, und daher resultieren die alttestamentarischen Gebote: Du sollst nicht stehlen! Du sollst nicht begehren deines Nächsten Hab und Gut!*

*Eine Verletzung dieses Gebots muß verfolgt, geahndet und bestraft werden. Eine Mißachtung darf auf keinen Fall hingenommen oder gar „geschützt" werden, insbesondere dann nicht, wenn man als politische Losung eine „Welt des Friedens" anstrebt. Eine „Welt des Friedens" kann aber nur eine „Welt des Rechts" sein, denn nur Gerechtigkeit schafft Frieden, ‚iustitia fiat pax'! Wer sich fremdes Eigentum widerrechtlich angeeignet hat, muß zur Rückgabe oder Restitution gezwungen werden. Diese ist unverzichtbar, sollen Nachahmung oder Wiederholung vermieden werden. Auch die Erbfolge an Grund und Boden ist wiederherzustellen! Nur im Ausnahmefall darf als Kompensation für entschädigungslose Vermögenskonfiskation materielle Entschädigung zugelassen werden.*

*Die Restitution muß der Regelfall bleiben, will man die teuflische Spirale von Gewalt und Rache durchtrennen und beenden. In diesem Punkt haben bisher alle versagt, Sieger wie Besiegte. Und so gibt es auch heute, auf dem Balkan und anderswo, Mord und Totschlag, Vertreibungen und Vergewaltigungen. Die „Würde des Menschen" erweist sich einmal mehr als antastbar.*

*Die „Würde des Menschen" steht und fällt wie seine Freiheit mit dem Recht auf Eigentum! Kein Staat darf darüber verfügen, will er sich nicht dem Vorwurf ausetzen, willkürlich in Grund- oder Naturrechte einzugreifen. Nicht ohne Grund hat der US-Senat in seiner Resolution Nr. 19 vom 9. 4.1997 gefordert, die unrechtmäßigen und illegalen Eigentumskonfiskationen seitens totalitärer Regime rückgängig zu machen oder Entschädigungen zu leisten. Dies gilt ausdrücklich auch für die „postkommunistischen Staaten", wollen sie das Attribut „Rechtsstaat" oder „Demokratie" beanspruchen. Eine Demokratie ist nur als Rechtsstaat denkbar.*

*Dies bedeutet konsequentermaßen, daß in die Europäische Gemeinschaft als Rechts- und damit Wertegemeinschaft nur wirkliche Rechtsstaaten aufgenommen werden dürfen und nicht Scheindemokratien. Nur als Rechtsgemeinschaft, die sich ohne Vorbehalte den Menschenrechten wie den Normen des Völkerrechts unterwirft, ist die Europäische Union auf Dauer existenz- und als „Hort der Freiheit" überlebensfähig.*

*Fazit: Menschenrechte sind unteilbar! Menschenrechte sind dem Menschen von Gott gegebene unveräußerliche Rechte. Sie sind an Zeit, Staatsform oder Regierungsart prinzipiell nicht gebunden. Es ist ganz einfach mit ihnen: Man muß sie respektieren und darf sie nicht verletzen, will man straffrei ausgehen!*



**Christa Wolf**

Schriftstellerin,
* am 18. 3.1929 in Landsberg/Warthe

*„Es war jener kalte Januarmorgen, als ich in aller Hast auf einem Lastwagen meine Stadt in Richtung Küstrin verließ und als ich mich sehr wundern mußte, wie grau diese Stadt doch war, in der ich immer alles Licht und alle Farben gefunden hatte, die ich brauchte. Da sagte jemand in mir langsam und deutlich: Das siehst du niemals wieder."*
Aus dem Essay „Blickwechsel".

Karlheinz Wunderlich

# Die Vertreibung der Deutschen – verdrängte oder bewältigte Vergangenheit?

## Eine politpsychologische Analyse

Psychische Traumatisierungen, sozialer und kultureller Identitätsverlust infolge von Vertreibungen begleiten die Betroffenen für ihr ganzes Leben.

### I. Die Vertreibungen in Europa in diesem Jahrhundert

Schon immer hat es Vertreibungen von Bevölkerungsgruppen (z.B. Hugenotten) und ganzen Völkern (z.B. Juden) gegeben. In diesem Jahrhundert wurden sie jedoch seit Lausanne 1923 zu einem legitimen Mittel der Politik und erhielten auch andere, harmlosere Bezeichnungen wie Bevölkerungsaustausch oder Bevölkerungstransfer (population transfer).

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden ca. 1,5 Millionen Deutsche aus Elsaß-Lothringen, Posen, Westpreußen und Zentralpolen vertrieben. Etwa 500.000 Ungarn mußte ihre Heimat in der Slowakei, Wojwodina, Istrien etc. verlassen, 500.000 Türken und 1,5 Millionen Griechen wurden durch das Abkommen von Lausanne gegeneinander ausgetauscht. Die Griechen hatten mehr als 2500 Jahre in Kleinasien und am Schwarzen Meer gelebt.

Im 2. Weltkrieg wurden 800.000 Deutsche aus Osteuropa „heim ins Reich" geholt. Hitler hat ca. 2 Millionen Polen, Russen und Litauer aus den zu germanisierenden Gebieten vertrieben. Nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes wurden 400.000 Finnen aus Karelien, 2 Millionen Polen aus Ostpolen und der Sowjetunion und 400.000 Wolgadeutsche nach Sibirien transferiert, vertrieben und verschleppt. Zahlreich kleinere Volksgruppen waren von diesen Maßnahmen ebenfalls betroffen.

Nach Ende des Zweites Weltkriegs kam es dann zu den zahlenmäßig und den Umständen nach massivsten Bevölkerungsverschiebungen: 10 Millionen Deutsche aus Ostdeutschland, Pommern, Schlesien und Ost- und Westpreußen, 3,3 Millionen Sudeten- und Karpatendeutsche, weitere 600.000 Deutsche aus dem übrigen Ost- und Südeuropa (Ungarn, Rumänien, Jugoslawien etc.). 1,5 Millionen Polen mußten Ostpolen (östlich der Curzon-Linie) verlassen. In der Sowjetunion kam es zu massiven Zwangsumsiedlungen von mehreren Millionen Deutschen. 3 Millionen Polen wanderten in die sogenannten „Wiedergewonnenen Westgebiete" ein. 3 Millionen Deutsche flohen aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach Westdeutschland. Seit 1991 kam es zu Vertreibungen von über 3 Millionen Menschen im ehemaligen Jugoslawien.

Zurückgekehrt in ihre Heimat sind nur ganz wenige Völkerschaften: die von Hitler vertriebenen Polen und Weißrussen, die Tschetschenen, die Krimtataren und die Südtiroler.

Erst durch die geschilderten massiven Vertreibungen erkannte man, daß die psychischen, sozialen und kulturellen Folgen von Vertreibungen und Bevölkerungstransfers erheblich waren und irreversible Schäden und Verluste anrichteten. Auch war es eine Illusion zu glauben, daß ethnisch reine Staaten weniger zu Konflikten neigen als multiethnische. Trotzdem wurde ein neues Ziel von Politik postuliert, nämlich das des ethnisch einheitlichen bzw. „sauberen" Staates. Minderheiten (andere Volksgruppen) wurden dadurch zu „Verunreinigungen des Volkskörpers", wie es nicht nur in faschistischen Systemen genannt wurde. Das förderte Diskriminierung, Ausgrenzung und Vertreibung bis hin zur „Endlösung".

Erst nach Ende des Zweiten Weltkriegs kam die Völkergemeinschaft zu der Erkenntnis, daß Vertreibungen als Mittel der Politik zu verurteilen und in jedem Fall in Zukunft zu vermeiden sind (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948). Allerdings wurde erst 1998 das Heimatrecht als Menschenrecht von der UNO-Menschenrechtskommission anerkannt.[1] Bis heute enthält jedoch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eine Bestimmung, daß die Deutschen bezüglich einer eventuellen Revision der Vertreibung aus Osteuropa aus dieser Erklärung keine Rechte ableiten dürfen.



*Franz Radziwill: Wohin in dieser Welt (1941)*

## II. Die psychischen, sozialen und kulturellen Folgen von Vertreibungen

### 1. Die psychischen Folgen

Je nach dem, wie dramatisch der Vertreibungsvorgang war (geordnete Umsiedlung oder brutale Vertreibung mit physischer Vernichtung eines Teils der Bevölkerung), sind die psychischen Folgen mehr oder minder stark und von kürzerer oder längerer Dauer. Amerikanische Untersuchungen zeigen, daß die psychischen Folgen der Migration bei Einwanderern bis in die dritte Generation festzustellen sind: Geringere Selbstsicherheit, geringeres Selbstbewußtsein, größere Labilität, häufigere psychische Erkrankungen, größere Zahl von psychisch behinderten Kindern als der Durchschnitt der übrigen Bevölkerung. Um diese Probleme zu kompensieren bzw. sich zu stabilisieren, reagiert ein Teil der Einwanderer mit Überanpassung (besonders schneller und intensiver Integration), ein anderer Teil wählt die bewußte Separierung und Betonung der mitgebrachten Identität, wie es besonders in den entsprechenden Vierteln der amerikanischen Großstädte zu beobachten ist. Eine dritte Gruppe entwickelt eine Doppelidentität. Sie oszilliert ständig zwischen der alten und der neuen Identität hin und her. Eine kleinere Gruppe wiederum neigt auch zu politischem Radikalismus. Wenn all diese psychischen Phänomene schon nach freiwilliger Auswanderung nachgewiesen wurden, so ist erst recht bei erzwungenem Weggang, Transfer und Vertreibung davon auszugehen, daß es zu massiven psychischen Veränderungen kommt. Findet die Vertreibung jedoch unter traumatischen Begleitumständen (Vergewaltigung, Folter, Enteignung, Aufenthalt in Zwangsarbeitslagern), lebensbedrohlichen Umständen und unter physischer Vernichtung eines Teils der Betroffenen statt, so werden diese Erlebnisse zu lebenslangen Traumata, sie können kaum überwunden und kompensiert werden. Die oben beschriebenen psychischen Folgen treten in viel mehr Fällen und wesentlich massiveren Formen auf als bei einer normalen Einwanderung. Ähnlich wie bei KZ-Opfern kommt es zu deutlichen Persönlichkeitsveränderungen bis hin zu lebenslangen psychischen Störungen (zum Beispiel Apathie und Hyperaktivität, psychosomatischen Störungen, Phobien, Zwängen etc.), physischen Erkrankungen und lebenslanger Pflegebedürftigkeit. Überanpassung und politischer Radikalismus treten viel häufiger auf als beim Durchschnitt der Bevölkerung.

*Vertreibungen unter traumatischen Begleitumständen können kaum überwunden und kompensiert werden.*

Fast alle deutschen Vertriebenen haben diese massivste und inhumanste Form der Vertreibung erlebt (ebenso wie zur Zeit die Kosovo-Albaner). Etwa 15% (über 2 Millionen) der Betroffenen wurden dabei physisch vernichtet, ein großer Teil der Frauen vergewaltigt und der gesamte mobile und immobile Besitz geraubt.

Die gewachsenen Gemeinschaften wurden zerrissen und die Menschen über ganz Deutschland verteilt.

Wie sind die deutschen Vertriebenen damit umgegangen? Wie haben sie ihre Erlebnisse mehr oder weniger bewältigt bzw. verdrängt? Wissenschaftliche Untersuchungen liegen darüber nicht vor, entsprechende Forschungsgelder wurden nicht bewilligt – die Vertreibung und ihre Folgen werden tabuisiert. Es mußten daher die amerikanischen Untersuchungen bei Einwanderern einerseits und die Untersuchungen an KZ-Opfern andererseits herangezogen und extrapoliert werden.

*Gewachsene Gemeinschaften mit ihren gruppentypischen Verhaltensweisen sind schon nach wenigen Jahren für immer zerstört.*

**2. Die sozialen Folgen**

Vertreibungen, sofern sie nicht in wenigen Jahren rückgängig gemacht werden, zerstören für immer die sozialen Bindungen und Beziehungen und den größten Teil der Identität der Volksgruppe – Vertreibung wird zum Völkermord. Die Betroffenen müssen in der jeweiligen neuen Umgebung neue Beziehungen knüpfen, meist eine neue Sprache lernen, sich neue soziale Verhaltensweisen aneignen, oft einen neuen Beruf meist in niedrigerer Position ergreifen, ihre alten Identitäten aufgeben und neue Identitäten aufbauen. Je größer die psychischen Beeinträchtigungen durch die Vertreibung waren, desto schwieriger wird und desto länger dauert die Integration in der neuen Umgebung. Erschwert wird die Umstellung, wenn eine berechtigte Hoffnung auf Rückkehr besteht, da sie dann nicht notwendig erscheint. Besteht keine Möglichkeit zur Rückkehr, kann dies die Integration erleichtern; es kann aber auch zu Apathie und zum Festhalten an der alten Identität führen – eine Integration gelingt dann meist erst der nächsten Generation. Festzuhalten bleibt jedoch, daß die gewachsenen Gemeinschaften mit ihren gruppentypischen Verhaltensweisen für immer zerstört sind. Schon nach wenigen Jahren ist die Wiederherstellung der ursprünglichen Identität nicht mehr möglich. Erfolgt dennoch eine Rückkehr in die alte Heimat, dann entsteht dort eine neue Gemeinschaft, zumal wenn inzwischen andere Volksgruppen sich angesiedelt haben und nicht mehr vertrieben werden dürfen.

*Gerhard Wydra: Ostpreußen 1945*



**3. Die kulturellen Folgen**

Nicht nur die soziale, auch die kulturelle Identität von Vertriebenen wird meist unwiederbringlich vernichtet. Sie müssen ihre Kulturgüter zurücklassen, können nur wenige kleine und meist wertlose Gegenstände mitnehmen. Sprache, Lieder, Brauchtum und Wissen über die Kultur tragen die Menschen zwar in sich, doch es geht in der neuen Umgebung besonders dann schnell verloren, wenn die Vertriebenen vereinzelt werden und eine Pflege der alten Kultur schon deswegen scheitert, weil ein Zusammenkommen in den seitherigen Gemeinschaften unmöglich ist oder gar unterbunden wird.

Die zurückgelassenen Kulturgüter werden von den Eroberern oft weniger geschützt, teilweise sogar vernichtet, um an die alten Bewohner nicht mehr erinnert zu werden und um unbelasteter neue kulturelle Identitäten aufbauen zu können. Es gibt z.B. keinen Denkmalschutz für Egerländer oder elsäßische Fachwerkhäuser, da im tschechischen Teil Böhmens keine Fachwerkhäuser vorkommen und französische Fachwerkhäuser sich von den elsäßisch-alemannischen grundlegend unterscheiden.. Oft werden die zurückgelassenen Kulturgüter umgedeutet und als eigene Kultur der Eroberer ausgegeben. So bestand beispielsweise die Ausstellung „Tschechische Porzellankunst" bei der Fa. Böhringer in Ingelheim am Rhein fast ausschließlich aus Produkten deutsch-böhmischer Porzellanfabriken aus dem Sudetenland.

Die vertriebenen Menschen werden meist so zerstreut, daß der kulturelle, sprachliche und brauchtumsmäßige Zusammenhalt zerreißt und oft schon nach einer Generation völlig verloren geht, siehe den Großteil der deutschen Vertriebenen. Zerstreut man die Vertriebenen allerdings nicht, dann können sie sich radikalisieren und zu einem ständigen Unruheherd werden, siehe Palästinenser. Durch die Aktivitäten der Landsmannschaften der deutschen Vertriebenen konnten zwar bei einer Minderheit der Betroffenen kleinere Teile ihrer Kultur erhalten werden; durch die Einstellung der Fördermittel durch die neue rotgrüne Bundesregierung steht jedoch zu befürchten, daß nunmehr auch die letzten Reste der ostdeutschen und sudetendeutschen Kultur für immer verloren gehen. Diese kulturelle Vertreibung wäre dann die dritte Vertreibung nach der zweiten, der sozialen Ver-

treibung, die in der bewußt zerstreuten Wiederansiedlung der deutschen Vertriebenen bestand.

Durch die Rückgabe bzw. gemeinsame Verwaltung der noch vorhandenen Kulturgüter (insbesondere der Museen) und die Rückwanderung einer geringen Anzahl von Vertriebenen in die zukünftigen EU-Länder könnte jedoch zumindest ansatzweise die ostdeutsche und sudetendeutsche Kultur vor ihrem endgültigen Untergang bewahrt werden – und damit ein Teil der deutschen und europäischen Kultur.

**III Verdrängte oder bewältigte Vergangenheit ?**

Bei der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 wurde ausdrücklich erwähnt, daß diese in punkto Vertreibung nicht für die Deutschen gelten sollten. Dieser Passus ist bis heute nicht entfernt worden. Auch bei den Nürnberger Prozessen wurden die Angeklagten für die Vertreibung der Polen, Russen etc. verurteilt, die Vertreibung der Deutschen wurde jedoch nicht als Unrecht oder Verletzung der Menschenrechte angesehen, sondern als gerechte Bestrafung für das ungeheuerliche Leid, das Deutschland über Europa gebracht hat. Schon bei der Verteilung und Integration der Vertriebenen im „Rumpfdeutschland" wurde de fakto davon ausgegangen, daß die Vertreibung endgültig und irreversibel ist. Deshalb wurden die Dorfgemeinschaften nicht nur von den Vertreibern, sondern auch von den Verteilern (Besatzungsmächte und nachgeordnete deutschen Behörden) auseinandergerissen, damit kollektive Identitäten verloren gehen und die Aufrechterhaltung eines Rückkehrwillens erschwert bzw. unterdrückt werden kann.

Interessant ist es, zu sehen, welches Spiel seitens der Politik mit den verletzten Gefühlen der Vertriebenen und deren Wunsch nach Rückkehr getrieben wurde. Zunächst machte sich die SPD, insbesondere Kurt Schumacher, zu deren Anwalt und betrachtete die verelendeten Vertriebenen als ihr Wählerpotential. Lautstark wurde die Rückkehr gefordert. Je mehr sich jedoch die Vertriebenen sozial integriert hatten und zur Mittelschicht aufstiegen, desto mehr entdeckte die CDU, daß sie doch eigentlich *ihr* Wählerpotential und mit leeren Versprechungen leicht zu gewinnen seien. Seit der Brandtschen Ostpolitik distanzierte sich die SPD endgültig von den Vertriebenen. Diese störten nur und wurden bereitwillig der CDU/CSU überlassen. Heute stellen die Vertriebenen nur noch in Bayern einen nennenswerten politischen Faktor dar. Es ist interessant zu beobachten, wie zu Wahlzeiten die CSU immer wieder die etwa zwei Millionen sudetendeutschen Wähler mit schönen Worten als Wähler zu halten versucht. Es gelingt erstaunlicherweise immer wieder – obwohl die große Mehrheit der CSU der Deutsch-Tschechischen Erklärung zugestimmt hat, in der die Tschechen sich nicht zur Verurteilung der Vertreibung als solcher bekannt haben und die Vertreibungsdekrete als Grundlage der tschechischen Rechtsordnung ausdrücklich deutscherseits respektiert wurden. Selbst die CSU hat somit die Vertriebenen verraten, auch wenn sie verbal vorgab, ihre Interessen zu vertreten.

Spätestens seit der Brandtschen Ostpolitik war das Ziel aller deutschen Regierungen eine Bewältigung der Vertreibung durch Hinnahme, Nichtbehandlung und Verdrängung. Man versuchte, die zweifelsohne wirtschaftlich erfolgreiche Integration auch als eine psychische, soziale und kulturelle Bewältigung hinzustellen, die endgültig sei.

Die Vertreibung wurde auch angesichts der politischen Realität (mächtiger Sowjetblock) als irreversibel angesehen. Wer daran zu rütteln versuchte und nach wie vor eine andere Meinung bzw. ein anderes politisches Ziel vertrat, wurde als Ewiggestriger, Revisionist, Revanchist und Faschist hingestellt. Jene Vertriebenen, die nicht schweigen wollten und ihre Rechte immer wieder einforderten, wurden sehr bald als Rechtsradikale angesehen, und dies generalisierte sehr schnell auf alle Vertriebenen. Die Bezeichnung „Vertriebener" wurde synonym gebraucht zu dem Begriff „Rechtsradikaler". Wer sich heute noch als Vertriebener bezeichnet, kann nur ein Rechtsradikaler sein, d.h. Täter, und Täter *darf* man ja bestrafen, d.h. vertreiben. So wurden die deutschen Vertriebenen von Opfern zu Tätern.

Obwohl im Völkerrecht schon lange die Kollektivschuld verurteilt wird, wurde sie im Fall Deutschlands de fakto wieder eingeführt. Bis heute sind fast alle Deutschen der Auffassung, daß der Holocaust in seiner Systematik und Totalität etwas historisch Einmaliges war und daß damit das gesamte deutsche Volk den Schutz durch das Völkerrecht verwirkt hatte. Gegen diesen Vorwurf der Kollektivschuld haben sich die Deutschen nicht nur nicht gewehrt, sie haben diesen Vorwurf internalisiert und gegen sich selbst gewandt, sich selbst so sehr bezichtigt, daß man fast von einer Sucht nach Selbstbezichtigung sprechen konnte und immer noch kann. Dies erleichterte das Akzeptieren des ungeheuren Verlustes, den die Deutschen durch die Vertreibung aus einem Drittel ihres jahrhundertealten Siedlungsgebietes erlitten haben. Die Einmaligkeit der deutschen Schuld rechtfertigte die Einmaligkeit der Bestrafung durch die Völkergemeinschaft. Diese Einmaligkeit der deutschen Taten suggeriert aber auch, daß die Deutschen mit einem zumindest inhumanen, wenn nicht sogar genetischen Makel behaftet seien, der sie minderwertiger als andere Völker erscheinen läßt (siehe dazu auch Goldhagen, der diese These vehement vertritt). Tatsächlich sieht eine große Mehrheit der Deutschen und insbesondere die linke Mehrheit sich selbst so. So entstand nach 1945 eine negative Identität in Deutschland, die bis heute, wenn auch in etwas abgemilderter Form, besteht. So

*Die vertriebenen Menschen werden meist so zerstreut, daß der kulturelle, sprachliche und brauchtumsmäßige Zusammenhalt zerreißt und oft schon nach einer Generation völlig verloren geht.*

*Man versuchte, die zweifelsohne wirtschaftlich erfolgreiche Integration auch als eine psychische, soziale und kulturelle Bewältigung hinzustellen, die endgültig sei.*

*Die Einmaligkeit der deutschen Schuld rechtfertigte die Einmaligkeit der Bestrafung durch die Völkergemeinschaft.*

*Viele Kinder von Vertriebenen akzeptierten die These von der historisch einmaligen Schuld des gesamten deutschen Volkes. Sie setzten sich bewußt von ihren Eltern ab und wurden politisch im linken Lager aktiv.*

*Angesichts des Kosovo-Dramas und der neuesten Entwicklung im Völkerrecht könnte und sollte es auch geschehen, daß die Verdrängungen aufbrechen und es zu einer Revision der bisherigen deutschen Politik kommt.*

etwas wie Nationalstolz gibt es überhaupt nicht mehr, und wenn, dann nur in Bezug auf einen gewissen wirtschaftlichen Erfolg, der inzwischen allerdings ebenfalls fraglich geworden ist.

Die negative Identität erschwert die Integration von Einwanderern, die sich sehr schwer tun, ihre mitgebrachte positive nationale Identität gegen die negative deutsche einzutauschen. Insofern kann Deutschland eine massive Einwanderung viel weniger vertragen als andere Völker in Europa, und es wird in Deutschland deshalb viel eher zur Ausbildung einer multiethnischen und nicht nur multikulturellen Gesellschaft kommen mit weiteren Staatssprachen wie Türkisch und Englisch. Schon Mitte des kommenden Jahrhunderts werden bei gleichbleibender Geburtenzahl und gleichbleibender Einwanderung die Deutschen in Deutschland zur Minderheit werden. Im Jahre 2100 gibt es dann praktisch keine jungen Deutschen mehr.[2] Deutschland wird in viel stärkerem Maße ein Völkergemisch sein als heute die USA.

Der Vorwurf der Kollektivschuld hatte nicht nur die Vertreibungen und Reparationen durch die Alliierten gerechtfertigt, er lag auch im Interesse der ehemaligen Nazis, denn ihre persönliche Schuld wurde dadurch erheblich gemindert, daß ja das ganze Volk schuldig war. Sie haben demnach nur ausgeführt, was in der Natur des ganzen Volkes lag, und das ganze Volk war Täter. Die Kollektivschuld hat ebenso die Wiedereingliederung der meisten Nazis in die Politik erleichtert. Sie haben dadurch auch viele Antifaschisten und Widerständler aus der Politik verdrängt.

Obwohl die Mehrheit der Deutschen die Moralvorstellungen der Siegermächte von Kollektivschuld und Kollektivbestrafung übernommen und internalisiert hat, gibt es bis heute einen nicht unerheblichen Teil der Deutschen und vor allem der deutschen Vertriebenen, die sich weigern, die vom Völkerrecht abweichenden Moralvorstellungen der Siegermächte anzuerkennen. Vor allem einem großen Teil der traumatisierten Vertriebenen, von denen allerdings der größte Teil inzwischen schon verstorben ist, war es unmöglich, das ihnen angetane Unrecht zu akzeptieren. Sie verlangten Rückkehrrecht und Entschädigung. Viele Kinder von Vertriebenen setzten sich deshalb bewußt von ihren Eltern ab und wurden politisch im linken Lager aktiv. Sie akzeptierten bereitwillig die These von der historisch einmaligen Schuld des gesamten deutschen Volkes. Die Vehemenz, mit der die deutsche Linke die Vertriebenen als Rechtsradikale diffamiert und bekämpft hat und bis heute bekämpft bis hin zur Sperrung der Gelder für die Kulturförderung, läßt allerdings darauf schließen, daß hier etwas unterdrückt wurde und wird. Dies führte auch dazu, daß über die völkerrechtlichen Forderungen der Vertriebenen immer weniger gesprochen wurde, sie wurden tabuisiert und verdrängt. Es fand eine Umwertung bestehender zwischenmenschlicher und völkerrechtlicher Werte statt.

Eindeutig verdrängt wird die neueste Völkerrechtsentwickung auch vom Auswärtigen Amt. Die Entschließung der UNO-Menschenrechtskommission wird heruntergespielt und als bloßes Diskussionspapier angesehen, das keinerlei politische Relevanz besitzt. Man nimmt an, daß eine Verabschiedung durch die Vollversammlung niemals stattfinden wird, denn fast alle großen Staaten dieser Welt wären davon mehr oder weniger nachteilig betroffen.

Angesichts des Kosovo-Dramas und der neuesten Entwicklung im Völkerrecht könnte es jedoch und sollte es dennoch geschehen, daß die Verdrängungen aufbrechen und es zu einer Revision der bisherigen deutschen Politik kommt. Auch die angestrebten Sammelklagen könnten dazu beitragen.

**IV Entwicklungen des Völkerrechts und Perspektiven für die deutschen Vertriebenen**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 mußte ein halbes Jahrhundert vergehen, bis die Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen im April 1998 eine Entschließung zum Problem der Vertreibung (population transfer) verabschiedet hat. Diese 28 Seiten lange Entschließung postuliert das Heimatrecht (right to remain and to return) als Menschenrecht, das sich aus elf bereits bestehenden UNO-Konventionen ableiten läßt. Im wesentlichen beinhaltet die Resolution folgende Rechte:

• Heimatrecht als Menschenrecht
• generelles Vertreibungsverbot
• Rückkehrrecht
• unverjährbares Recht auf die Heimat
• Restitutionsrecht (Rückgabeverpflichtung)
• Recht auf Wiederherstellung der kulturellen Identität
• Rückgabe der Kulturgüter
• Siedlungsverbot für das Mehrheitsvolk
• Ungültigkeit zwischenstaatlicher Vereinbarungen, die das Heimatrecht verletzen
• Verpflichtung der betroffenen Staaten zur Verwirklichung des Heimatrechtes.

Demnach wäre die Deutsch-Tschechische Erklärung menschrechtswidrig, da sie das Heimatrecht der Sudetendeutschen nicht nur nicht wiederherstellt, sondern im Gegenteil die Vertreibung für alle Zeiten festschreibt. Im Sinne jener Entschließung ist sie sogar rechtsunwirksam, und es bestünde Klagemöglichkeit gegen Deutschland und die Tschechische Republik vor der Menschenrechts-Kommission in Genf. Auch die Erklärung von Schröder und Zeman zum deutsch-tschechischen Verhältnis ist demnach eindeutig menschenrechtswidrig.

Vor kurzem ist ein Urteil des Bundesgerichtshofes ergangen, in dem festgestellt wurde,



*Alfred Birnstein: Auf der Flucht, 1948*

daß Völkermord nicht die volle physische Vernichtung einer Volksgruppe voraussetzt, sondern es genügt schon eine vollständige Vertreibung und Zerstörung der Volksgruppe, die zum Verlust der Identität führt. Damit wird durch das oberste deutsche Gericht eindeutig festgelegt, daß die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa Völkermord ist und nicht verjährt. Die deutschen Vertriebenen können damit Rückkehrrecht und Rückgabe ihres entwendeten Eigentums einklagen. Verstärkt wird diese Möglichkeit noch durch den Beschluß des amerikanischen Repräsentantenhauses, daß alle Enteignungen unter kommunistischen und faschistischen Regierungen rückgängig gemacht werden müssen.

Trotz dieser eindeutigen Weiterentwicklung der Menschenrechte hat in der deutschen Politik eher eine Rückwärtsentwicklung stattgefunden. Die Vertreibung der Deutschen wird als endgültig und irreversibel angesehen. Um den „Frieden" mit den Nachbarn nicht zu stören, hat die deutsche Regierung unter Bundeskanzler Schröder de fakto einen endgültigen Verzicht ausgesprochen. Man wird sehen, ob unter dem Eindruck der aktuellen Vertreibungen aus dem Kosovo ein Politikwandel bezüglich der deutschen Vertriebenen stattfindet. Das Recht ist jedenfalls auf deren Seite. Die pragmatische Politik der letzten deutschen Regierungen verhindert jedoch eine Durchsetzung dieser Rechte.

Eine endgültige Versöhnung zwischen Deutschen, Tschechen und Polen wäre wünschenswert und auch machbar. Allerdings stehen dem nach wie vor starke Emotionen entgegen. So hat der Beschluß des Europäischen Parlaments in Straßburg, daß die Beneš-Dekrete zur Vertreibung der Sudetendeutschen vor Beitritt zur EU zu beseitigen sind, in der seriösen tschechischen Presse einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, der sich dahingehend verstiegen hat, daß mehrfach gefordert wurde, den frisch renovierten Reichstag in Berlin anzuzünden. An anderer Stelle wurde sogar die Existenz der Beneš-Dekrete geleugnet und gefragt, ob das Parlament in Straßburg besoffen gewesen sei.[3]

Dennoch wäre eine endgültige Versöhnung durchaus vorstellbar, und zwar unter folgenden Bedingungen: Das polnische und tschechische Parlament lädt alle vertriebenen Deutschen und deren Nachkommen zur Rückkehr ein. Der Rückkauf von freiem Besitztum wird erlaubt, Rückkehrer erhalten unter gewissen Umständen



*Adrian Lux: Die Flucht*

finanzielle Unterstützung. Die Verwaltung der Kulturgüter wird unter finanzieller Bezuschussung durch die deutsche Regierung gemeinschaftlich durchgeführt. Den Rückkehrern wird personale Autonomie zugestanden mit weitgehenden Volksgruppenrechten wie muttersprachlicher Unterricht, zweisprachige Ortsschilder etc.

Selbst unter diesen günstigen Voraussetzungen wäre nach allen Mutmaßungen nur eine geringe Zahl von Vertriebenen zur Rückkehr bereit. Es dürfte sich allenfalls um 100.000 bis 200.000 handeln. Dauerhafter Friede und Versöhnung wären jedoch sichergestellt. Diese Perspektive könnte also durchaus als realistisches politisches Ziel deutscher Politik angesehen werden und würde die verletzte Würde der Deutschen wiederherstellen.

Sicher ist, daß seit 1945 die Sensibilität für Menschenrechte und Völkerrecht sich so weitgehend entwickelt hat, daß heute ein jugoslawischer Präsident namens Milosevic und das serbische Volk ganz anders behandelt werden als die Deutschen 1945: Es wird keine bedingungslose Kapitulation verlangt; es wird nicht der Vorwurf der Kollektivschuld erhoben; es wird keine Bestrafung des serbischen Volkes gefordert, sondern es sollen lediglich die konkreten Einzeltäter vor Gericht gestellt werden. Die Nato läßt sich nicht zu kriegsverbrecherischen Handlungen hinreißen, es wird kein totaler Krieg geführt. Die Kampfhandlungen würden sofort eingestellt werden, wenn die serbische Führung Verhandlungsbereitschaft zeigen würde und die Vertreibungen beenden würde. Die Westalliierten hätten z.B. niemals die Kampfhandlungen eingestellt, wenn Hitler die KZs geöffnet hätte.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wird von einer Staatengruppe im Kosovo unter Einsatz kriegerischer Mittel versucht, Vertreibungen zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Den Aktivitäten der Nato muß deshalb unbedingt Erfolg beschieden sein.

Vielleicht hat die völkerrechtswidrige Bestrafung der Deutschen dazu beigetragen, daß zukünftig keinem Volk mehr die Völkerrechte verweigert werden, gleichgültig, welche Schuld es auf sich geladen hat. Die Deutschen haben somit einen hohen Preis für die ethisch-moralische Entwicklung der Menschheit bezahlt. Sie warten noch immer auf eine minimale Form der Revision des Unrechts von 1945, auch wenn es nur eine moralische Wiedergutmachung wäre.

[1] Commission on Human Rights, Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities. Forty-ninth session: Freedom of Movement. Human rights and popular transfer. Final report of the Special Rapporteur Mr. Al-Khasawneh. E/CN.N/Sub.2/1997/23

[2] laut Hochrechnungen des Statistischen Bundesamtes

[3] Lidové Noviny vom 21.April 1999 sowie Právo vom gleichen Tag

## Thesen des Gregor-Mendel-Kreises (grüne Sudetendeutsche) zur Versöhnung zwischen Deutschen, Tschechen und Sudetendeutschen (Deutschböhmen und Deutschmährer)

Derzeitiger Diskussionsstand, verabschiedet am 18.1.1996

***A. Forderungen an die Tschechen***

1. Anerkennung der Vertreibung als völkerrechtswidriges Unrecht (Die Potsdamer Konferenz fand nach der UNO-Resolution über das Vertreibungsverbot vom Juni 1945 statt, Vertreibungsverbot ergibt sich bereits aus der Haager Landkriegsordnung von 1907)
2. Anerkennung des Heimatrechtes aller Deutschböhmen/Deutschmährer und ihrer Nachkommen in der Tschechischen Republik
3. Offizielle Aufforderung zur Rückkehr durch Beschlüß des tschechischen Parlaments
4. Verleihung der tschechischen Staatsbürgerschaft mit allen Rechten (z.B. Teilnahme an Versteigerungen) ohne irgendwelche Vorbedingungen (z.B. Wohnsitz in der Tschechischen Republik, Beherrschung der tschechischen Sprache etc.) und ohne daß die deutsche Staatsbürgerschaft aufgegeben werden muß
5. Gewährung einer weitgehenden kulturellen Autonomie und Anerkennung als eigenständige Volksgruppe nach dem europäischen Volksgruppenrecht (Recht auf Existenz, Nichtdiskriminierung, Sprache, Schule, politische Vertretung, Mitbestimmung etc.) bis hin zu zweisprachigen Ortsschildern und Straßennamen im ehemaligen deutschen Sprachgebiet und einer deutschsprachigen Universität, die die kulturelle Eigenständigkeit und Vielfalt von Deutschböhmen/Deutschmährer sicherstellt
6. Erklärung der tschechischen Regierung, daß die strittigen Benesch-Dekrete und Amtsblattverfügungen (Ab) Nr. 5, 12, 31, 33, 83 Ab, 108, 115, 122, 126, 131, 500 Ab (Enteignung, Aberkennung der Staatsbürgerschaft, Zwangsarbeit etc.) heute nicht mehr gültig sind.
7. Aufhebung des Straftatenlegalisierungsgesetzes vom 8.5.1946, das die an den Sudetendeutschen begangenen Verbrechen für Rechtens erklärt, und Umwandlung in ein Amnestiegesetz, außer bei ganz schweren Vergehen gegen die Menschlichkeit, die noch verfolgt werden müssen. Davon ausgenommen sind eindeutige Widerstandstaten bis zum 8.5.1945.

***B. Forderungen an die Deutschen***

1. Angemessene Entschädigung der noch lebenden tschechischen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
2. Angemessene Entschädigung der sudetendeutschen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der tschechischen Gewaltvertreibung und Zwangsarbeitslager
3. Angemessene Entschädigung der sudetendeutschen Vermögensverluste (Lastenausgleich war nur eine Nutzungsentschädigung) bei Verzichtserklärung der Bundesregierung
4. Finanzierungsfonds für Rückkaufwillige und Rückkehrwillige
5. Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft für die rückkehrwilligen Sudetendeutschen
6. Gewährung von Wirtschaftshilfe an die tschechische Republik und Hilfe für ökologische und kulturelle Projekte vor allem in den ehemaligen deutschsprachigen Gebieten
7. Förderung der Aufnahme der tschechischen Republik in die EU
8. Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an die heimatverbliebenen Sudetendeutschen (Deutschböhmen und Deutschmährer)

***C. Forderungen an die Sudetendeutschen*** *(Deutschböhmen und Deutschmährer)*

1. Anerkennung des psychologischen Zusammenhanges zwischen Vertreibung (Racheakt) und Hitlerfaschismus und zwischen Vertreibung und Mitwirkung der Sudetendeutschen an der Unterdrückung des tschechischen Volkes während der Protektorats; der langjährige Vertreibungswille der Tschechen vor dem Auftreten Hitlers wird dabei nicht verkannt.
2. Endgültiger Verzicht der Sudetendeutschen auf tschechische Entschädigung ihrer Vermögensverluste bzw. Rückgabe ihres ehemaligen Besitztums
3. Verzicht auf die Eigenstaatlichkeit von Deutschböhmen und Deutschmähren
4. Verzicht auf Bildung einer sudetendeutschen Exilregierung
5. Bewahrung der kulturellen Eigenständigkeit (deutschböhmischen/deutschmährischen Kulturvielfalt) in Deutschland und in den Vertreibungsgebieten
6. Loyalität gegenüber der Tschechischen Republik („Böhmisch-mährischen Republik")

## Derzeitiger Stand grüner Politik zur Problematik der deutschen Vertriebenen

Die Entschließung der Unterkommission der Menschenrechts-Kommission der UNO von 1997 wurde von Bündnis 90/ Die Grünen abgelehnt als nicht zu ihrer Politik passend, die Verteilung der Entschließung auf dem Parteitag 1977 in Kassel wurde unterbunden.

Inzwischen wurde angesichts der Entwicklung auf dem Balkan die Entschließung ex nunc als Teil grüner Politik akzeptiert. Die Realpolitik hat grüne Vorbehalte gegen das Heimatrecht hinweggefegt. Auf dem Parteitag in Bielefeld vom 13.5.99 wurde die Rückkehr der albanischen Flüchtlinge und Vertriebenen als unabdingbares Ziel der NATO-Aktion gefordert.

Nach wie vor wird eine Gültigkeit der Entschließung ex tunc für Deutschland strikt abgelehnt. Die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa wird als unmittelbare Kriegsfolge und als gerechte Strafe für Hitlers Untaten angesehen, wobei sich das ganze deutsche Volk schuldig gemacht habe.

Durch die friedensvertragsähnlichen Vereinbarungen der 2+4-Verträge und durch die Deutsch-Tschechische Erklärung sei die Nachkriegsordnung als endgültig und irreversibel festgeschrieben worden. Die Grenzen lägen für alle Zeiten fest, Schadensersatz für enteignetes und entwendetes Vermögen wird ausgeschlossen, der Lastenausgleich als ausreichend betrachtet. Eine Rückkehr würde neue Vertreibungen bedeuten. Die deutschen Vertriebenen seine in der übrigen deutschen Bevölkerung aufgegangen, sie seien perfekt assimiliert und meist wirtschaftlich besser gestellt als ihre Vertreiber. Es bestehe deshalb keinerlei Handlungsbedarf mehr. Der Verlust der Identitäten und Kulturgüter wird nicht gesehen. Aktivitäten der Landsmannschaften störten den Frieden, schafften Unruhe bei den Neusiedlern in den ehemaligen deutschen Gebieten. Deshalb seien sämtliche Gelder für kulturelle und erst recht sonstige Aktivitäten der Landsmannschaften zu streichen.

Nach wie vor werden die Landsmannschaften als Rechtsradikale angesehen. Rechtsradikale und Vertriebene sind bezeichnenderweise als ein Sachgebiet bei der Bundestagsfraktion zusammengefaßt. (Anmerkung der Redaktion: Annelie Buntenbach, die Leiterin dieses Ressorts, hat ein Interview mit *wir selbst* leider abgelehnt.)

Eine Parallelität zwischen der Kosovo-Problematik und dem Problem der deutschen Vertriebenen wird nicht gesehen.

*Karlheinz Wunderlich*



**Karlheinz Wunderlich**

geboren 1938 in Eger/Böhmen. Studium der Psychologie, Germanistik und Philosophie. Psychotherapeut und Politischer Psychologe. Mitglied der Grünen und Sprecher des Gregor-Mendel-Kreises.

SUDETENLAND 3

S3
























Liabe Schwäbische Landsleit!
Fuchzig Jahr isch es her, seit mir ons 1949 erstmals in Krummau troffa hend.
Fuchzig Jahr sind verganga, nach der gewaltsama Vertreibung von Milliona Schwaba, wo mehr als 240.000 von unsere Liabe den Tod gfunda hend.
Mir hend oinaweg scho 1950 in unserer Vertriebenen-Charta auf Rache und Gwalt verzichtet. Verzichta tun mir aber net auf unser Recht, noi, nia ned!
Des Land da, der saumäßig schene Böhmerwald, hat uns mit unsere vierzig Kilo Lascht auf'm Buckl aufgnomma. Am Anfang wared mir net unbedingt gern gsehn, aber mit schwäbischem Fleiß hend mir zuapackt und z'samma mit de Einheimische a neues Land aufbaut.
Heutzutags gibt's viele Stimma, die meinen, mir sodded doch endlich aufhöra mit unserm Schwäbischschwätza.
D' Alte tätad sowieso aussterba und d' Junge wärad scho rechte Sudetadeitsche worra. Aber unser Sprach und unser Kultur isch auch a Stück deitsche Kultur!
Natürlich, unser Ziel, amol wieder retour z'kommen in unser Schwabaland, isch noch weit.
Aber auch der Teil von Europa ändert sich,....










"Sudetenland 3"

# „Es gibt keine gerechten Vertreibungen“

## Interview mit dem sudetendeutschen Sozialdemokraten Volkmar Gabert. Die Fragen stellte Elfriede Fink.



**Volkmar Gabert**

geboren am 11.3.1923 bei Teplitz-Schönau, ist Bundesvorsitzender der Seliger-Gemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft der sudetendeutschen Sozialdemokraten. 28 Jahre gehörte er dem Bayerischen Landtag an, 14 Jahre war er Fraktionsvorsitzender und 10 Jahre Landesvorsitzender der SPD in Bayern; außerdem langjähriges Mitglied des SPD-Parteivorstandes und fünf Jahre Abgeordneter im Europaparlament. Gabert ist Mitglied des Sudetendeutschen Rates und des Verwaltungsrates des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds.

*Gelegentlich wird die Meinung vertreten, die Sudetendeutschen seien selber schuld, daß sie nach dem Krieg „abgeschoben“ wurden – schließlich hätten sie 1938 Hitler zugejubelt und damit die CSR verraten. Wie stehen Sie zu dieser Auffassung?*

Bis 1935 haben fast 80 % der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakischen Republik die Parteien gewählt, die in der tschechoslowakischen Regierung mitgearbeitet haben. Es waren dies die sudetendeutschen Sozialdemokraten, die sudetendeutschen Christsozialen und der Bund der Landwirte. Erst nach 1935 hat sich durch die intensive Propagandaarbeit der Henlein-Partei diese Situation verändert. Dazu kommen noch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, insbesondere in den sudetendeutschen Industriegebieten und die falsche Haltung der tschechoslowakischen Regierung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Lösung der Nationalitätenprobleme.

Richtig ist, daß 1938 beim Vollzug des Münchner Abkommens nur jubelnde Sudetendeutsche gezeigt worden sind. Leider wurden die Sudetendeutschen nicht gezeigt, die wegen des Münchner Abkommens in die Konzentrationslager des Dritten Reiches eingeliefert wurden, mehr als 20.000 an der Zahl, und die 5.000 der Hitlergegner, die in die Emigration in die demokratischen Länder gegangen sind. Auch muß man dabei sehen, daß noch bei der Mobilisierung der tschechoslowakischen Streitkräfte im Herbst 1938 fast 90 % der sudetendeutschen Wehrpflichtigen in die tschechoslowakische Armee eingerückt sind und den Aufruf Konrad Henleins, über die Grenze in das sudetendeutsche Korps einzutreten, nicht befolgt haben. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Sudetendeutschen pauschal die tschechoslowakische Republik verraten hätten. Schon gar nicht kann damit begründet werden, daß die Sudetendeutschen nach dem Krieg (nicht „abgeschoben“, sondern) brutal vertrieben worden sind.

Vertreibungen sind immer ein Unrecht, weil es keine gerechten Vertreibungen gibt.

*Kundgebung gegen den Faschismus in Aussig/ Sudetenland im Mai 1937*



*Die sudetendeutsche Frage war auch ein Thema bei der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Bern am 7.2.1919 und auf dem Internationalen Sozialistenkongreß am 21.5.1923. In welcher Weise hat man sich dazu geäußert?*

Die sudetendeutsche Frage war bei dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Bern ein Teil der Tagesordnung. Die österreichische Sozialdemokratie und die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik haben auf dem Kongreß 1919 angeprangert, daß für die Sudetendeutschen das von Woodrow Wilson vertretene Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht angewandt worden ist und daß die sudetendeutschen Gebiete vom tschechoslowakischen Militär noch vor dem Friedensvertrag besetzt worden sind. Nach einer Rede von Josef Seliger

stimmte der Kongreß einer Resolution zu, in der für alle Völker das Recht der freien Entscheidung über ihre staatliche Zugehörigkeit gefordert wird. In strittigen Gebieten solle eine Volksabstimmung unter Kontrolle des Völkerbundes die Entscheidung treffen.



Sammlung R. Fink

*Spendenmarke „Für die hungernden Kinder im Adlergebirge"*

Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Hamburg am 21. Mai 1923 wurde eine Deklaration der sudetendeutschen und ungarischen Sozialdemokraten zur nationalen Frage vorgelegt. Die Tschechoslowakische Republik wurde darin als ein Staat der Gewaltherrschaft bezeichnet: Die parlamentarische Geschäftsordnung schalte die Minderheiten praktisch aus. Die deutschen Schulen würden rücksichtslos geschlossen. Die Pressezensur richte sich vorwiegend gegen die Zeitungen der nationalen Minderheit und die der kommunistischen Partei. Diese Entschließung wurde als Material auf diesem Kongreß behandelt. Die Sozialistische Internationale hat damals am Rande des Kongresses diese Vorkommnisse gerügt.

Man muß dazu wissen, daß die österreichische Sozialdemokratie 1899 in Brünn auf ihrem Parteitag ein Nationalitätenprogramm beschlossen hatte. Der deutsche Berichterstatter war Josef Seliger und der tschechische Berichterstatter war Antonin Nemec. Dieses Nationalitätenprogramm hat die volle Gleichberechtigung aller im Kaiserreich Österreich lebenden Völker in jeder Beziehung vertreten und auch eine demokratische föderalistische Ordnung innerhalb des Gebietes des österreichischen Kaiserreiches verlangt. Hätten die verantwortlichen Habsburger von damals dieses Programm verwirklicht, wäre Europa viel erspart geblieben.

*Die sudetendeutschen Sozialdemokraten hatten nach 1933 große Anstrengungen unternommen, um die aus dem Reich emigrierten Sozialdemokraten zu unterstützen. Nach 1938 mußten viele von ihnen sich nun ihrerseits zur Emigration entschließen. Wie wurden sie von den Tschechen aufgenommen?*

Die sudetendeutschen Sozialdemokraten haben sich nach der Machtübernahme von Hitler in Deutschland voll der Betreuung der emigrierten reichsdeutschen Sozialdemokraten gewidmet. Jedes Mitglied der sudetendeutschen Sozialdemokraten hat im Rahmen seines Parteibeitrages einen besonderen Beitrag für die Betreuung der deutschen Sozialdemokraten aus dem Reich bezahlt. Die emigrierten deutschen Sozialdemokraten haben auch Arbeit gefunden in den Organisationen der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, wie z.B. in den Genossenschaften, in den Gewerkschaften, im Arbeiter-Turn- und Sportverband und auch in den Erziehungsorganisationen der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Das gedruckte Material für die Verteilung im Deutschen Reich wurde in Karlsbad in der Druckerei der sudetendeutschen Sozialdemokraten fertiggestellt und über die grüne Grenze nach Deutschland gebracht. Ich weiß noch, daß wir als Jungen im Winter auf Skiern mit Rucksäcken durch die Wälder nach Sachsen gefahren sind, um dort die Druckerzeugnisse wie den „Neuen Vorwärts" an Kuriere der sächsischen Sozialdemokraten weiterzugeben. Es war eine großartige solidarische Haltung der sudetendeutschen Sozialdemokraten im Kampf gegen Hitler und in der Frage der Unterstützung der Emigranten aus dem Deutschen Reich.




*Asch: Abtransport deutscher Regimegegner nach dem Anschluß des Sudetenlandes*

Nach dem Münchner Abkommen sind viele sudetendeutsche Sozialdemokraten in das Innere Böhmens gegangen. Im großen und ganzen wurden sie von den tschechischen offiziellen Stellen gut aufgenommen, aber es gab auch wenig Erfreuliches wie die Tatsache, daß die tschechoslowakische Polizei sudetendeutsche Sozialdemokraten zwangsweise in Züge brachte und diese Züge dann über die Grenze nach Deutschland fahren ließ. So kam eine ganze Reihe von sudetendeutschen Sozialdemokraten, die sich schon in Sicherheit wähnten, in die Konzentrationslager des Dritten Reiches. Gott sei Dank waren solche Vorkommnisse Ausnahmen. Aber es hat sie gegeben, und sie waren eine bittere Enttäuschung.

Der Vorstand der sudetendeutschen Sozialdemokraten hatte erkannt, daß ein Verbleiben in der Rest-Tschechoslowakei nicht mehr möglich sein würde und hat daher mit der Sozialistischen Internationale eine Emigration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die demokratischen Länder Europas, Kanadas und die USA vorbereitet. Ca. 1.500 sudetendeutsche Sozialdemokraten wanderten nach Kanada aus, sehr viele kamen in die skandinavischen Länder aufgrund der Kontakte der sozialistischen Jugend-Internationale mit den schwedischen, norwegischen, dänischen und finnischen Sozialdemokraten, die um diese Zeit größtenteils Regierungsmitglieder waren. Einige Tausend kamen nach Großbritannien, sie wurden dort vom Lord-Mayor-Fonds betreut und später vom tschechischen Refugies-Trust-Fonds.



*Wenzel Jaksch*

Ich selbst habe am 15. März 1939 mit dem Rest meiner Familie mit dem letzten tschechoslowakischen Zug den Prager Wilson-Bahnhof verlassen. Es war ein Sonderzug mit 500 sudetendeutschen Sozialdemokraten. Wenzel Jaksch hatte um Mitternacht diesen Zug verabschiedet und gesagt, daß sicher in dieser Nacht noch irgend etwas geschehen werde, und er habe vor, in die britische Botschaft zu gehen. In Mährisch-Ostrau an der Grenze waren dann die deutschen Truppen und die SS bereits einmarschiert und stoppten den Zug. Es war der Geistesgegenwart eines britischen Labour-Mannes, der den Transport leitete, zu verdanken, daß der Zug nicht aufgehalten wurde. Die deutschen SS-Offiziere fragen ihn, was das für Leute in dem Zug seien, und er sagte: „Alles Juden". Worauf diese SS-Leute schrien: „Schauen Sie, daß Sie weiterkommen mit diesen Saujuden". So kamen wir nach Polen. Wir haben später in Gdingen erfahren, daß 10 Minuten nach Überschreiten der Grenze die Gestapo-Leitstelle von Prag verlangt hat, daß dieser Zug unbedingt aufgehalten werden muß. In Gdingen erklärten uns die polnischen Behörden, wir müßten sofort weiter, da die deutsche Reichsregierung unsere Auslieferung verlangt habe und die polnische Regierung sich nicht lange weigern könne. In dieser Nacht funktionierte die Sozialistische Internationale, und alle Schiffe im Hafen von Gdingen nahmen sudetendeutsche Sozialdemokraten auf. Der Rest meiner Familie und ich kamen mit vielen anderen auf einem britischen Schiff nach London. Alle 500 Zuginsassen konnten gerettet werden – die deutsche Reichsregierung hat damals noch Völkerrecht anerkannt.

*Nach Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren" hatte die tschechoslowakische Exilregierung ihren Sitz in London, und auch die stärkste Gruppe der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration fand sich in London ein. Wie entwickelte sich das Verhältnis zwischen Wenzel Jaksch und Edvard Beneš? Wie versuchte Jaksch, der Vertreibung entgegenzuwirken? Gab es auch Kontakte zur englischen Regierung?*

Der größte Teil der sudetendeutschen Sozialdemokraten, ungefähr 3.000 an der Zahl, kam nach Großbritannien. Dort war auch der Sitz des Parteivorstandes unter dem Vorsitz von Wenzel Jaksch. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten hatten erstklassige Kontakte zur britischen Arbeiterpartei und so auch später zur britischen Regierung. Ich selbst hatte noch viele Freunde, die später Minister waren, und ich war um diese Zeit Mitglied des Vorstandes des Jugendforums der Fabian Society und Vorsitzender der deutschsprachigen sozialistischen Jugend in Großbritannien sowie Mitglied des Exilvorstandes der sudetendeutschen Sozialdemokraten.

Beneš bildete später die Exilregierung in London. Sein Sitz war in der früheren tschechoslowakischen Botschaft am Hydepark.

Am Anfang gab es noch Gespräche zwischen Beneš, Wenzel Jaksch und anderen ehemaligen sudetendeutschen sozialdemokratischen Abgeordneten. Das ließ alles nach, als Beneš immer nachdrücklicher die Vertreibung der Deutschen in die Diskussion einbrachte.

Wenzel Jaksch und der Exilvorstand haben leidenschaftlich gegen die Vertreibung und Enteignung gekämpft. Sie hatten auch viel Unterstützung in Kreisen der britischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften und auch gute Kontakte zu den französischen, belgischen und italienischen Sozialdemokraten in der Emigration. Trotzdem gewannen Beneš und seine Freunde mehr und mehr Zustimmung zur Vertreibung als Mittel der Politik. Auch die Verbrechen der Nationalsozialisten haben viel dazu beigetragen, daß diese Methoden von Engländern und Amerikanern ernsthaft in Erwägung gezogen worden sind. Führende Journalisten haben in großen englischen Zeitungen Wenzel Jaksch im Kampf gegen die Vertreibungen unterstützt. Wenzel Jaksch hatte noch bis zum Verbrechen von Lidice jede Woche Gelegenheit, über den britischen Rundfunk in deutscher Sprache an die Sozialdemokraten in den Sudetengebieten heranzukommen. Erst nach Lidice ist es Beneš gelungen, diese Sendungen beim BBC zu verhindern.

*Die Heimat der Sudetendeutschen in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien sowie der Karpatendeutschen in der Slowakei*



*Wie bewerten Sie die Behandlung der Vertriebenenfrage in den letzten 50 Jahren in Deutschland, sowohl gesellschaftlich als auch politisch?*




Die deutschen Vertriebenen wurden trotz riesiger Schwierigkeiten im zerbombten Deutschland aufgenommen und gut behandelt. Die Zwistigkeiten zwischen Vertriebenen und Nicht-Vertriebenen hat es nicht in dem Maße gegeben wie erwartet, und über die politischen Parteien hinweg ergab sich dann das Lastenausgleichsgesetz, das für Vertriebene und Bombengeschädigte wichtige Hilfen zur Wiedereingliederung brachte. Die Vertriebenen haben sehr bald auch eine Rolle in der deutschen Politik gespielt, am Anfang die meisten in der sozialdemokratischen Partei, was später durch Sozialdemokraten selbst erschwert worden ist. Es gründete sich auch eine Vertriebenen-Partei, genannt BHE, die nach zwei Legislaturperioden auseinanderfiel und in den historischen deutschen Parteien aufgenommen worden ist. Dieser BHE war auch in einigen Regierungen in Bayern, in Hessen und in Baden-Württemberg mit vertreten.

Ich glaube, daß die Parteien damals mit Erfolg versucht haben, die Belange der Vertriebenen angemessen zu berücksichtigen.

*Sie sind eines der vier deutschen Mitglieder im Verwaltungsrat des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds. Vor allem beim Gesprächsforum, ansatzweise aber auch beim Zukunftsfonds hatte die tschechische Seite versucht, die Beteiligung von Sudetendeutschen zu verhindern. Wie bewerten Sie den Stand der (sudeten-)deutsch-tschechischen Beziehungen?*

Zunächst hat es wenig Kontakte zu den Tschechen gegeben, denn die Tschechoslowakische Republik war jenseits des Eisernen Vorhangs im kommunistischen Bereich Europas. Es war auch schwierig, mit der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Emigration im Westen in enge Kontakte zu kommen. Ich habe selbst einige Gespräche mit Vertretern dieser Emigration geführt und habe auch auf Exilparteitagen referiert. Es ist dann gelungen, mit diesen tschechoslowakischen Exilsozialdemokraten nach manchen Schwierigkeiten eine Zusammenarbeit zu entwickeln, und auf dem letzten Parteitag der Exilsozialdemokraten in Heidelberg haben die dortigen Delegierten erstmalig eine Entschließung gefaßt, die Vertreibungen als Unrecht bezeichnet hat. Der Vorsitzende der tschechoslowakischen Exilpartei, Dr. Karel Hruby und der Sekretär der Exilpartei, Jiri Loewy haben sich in dieser Frage sehr verdient gemacht.

Nach der „Samtenen Revolution" wurde der Kontakt zu den Tschechen besser. Nach der deutsch-tschechischen Erklärung wurde der deutsch-tschechische Zukunftsfonds gebildet, der von einem Verwaltungsrat von je vier Tschechen und vier Deutschen geleitet wird. Die dem Verwaltungsrat angehörenden Tschechen und Deutschen haben ein sehr gutes Verhältnis miteinander und arbeiten wirklich für den Ausgleich zwischen den Völkern.

Es gab zwar eine Zeit, wo nicht nur Tschechen, sondern auch deutsche Politiker verhindern wollten, daß auch Sudetendeutsche Mitglieder des Verwaltungsrats werden sollten. Ich muß sagen, daß sich der damalige Bundeskanzler Kohl in dieser Frage sehr klar verhalten hat und daß heute von den vier deutschen Verwaltungsratsmitgliedern trotz mehrfachen Widerstandes zwei Sudetendeutsche sind. Ihre Arbeit in diesem Gremium hat sich positiv ausgewirkt. Die sudetendeutsch-tschechischen Beziehungen könnten noch besser sein, aber immerhin gibt es heute Gespräche zwischen dem Sudetendeutschen Rat und tschechischen Politikern und Journalisten. Es gibt Gespräche zwischen den sudetendeutschen Sozialdemokraten und den tschechischen Sozialdemokraten. Es gibt Gespräche zwischen der Ackermann-Gemeinde und den tschechischen Christsozialen und es gibt sehr enge Beziehungen zwischen den sudetendeutschen Heimatgruppen und den Gebieten, aus denen sie vertrieben worden sind.

Die sudetendeutschen Sozialdemokraten haben eine gemeinsame Kundgebung im vorigen Jahr in Straubing durchgeführt. An dieser Kundgebung hat auch der stellvertretende Ministerpräsident Egon Lansky gesprochen. Sein Auftritt hat wesentlich zu einem besseren Verhältnis zwischen den sudetendeutschen Sozialdemokraten und den tschechischen Sozialdemokraten geführt. Besonders erwähnt muß dabei noch die Rolle des tschechischen Senators Petr Moravek aus Eger, der schon seit Jahren die Verständigung zwischen den tschechischen und den sudetendeutschen Sozialdemokraten vertreten hat. Ich glaube, daß jetzt langsam ein Durchbruch in den Beziehungen erreicht wird, wenn es auch manche Rückschläge gibt.

**Petr Příhoda**

# Tschechische Debatten
## über die Vertreibung der Deutschen

Seit der Vertreibung der Deutschen aus den böhmischen Ländern sind mehr als fünfzig Jahre vergangen. Dennoch ist die Vertreibung bis heute nicht Gegenstand einer sachlichen, öffentlichen Debatte geworden. Es fehlt eine wichtige Voraussetzung: das Frei-Sein. Zuerst das Frei-Sein vom kommunistischen Joch, jetzt das Frei-Sein vom Druck der öffentlichen Meinung und den eigenen Vorurteilen. Den gemeinsamen Nenner bildet das Frei-Sein von Angst.

### Nach dem Krieg

Die hoch aufwogende Welle des Hasses gegen die Deutschen bewirkte, daß die tschechische Öffentlichkeit die Vertreibung der Deutschen als Akt einer „gerechten Vergeltung" sowie auch als „Präventivmaßnahme" akzeptierte. Von ihrer Brutalität wußten nur direkte Akteure und Augenzeugen, ansonsten wurde darüber nicht gesprochen. Utilitaristische Gründe und auch das Bedürfnis, die Stimme des schlechten Gewissens zum Schweigen zu bringen, bewirkten eine Synergie mit dem Willen der politischen Nachkriegsrepräsentanz. Das Thema Vertreibung war schon damals tabu.

*Utilitaristische Gründe und auch das Bedürfnis, die Stimme des schlechten Gewissens zum Schweigen zu bringen, bewirkten eine Synergie mit dem Willen der politischen Nachkriegsrepräsentanz. Das Thema Vertreibung war schon damals tabu.*

Während des Krieges konzentrierte sich der Naziterror selektiv auf die intellektuelle Elite des Volkes. Nach dem Krieg fehlten deshalb diejenigen, die hätten helfen können, die allgemeine Demoralisierung zu überwinden (jene Demoralisierung, die dann die Kommunisten ausnutzten). Auch damals wurden einzelne Proteste gegen die Brutalität der Vertreibung laut. Da war z.B. der evangelische Aktivist Přemysl Pitter und die Wochenzeitungen „Obzory" (= Horizonte, Anm.Üb.) und „Dnešek" (= Heute, Anm.Üb.). Die Zeitung „Obzory" gab die christlich orientierte Tschechoslowakische Volkspartei (Ceskoslovenská strana lidová) heraus, von ihren Redakteuren lebt heute noch Pavel Tigrid. „Dnešek" war die Zeitschrift der unabhängigen Intelligenz, redigiert wurde sie vor Ferdinand Peroutka. Diese Stimmen riefen haßerfüllte Reaktionen des Großteils der damaligen Presse hervor, die nationalistisch oder kommunistisch eingestellt war.

### Die kommunistische Machtübernahme 1948

Im Jahr 1948 nutzten die Kommunisten eine Regierungskrise aus und erlangten mit Hilfe ihrer in den nichtkommunistischen Parteien eingeschleusten Agenten ein Machtmonopol. Hunderttausende gingen damals ins Exil, auch Přemysl Pitter, Pavel Tigrid und Ferdinand Peroutka. Der von den Kommunisten entfesselte Terror dauerte mehrere Jahre an. Mit ihrer Demagogie vermochten sie einen beachtlichen Teil der Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Bis heute wird darüber gestritten, ob es die Mehrheit war oder nicht. Über die Vertreibung wurden keine Debatten geführt, weil überhaupt keine Debatten geführt wurden. Der systematischen kommunistischen Propaganda gelang es allerdings, der tschechischen Öffentlichkeit (einschließlich der jüngeren Generation) die Angst vor dem „deutschen Revanchismus" einzupflanzen. Das war ihr einziges Argument, das wirkte, selbst als der Glaube an den Sozialismus begann dahinzuschwinden.

Im Jahr 1951 eröffnete eine Gruppe junger tschechischer Exulanten auf den Seiten der in der Schweiz herausgegebenen Zeitschrift „Současnost" (Gegenwart, Anm.Üb.) die erste freie und kritische Diskussion über die Vertreibung. Das rief den Widerspruch der nationalistisch gesinnten Exil-„Senioren" hervor. Diese Initiative verschwand jedoch nicht in der Versenkung. Viele von jenen Jungen wurden Redakteure der tschechischen Sendungen in „Radio Free Europe". Klar war aber auch, daß sie selbst im Exil ein Minderheitenvotum darstellten.

### Der Prager Frühling 1968

Der Unwille über die Abhängigkeit von Moskau, aber auch die Sehnsucht nach Demokratie riefen eine emanzipatorische Bewegung hervor, der dann die Sowjetpanzer ein Ende machten. Während dieser wenigen Monate einer relativen Freiheit kamen auch tabuisierte Themen an die Reihe. Davon gab es bereits mehrere: die kommunistische Machtübernahme selbst, der Terror der fünfziger Jahre und die Praktiken der Staatssicherheit, die historische Rolle der UdSSR, das tschechische Exil, das Schicksal der Juden und das Verhältnis zum

Staat Israel, die ökologische Bedrohung und auch – die Vertreibung der Deutschen.

Auf den Seiten der Literaturzeitschrift „Host do domu“ (Gast im Haus, Anm.Üb.) entwikkelte sich im Mai 1968 eine Diskussion, bei der erstmals die Vertreibung der Deutschen als solche öffentlich in Frage gestellt wurde (nicht nur deren „Exzesse“). Diskussionsteilnehmer waren der Historiker Milan Hübl, der Schriftsteller Jan Procházka und der Redakteur Vladimir Blažek. Die damalige Episode der Freiheit war viel zu kurz, um eine breitere Debatte entstehen zu lassen.

**Zwanzig Jahre „Breschnew-Doktrin“**

Nach der sowjetischen Okkupation folgte eine neue Welle von Massenemigration sowie drakonische „Säuberungen“ nicht nur in der kommunistischen Partei, sondern in allen Institutionen. Die Aufhebung der Rede- und Versammlungsfreiheit, kompensiert mit einem relativ befriedigenden Lebensstandard, versetzte die tschechische Gesellschaft in einen Zustand matter Bewegungslosigkeit. Viele Themen waren wieder tabu. Die freie Debatte war auf zwei exklusive Räume beschränkt: die Dissidenten und das Exil. Glücklicherweise gelang es, zwischen beiden eine konspirative Verbindung herzustellen. Wichtige Texte des „Samizdat“ erschienen in der Exilpresse, die, in die Heimat geschmuggelt, die Meinung der Dissidenten beeinflußte.

In Jahr 1977 traten die Dissidenten öffentlich mit ihrem Manifest „Charta 77“ auf. Kurz darauf veröffentliche Ján Mlynárik, ein in Prag lebender slowakischer Historiker und Signatar jenes Manifests, unter dem Pseudonym Danubius zuerst im Samizdat und dann im Exil seine „Thesen über die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen“, worin er die Vertreibung als solche verurteilt. Das rief eine leidenschaftliche Polemik in den Reihen der Dissidenten hervor. Mlynárik wurde von der Gruppe „Bohemus“ mit dem Text „Standpunkt zur Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei“ unterstützt. Sie konstatierte, daß die Frage der Vertreibung nicht nur Sache der Vergangenheit, sondern auch der Zukunft ist, daß diese Frage offen ist. - „Danubius“ sowie auch „Bohemus“ repräsentierten weiterhin den Standpunkt einer Minderheit – in den Reihen der Dissidenten ebenso wie im Exil.

Das war das letzte klare Wort zur Sache. Anzumerken wäre, daß die tschechischen Dissidenten in dieser Zeit dringendere Sorgen hatten und daß es dem kommunistischen Regime gelungen war, sie von der Mehrheit der Gesellschaft zu isolieren. Diese war auf einen Umsturz im November 1989 nicht vorbereitet.

**Der Wendepunkt – November 1989**

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik war in Mitteleuropa das letzte Land, in dem das kommunistische Regime zerfallen war. Die schlaffe tschechische Öffentlichkeit reagierte nicht aktiv auf Gorbatschows „Perestrojka“ und auch nicht auf die Demontierung des Systems in Polen und Ungarn. Wachgerüttelt wurde sie durch der Massenexodus der jungen Deutschen aus der DDR und durch die Revolte der Prager Hochschüler. Für kurze Zeit kamen auch die Dissidenten zu Worte. Václav Havel antwortete im Dezember 1989 auf die direkte Frage einer Fernseh-Moderatorin, daß die Vertreibung ein Unheil war und wir verpflichtet seien, uns bei den vertriebenen Deutschen zu entschuldigen. Damit rief er bei der Öffentlichkeit eine bange Überraschung hervor und einen Sturm der Entrüstung bei den Kommunisten. Die nutzten das für eine neuerliche Legitimierung ihrer Positionen, und sie zehren heute noch davon.

Die Pressefreiheit ermöglichte es, jeden Standpunkt zur Vertreibung zu publizieren: den ablehnenden, den billigenden, den verlegenen und auch den pharisäisch-pragmatischen. Das Pragmatische ist für die derzeitige tschechische „Realpolitik“ der demokratischen politischen Parteien charakteristisch, weil die Mehrheit der Öffentlichkeit – wohl drei Viertel – es ablehnt, das Thema Vertreibung zu aktualisieren.

*Die Aufhebung der Rede- und Versammlungsfreiheit, kompensiert mit einem relativ befriedigenden Lebensstandard, versetzte die tschechische Gesellschaft in einen Zustand matter Bewegungslosigkeit.*

*„Danubius“ sowie auch „Bohemus“ repräsentierten weiterhin den Standpunkt einer Minderheit – in den Reihen der Dissidenten ebenso wie im Exil.*

*„Wir sind uns darin einig, daß die Grundvoraussetzung für die wirkliche Freundschaft unserer Völker die Wahrheit ist. Wie hart auch immer, soll sie doch gesagt werden. (...)*

*Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte. Das war keine Strafe, das war Rache. Darüber hinaus verjagten wir sie nicht auf der Grundlage erwiesener individueller Schuld, sondern einfach als Angehörige einer bestimmten Nation. Und so haben wir in der Annahme, der historischen Gerechtigkeit den Weg zu bahnen, vielen unschuldigen Menschen, hauptsächlich Frauen und Kindern, Leid angetan. (...)*

*Doch auch in anderer Weise hat sich unsere damalige Entscheidung nicht ausgezahlt: dadurch, daß wir plötzlich ein umfangreiches Stück unseres Landes verwüstet haben, haben wir unwillkürlich das Unkraut der Verwüstung in unsere ganze Heimat eingelassen.*

*Die Opfer, die eine Wiedergutmachung verlangt, werden also - unter anderem - auch der Preis für die Irrtümer und Sünden unserer Väter sein. (...)*

*Im übrigen kann erst auf dem Terrain der Gerechtigkeit die Gabe der Vergebung blühen und damit auch die eigene Freiheit vom Zorn.“*

Aus der Rede des Präsidenten der CSSR Václav Havel am 15. März 1990 anläßlich des Besuches von Bundespräsident von Weizsäcker in Prag



Dem Druck der öffentlichen Meinung gab schließlich auch Václav Havel nach. Das geschah mit seiner Rede im Prager Carolinum im Februar 1995. Diejenigen, die die Vertreibung prinzipiell ablehnen, reagierten darauf mit der Erklärung „Versöhnung 1995"; die Mehrzahl der Tageszeitungen lehnte ab, diese Erklärung abzudrucken.

*Die Unversöhnlichkeit der Standpunkte dauert an, die Schützen werden langsam von Müdigkeit übermannt.*

Es entstand keine rationale Debatte über die Vertreibung der Deutschen. Was entstand, war eher ein Schußwechsel. Die Unversöhnlichkeit der Standpunkte dauert an, die Schützen werden langsam von Müdigkeit übermannt. Das Thema Vertreibung schwindet aus dem medialen Raum. Gelegentlich wird es durch irgendein politisches Ereignis wiederbelebt. Ein solches war z. B. die lange vorbereitete „Deutsch-tschechische Erklärung", die versprach, daß beide Seiten ihre gegenseitigen politischen Beziehungen nicht mit den Problemen der Vergangenheit belasten werden. Die parlamentarische Ratifikation (Januar 1997) rief davor und danach ein stürmisches Echo in den Medien hervor, das ich mir erlaube als hysterisch zu charakterisieren.

Seit der Zeit erscheint das Thema Vertreibung nur vereinzelt und ohne jedes Echo in der medialen Szene.



*Tschechische Aufseher im Todeslager für Sudetendeutsche in Miröschau – darunter auch Frauen und Halbwüchsige, die sich als besonders „eifrig" erwiesen. Das Foto stammt aus einem Bericht des tschechischen Privatsenders TV NOVA der CNTS GmbH. Diese Art des Umgangs mit Geschichte ist in der Tschechischen Republik jedoch eher die Ausnahme.*

**Was sagen die Fachleute dazu**

Die Vertreibung der Deutschen war in unserer Nachkriegsgeschichte der erste verbrecherische Willkürakt der Staatsmacht, dem weitere folgten, dann jedoch schon unter der Flagge des Klassenkampfes und in die „eigenen" Reihen gerichtet. Schon aus diesem Grund sollten wir darüber so viel wie möglich wissen und folglich das Wort den Historikern geben, die sich nach dem Umsturz von 1989 frei äußern können. Die Gemeinde der Fachhistoriker ist aber in puncto Vertreibung ähnlich polarisiert wie die Öffentlichkeit. Der Grund? Die Analyse der eigenen Vergangenheit ist für die tschechische Gesellschaft eine allzu schmerzliche Aufgabe, deshalb widerstanden auch die Historiker nicht ihrer Politisierung. Nicht alle. Diejenigen, die sich noch während ihrer Dissidentenzeit über die Vertreibung kritisch äußerten, haben ihren Standpunk selbstverständlich nicht geändert. Einen kritischen Standpunkt nahmen auch Jan Křen und Václav Kural ein, die sich diesem Thema früher nicht so sehr gewidmet hatten, aber nun in der gemischten deutsch-tschechischen Historikerkommission waren, die sich detailliert mit der Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen befaßt. Von den Historikern der jüngeren Generation trugen am meisten Eva Hahn („Sudetoněmecký Problem"/ Das sudetendeutsche Problem/, 1996; die Autorin kehrte nicht aus dem Exil zurück und lebt in der BRD) und Tomáš Staněk (Autor mehrerer Arbeiten, insbesondere jedoch „Persekuce 1945", 1996) zu einer Analyse des Problems bei.

*Die Analyse der eigenen Vergangenheit ist für die tschechische Gesellschaft eine allzu schmerzliche Aufgabe.*

Diese Historiker greifen jedoch nur selten in die Polemiken in den Medien ein. Sie haben ihre Meinung schon oft gesagt, und dem ist nichts mehr hinzufügen – die Hauptströmung der öffentlichen Meinung konnten sie in keiner Weise beeinflussen. Das gleiche gilt auch für weitere nonkonforme Intellektuelle, die nicht Historiker sind, aber sich zur Sache kritisch äußern. Ein wichtiger Umstand ist, daß diesen Menschen eine ausreichende Zahl von „Multiplikatoren" (z.B. unter den Lehrern) fehlt.

**Schlußfolgerung**

Die Vertreibung der Deutschen ist immer noch ein wichtiges Politikum. Die Unlust, sich mit der Vergangenheit zu befassen, ist allgemein, das gilt auch für die vierzigjährige Vergangenheit des kommunistischen Regimes. Das Thema Vertreibung ist auch deshalb höchst sensibel, weil die Unsicherheit vor der eigenen Zukunft und die Ängste vor Deutschland, das um so vieles größer sowie wirtschaftlich und kulturell leistungsfähiger ist, in dieses Thema hineinprojiziert werden – während die mißglückte Transformierung nach dem November 1989 die tschechische Gesellschaft in einen Zustand passiver Schlaffheit versetzt hat, die Präsident Havel als „blöde Stimmung" bezeichnet hat.

Trotzdem gelang es nach dem November 1989, einen sudetendeutsch-tschechischen Dialog anzufangen, einstweilen nur „auf christlichem Boden". Dessen Initiatoren waren die Ackermann-Gemeinde und die Tschechische christliche Akademie. Es existiert auch ein offener Dialog zwischen der katholischen und der evangelischen Kirche auf beiden Seiten. Das ist bis jetzt nicht viel.

**Dr. Petr Příhoda**

(*1939) ist Hochschullehrer für ärztliche Ethik und freier Journalist; in den Jahren 1990-1992 war er als Berater des Regierungsvorsitzenden der Tschechischen Republik tätig. Während seiner Dissidentenzeit publizierte er unter dem Pseudonym František Jedermann den Band „Verlorene Geschichte", der 1985 in der BRD erschien, und im Jahr 1998, gemeinsam mit Petr Pithart, dem ehemaligen Premierminister, das Buch „Citanka odsunutých dějin" (= Lesebuch der verdrängten Geschichte).

Übersetzung des Aufsatzes aus dem Tschechischen: Gudrun Heißig

# „Genosse, du theoretisierst zu viel!“

## Interview mit Ludek Pachmann über seine Eindrücke vom Umgang der Tschechen mit dem Thema Vertreibung

**Ludek Pachmann,**

geboren 1924 in Weißwasser u. Bösig unweit der deutschen Sprachgrenze, wurde – nach einer Inhaftierung durch die Gestapo – 1943 Marxist und Kommunist. Aus Protest gegen die großen politischen Prozesse legte er Ende 1952 alle politischen Ämter nieder und widmete sich überwiegend dem Schachspiel. Seit 1954 internationaler Schachgroßmeister. 1968 Rückkehr in die Politik – auf Seiten der Schriftsteller, die den ersten Auftakt zum Prager Frühling gaben. Aufgrund seiner öffentlichen Stellungnahmen gegen die sowjetische Okkupation und für die katholische Kirche wurde Pachmann zweimal verhaftet und gefoltert. 1972, nach Protestaktionen im Westen, erfolgten Ausbürgerung und Abschiebung in die Bundesrepublik. Von 1985 bis Ende 1989 leitete Pachmann in Altensteig/Schwarzwald das Projekt eines „Schachgymnasiums“. Im März 1998 gaben er und seine Frau die 1990 von den tschechischen Behörden wiedererteilte Staatsbürgerschaft „aufgrund verschiedener negativer Entwicklungen“ zurück. – Wie Pachmann erst dieser Tage erfuhr, umfaßt seine StB-Akte mehr als 2.500 Seiten... Die Interviewfragen stellte Elfriede Fink.

2 Fotos: Ekkehard Kuhn



*Ludek Pachmann (rechts) zusammen mit ZDF-Redakteur Ekkehard Kuhn in der Karlsbader Mühlbrunn-Kolonnade*

*Vor zwei Jahren wurde im ZDF ein Dokumentarfilm ausgestrahlt mit dem Titel „Tschechen und Deutsche – Böhmen und Mähren im Herzen Eurpoas“, für den Sie zusammen mit Ekkehard Kuhn das Drehbuch geschrieben haben. Eigentlich sollte der Film als deutsch-tschechische Coproduktion auch im tschechischen Fernsehen gesendet werden. Warum kam es nicht dazu?*

Im Frühjahr 1996 hatte ich dem Tschechischen Fernsehen dieses Projekt vorgeschlagen und war dort auf fast begeisterte Zustimmung gestoßen. Ich wurde bevollmächtigt, nicht nur das Drehbuch auszuarbeiten, sondern auch einen deutschen Partner für die Produktion des Filmes zu finden. Das ZDF erklärte sich dazu bereit; Zeitgeschichts-Redakteur Ekkehard Kuhn wurde Koautor des Drehbuches.

Bevor wir jedoch den genauen Text dieses Drehbuches dem Tschechischen Fernsehen vorlegen konnten, erhielt ich von jener Seite plötzlich inhaltliche Weisungen aufgrund mehrerer Gutachten, die alle aus derselben Quelle stammen: vom tschechischen Teil der Deutsch-Tschechischen Historiker-Kommission unter Vorsitz von Prof. Křen.
Zwei Beispiele der verlangten Änderungen:

Der Toten des 4. März 1919 durfte nicht gedacht werden. Als Begründung führte der Stellvertreter von Prof. Křen, Doz. Dr. J. Pešek, an: „Am 4. März 1919 haben die linken deutschen Sozialdemokraten versucht, mit Gewalt – auch mit Waffengewalt – die Macht in den Grenzgebieten an sich zu reißen und diese Gebiete an das Deutsche Reich anzugliedern.“ Und so war es nach seinen Worten richtig, wenn die tschechische Armee dann auf die Bolschewisten geschossen habe, genauso wie sie früher auf die russischen Bolschewisten geschossen hatte. – Ich protestierte gegen diese Verdrehung der historischen Tatsachen. Denn die Demonstranten des 4. März 1919 waren in allen neun Städten, in denen insgesamt 54 von ihnen erschossen und hunderte schwer verletzt wurden, unbewaffnet, und sie verlangten keine Angliederung an das Deutsche Reich, sondern an „Deutsch-Österreich“. Es war dies eine zwar unrealistische, aber zweifelsohne legitime Forderung.

In einem zweiten Gutachten an die Prager Fernseh-Redaktion – von Prof. Dr. Dr. Dr. Skála DrSc. – waren die Morde durch Armee und Gendarmerie sehr einfach gerechtfertigt worden: Sie schossen deshalb, weil die deutschen



*Ehrengrab für die Toten des 4. März 1919 in Kaaden*

Demonstranten sie provoziert und ausgelacht hätten.

Ein anderer Stein des Anstoßes war die Zahl der Todesopfer der Vertreibung. Ich stützte mich auf offizielle Quellen und schrieb von mehr als 200.000. Nun sollte mir eine Zahl von 15.000 bis höchstens 25.000 „erlaubt" werden. Ich lehnte diese Anordnungen jedoch unter Berufung auf meine vom tschechischen Fernsehen schriftlich bestätigten Rechte als Autor ab. Inzwischen waren auch die Drehtermine der beiden Fernsehanstalten fest geplant, und so wartete ich zusammen mit dem deutschen Kamerateam am 31. Juli 1996 in Karlsbad auf die tschechischen Kameraleute. An ihrer Stelle kam ein Fax des Prager Fernseh-Chefs an den Intendanten des ZDF: Die Koproduktion sei nicht möglich, weil Herr Pachmann eigentlich kein tschechischer Autor sei, sondern ein deutscher. Trotz meines Angebots, im Interesse der Koproduktion auf meine Mitwirkung zu verzichten, bestand das ZDF auf dem Vertrag. Und so wurde der Film eben im Frühjahr 1997 nur im ZDF gesendet, dort aber mit so großem Erfolg, daß er im Herbst in 3SAT wiederholt wurde.



*Schachgroßmeister Ludek Pachmann beim Simultan-Schach , bei dem gegen 30 bis 50 Gegner gleicheitig gespielt wird.*

Die Geschichte dieses Filmes und der gescheiterten deutsch-tschechischen Coproduktion ist für die gegenwärtige Stimmung in Tschechien sehr typisch: Man will einfach mit den Sudetendeutschen gar nicht reden.

*Die Aufbruchstimmung, um nicht zu sagen die Euphorie nach 1989 bei den Tschechen und bei den Sudetendeutschen hat also nicht halten können, was sie versprochen hatte.*

Leider nein. Im Jahre 1990 hatte ich für die tschechische christlich orientierte Volkspartei KDU-CSL etwa 120 Wahlkampfeinsätze absolviert und dabei bezüglich der Bewertung der sudetendeutschen Frage breite Zustimmung gefunden. Das von mir (übrigens schon seit den 70er Jahren) propagierte Konzept lautete: Die beiderseitige materielle Entschädigung sollte mehr symbolischer Art sein, da die CSFR damals (wie auch Tschechien heute) keine Möglichkeit hatte, den riesigen Wert des in den Jahren 1945/46 konfiszierten deutschen Eigentums zu ersetzen. Dagegen sollten die Tschechen die teilweise bekannten Massenmörder der Zeit nach dem 8. Mai 1945 bestrafen, und sie sollten sich fragen, inwieweit sich diese Verbrechen von den nationalsozialistischen Greueltaten unterscheiden.

Für mich unbegreiflich war die spätere Entwicklung. Die große Mehrheit der Bevölkerung kehrte zu alten chauvinistischen Positionen zurück und lehnte nicht nur eine moralische Wiedergutmachung, sondern darüber hinaus jedweden Dialog mit den Sudetendeutschen ab.

Auch die Mitglieder der Deutsch-tschechischen Historiker-Kommission wurden übrigens sorgfältig so ausgewählt, daß deren gelinde gesagt einseitige Darstellung der tschechisch-deutschen Geschichte in Böhmen und Mähren die „Versöhnungsarbeit" der Politiker nicht „belasten" würde. Ihr tschechischer Vorsitzender, Dr. J. Křen, hat seine in der kommunistischen Zeit erworbene realistische Position grundlegend geändert. In einem seiner Vorträge – schon in seiner jetzigen Funktion – verglich er am 2. April 1996 die Sudentendeutsche Landsmannschaft mit den Nazis. Für mich eine alte Masche: Als ich in den Jahren 1974-84 als Vorsitzender der „Freien Gesellschaft zur Förderung der Freundschaft mit den Völkern der Tschechoslowakei" tätig war, wurde deren stellvertretender Vorsitzender Dr. Walter Becher, der damalige Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, immer als „alter Nazi" beschimpft. In Wirklichkeit gehörte er bis 1938 innerhalb der „Sudetendeutschen Partei" zu dem Flügel, der gegen die Abtrennung des Sudetenlandes von der CSR und lediglich für die Autonomie der deutschen Bevölkerung innerhalb des Staates eintrat. Gleich nach dem Münchner Abkommen wurde er zusammen mit Gleichgesinnten vor Gericht gestellt. Alle wurden verurteilt, und vor dem KZ hat sie nur der Ausbruch des Krieges gerettet – sie meldeten sich „freiwillig" an die Front. Und nun hierzu noch Originalton Rude Pravo: „Pachmann hat in Deutschland nur einen einzigen Freund – den alten Revanchisten und Nazi Dr. Becher. Beide möchten an der Spitze der Bundeswehr in die Tschechoslowakei einmarschieren – wieder einmal sollen die Straßen von Pilsen und Prag mit tschechischen Schädeln gepflastert sein."

*Dabei waren Sie bis 1968 selbst überzeugter Marxist gewesen...*

Ja, im Frühjahr 1943 hatte ich mich – damals schon in Prag wohnend – einer marxistisch orientierten Widerstandsgruppe angeschlossen. Im September 1944 versteckte ich sogar vier Wochen lang einen Kommissar des Partisanen-Regiments in meinem Minizimmer in Prag-Smichov. Dort bekam ich damals eine Schulung in Sachen Marxismus und „proletarischem Internationalismus" erteilt. Auf meine Frage hin machte mein Gast jedoch einen klaren Unterschied zwischen den Begriffen Deutsche und Nazis.

Im Sommer 1945 habe ich dann bei einer Parteiversammlung das Wort ergriffen und gegen die Vertreibung der Sudetendeutschen protestiert. Der Referent, ein hoher Parteifunktionär, nahm mir den Lautsprecher aus der Hand und rief: „Genosse, du theoretisierst zu viel! Es geht bei dieser Aktion darum, die Grenze des Slawentums nach Westen zu verlagern!" Es gelang mir, den Lautsprecher für wenige Sekunden zurückzuerobern, und ich rief, Marx habe aber doch wohl keine so hohe Meinung vom Panslawismus gehabt. Dann wurde ich endgültig zum Schweigen gebracht.

Diese Episode betrachte ich bis heute als ein großes Glück: Hätte ich damals die Vertreibung gutgeheißen, hätte ich nie 27 Jahre später eine neue Heimat im schönsten Land der Welt finden können – mein Gewissen hätte es nicht erlaubt...

**Witold Stankowski**

# Schatten der Vergangenheit

## Persönliche und politische Anmerkungen zur polnischen Vertreibungsdebatte

**In der Diskussion über die Vertreibung der Deutschen nach 1945 sind die Standpunkte der Polen immer noch so unvereinbar mit denen der Deutschen wie bezüglich der uralten Frage, ob Nikolaus Kopernikus Pole oder Deutscher war: Bis heute werden dem Besucher von polnischer und von deutscher Seite zwei verschiedene Gebäude in Thorn als Geburtshaus des berühmten Astronomen präsentiert...**

Für das Thema Vertreibung (so die deutsche Terminologie) / Aussiedlung (so die polnische Terminologie) begann ich mich erst nach meinem Studium der Geschichte zu interessieren. Das war im Jahre 1989, also gleichzeitig mit der politischen Wende in Ost-Mitteleuropa. Jetzt, nach fast zehn Jahren, blicke ich zurück auf „mein Leben mit diesem Thema".

**Die Erzählungen meiner Eltern über die Deutschen und das Bild der Deutschen im Fernsehen vor 1989**

Mein Vater, geboren 1908, von Herzen Kaschube, unterstand bis 1920 als Pole dem preußischen Staat. Er war meine Informationsquelle über die damaligen Verhältnisse. Meine Mutter, geboren 1928, Polin, wuchs schon in der Zwischenkriegszeit auf. In ihrer Geburtsstadt Wloclawek an der Weichsel in Zentralpolen lebten damals neben Polen auch Juden und Deutsche. Während des Zweiten Weltkrieges war sie als Dienstmädchen bei einer deutschen Familie tätig. Sie „landete" nach 1950 in der Nähe von Danzig, wo mein Vater lebte. Sie erinnert sich noch an die Fahrt von Wloclawek in die Kaschubei, als sie im Zug nichts von den Erzählungen der Mitreisenden verstanden hat. Sie sprachen kaschubisch, vermischt mit deutsch. Ich selbst bin in dem Jahre geboren, als der polnische Staat das 1000jährige Jubiläum seiner Gründung gefeiert hat. Als Kindheitserinnerung ist mir im Gedächtnis geblieben, daß ich 1980 wegen der Streiks der „Solidarnosc" die erste Klasse des Gymnasiums erst eine Woche später angefangen habe.

Mein Vater hatte mir vom Schicksal einiger deutscher Familien nach 1945 erzählt. Einmal erzählte er von zwei deutschen Frauen, einer alten und einer jungen, die trotz Aussiedlung in Polen geblieben waren. Die junge Frau konnte erst nach vielen Schwierigkeiten einen Arbeitsplatz finden. Bei der Eisenbahnschienenmeisterei hat sie schließlich zusammen mit polnischen Männern Eisenbahnschienen verlegt. In den 50er Jahren verließ sie dann zusammen mit anderen Deutschen ihre Heimat. – Die zweite Erzählung betrifft eine deutsche Familie im Jahre 1945. Der Sohn dieser Bauernfamilie wurde von den Russen nach Sibirien verschleppt. Die übrige Familie wohnte bis zur Aussiedlung auf ihrem Gut, jedoch – da der Hof durch eine polnische Familie übernommen worden war – in den Zimmern, die früher für die polnischen Knechte bestimmt gewesen waren. Dies waren meine ersten Begegnungen mit der Geschichte der Deutschen nach 1945.

Schule, Fernsehen und Eltern waren die Quellen für mein Wissen über die Deutschen. In der Schule hörte ich viele Fakten aus der Geschichte der deutsch-polnischen Nachbarschaft: Kreuzritter, Grunwald/Tannenberg 1410, polnische Teilungen und die Rolle Preußens, Germanisierung

*Republik Polen 1923-1938*



polnischen Gebietes, Bismarck, der Erste Weltkrieg, Hitler, der Zweite Weltkrieg. Der wechselseitige Kampf zwischen Polen und Deutschen war ein Hauptthema der Geschichte. Eine Darstellung des Lebens der beiden Völker aus soziologischer Sicht fehlte. Das Fernsehen präsentierte regelmäßig einmal pro Woche einen Film über den Zweiten Weltkrieg. Das russische Hollywood versorgte Polen mit diesen Filmen.

**Das erste Zusammentreffen mit Deutschen**

Mein Vater war zuerst als Lehrer in Masuren tätig – zunächst in der Stadt Dzialdowo/Soldau, dann als Direktor einer nahegelegenen Schule auf dem Dorf. Diese Schule besuchten neben polnischen auch deutsche Kinder. 1938 kam mein Vater im Austausch gegen einen anderen Lehrer zurück in die Kaschubei; allerdings stand in seinem Paß unter der Rubrik Beruf „Arbeiter". Das hat ihn vor der Gestapo gerettet.

Anfang der 70er Jahre bekam jener Schuldirektor – mein Vater – Besuch von einer Gruppe von Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Gruppe war auch eine Frau, die bis 1945 bei jener Schule nahe Danzig gewohnt hatte. Mein Vater und sie waren von diesem Treffen sehr angetan. Erinnerungen erfüllten die Gespräche. 1976 hat uns diese Frau dann nach Deutschland eingeladen. Wir erlebten damals einen Schock. Zum ersten Mal haben wir gesehen, wie die Menschen im Westen lebten. Die zweite Einladung, diesmal durch eine Schülerin meines Vaters aus dem Dorf nahe Dzialdowo/Soldau, führte uns nach Nürnberg. Das war im Jahre 1980. Unsere Reisen 1976 und 1980 waren erst durch die Politik der Bundesrepublik Deutschland möglich geworden. Die sogenannte Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt, die Entwicklung des polnischen Staates mit Hilfe deutscher Kredite, war im Prinzip positiv für die Kontakte zwischen Polen und Deutschen.

*Durch meine Begegnungen mit Deutschen habe ich festgestellt, daß es nicht nur böse Deutsche gibt, wie sie in den Filmen über den Zweiten Weltkrieg gezeigt wurden, sondern auch „normale" Deutsche.*

Die Begegnungen meiner Eltern mit Deutschen haben mein Verhältnis zu den Deutschen verändert. Damals als Junge habe ich festgestellt, daß es nicht nur böse Deutsche gibt, wie sie in den Filmen über den Zweiten Weltkrieg gezeigt wurden, sondern auch „normale" Deutsche.

**Böse und gute Deutsche**

Bis zur politischen Wende 1989/90 in Ost-Mitteleuropa waren die guten Deutschen die Deutschen aus der Deutschen Demokratischen Republik. Die sogenannten „Trabideutschen" besuchten Polen und die polnische Bevölkerung umgekehrt die DDR. Viele Arbeiter aus Polen arbeiteten an den größten Baustellen des Sozialismus. Der Staat der guten Deutschen hatte die Oder-Neiße-Grenze anerkannt. Problematisch hingegen gestalteten sich die Beziehungen Polens mit der Bundesrepublik Deutschland. Die polnischen Kommunisten bezeichneten die Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland als Revanchisten, als die bösen Deutschen. Die polnische Bevölkerung, die in den „wiedergewonnenen Gebieten" ihren neuen Wohnsitz gefunden hatte, befürchtete, die Deutschen würden wiederkommen – dies nicht zuletzt als Folge diesbezüglicher kommunistischer Propaganda.

**Die politische Wende 1989/90 und das Thema Vertreibung**

Vor der Wende wurde von offizieller polnischer Regierungsseite die „Aussiedlung" der Deutschen aus Polen 1945-1950 zu einem abgeschlossenen Thema erklärt. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen strebte eine Verständigung an, bei der das Problem „Vertreibung" nicht ausgeklammert werden sollte. In der Deutschen Demokratischen Republik wiederum existierte die Frage offiziell gar nicht, sie wurde tabuisiert.

Vor 1989/90 war das Thema Vertreibung der Deutschen in Polen unbekannt. In den Schulbüchern wurde das Problem nur episodisch behandelt. Der Schüler wurde nur über eine humane Aussiedlung der Deutschen in den Jahren 1945 bis 1950 informiert. Diese wurde als ein Vorgang geschichtlicher Gerechtigkeit dargestellt. Nunmehr sind die polnischen Archive geöffnet, und die dort gelagerten Archivalien und Quellen können ausgewertet werden.

**Zum Stand der polnischen Wissenschaft**

Vor der politischen Wende war eine Diskussion innerhalb der polnischen Historiker nicht möglich. Die polnische kommunistische Partei hielt das Thema für gefährlich für die polnische Staatsräson. Daher wurden die historischen Arbeiten zu diesem Thema der Zensur durch die Partei und die kommunistische Regierung unterworfen. Nur wenige Werke erschienen:

Tadeusz Bialecki: Przesiedlenie ludnosci niemieckiej z Pomorz Zachodniego po II wojnie swiatowej / Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Westpommern nach dem Zweiten Weltkrieg, Poznan/Posen 1959.

Bronislaw Pasierb: Migracja ludnosci niemieckiej z Dolnego Slaska w latach 1944-1947/ Die Migration der deutschen Bevölkerung aus Niederschlesien in den Jahren 1944-1947. Wroclaw/Breslau 1969.

Krzysztof Skubiszewski (polnischer Außenminister nach der Wende): Wysiedlenie Niemcow po II wojnie swiatowej / Die Aussiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, Warszawa/Warschau 1968.

Stefan Banasiak: Przesiedlenie Niemcow po z Polski w latach 1945-1950 / Die Umsiedlung der Deutschen aus Polen in den Jahren 1945-1950, Lodz 1968; Auflage 250 Exemplare, nur für den Dienstgebrauch.

Dies sind die einzigen Buchveröffentlichungen zu diesem Thema im Laufe von vier Jahrzehnten, wobei nicht nur die publizistische Tätigkeit, sondern auch die einschlägige Forschung durch die Zensur eingeschränkt war.

Auf der Grundlage der nunmehr zugänglichen Archivalien erschienen in den letzten Jahren immer wieder einschlägige Bücher sowie wissenschaftliche und journalistische Artikel, und auch Magister- und Doktorarbeiten wurden vergeben. Allein an der Pädagogischen Hochschule Bydgoszcz/Bromberg entstanden zwei Magisterarbeiten:
Leszek Bronka: ‚Centralny Oboz Pracy w Potulicach w latach 1945-1950'/ Das Zentralarbeitslager in Potulice in den Jahren 1945-1950, 1993, und Waldemar Mühlstein: ‚Losy Niemcow w wojewodziwie pomorskim po II wojnie swiatowej'/ Schicksale der Deutschen in der Wojewodschaft Pomerellen nach dem zweiten Weltkrieg, 1991.
Die Doktorarbeit von Witold Stankowski ‚Wysiedlenie ludnosci niemieckiej z Pomorza Gdanskiego w latach 1945-1950'/ Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Pomerellen in den Jahren 1945-1950, 1995, ebenfalls an der Pädagogischen Hochschule Bydgoszcz, bezieht auch soziologische Aspekte wie das Leben in der neuen Wirklichkeit, Lageraufenthalte, Gefängnisse mit ein.
Pionierarbeit leistete 1991 Edmund Nowak mit seiner Arbeit ‚Cien Lambinowic. Proba rekonstrukcji dziejow obozu pracy w Lambinowicach 1945-1946'/ Schatten von Lambsdorf. Versuch einer Rekonstruktion der Geschichte des Arbeitslagers in Lambsdorf 1945-1946, Opole/Oppeln 1991.

Mit wissenschaftlichen Forschungen zur deutschen Bevölkerung in den Jahren 1945-1950 im Gebiet Ober- und Niederschlesien, Westpommern, Ermland und Masuren (Ostpreußen) beschäftigen sich Hochschulen und Universitäten in Allenstein, Breslau, Danzig, Grünberg, Posen, Stolp, Stettin und Warschau.

**Die öffentliche Meinung**

Aus der jungen Generation haben viele nur durch Zufall von der Vertreibung der Deutschen aus Polen gehört, obwohl die neuen Schulbücher mehr Auskünfte enthalten. Im Fernsehen gibt es Sendungen über die Situation der Minderheiten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die polnische Bevölkerung, die sich in den sogenannten „wiedergewonnenen Gebieten" angesiedelt hat, interessiert sich mehr für dieses Thema als andere Polen. Die kommunistische polnische Regierung hatte die These vertreten, dies seien urpolnische Gebiete, in denen es kaum Spuren deutscher Kultur gebe. Jetzt ahnt die Bevölkerung, daß dem vielleicht doch nicht so war.

Bei einer Umfrage zum „Problem der Vertreibung im Bewußtsein der polnischen Bevölkerung" des Zentrums für Meinungsforschung aus dem Jahre 1996 gab insgesamt fast die Hälfte (47%) der Befragen an, sie habe nichts davon gehört. Nichts von der Vertreibung der Deutschen zu wissen, bekennen vor allem junge Menschen bis 24 Jahre (59%). Besonders Menschen mit niedrigerer Ausbildung bewerten die Vertreibung als Strafe für den Zweiten Weltkrieg. Als Quelle ihres Wissens über die Vertreibung geben die Befragten an: 6% waren Zeitzeugen, 36% haben darüber von anderen gehört, 33% beziehen ihre Kenntnisse aus Büchern und aus der Presse, 25% aus Filmen, 22% von der Schule.

Eine Hinführung der polnischen Öffentlichkeit zur Diskussion über die Vertreibung der Deutschen ist nach wie vor erforderlich. Erste Ansätze hierzu gehen aus von Seiten der Historiker und von der Polnischen Robert-Schuman-Stiftung in Warschau. Letztere wurde 1991 durch Persönlichkeiten gegründet, die mit den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der Jahre 1989-1990 verbunden waren und es noch sind: Tadeusz Mazowiecki, der damalige Ministerpräsident, und Staatsminister Piotr Nowina-Konopka. „Der Komplex der Vertreibung", so lautete der Titel des Forschungsprogramms, an dem Wissenschaftler mehrerer Forschungseinrichtungen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen. Vom 7. Dezember 1996 datiert der Abschlußbericht dieses Programms, verfaßt von Wlodzimierz Borodziej und Artur Hajnicz. Wichtig sind in der polnischen Diskussion vor allem folgende Probleme: die Verwendung des Wortes Vertreibung; Bezugspunkte, Genese und aktuelle Bewertung der Vertreibung; die Anzahl der Vertriebenen; die Vertreibungen des Jahres 1945; die Situation der deutschen Bevölkerung und deren Zwangsaussiedlung 1946-47; die sowjetischen und polnischen Lager; die Zahl der deutschen Todesopfer. Strittig zwischen den polnischen und deutschen Historikern sind der Begriff Vertreibung, die Behandlung der Deutschen durch polnische Behörden und Zivilbevölkerung sowie die Zahl der umgekommenen Deutschen.



*„Erbaut 1907" – Inschrift am Stadthaus zu Breslau*

Die polnischen Historiker sind der Meinung, das Schicksal der Deutschen in den Jahren 1945-1950 solle nicht als Vertreibung, sondern als Aussiedlung, allenfalls als Zwangsaussiedlung bezeichnet werden. Ist in dieser Sache ein Kompromiß möglich? Ja, wenn die Deutschen ihrerseits die Behandlung der Polen während des Krieges, d.h. deren Ausweisung aus den eigenen Wohnungen ins Generalgouvernement nicht als Umsiedlungsaktion bezeichnen, wie es in der Dokumenten aus der Zeit des Krieges steht, sondern als Vertreibung.

*Haben Sie von der Vertreibung der Deutschen aus den Wiedergewonnenen Gebieten gehört? (Angaben in %)*

| Wohnort | Ja | Nein |
|---|---|---|
| Wiedergewonnene Gebiete | 64 | 36 |
| Wojwodschaften Kattowitz und Oppeln | 58 | 41 |
| Übrige Gebiete | 49 | 51 |

Bezüglich der sowjetischen und polnischen Lager sind viele Akten und Unterlagen aus dieser Zeit vernichtet worden. Alle Schätzungen der Bevölkerungsbewegungen in den Lagern bleiben lückenhaft. Das heikelste Problem ist die Sterblichkeit der Deutschen in den Jahren 1945-1950. Auf dem Gebiet der ehemals Freien Stadt Danzig beispielsweise wurden Deutsche in dem Lager Danzig-Narvik interniert. In einem Schreiben aus diesem Lager von Anfang 1947 heißt es: „... Die Sterblichkeit unter den Deutschen ist erschreckend – vom 1.I.47 bis zum 1.IV.47 sind 5,7% der Deutschen verstorben. Die Ursachen: hungerbedingte Krankheiten, Mangel an ärztlicher Betreuung ... ".[1] Wie hoch die Sterblichkeit der Deutschen in diesem und in anderen Lagern wirklich war, läßt sich heute nicht mehr feststellen. So heißt es in einem Dokument, betreffend das Lager Zimne Wody / Kaltwasser bei Bydgoszcz / Bromberg:

*„Repatrianten" auf dem Weg in die „wiedergewonnenen Gebiete". Waggonaufschrift: Wir heißen die piastischen Gebiete willkommen.*




Nach reiflicher Überlegung ist das Standesamt zur der Überzeugung gelangt, daß die Registrierung – mit Angabe der Todesursachen usw. – einer so großen Anzahl von Personen, die in verhältnismäßig kurzer Zeit im hiesigen Arbeitslager Kaltwasser umgekommen sind, ein negatives Licht auf die Verhältnisse, die in polnischen Lagern nach der Befreiung vom faschistischen Joch herrschten, werfen könnte. Man weiß nicht, wie sich die internationalen Beziehungen in Zukunft gestalten werden: Es könnten evtl. Fälle eintreten, daß irgendwelche internationalen Kommissionen wie die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte und ähnliche diese Verhältnisse untersuchen wollen und entsprechende Erklärungen fordern werden. Darüber hinaus wäre es für das Prestige des polnischen Staates nicht zweckmäßig, den Tod von Deutschen zu registrieren, die hier auf polnischem Boden keine Existenzberechtigung hatten und die durch ihre feindliche Einstellung gegenüber Polen dem polnischen Volk viel Unrecht angetan und viele Morde an Polen verübt haben, wobei sie deren Spuren so verwischt haben, daß heute tausende Familien von ermordeten Polen nicht wissen, wo sich diese Opfer befinden. Wenn wir dagegen entsprechende Eintragungen über den Tod von Deutschen in die Totenregister vornehmen, dann würden wir es den deutschen Familien erleichtern festzustellen, daß einer bestimmten Person auf diese oder jene Weise in Polen das Leben genommen worden ist. Gemäß ihrer bekannten Taktik würden die Deutschen diese Umstände bald ausnutzen und ein Geschrei machen, daß Polen ihre Familien ermordet haben. An dem denkwürdigen Sonntag, an dem viele Deutsche aus Bromberg flüchteten und auf dem Weg nach Berlin umkamen, hätten auch diese auf diese Art und Weise umkommen können. Geht es doch hier lediglich um das deutsche Element, das nach der Einnahme der Stadt Bromberg im Arbeitslager untergebracht wurde...".[2]

*Die Erinnerungen an den Krieg sind auch heute noch tief.*

**Wußten die Polen von den Lagern für Deutsche oder wollten sie nichts wissen?**

Das zitierte Dokument über das Lager Kaltwasser ist auch insofern bemerkenswert, als es zeigt, daß die Antwort der polnischen Seite auf die Nazizeit die Rache an den Deutschen war. So trägt auch ein sehr interessantes Buch von Helga Hirsch den bezeichnenden Titel „Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950" (Berlin 1998).

Gleich nach der Wende hatte ich zwei Zeitungsartikel veröffentlicht über das Schicksal der Deutschen nach 1945. Ein Leserbriefschreiber, der den Krieg erlebt hatte, antwortete mir, bevor ich solche Artikel schreibe, solle ich auf den Friedhof gehen, wo die während des Zweiten Weltkrieges ermordeten Polen begraben liegen. Die Erinnerungen an den Krieg sind auch heute noch so tief, daß eine Verständigung über Themen wie die Vertreibung der Deutschen Zeit und eine öffentliche Diskussion braucht.

Zum einen muß betont werden, daß in der Zeit nach dem Kriege die Kommunisten sehr stark die deutschfeindlichen Erinnerungen aus der Kriegszeit ausnutzten. Jeder Deutsche war ein Verbrecher. So sagte Wladislaw Gomulka, ein polnischer kommunistischer Politiker, Ende 1945 in einer Rede:

„...Das Problem der Aussiedlung der Deutschen ist aus verschiedenen Gründen das dringlichste. [...] Wir wollen in unserem Land kein uns feindliches und fremdes deutsches Element haben. Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, wie schädlich für Polen diese Handvoll Deutscher war, die in unserem Land lebte [...] Wir bemühen uns, die Deutschen auf humane Weise umzusiedeln...".[3]

Zum anderen ist es unmöglich, daß die Polen von den Lagern für Deutsche keine Ahnung hatten. Es gab kleine, aber auch große Lager. Das Zentralarbeitslager Potulitz bei Bydgoszcz/Bromberg in den Pomerellen/Westpreußen war das größte Lager für Deutsche in diesem Gebiet. Ich habe festgestellt, daß in diesem Lager in den Jahren 1945-1950 fast 4.500 Todesfälle registriert worden sind. Es müssen aber mehr gewesen sein – es wurden ja nicht alle Todesfälle registriert. Im Jahr 1947 wurden in diesem Lager 24.000 Menschen, darunter 6.000 Kinder registriert, teils im Lager untergebracht, teils in Außenstellen eingesetzt. Das Lager Potulitz war während des Zweiten Weltkriegs eingerichtet worden. Auch die anderen Lager in Schlesien und Zentralpolen wurden während des Krieges eingerichtet und dienten später als Lager für Deutsche. Die Lager liehen Deutsche zur Arbeit aus. Die Arbeit kam der polnischen Bevölkerung zugute.

**Konsequenz der Geschichte**

Die große Mehrheit des polnischen Volkes ist der Ansicht, wenn es nicht Hitler und seine Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gegeben hätte, wäre eine Aussiedlung/Vertreibung der Deutschen nicht möglich gewesen. Tadeusz Mazowiecki sagt, wir sollten unterscheiden, ob die Vertreibung der Deutschen Kriegsziel oder Kriegsfolge war. In Polen wird die Meinung vertreten, sie sei Kriegsfolge gewesen.

In einem Interview der polnischen Zeitung „Gazeta Wyborcza" vom 26.4.1995 wurde Artur Hajnicz die Frage gestellt, ob ein polnischer Politiker sagen dürfe: Wir bitten um Vergebung für die Vertreibung! Die polnische Gesellschaft sei auf eine solche Aussage nicht vorbereitet, lautete die Antwort. Doch wann werden wir vorbereitet sein? Meiner Meinung nach sollten wir das, was in den Jahren 1945-1950 geschah, als eine Tragödie ansehen. Der Verlust der Heimat (Haus, Hab und Gut) der Deutschen, die dort seit Generationen ansässig waren, hatte Konsequenzen für das Leben dieser Menschen. Sie mußten sich eine neue Bleibe in dem in Zonen aufgeteilten Deutschland suchen und sich dort integrieren. Etwas ähnliches erlebten die sogenannten Repatrianten aus dem ehemaligen Ostpolen. Auch sie mußten nach dem Verlust ihrer Heimat in Polen eine neue Bleibe suchen.

Über die Tragödie, die der Krieg den Völkern gebracht hat, finden wir einen Absatz im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14.11.1990:

„...eingedenk dessen, daß seit Ende des Zweiten Weltkrieges 45 Jahre vergangen sind, und im Bewußtsein, daß das schwere Leid, das dieser Krieg mit sich gebracht hat, insbesondere auch der von zahlreichen Deutschen und Polen erlittene Verlust ihrer Heimat durch Vertreibung oder Aussiedlung, eine Mahnung und Herausforderung zur Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten darstellt ...".

Bei der Diskussion über die Vertreibung der Deutschen aus Polen fehlen im Bewußtsein der polnischen Öffentlichkeit Kenntnisse der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. Bei einer Diskussion stellte der Posener Historiker Jozef Muszynski fest, ein wichtiges Element im Prozeß der deutsch-polnischen Verständigung sei die Beendigung des Verwischens der Spuren, die davon zeugen, „daß auf den Gebieten, die uns (d.h. Polen) als Ergebnis der Entscheidung von Potsdam 1945 zugefallen sind und die von Deutschland im Grenzvertrag vom November 1990 bedingungslos anerkannt worden sind, lange Zeit Deutsche gewohnt haben..."[4]. Die Vertreibung der Deutschen aus Polen hatte auch dieses Ziel: die Spuren der deutsch-polnischen Nachbarschaft zu verwischen.

Als Zusammenfassung der Diskussion über die Vertreibung der Deutschen passen besonders die Betrachtungen von Jan Jozef Lipski, einem polnischen Oppositionellen:

„...Wir haben uns [d.h. Polen] dran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben, von denen die einen sicherlich sich schuldig gemacht haben, indem sie Hitler unterstützten, die anderen, indem sie seine Verbrechen tatenlos geschehen ließen, andere nur dadurch, daß sie sich nicht zu dem Heroismus eines Kampfes gegen die furchtbare Maschinerie aufraffen konnten, und das in einer Lage, als ihr Staat Krieg führte. Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben; die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls das kleinere Übel sein, niemals eine gute Tat [...] Böses ist Böses und nicht Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist...".[5]



*Przesuniecie ku Zachodovi*
*Verschiebung nach Westen*
*Aus: Rzeczospolita (Warschau) vom 3. August 1995*

Das Zentrum für Meinungsforschung hat im Jahre 1994 die polnische Öffentlichkeit gefragt, ob die Polen das Unrecht und das Leid aus der Kriegszeit vergeben sollen. 61% der Befragen antworteten mit „ja". Sollen auch die Deutschen den Polen das Unrecht und das Leid aus der Nachkriegszeit vergeben? Die Frage steht offen.

[1] Archiwum Akt Nowych w Warszawie / Archiv der Neuen Akten in Warschau, Zespol Ministerstwo Ziem Odzyskanych / Bestand Ministerium für die wiedergewonnenen Gebiete, Sign. 73
[2] Archiwum Akt Nowych w Warszawie / Archiv der Neuen Akten, Zespol Ministerstwo Administracji Publicznej / Bestand Ministerium für Öffentliche Verwaltung / Sign. 764. Schreiben des Standesamtes Bydgoszcz (Bromberg) vom 4. Dezember 1945 an das Woiwodschaftsamt Pomerellen
[3] W. Gomulka, O problemie niemieckim / Vom deutschen Problem, Warszawa/Warschau 1968, S. 100
[4] Pojednanie polsko-niemieckie / Die polnisch-deutsche Versöhnung, Przeglad Zachodni, 1991, Nr. 4, S. 125-250)
[5] Jan Jozef Lipski, Wir müssen uns alles sagen ... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft. Warschau 1996, S. 192-193

*Die Vertreibung der Deutschen aus Polen hatte auch dieses Ziel: die Spuren der deutsch-polnischen Nachbarschaft zu verwischen.*

**Dr. Witold Stankowski,**

geboren 1966 in Kartuzy (Bezirk Gdansk/ Danzig), verheiratet, zwei Söhne, ist Adiunkt des Historischen Instituts der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Pädagogischen Hochschule zu Bydgoszcz/ Bromberg. Seine Doktorarbeit trägt den Titel „Die Aussiedlung der Deutschen aus den Pomerellen (Pomorze Gdanskie) in den Jahren 1945-1950". Vor kurzem wurde dem Autor die Auszeichnung der Polnischen Stiftung zur Förderung der Wissenschaft (Nagroda Fundacji Na Rzecz Nauki Polskiej) verliehen.
Stankowski ist Gründer und stellvertretender Vorsitzender der Polnisch-Deutschen Gesellschaft in Bydgoszcz sowie Mitbegründer der Deutsch-Polnischen Gesellschaft e.V. mit Sitz in Mainz.



**Artur Hajnicz**

# Der Vertreibungskomplex

## Von den Voraussetzungen einer deutsch-polnischen Verständigung

Auf polnischer wie auf deutscher Seite bestimmen Einseitigkeiten die Diskussion über Ursachen und Umstände der Vertreibung sowie über deren moralische Bewertung. Eine Überprüfung des zugrundeliegenden historisch-psychologischen Selbstbildes ist vonnöten.

*Die Westverschiebung Polens und die eng damit verbundene Vertreibung war eine direkte Konsequenz des Kriegsverlaufs und nicht eine Frage von Rache und Revanche.*

**Die amputierte Wahrheit**

Die deutsche wie die polnische Seite begingen und begehen in einem gewissen Maß weiterhin die Sünde, das Phänomen Vertreibung zu fragmentieren, was man als intellektuellen Mißbrauch mit weitreichenden politischen und moralischen Wirkungen bezeichnen kann. Die reichhaltige deutsche Historiographie zur Vertreibung basiert auf sehr zahlreichen und sehr suggestiven Berichten von Opfern der Vertreibung, von Menschen, die ihre dramatischen Erlebnisse in Lagern, während des Transportes und während erlittener Verfolgung vorstellen. Um Fehler zu vermeiden, wurden bestimmte Anstrengungen unternommen, diese Erinnerungen zu verifizieren. Obwohl hochgeschätzte Wissenschaftler mit bekannten Namen in den Bibliographien zur Vertreibung zu finden sind, enthält die Darstellung der Vertreibung nur die halbe Wahrheit. Sie wird nicht der Anforderung gerecht: *„Sich der ganzen Geschichte stellen!“* Andere historische Arbeiten betreffen den Ribbentrop-Molotow-Pakt, den Angriff auf Polen im Jahre 1939, den Feldzug im Westen, den Überfall auf die Sowjetunion und den Holocaust. Das Problem der Vertreibung hingegen scheint ständig ein gesondertes Kapitel darzustellen und nicht mit dem Ganzen verbunden zu sein.

Es gibt selbstverständlich Versuche, einen Zusammenhang zwischen diesem Kapitel und dem Ganzen zu suchen. Ein Beispiel hierfür ist der bekannte Essay von Andreas Hillgruber *„Zweierlei Untergang“*. Nach Ansicht des Autors sollte die Vertreibung der Deutschen Rache bzw. Vergeltung für die Kriegsverbrechen, vor allem für den Holocaust sein. Ich meine, daß Hillgrubers These die Angelegenheit auf eine falsche Spur führt. Die *Westverschiebung* Polens und die eng damit verbundene Vertreibung war eine direkte Konsequenz des Kriegsverlaufs und nicht eine Frage von Rache und Revanche. Es geht hier um den gesamten Verlauf des Krieges auf seinem europäischen Schauplatz. Hierbei darf man nichts übergehen, z.B. die brutale Niederschlagung des Warschauer Aufstandes. Der Wunsch nach Rache und Vergeltung für die Kriegsverbrechen, deren Ausmaß erst allmählich aufgedeckt wurde, als die alliierten Truppen die Lager erreichten, ist psychologisch nachvollziehbar. Ohne diese psychologische Gmndlage ließe sich die erbitterte Feindschaft gegenüber den Deutschen bei den Beschlüssen wie auch bei deren Durchführung nicht erklären. Der Beschluß zu vertreiben allerdings entsprang nicht dem Rachegedanken und war auch keine Vergeltung, sondern stellte eine territoriale Entschädigung dar.

Außerdem meine ich nicht, daß die Verschiebung des polnischen Territoriums und die Vertreibung – hier begehe ich eine schreckliche Ketzerei – Folge der Verständigung in Jalta waren. Die Abmachungen von Jalta waren nur ein Teil des gesamten Kriegsverlaufs. Es ist eine unzulässige Vereinfachung, vom „Verrat“ von Jalta zu sprechen, wenngleich es solche Bewertungen in der polnischen wie in der deutschen öffentlichen Meinung gibt. In einem solchen Herangehen erblicke ich den Versuch, Geschichte nicht in ihrer Gesamtheit zu erfassen, sondern in irgendeinem Ausschnitt oder von einem bestimmten nationalen Standpunkt aus, in Übereinstimmung übrigens mit den Empfindungen der Gesellschaft. Nach fünfzig Jahren jedoch können wir uns die nötige Distanz zu diesen Ereignissen erlauben. Die Teilnehmer der Konferenzen von Jalta und Potsdam waren nicht irgendwelche allgewaltigen Schöpfer, die die militärische Wirklichkeit, den Verlauf und die Ergebnisse der Kämpfe nach Belieben gestalten konnten. Die Ansicht, daß man alles ganz anders hätte regeln können, wenn Roosevelt weniger leichtgläubig und Churchill edelmütiger gewesen wäre, ist reine

Spekulation. In Jalta entschieden vor allem Fakten, die Situation an den Fronten, auf die sich die Teilnehmer oftmals beriefen. Es entschieden also Zukov, Rokossovskij, Cujkov, Eisenhower und Montgomery, die nicht am Konferenztisch saßen. Vielleicht wären dies, wenn zum Beispiel der Rhein zwei Monate vor Jalta erreicht worden wäre, etwas andere Fakten gewesen.

Den erwähnten Fehler, die Geschichte zu amputieren, muß man auch auf polnischer Seite sehen. Welches auch immer die politischen Gründe hierfür gewesen sein mögen, es bleibt eine unbestreitbare Tatsache, daß das verschworene Stillschweigen über das Drama der Vertreibung der Deutschen aus den wiedererlangten Gebieten und das Fernhalten dieser Informationen vom Bewußtsein der polnischen Gesellschaft ein Mißbrauch mit beträchtlichen moralischen und politischen Folgen war. Dies waren negative Folgen auch für die eigene Gesellschaft, für deren Selbstbestimmung und vor allem für die Möglichkeit, sich in den Beziehungen zum Nachbarn zu öffnen, sogar zu jener Zeit, als man eine solche Öffnung und Normalisierung anstrebte. Das Verschweigen dieser Wahrheit hat nichts verdeckt, sondern war in Deutschland ein zusätzlicher Impuls, ständig neue Beweise vorzulegen und die umfangreiche Literatur und Dokumentation der Vertreibung mit dem Ziel zu vermehren, das polnische Schweigen zu brechen.

Wegen der Abhängigkeit von der Sowjetunion wurde der historische Faktor einer Rückkehr Polens in die uralten piastischen Gebiete und nicht die Tatsache der Erlangung einer territorialen Kompensation akzentuiert. In dieser vereinfachten Version bediente man sich einer nationalen und triumphalen Rhetorik. Ein solches Herangehen stützte die antipolnische Version: Die Polen verschweigen nicht nur die Tragödie der Millionen durch sie vertriebenen Deutschen, sondern begründen dies auch noch mit einer „historischen Lüge“ und berufen sich auf Ereignisse, die mehr als tausend Jahre zurückliegen. Das eine Extrem nährte das andere. Auch in der Zeit der Entspannung, nach Abschluß des Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen vom 7. Dezember 1970, wurde nicht der Versuch unternommen, diesen Teufelskreis zu verlassen.

Jene Amputation von Geschichte darf man nicht nur den Historikern anlasten. Sie standen unter politischem Druck, nicht nur unter dem der Zensur in der engstirnigen Volksrepublik Polen, sondern auch in der demokratischen Bundesrepublik. Die ganze Wahrheit im vollständigen Kontext von Ursachen und Folgen wurde gesellschaftlich nicht akzeptiert. Außerdem wurde die „Begründung“ oder „Rechtfertigung“ der Vertreibung mit dem Bann bzw. dem Odium „Verzichtpolitik“ belegt. Mit diesem Vorwurf wurde in Bundestagswahlkämpfen gefochten. Es wurde der Vorwurf erhoben, die in

*Das verschworene Stillschweigen über das Drama der Vertreibung der Deutschen aus den wiedererlangten Gebieten war ein Mißbrauch mit beträchtlichen moralischen und politischen Folgen.*



*Verzichtpolitik und Revisionismus: Diese beiden „Bannflüche" ergänzten und stützten sich gegenseitig.*

der Verfassung festgelegten Grundwerte und Ziele zu verraten. In Polen wiederum wäre das Sprechen oder das Schreiben über die Vertreibung der Deutschen aus den Westgebieten, über deren große Tragödie, als offene Begünstigung des Polen gegenüber feindlich eingestellten deutschen Revisionismus stark verurteilt worden. Diese beiden „Bannflüche" waren komplementär, sie ergänzten und stützten sich gegenseitig.



*Die Verhandlungspartner von Jalta: Churchill, Roosevelt, Stalin*

Dieser Zustand entsprach der internationalen Situation, der bipolaren Teilung der Welt, Europas und Deutschlands. Es gab somit keine äußeren internationalen Bedingungen, diese konzentrischen Kreise der Feindschaft zu durchbrechen. In den Jahren 1989-1992, als das System der politischen Beziehungen sich blitzartig zugunsten einer Verständigung und Zusammenarbeit änderte, traten bestimmte psychische Widerstände nicht nur in weiten Kreisen der Gesellschaft, sondern auch in der schmalen Schicht der Wissenschaftler und Intellektuellen, die Einfluß auf die Meinungsbildung hat, zutage. Es war nicht leicht, die eigenen Gewohnheiten abzulegen, die eigenen Texte und Aussagen zu revidieren.

Der aufgenommene Dialog betrifft nicht nur die historische Bewertung der **Ursachen und Umstände** des Phänomens Vertreibung, sondern auch den Bereich der **moralischen Beurteilung**, die Frage der **Verantwortung** sowie so schwierige Fragen wie das Überdenken der eigenen Haltung und das **Überprüfen des Selbstbildes**, an dem wir hängen.

**Ein Verbrechen oder ... „nur" ein Übel?**

Beginnen wir mit der wohl grundsätzlichen Frage: Wie wurde die Vertreibung moralisch und juristisch beurteilt? Ich möchte dazu die Aussage des bekannten Publizisten und führenden SPD-Politikers Peter Glotz zitieren. Peter Glotz, im Sudetenland geboren, Sohn eines Deutschen und einer Tschechin, ist selbst Vertriebener. Seine Ausführungen stellen einen konstruktiven Beitrag zu der beginnenden Diskussion dar, aber...

*„Die Vertreibung ist ein Verbrechen. Geschichte ist allerdings kein Film, den man rückwärts laufen lassen kann, und die Politik muß sich vom Allmachtswahn der Fanatiker freihalten. Es ist ein Irrtum, sich einzubilden, daß Menschen alle Schuld sühnen, jedes Verbrechen wiedergutmachen könnten"* (Die Zeit Nr.12 v. 17. März 1995). Die vernünftigen und realistischen Feststellungen von Peter Glotz beginnen mit dem kategorischen und eindeutig moralischen Urteil: *„Die Vertreibung ist ein Verbrechen"*. Kurz und bündig. Kann man aus der Perspektive fünfzig Jahre später dermaßen kategorisch über jene Epoche urteilen, in der Europa von der Wolga bis zum Atlantik von Blut durchtränkt war und nach Wegen suchte, sich für die Zukunft vor dem allerschlimmsten Bösen, das vom Dritten Reich verursacht wurde, zu schützen, dem Bösen, das vielen Völkern, darunter auch dem deutschen Volk, angetan wurde? Kann man unter diesen Umständen ohne Bedenken und ohne zu überlegen Edvard Beneš, Winston Churchill, Franklin Roosevelt, Harry Truman oder auch Mahatma Gandhi als Verbrecher anklagen bzw. der Anstiftung zum Verbrechen bezichtigen' weil sie alle der Vertreibung zustimmten? Vor einer solchen Verurteilung schreckt Peter Glotz nicht zurück: *„Von den bedeutendsten und geachtetsten Staatsmännern gibt es die verächtlichsten Zitate. Winston Churchill steht für viele: ‚Denn die Vertreibung ist,' erklärte er im Dezember 1944 im Unterhaus, ‚soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel, es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, zum Beispiel im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden.' Churchills reiner Tisch war beschmutzt,"* schlußfolgert Peter Glotz.

Verlassen wir für einen Augenblick Europa. Israel entstand im Dunst nationalsozialistischer Krematorien als ein Staat von Vertriebenen und von Vertreibern. Paßt hier das einfache Wort „Verbrechen"? Der Zionismus entstand aus der Verkettung der Verzweiflung von Unerwünschten und Vertriebenen mit der Mythologie des Staates Davids und Salomons vor 3000 Jahren. Das Königreich Salomons ist, ähnlich dem Königreich Boleslaw Chrobrys, keine gewöhnliche Geschichtslüge, sondern ein nationaler Mythos, an dem sich die Vertriebenen krampfhaft festhalten, wodurch sie unvermeidlich selbst zu Vertreibern werden. Es fällt hier schwer, eindeutig anzuklagen, ohne dabei jemandes Empfindsamkeiten zu verletzen.

Die Wiedergeburt Polens nach dem Krieg auf der Hälfte seines Vorkriegsterritoriums in Form eines Rumpfstaates hätte – unabhängig vom politischen System – für die Polen eine Katastrophe und einen postumen Sieg für Hitler bedeutet. Es wäre auch ein offenkundiger Verrat von seiten der Staaten gewesen, die am 3. September 1939 in den Krieg eingetreten waren, um Polen, das standhielt, vor der Vernichtung zu retten. Eine solche Lösung zogen die Vereinten Nationen nicht in Betracht, als sie die Gebiets- und Bevölkerungsverschiebung, also auch die Vertreibung, als einzigen Ausweg sahen. War dies einfach ein „Verbrechen"?

Der polnische Sozialdemokrat und Mitbegründer des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników - KOR) Jan Józef Lipski schrieb über die Vertreibungen: *„Ein Übel bleibt ein Übel, auch wenn es ein geringes und unvermeidbares Übel ist."* Unstrittig und moralisch unbedenklich ist diese Ansicht nicht, doch ist sie vielleicht deshalb, weil sie keine kategorische Bewertung beinhaltet, ethischer als kategorische Feststellungen.

Die Abkehr von der kategorischen Feststellung, daß die Vertreibung ein Verbrechen war, fällt den Deutschen schwer. Dies muß man verstehen. Auf dieser Feststellung beruht die gesamte Rechtskonstruktion, mit der die Nachkriegsgenerationen groß wurden. Wenn die Vertreibung kein „Verbrechen", sondern „nur" ein Übel ist, dann hat die gesamte juristische Argumentation, die sich ohnehin auf das sogenannte *„ius pro futuro"* beruft, keinen Sinn. Ich will mich nicht in dieses unendliche juristische Labyrinth begeben. Es handelt sich dabei, wie die Deutschen zu sagen pflegen, um eine Rechtsmühle, und aus deren Paragraphenmehl läßt sich kein Brot der Verständigung backen.

In einem Krieg, insbesondere in einem totalen Krieg, entscheidet nicht das Recht über dessen Verlauf und Ausgang. Das Völkerrecht wurde gleich zu Beginn vergewaltigt und vernichtet, wie der Ribbentrop-Molotow-Pakt und dessen sofortige Verwirklichung zeigt. In einem totalen Krieg entscheidet Stärke, der Ausgang gigantischer, blutiger militärischer Kämpfe, bei denen Millionen von Soldaten und Zivilisten sterben. Solche Spielregeln zwang das Dritte Reich allen Kriegsteilnehmern auf, die sie notgedrungen übernahmen. Am Ende des Krieges wurden die Grundlagen für eine künftige internationale Rechtsordnung, wie z.B. die in San Francisco verabschiedete Charta der Vereinten Nationen, geschaffen. Dies betraf aber die Zukunft und konnte keinen direkten Bezug zum Krieg selbst und seinen unmittelbaren Folgen haben.

Bundespräsident Roman Herzog warnt in seiner am 13. Februar 1995 in Dresden gehaltenen Rede: *„Es gibt keinen Sinn, darüber zu richten, ob der Bombenkrieg, an dessen Unmenschlichkeit ohnehin niemand zweifelt, im juristischen Sinne rechtmäßig war oder nicht. Was bringt uns das angesichts des Abstands von fünfzig Jahren und angesichts der bitteren Erkenntnis, daß die Völkerrechtsordnung auch heute noch weithin machtlos ist gegenüber Krieg und Massenmord?"* (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr.12 v. 16.2.1995). Darin kommt nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Distanz eines Staatsmanns gegenüber der bisherigen Gewohnheit zum Ausdruck, die komplizierte historische Vergangenheit juristisch zu betrachten.

Wenn wir die Schwierigkeiten der deutschen Partner, die moralische Bewertung der Vertreibung nicht mehr zu generalisieren, anerkennen, können wir auch Verständnis für die polnische Sichtweise erwarten. Die moralische Autorität von Jan Józef Lipski wird in Deutschland allgemein anerkannt. Seinen Vorschlag kann man entweder annehmen oder als eine gewisse Grenze akzeptieren, hinter der ein *„non possumus"* steht, da dies die polnische Empfindlichkeit und nationale Identität bedrohen würde. Ein Dialog stellt keine Verhandlungen über einen internationalen Vertrag dar. Es besteht keine Notwendigkeit, zu einem einheitlichen Text zu gelangen. Es geht um das gegenseitige Verstehen.

**Fallen und Befürchtungen**

Die nächste Stufe des Dialogs auf der moralischen Ebene betrifft die Verantwortung für das begangene Böse. Bei dem vielschichtigen Problem der Vertreibung treffen wir auf viele Fallen, die die Diskussion erschweren oder sie auf Abwege führen können. Suchen wir also nach den Fallen, vor denen wir uns hüten müssen.

Aus der Annahme, daß Polen nicht Subjekt war und weder über das Faktum der Vertreibung noch über deren Ausmaß bestimmte, lassen sich keine weitreichenden Schlußfolgerungen ziehen, obwohl dies des öfteren getan wird: Verantwortlich für alles war Jalta und die hinterlistige Politik Stalins, der sich Roosevelt und Churchill fügten. Das stimmt nicht. Wie bereits gesagt, war es das Ergebnis des *ganzen Krieges.*

Die nächste Falle: Die Entscheidung wurde ohne uns gefällt und deshalb tragen wir dafür keinerlei Verantwortung. Dem ist aber nicht so. Die Last der Verwirklichung der Ausführung dieser in ihren Folgen dramatischen Beschlüsse sowie die Verantwortung für die *Art und Weise* ihrer Durchführung trägt die polnische Seite. Auch wenn wir die Vertreibung aus polnischer Sicht für ein notwendiges Übel erachten, so ist es mit Sicherheit nicht gleichgültig, wie sie vollzogen wurde. Die Vertriebenenlager, das dortige schreckliche Regime, z.B. in Lamsdorf (Lambinowice), all dies sind Tatsachen, die in Polen immer noch allzu wenig bekannt sind.

*In einem totalen Krieg entscheidet Stärke, der Ausgang gigantischer, blutiger militärischer Kämpfe. Solche Spielregeln zwang das Dritte Reich allen Kriegsteilnehmern auf, die sie notgedrungen übernahmen.*

Und schon wieder eine Falle: Das haben andere getan, die Kommunisten, die Milizionäre, die Beutemacher. Die einfachen Leute, die Bewohner der Westgebiete, wußten nichts davon und sind für nichts verantwortlich. So sicher ist das nicht. Die Dokumente, die der polnische Verein „Borussia" in Allenstein veröffentlicht hat, deuten darauf hin, daß einfache Ansiedler aus dem Osten Deutsche und Masuren grausam behandelten, deren Würde mit Füßen traten und sie zu Zwangsarbeiten ausnutzten.



*Das Ende des Warschauer Aufstands: General Bór, der polnische Kommandeur, kapituliert vor SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski.*

Dennoch: Der überwiegende Teil der Polen wußte nichts über den Verlauf der Aussiedlung und über die Verbrechen, die von Milizionären und organisierten Beutemacherbanden verübt wurden; er wurde darüber nicht informiert. Zur Wahrheit gehört jedoch, daß die gesamte polnische Gesellschaft das Faktum und die Notwendigkeit der Aussiedlung der Deutschen akzeptierte. Wohl nur ein kleiner Teil der Polen verstand damals, daß die Aussiedlung, auch wenn wir sie für unvermeidbar halten, dennoch ein Übel war, das unschuldigen Opfern zugefügt wurde.

*Eine solche Verantwortung für die Akzeptanz der Vertreibung gilt vielleicht in noch stärkerem Maße für die Deutschen, die für die Verbrechen des Dritten Reiches verantwortlich sind.*

Eine soweit verstandene Verantwortung für die Akzeptanz der Vertreibung gilt vielleicht in noch stärkerem Maße für die Deutschen, die für die Verbrechen des Dritten Reiches verantwortlich sind. Aus mannigfachen Gründen fanden Hitler und sein Regime die fast ungeteilte Unterstützung der Gesellschaft. Auch der Krieg mit all seinen Grausamkeiten wurde, solange er siegreich verlief, gesellschaftlich über Jahre hinweg akzeptiert. Es existieren also unterschiedliche Verantwortungsbereiche; dieses Problem darf in der Debatte nicht unerwähnt bleiben.

Viele Fallen erwarten ebenso die Deutschen, die sich am Dialog über die moralische Verantwortung beteiligen. Viele dieser Fallen haben wir bereits erwähnt. Die Deutschen wissen praktisch immer noch nichts über das komplizierte Gefüge von Ursache und Wirkung zwischen dem Warschauer Aufstand, dessen brutaler Niederschlagung und der Art und Weise, wie polnische Bürger die Deutschen vertrieben und wie sie zu dieser Vertreibung standen.

Im Sommer 1944 verlangte Generaloberst Erwin Rommel von Hitler, die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß der Krieg militärisch verloren war. Die Verweigerung der Kapitulation belastet nicht nur Hitler, sondern auch die Wehrmacht und ihren Generalstab. Der Krieg bis zum letzten Fußbreit Boden war praktisch ein Verrat am deutschen Volk. Eine Kapitulation im Jahre 1944, auch eine bedingungslose Kapitulation, hätte die Deutschen vor den Bombenteppichen auf Dresden, Köln und Hamburg bewahrt. Die Kriegsstürme hätten Deutschland nicht durchtobt, es hätten nicht zusätzlich noch etwa vier Millionen Deutsche sterben müssen. Anders hätte sich auch das Ausmaß der Zwangsaussiedlungen gestaltet.

Die nächste Falle, vor der Roman Herzog warnte, ist die Aufrechnung von Verbrechen und Leid. *„Menschliches Leid kann nicht saldiert werden"*, sagte der Bundespräsident. Dies hängt mit dem Versuch zusammen, den eine Historikergruppe mit Ernst Nolte an der Spitze unternimmt, die Verbrechen des Dritten Reiches zu relativieren: Wenn es um die Verübung von Verbrechen geht, stellen wir keine Ausnahme dar, und außerdem – *„die Rechnung des Leids wurde beglichen"*. Dies ist eine sehr bedrohliche und gefährliche Haltung. Vielleicht wollen einige den Dialog nur deshalb, um im Endergebnis eine solche ausgeglichene „Saldierung" zu erreichen. Diese Haltung stellt nicht nur für den Dialog selbst, sondern auch für die Menschen beider Länder, die sich dieser unpopulären Aufgabe annehmen möchten, eine Bedrohung dar. Die Relativierung der Verbrechen des Dritten Reiches wäre eine Bedrohung für das wiedervereinigte Deutschland, für die Entwicklung seiner demokratischen Identität, aber auch für andere Völker. Herzog wies energisch darauf hin, daß der, der den Teufelskreis von Gewalt und Krieg durchbrechen will, der Frieden, Freundschaft und Versöhnung sucht, eine solche Aufrechnung nicht vornehmen kann. Denn das würde die Aufkündigung des Dialogs schon vor dessen Beginn bedeuten.

**Die Komplexe und die Verteidigung des „Heiligen Grals"**

Wollten wir knapp mit einem Satz beschreiben, worin insgesamt Gefahren und Fallen bestehen und worauf sie sich zurückführen lassen, so zeigte sich, daß es verhältnismäßig einfach wäre, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Es ist das zuweilen ungewisse Bestreben, einen beträchtlichen Teil der Verantwortung von sich zu schieben und dem Partner anzulasten.

Sinn und unabdingbare Voraussetzung für den begonnenen Dialog sollte der Wunsch sein, sich selbst zu vervollkommnen und das historisch-psychologische Selbstbild zu revidieren.

Ein Teil der polnischen Gesellschaft ist mit dem Komplex des „immer unschuldigen Opfers" behaftet, dem Selbstbild eines Volkes, das von allen übervorteilt und verraten wurde, aber seine makellose Unschuld bewahrte. Tatsächlich handelt es sich dabei um eine krankhafte Ansicht, die die Kommunikation mit den anderen erschwert und zu Isolation und Xenophobie führt. Wir sind nicht anders und sollten auch nicht anders sein – weder die am meisten Übervorteilten noch die von allen Verratenen, noch die Makellosesten. Durch die radikale Veränderung der Situation, die nach der Niederlage des Dritten Reiches entstand, wurden die einstigen Opfer zu Tätern und Verbrechern. Darin ist nichts Ungewöhnliches zu sehen, gibt es doch weder Völker von Engeln noch von Verbrechern.

In Deutschland liegt der Sachverhalt komplizierter. Es existiert eine umfangreiche Literatur, die mit der Nazi-Zeit abrechnet. Als Präsident Herzog in der Warschauer Altstadt das Wort „Verzeihung" sprach, tat er dies im Namen der überwiegenden Mehrheit der Deutschen. Doch wurde, wie gesagt, das ganze Thema der Vertreibung ausgegliedert und im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist es kein Teil der Gesamtgeschichte, sondern ein gesondertes Kapitel der Geschichte. Man kann sagen, daß der mit der Vertreibung verbundene Komplex das deutsche Äquivalent zum polnischen Komplex „unschuldiges Opfer" ist. Die Hüter dieses „Heiligen Grals", des Opfers der Vertreibung, sind nach wie vor die Vertriebenenverbände, doch dieser Komplex beeinflußt das gesamte gesellschaftliche Bewußtsein sehr. Die vierzig Jahre währende Verurteilung der Vertriebenen in der polnischen Presse als unverbesserliche Revisionisten, mit denen sich nicht zu sprechen lohnt, verfestigte deren Position als Opfer, die unempfänglich waren für den Versuch der Entspannung bzw. der Öffnung, insbesondere für die polnisch-deutsche Partnerschaft und Interessengemeinschaft. Es war, als würde es sie nicht betreffen. Verantwortlich dafür war aber auch, daß bei diesem ungeheuerlich vielschichtigen Problem die polnische Seite nicht an einem redlichen Gespräch interessiert war.

Das Bedürfnis, die Lücken im deutsch-polnischen Prozeß der Aussöhnung zu schließen, kam auf beiden Seiten gleichzeitig auf. Peter Glotz spricht von einem Dialog ohne Vorbedingungen, ohne Beschönigung und ohne Umgehung schmerzlicher Fragen. Wir müssen hinzufügen, daß es auch um einen Dialog geht, der die Empfindlichkeiten des Partners berücksichtigt, damit die schmerzhaften Wunden nicht aufgerissen, sondern geheilt werden.

Bis vor kurzem noch galten die Abweichung von der gängigen Rhetorik und die Anerkennung von Argumenten des Partners, das Verständnis für seine Art zu denken und zu urteilen als Verrat an der Vergangenheit. Heute hingegen wäre die Beibehaltung jener Rhetorik, die Bewahrung nationaler Komplexe, das Ausweichen vor einem gemeinsamen Suchen nach Wahrheit in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit und Vielschichtigkeit ebenfalls ein Verrat, ein Verrat an der Zukunft, die auf unserem Kontinent eine gemeinsame Zukunft ist.



*7.12.1970: Willy Brandt kniet am Mahnmal im Warschauer Ghetto nieder.*

**Prof. Dr. jur. Artur Hajnicz,**

geboren 1920 in Lwów (Lemberg) als Sohn eines k.u.k.-Offiziers. Studium der Mathematik und der Rechtswissenscahften, Dissertation im Bereich des Völkerrechts, als Journalist 1973 aus politischen Gründen aus der Redaktion der Tageszeitung „Zycie Warszawy" entlassen. 1981 Stellvertreter des Chefredakteurs Tadeusz Mazowiecki bei der Wochenzeitung „Solidarnosc", 1982-1989 Untergrundtätigkeit für die „Solidarnosc", von dort Publikationstätigkeit in Deutschland über die deutsche Ostpolitik und die Interessenlage Polens, 1989-1995 Direktor des Zentrums für Internationale Studien beim polnischen Senat, Fachbereich Deutsch-Polnische Beziehungen, und in dieser Funktion aktiv an der Neuformulierung der polnischen Deutschlandpolitik beteiligt. Veröffentlichungen u.a.: Polens Wende und Deutschlands Vereinigung, Paderborn 1995.

Der vorliegende Beitrag ist die gekürzte Fassung des Aufsatzes „Der Dialog – Grundsätze, Befürchtungen, Erwartungen", erschienen in *Deutsche Studien* 126/127 1995.

*Ein Teil der polnischen Gesellschaft ist mit dem Komplex des „immer unschuldigen Opfers" behaftet.*

*Der mit der Vertreibung verbundene Komplex ist das deutsche Äquivalent zum polnischen Komplex „unschuldiges Opfer".*

*Die Beibehaltung nationaler Komplexe wäre heute ein Verrat an der Zukunft.*

Herbert Ammon

# Politisch-psychologisch brisant

## Die Vertreibung in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung

Daß das Vertreibungskapitel einerseits historische Kontroversen birgt, andererseits politisch unbequem ist, liegt auf der Hand. Aufgabe der Wissenschaft bleibt gleichwohl, sich dieser für das deutsche und europäische Geschichtsbewußtsein zentralen Thematik verantwortungsvoll, dennoch unbefangen zu stellen.

*Warum überlagerte und verdrängte das Trauma der Nazi-Verbrechen gänzlich die kollektive Erinnerung an Vertreibung und Verlust der alten ostdeutschen Provinzen und Regionen?*

*Anklage gegen die Elterngeneration, Affekt gegen die eigene Nation, Identifikation mit nationalrevolutionären Befreiungskämpfen der Dritten Welt als existentiell-psychische Ersatzhandlung der 68er?*

Im September 1997 sagte der Parlamentarische Staatssekretär Manfred Carstens: „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß ebenso wie die Erforschung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa auch die zeitgeschichtliche Forschung zu den Themen Flucht und Vertreibung von etwa 15 Millionen Deutschen Defizite aufweist; eine umfassende geistige Aufarbeitung steht noch aus." Tatsächlich hat das als Standardwerk geltende Buch „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" (1977) des amerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred de Zayas noch kein Pendant aus deutscher Feder gefunden. Eine jüngere Generation von Zeithistorikern befaßte sich überhaupt erst 1985 wieder mit dem Thema in dem von Wolfgang Benz herausgegebenen Sammelband „Die Vertreibung aus dem Osten".

Offenkundig ist der Vertreibungskomplex politisch-psychologisch brisant, und so geht es hier auch um die Erhellung ebendieser Problematik. Wenn direkte politische Interventionen auszuschließen sind, so stellt sich eine andere Frage: Hatte sich das Vertreibungsthema mit der materiellen Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen, mit der Anerkennung der Ostgrenzen im Zuge der sozialliberalen Ostpolitik, aufgrund der in den siebziger Jahren propagierten „Selbstanerkennung der Bundesrepublik" auch als historisches Problem erledigt? Warum überlagerte und verdrängte alsbald das Trauma der Nazi-Verbrechen gänzlich die kollektive Erinnerung an Vertreibung und Verlust der alten ostdeutschen Provinzen und Regionen?

### Linksprotestantismus und die Psychologie der Achtundsechziger

Hier nur einige Stichworte: Sie betreffen den deutschen Linksprotestantismus, der bis in die sechziger Jahre die eigentliche „Wiedervereinigungspartei" in der Bundesrepublik darstellte, in der Folge aber zum Bannerträger der deutschen Teilung konvertierte. Die Vertreibung geriet aus dieser Perspektive zum Gottesgericht. Nicht zuletzt geht es um die Psychologie der Achtundsechziger-Protestgeneration, in der eine auffällige Zahl von Aktivisten zu finden ist, die ein Vertreibungsschicksal mit sich herumtrugen. Inwieweit handelte es sich bei der Anklage gegen die Elterngeneration, im Affekt gegen die Nation und die Nationalgeschichte einerseits, in der Identifikation mit nationalrevolutionären Befreiungskämpfen der Dritten Welt andererseits um die Flucht nach vorn, um eine Art existentiell-psychischer Ersatzhandlung? Erkennbar wird dies in der späten Hinwendung zum Kindheitstrauma der Vertreibung bei dem 1993 gestorbenen Sozialhistoriker Erhard Lucas-Busemann, der als Achtundsechziger-Aktivist die Konfrontation mit dem aus Ostpreußen stammenden Historiker Andreas Hillgruber gesucht hatte. Zu nennen wären hier Namen wie Klaus Rainer Röhl, Horst Mahler, Tom Koenigs. Hinter Ideologie und Rhetorik steckten bei vielen Achtundsechzigern spezifisch „deutsche" Motive. In selbstkritischer Absicht hat sich jüngst als Repräsentantin der Protestgeneration Helga Hirsch in ihrem Buch „Vertreibungsverbrechen in polnischen Lagern" (1998) dazu bekannt.

Jene ideologisch keineswegs eindeutig zu fixierende Bewußtseinslage der Gesellschaft der Bundesrepublik nach „68" erklärt die Tendenz zum fragmentarischen, selektiven und perspektivisch verkürzten Umgang mit unbequemen Themen. Für die deutsche Zeitgeschichte gilt der Satz Max Webers: „Ein jeder sieht das Bild, das er in seinem Herzen trägt." Er erhellt die bedrückendste Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus: das anscheinend unheilbar beschädigte kollektive Selbstbild der Deutschen.

## „Negative" Geschichtsidentität

Dem Einwand, hier werde nur an einem neuen Ideologiemuster gestrickt, sind folgende Überlegungen entgegenzustellen:

1. Die Vergegenwärtigung der NS-Greueltaten gehört zu den eingängigen politischen Sozialisationsmustern: Einige damit verknüpfte Widersprüche sind jedoch nicht zu übersehen. Der Bezug auf den Nationalsozialismus und die daraus erwachsende historische Verantwortung konstituiert eine „negative" Geschichtsidentität, aufgehellt durch das Vermächtnis der Widerstandskämpfer. Daß es sich um ein in politisch-pädagogischer Absicht reduziertes Geschichtsbild handelt, sei dahingestellt. Das Problem liegt einerseits darin, daß der 1990 unversehens erneuerte (klein-)deutsche Nationalstaat mehr und mehr die Züge einer postnationalen und multikulturellen Gesellschaft annimmt. Die Widersprüchlichkeit einer solchen Bewußtseinspflege tritt andererseits zutage, wenn aufgrund der deutschen Nationalgeschichte die „moralische Pflicht" zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarvölkern beschworen wird. Eine sich wandelnde Gesellschaft wie die der Bundesrepublik bedarf jedoch keiner aus der „negativen" deutschen Nationalgeschichte abgeleiteten *réligion civile* mehr.
2. Zeitgeschichtliche Themen erfordern historische Sensibilität und historisch-ethische Urteilsfähigkeit. Wo diese Urteilsfähigkeit getrübt ist, verfestigt sich die Abscheu vor dem Grauen zu einem psychologischen Reflex, der eine vorurteilslose Sicht der historischen Realität blockiert.
3. Da im nihilistischen Zeitalter humane Sinngebung für viele entfallen ist, tritt die Sinngebung des Sinnlosen – der ständige Bezug auf die NS-Verbrechen, davon abgeleitet die eindimensionale Geschichtslogik hinsichtlich des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen – an die Stelle existentieller Reflexion.

Wie prägend dieses psychologische Grundmuster für die deutsche Gegenwart ist, kommt unter anderem im Werk der Bürgerrechtlerin Freya Klier zum Vorschein, die an die vielfach vergessenen und verdrängten Leiden deutscher Frauen am Ende des Weltkrieges erinnert hat. Zu deren bedrückendsten Erfahrungen gehörte die Reaktion der eigenen Kinder und Enkel, wie eine Überlebende schreibt: „Unsere Kinder sind der Meinung, damit mußtet ihr rechnen, denn ihr wart ja an diesem Krieg schuld."

## Geschichte und Geschichtsschreibung zwischen Macht und Moral

Was die wissenschaftliche Aufarbeitung der zur Debatte stehenden „Defizite" betrifft, so gehört die Unterscheidung von Macht und Moral zum Werkzeug des Historikers. Als Folge der deutschen Katastrophe hat sich, nicht zuletzt unter dem Einfluß protestantischer Schuldbekenntnisse, die ideelle Präferenz zugunsten einer rein moralischen, genauer moralistisch verengten Perspektive verschoben.

Anhand des von Wolfgang Benz herausgegebenen Sammelbandes „Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten" können die Widersprüche und „Defizite" herausgearbeitet werden. In der Neuausgabe von 1995 – also wiederum



*Ein vereinzeltes Beispiel „positiver" Geschichtsidentität: Johannes Rau bei einer Rede auf dem Jüdischen Friedhof in Breslau zum 125. Todestag von Ferdinand Lassalle (1825-1864), dem Gründer des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins"*

zu einem geschichtspolitisch einprägsamen Datum – ging es dem Herausgeber darum, jenen entgegenzuwirken, „die mit beträchtlichem Eifer an der Legende fortdauernden Vertreibungsschicksals weben. Aufklärung wird dort mit Aufrechnung verwechselt, und Unvergleichbares wird da verglichen, um zu falschen Schlußfolgerungen zu kommen. Die Schrecken von Auschwitz und Dresden ergeben keine historische Parallele, und die Zahl der bei Flucht und Vertreibung Umgekommenen steht in keiner rechenbaren Beziehung zu der der Opfer nationalsozialistischer Judenverfolgung." Der Vorwurf nennt keinen direkten Adressaten, sondern zielt ins Ungefähre. Vielmehr klingen in der Warnung vor unzulässigen Parallelen Töne des unseligen „Historikerstreits" nach, der sich 1986 nicht zufällig an dem Titel von Andreas Hillgrubers Essayband „Zweierlei Untergang" entzündet hatte.

*Eine multikulturelle Gesellschaft wie die der Bundesrepublik bedarf keiner aus der „negativen" deutschen Nationalgeschichte abgeleiteten* réligion civile *mehr.*

Die Beiträge in dem Benz-Band sind nach Charakter, Aussage und Qualität zu unterschiedlich, um das Buch einfach zu verwerfen. Hervorzuheben sind die Beiträge von Klaus-Dietmar Henke („Der Weg nach Potsdam – die Alliierten und die Vertreibung") und Josef Foschepoth („Potsdam und danach: die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen"). Henke ordnet die Vertreibung – ohne den sonst üblichen Bezug auf die nazistische Besatzungspolitik –

zutreffend in die Konzepte des „Bevölkerungstransfers" im 20. Jahrhundert ein. Zum politischen *Zwangsinstrument* wurde der „Transfer" beim Friedensvertrag von Lausanne (1923) zwischen der Türkei und Griechenland. Mit seiner These, Washington habe sich gegenüber den Briten, die spätestens seit Juli 1942 den Transfer favorisierten, „niemals ernsthaft widersetzt", trifft Henke wohl den Kern der Sache. Unzureichend bleibt seine Darstellung hinsichtlich der treibenden Rolle der tschechischen Exilregierung unter Beneš sowie der wechselhaften Position der Exilpolen. In einer Fußnote findet sich ein wichtiges Detail: Churchills Rede im Unterhaus vom 15. Dezember 1944, in der er die Vertreibung von sechs Millionen Deutschen als probates Friedensinstrument ankündigte, diente Hitler bei einer Ansprache vor Divisionskommandeuren als Beweis des alliierten Vernichtungswillens.

Foschepoth betont in seinem Beitrag, daß „das letzte Wort über die Potsdamer Konferenz noch nicht gesprochen (ist), eine umfassende, auf breiter Quellengrundlage basierende Darstellung steht noch aus". Im übrigen betrachtet er die Vereinbarungen von Potsdam durchaus nicht als mühselige Kompromißformeln. Vielmehr seien die Westalliierten aufgrund der als befriedigend empfundenen Reparationsregelung aus freien Stücken an die sowjetische Position herangerückt.

*Die Konferenz der Außenminister von Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den USA vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin endet für Deutschland ohne Ergebnis.*



Wie stand es in der Nachkriegszeit mit den Chancen einer Grenzrevision an Oder oder Neiße? Foschepoth verweist jeden derartigen Gedanken ins Reich des Wunschdenkens. Zu Beginn des Kalten Krieges hätten die Amerikaner – auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 brachte Außenminister Marshall die Rückgabe von etwa der Hälfte der polnisch verwalteten Gebiete zur Sprache – aus politisch-taktischen Gründen, zur Absicherung des westdeutschen Terrains gegenüber dem Kommunismus, mit derlei Versprechungen operiert. Schon in den ersten Verhandlungen im November 1950 über den Deutschland-Vertrag sowie den EVG-Vertrag habe Adenauer die Position der Alliierten in der östlichen Grenzfrage stillschweigend akzeptiert.




Hinsichtlich der hypothetisch anmutenden Grenzfrage sei hier auf ein ganz anderes Problem hingewiesen: Im Streit um die Stalin-Note vom März 1952 wurde kaum je die Frage beleuchtet, inwieweit die über Stalins Tod hinaus aufrechterhaltenen sowjetischen Offerten über die ursprünglichen Stalin-Noten hinausgingen und Grenzverschiebungen implizierten. Derlei Grenzkorrekturen sind zum Beispiel aus Molotows Vorschlägen zur Berliner Außenministerkonferenz (25. Januar bis 18. Februar 1954) abzuleiten. Noch im Sommer 1961 druckte das Organ des DDR-Außenministeriums „Deutsche



*Wolfgang Venohr 1961: Für ein neutrales, geeintes Deutschland und maßvolle Grenzrevisionen*

Außenpolitik" einen Beitrag des linksnationalen Neutralisten Wolfgang Venohr zur vom „Berlin-Ultimatum" begleiteten sowjetischen Friedensvertragsoffensive von 1959 ab, worin die Forderung nach maßvollen Grenzrevisionen vorgetragen wurde.

Am Ende seines Aufsatzes „Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten (1939-1945)" schreibt der Herausgeber Benz: „Der nationalsozialistische Drang nach Osten und die Methoden, mit denen er für kurze Zeit verwirklicht wurde, zerstörten auch die Grundlagen des Zusammenlebens der deutschen Volksgruppen in Rumänien, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Rußland mit ihrer Umgebung. Die nationalsozialistische Politik war Ursache des Unglücks, das am Ende des Zweiten Weltkrieges über die Opfer von Flucht und Vertreibung hereinbrach."

Dieser Satz verfehlt nicht nur die historisch-realen Aspekte der Vertreibungsvorgänge in den genannten Ländern, sondern er verwischt in exemplarischer Weise die Grenzen von geschichtlicher Moral und historischer Analyse. Auf die mit den Achsenmächten bis zur Umschwungsphase des Krieges verbündeten Länder Ungarn und Rumänien trifft die gedankliche Assoziation nicht zu. Sie trifft zudem weder die Chronologie noch das Wechselverhältnis von nationalsozialistischer Gewaltpolitik und Vertreibungsabsichten in Ländern wie der Tschechoslowakei oder Polen. Was die in Teheran (November/Dezember 1943) vereinbarte „Westverschiebung" Polens betrifft, so ist zu konstatieren: „Mit der territorialen Entschädigung war auch der Plan zu Aussiedlung verbunden, ohne daß sich direkte Bezüge zu den nationalsozialistischen Vertreibungspraktiken im Osten feststellen ließen" (de Zayas, 1986).

**Ohne Perspektivenwechsel kein Verstehen**

Kritik verdient der Sammelband wegen seiner Unausgewogenheit, eklatant vor allem bei der Behandlung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Zweifellos gehört der quer durch die Parteien verbreitete Weimarer Revisionismus gegenüber Polen zu den die deutsch-polnische Geschichte belastenden Fakten. Zum vollständigen Bild der Antagonismen gehören jedoch auch die alten expansionistischen Visionen des Nationaldemokraten Roman Dmowski, die blutigen Grenzkämpfe 1918-1921 sowie die Verdrängungspolitik gegenüber der deutschen Minderheit bis zur „Wende" in den deutsch-polnischen Beziehungen durch den Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag Hitlers und Pilsudskis (Januar 1934). Zur unmittelbaren Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gehört schließlich die im Jahre 1939 von beiden Seiten wiederbelebte Haß- und Terrorwelle. Ohne die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel bleibt das Bemühen um historisches Verstehen unvollständig.

Ungeachtet aller von Hitler-Deutschland über das polnische Volk gebrachten Schrecken und Leiden bleibt die in den siebziger Jahren zum historischen Standardbegriff erhobene Formel von der polnischen „Westverschiebung" fragwürdig. Wann kamen auch auf polnischer Seite die ersten Vertreibungskonzepte ins Spiel? Das Organ „Szaniec" des nationalkonservativen Untergrunds proklamierte bereits Ende 1940 die Ausdehnung bis Oder und Lausitzer Neiße samt der Vertreibung der Deutschen. Bereits Mitte 1941 schlossen sich einige Sozialisten und Bauern-Parteiler dieser Vision an, 1944 wurde das Programm auch von Kreisen des politischen Katholizismus propagiert. Demgegenüber ventilierte die Londoner Exilregierung erst Ende Dezember 1942 weitreichende Vertreibungspläne bis zur Oder-Neiße-Linie. Davon rückte Sikorskis Nachfolger Mikolajczyk zwar wieder ab, solange er noch gegen Churchill und dessen „Kompensationsplan" ankämpfte. Schließlich lehnten nach Mikolajczyks Rücktritt sowohl der neue Ministerpräsident Arciszewski – am 17. Dezember 1944, unmittelbar nach Churchills Rede im Unterhaus – als auch General Anders zu weit gehende Annexionen und damit einhergehende „Aussiedlungen" ab. Was die von Stalin instrumentalisierten Kommunisten des Lubliner Komitees betrifft, so suchten sie im Jahr 1944 Zugang zu den national-konservativen Kreisen, „so daß es auf antideutscher Grundlage zu einer politischen Rechts-links-Allianz kam" (Georg Strobel).

Auslassungen sprechen in einem Buch, das mit dem Untertitel „Ursachen, Ereignisse, Folgen" die komplexe Kausalitätskette darzustellen beansprucht, eine deutliche Sprache: An politisch heikle Themen wollte man nicht rühren. Daß das Vertreibungskapitel einerseits historische Kontroversen birgt, andererseits politisch unbequem ist, liegt auf der Hand. Aufgabe der Wissenschaft bleibt gleichwohl, sich dieser für das deutsche und europäische Geschichtsbewußtsein zentralen Thematik verantwortungsvoll, dennoch unbefangen zu stellen. Dazu gehört auch die unvoreingenommene Wahrnehmung jener historischen Verkettungen, die im 20. Jahrhundert auch Millionen von Deutschen ins Verhängnis rissen.



*Das Brieger Piasten-Schloß erinnert an die Vielschichtigkeit polnischer und deutscher Geschichte: Aus dem Geschlecht Piast kam Boleslaw I. Chrobry (992-1025), der erste polnische König. Die Linie der polnischen Piastenkönige endete 1370 mit Kasimir III d.Gr. Die schlesischen Piastenfürsten brachte Kaiser Friedrich I. Barbarossa unter die Lehenshoheit des Reiches (1163). Die letzte Nebenlinie der schlesischen Piasten erlosch 1675 mit Herzog Georg Wilhelm, dessen Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau unter österreichische Herrschaft kamen. Ein Erbvertrag von 1537 über diese Herzogtümer diente Friedrich II. d.Gr. als Rechtstitel bei der Eröffnung des ersten Schlesischen Krieges. Mit der „Piasten-Idee" begründeten polnische Nationalisten im 19. Jahrhundert Expansionsansprüche bis zur Oder/Neiße.- Das Bild zeigt das berühmte Renaissance-Portal des von Jakob Pahr unter Herzog Georg II. (1547-86) erneuerten Schlosses mit den Plastiken des schlesisichen Piastenfürsten.*

**Herbert Ammon**

geboren 1943 im schlesischen Brieg, ist Dozent für Geschichte und Soziologie am Studienkolleg für ausländische Studierende der FU Berlin.



Der vorliegende Beitrag erschien zuerst in der Frankfurter Allgemeinen vom 24. August 1998. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der FAZ.

**Baldur Springmann**

# Vertreibung dreifach

Öko-Bauer Baldur Springmann
• plädiert für die Achtung des Leidens auch der deutschen Vertriebenen
• ermutigt dazu, sich dem Geborgensein in der Landschaft, im eigenen Volk und im Göttlichen zu öffnen
• warnt davor, die genetische Unversehrtheit des Erbstroms und damit die physische „Heimat“ des Humanum anzutasten.

*Was man zum Glücklichsein aber unbedingt braucht, ist Heimat.*

Die Vertreibung unserer Mitmenschen aus ihrer inzwischen von unseren Politikern preisgegebenen ostdeutschen Heimat darf ebensowenig vergessen werden wie Auschwitz. Denn vergleichbar sind beide Untaten zumindest insofern, weil in beiden Fällen von Fanatikern geschürter Fremdenhaß eine der Triebfedern war. Und gerade weil die deutschen Vertriebenenverbände von Anfang an, als die Wunden noch bluteten, eindeutig auf Rache und Gewalt verzichtet haben, gerade darum sind um einer Versöhnung willen einige Richtigstellungen unerläßlich.

Wenn Versöhnung wirklich geschehen soll, dann kann nicht auf die Dauer das Ungleichgewicht hingenommen werden zwischen den Begehrlichkeiten einerseits, welche durch die Schuld- und Bußgesänge der 68er Gutmenschen in aller Welt immer wieder neu geweckt und dann auch noch weitgehend befriedigt werden, und den maßvollen Forderungen der deutschen Vertriebenen andererseits, die konsequent abgeblockt werden, weil die meisten unserer Politiker zu feige sind, dafür einen Finger krumm zu machen. Solange sich in dieser Hinsicht nichts gerührt hat, ist das Thema der Vertreibung aus Ostdeutschland nach wie vor genau so aktuell wie das der Vertreibungen auf dem Balkan und in Afrika.

An dieser Aktualität wird auch überhaupt nichts geändert, wenn ich darüber hinaus auf zwei andere Arten von Vertreibung aufmerksam mache, die bisher kaum als solche wahrgenommen werden. Die eine derselben geschieht seit 1945 fortlaufend, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt radikaler, und betrifft uns, uns Noch-Deutsche. Die andere hat erst in den 70er Jahren begonnen, befindet sich noch weitgehend im Vorbereitungsstadium und betrifft nicht nur uns, sondern im „Enderfolg“ die ganze Menschheit.

Was ich mit dem ersteren Geschehen meine, ist die Vertreibung aus jenem Etwas, welches ich mal mit „Heimat aus Licht“ zu benennen versucht habe. Und obwohl ich weiß, daß gerade dieses es ist, was Heimat insgesamt zu etwas Unbeschreiblichem macht, habe ich mich dem im danach benannten zweiten Band meiner Biographie derart zu nähern versucht:

„...Was man zum Glücklichsein aber unbedingt braucht, ist Heimat. Für uns jedenfalls, ... für uns gehört sie nun einmal dazu, die Heimat. Und wenn es ein wirklich unerschütterliches Glücklichsein werden soll, gehört die Erfahrung dazu, daß Heimat eine heilige Dreieinigkeit ist, eine naturgegebene und also gottgegebene. Das erste und ursprünglichste Element der heiligen Dreieinigkeit ist die Melodie einer Landschaft ... Es müßte also ein wichtiges Hauptfach in allen Grundschulen werden, ein Gefühl dafür zu entwickeln, wieviel Übereinstimmung es geben kann zwischen der Melodie einer Landschaft und der des eigenen Herzens.

Denn nur, wo es eine solche Übereinstimmung gibt, können wir Erfolg dabei haben, uns selbst das zweite Element, unser Zuhause, zu erschaffen. Unser Stück Land, für dessen Gedeihen und von dessen Gedeihen wir leben. Unsere vier Wände, innerhalb deren alles vom unverwechselbaren, einmaligen Wesen unserer Eigenart geprägt ist, – im äußersten Glücksfall darüber hinaus vom Wesen der Zweieinigkeit mit unserem Lebenspartner.

Was uns in diesen beiden elementaren Bereichen so heimatlich zumute sein läßt, ist der Gleichklang von Schwingungen. ... Und aus diesem schönen Gleichklang heraus kann das Bewußtsein erblühen, daß es darüber hinaus einen Gleichklang geben kann zwischen unserem Inneren und jenem Urgrund allen Seins, den wir als das Göttliche erleben.

Das Instrument, welches die Melodie dieses geheimnisvollen Gleichklangs erklingen läßt, ist der erste und geheimnisvollste, zur Schöpfung gewordene Gotteshauch – das Licht. Das kann unser Verstand natürlich nicht verstehen und erst recht nicht beweisen. Aber unser Herz weiß es, einfach so. Einfach so, wie auch schon für unsere Vorfahren der Regenbogen die Brücke war, auf welcher die Götter vom Himmel zur Erde schritten und den Menschen das Urvertrauen brachten, daß sie nicht Fremdlinge sind in der Symphonie aus Himmel und Erde, sondern Eingeborene in der Heimat aus Licht.“



*Else Castrian: Heimat aus Licht*

So also habe ich mich vor einigen Jahren dem unbeschreiblichen Etwas anzunähern versucht und dabei erst etwas davon zu verstehen gelernt, was Goethe wohl gemeint hat, als er im Widerspruch zu Newton „Licht" in den Bereich des Geistigen einordnete, des Über-Sinnlichen. Daß also unsere Sinne (und physikalischen Meßgeräte) das eigentliche Licht nicht wahrnehmen können, sondern nur, wie Goethe sich ausdrückte, „seine Taten und Leiden", Helligkeit etwa oder Lebensenergie oder (erst in jüngster zeit mit feinsten Meßgeräten wahrgenommen) Ordnungskraft in allen lebendigen Zellen. Das eigentliche, das unsichtbare Licht ist es sicher auch, welche jene wunderschöne Schöpfungsvorstellung meint, die im Griechischen anfängt mit „en archä etai ho logos", was Luther übersetzte „im Anfang war das Wort". Goethe läßt seinen Faust an dieser Übersetzung zweifeln und darüber grübeln und ich meine da so etwas herauszuhören wie „Gotteshauch". Und nach dem ersten solchen Hauch geschah es dann: „Und es ward Licht". Unsere Heimat!

Ach Leute, – auch Ihr neunmalklugen Herren, die Ihr jetzt kopfschüttelnd dieses Geschreibsel zur Seite schiebt –, Leute, hört doch nur noch 'n ganz winzigen Augenblick zu, so daß ich Euch an einen Sonnenaufgang erinnern kann! Immer noch Achselzucken? Leute! Dann habt Ihr Ärmsten bei allen bisher erlebten Sonnenaufgängen die Hauptsache vergessen, nämlich Euer Herz ganz, ganz weit aufzumachen. Also solltet Ihr schleunigst, möglichst morgen schon in aller Herrgottsfrühe raus aus den Federn und im Morgendämmer hin an einen Ort, wo man vom ersten zarten Morgenrot an die ganze Symphonie der Lichtgeburt erleben kann!

*In der Lichtgeburt des Sonnenaufgangs die heilige Dreieinigkeit von Licht – Liebe – Gott erleben*

Jeder, der jemals dieser Symphonie sein Herz geöffnet hat, hat dabei die Gewißheit in sich hineintönen lassen, daß es eine heilige Dreieinigkeit gibt: Licht – Liebe – Gott. Eine Gewißheit, die man natürlich nicht „beweisen" kann, ein noch so doppeltgenähter Materialistenverstand aber auch nicht widerlegen kann. Ebensowenig wie die Tatsache, daß ganz unmittelbar aus dieser unserer Seelenheimat hervorgewachsen ist, was wir Deutschen „Volkstum" nennen, – ein „Gedanke Gottes" also und niemals durch irgendwelche Konstrukte arroganter Intellektualität wie „Gesellschaft" zu ersetzen. Ja, und von daher weiß man dann, wie schlimm und wie böse es ist, Menschen aus diesem Teil ihrer Heimat aus Licht vertreiben zu wollen.

*Für ein zeitgemäßes Deutschtum ohne falschen Stolz und ohne falsche Scham*

Meine liebe Frau hat mir in einem ihrer letzten Feldpostbriefe am 6.4.1945 unter anderem geschrieben: „... wie Du mir, dem Hof fehlst, das merke ich erst ganz richtig jetzt, wo der Feind vielleicht schon bald hier sein wird. Wenn der Amerikaner kommt, ... bleiben wir hier, nur vor den Russen, da würde ich mit den Kindern flüchten, es gäbe dann ja auch keinen anderen Weg mehr. Wenn Du nur ... gesund zu uns zurückkehrst! Wenn uns dann auch der Hof und alles Gut genommen werden sollte wir würden wieder beginnen. ... Unser Deutschsein tragen wir ja in uns und es lebt weiter in unseren Kindern, das kann uns keiner nehmen."

Und weil ich weiß, daß das kluge Herz dieser Frau in entscheidenden Fragen immer die richtige Antwort gewußt hat, darum bin ich mir völlig sicher, daß es zur Zeit zwar den Anschein hat, daß den Deutschtumshassern im Aus- und Inland ihre Absicht gelingen würde, uns endgültig und für immer aus dieser unserer Seelenheimat zu vertreiben, – es wird ihnen nicht gelingen! Denn noch gibt es ja uns, uns Noch-Deutsche und den Erbstrom, aus dem wir zu neuem, zeitgemäßem Leben und Wirken erwekken werden das, was wir dann wieder ohne falschen Stolz und ohne falsche Scham frank und frei nennen können:

*Deutschtum.*

Wenn ich jetzt noch versuche, eine dritte Art von Heimatvertreibung zu beschreiben, lasse ich mich auf allerlei Schwierigkeiten ein. Denn diese Schweinerei findet zur zeit hauptsächlich – so wie das Übungsschießen des Militärs in sorgfältig abgezäunten Bereichen – in dem Manövergelände der Labors von „Wissenschaft" und Industrie statt. Es ist das so sorgsam wie möglich gehütete Geheimnis der Gentechnologie, über die zur Tarnung eine solche Flut von Propaganda- und Falschmeldungen verbreitet wird, daß die wenigen durchsickernden wahrheitsgemäßen Informationen kaum Gehör finden.



*Künstliche Befruchtung einer Eizelle*

Mit der Schwierigkeit, welche ich mir mit dem Stechen in dieses Wespennest bereitet habe, will ich dadurch fertig zu werden versuchen, daß ich erst mal über ganz etwas anderes rede, nämlich über „Menschenbild". Wenn ich dasjenige, welches mir vorschwebt, erklären will, versuche ich das meistens mit diesen Fragen: Was meinst du, *bist* du ein Körper oder *hast* du einen Körper? Und bald hinterher, in das Nachdenken hinein: Meinst du, dein Gehirn fabriziert deine Gedanken? Oder tut das dein eigentliches, dein geistiges Ich, und das Gehirn ist nur das Werkzeug, dessen es sich bedient? Und dann vielleicht noch so etwas nachschieben wie: Wenn du beim Flunkern ertappt wirst und kriegst 'ne rote Birne, – welche Drüsen oder Organe machen das? Und woher wissen *die*, was Flunkern ist?

So. Und von Platon habe ich soviel gelernt, daß *ich* jetzt auf keinen Fall irgendeine Antwort andeuten darf. Daher nur noch in Euer Nachdenken hinein die Mitteilung einer Tatsache: Seit dem Tod meiner Frau *weiß* ich, daß sich das Eigentliche, das ehedem so hell aus ihren Augen herausgestrahlt hat, nicht in jenes Nichts aufgelöst hat, welches wir uns ebensowenig vorstellen können wie das Gegenteil, die Ewigkeit. Ich weiß also, daß „es" weiterhin existiert, aber ich habe keine blasse Ahnung, wie. Und so sehr neugierig darauf bin ich gar nicht, denn es wird ja nicht so furchtbar lange dauern, dann „weiß" ich's.

So, und zu diesem Menschenbild (war das etwa keines?) gehört ja wohl an irgendeiner Stelle das dazu, war wir Ethos nennen. Und nun frage ich Euch, wie weit das von jeglichem Humanum, jeglichen Menschentum entfernt ist, was am 7. November 1998 unter der Überschrift „Embryonen als Vorratslager" in der taz zu lesen war. Berichtet wird da über die (in Deutschland *noch* verbotene) „Herstellung" von Embryonen im Reagenzglas und wie man sich in diesen USA-Labors mit der „Züchtung" von jeweils erwünschten Zellkulturen aus diesen Embryonen befaßt, einige bereits zur Patentierung angemeldet hat, wobei als einziger Vorbehalt noch verbal vorgeschützt wird, „daraus keine Chimären, also ‚Mischwaren' aus Mensch und Tier herzustellen".

Damit habe ich mein Bogenschlagen also beendet und bin wieder bei der vom Ungeist unserer Zeit durchgifteten „life science" und ihrem Superlativ, der Gentechnologie gelandet, über die wir von einer ähnlichen Clique von „Wissenschaftlern" und Politikern und Multimanagern genau so systematisch belogen werden wie damals über Atomspaltung. Und genau so wie damals kann ich sämtliche Gutachten und Expertisen entbehren, weil eines für mich unumstößliche Gewißheit ist: So wie damals das Tabu des Atomkerns, so jetzt das Tabu des Zellkerns und damit auch des in ihm manifestierten Natur- und damit Gottesgesetzes der „eisernen" Artenschranken, – dieser göttlichen Weisheit, der allein wir die wunderbar köstliche Vielfalt des Lebens auf unserer Mutter Erde zu verdanken haben.

Allein schon der Gedanke, an dieses Heiligtum zu rühren, ist jeder noch nicht erstickten Naturfrömmigkeit genauso suspekt wie den australischen Aboriginees das Betreten des uranerzhaltigen Gebirges war, weil das damit

verbundene Wecken der Regenbogenschlange unermeßliches Unheil über die ganze Erde bringen würde. Bei solchen Gedanken ist es aber nicht geblieben, sondern die Laborfanatiker und Pharmaprofiteure tummeln sich längst wie die Elefanten in diesem Porzellanladen herum und nennen das noch stolz und unverblümt „Herstellung transgener Produkte".

Daß dies aber nur die Spitze eines grauenhaften Eisberges ist, habe ich auch erst in letzter Zeit zu wissen bekommen, und zwar durch die Beiträge von Dr.rer.nat. Stefan Lanka, Sprecher der Forschungsgruppe regimed Stuttgart, in den letzten Nummern der Zeitschrift „raum & zeit", in denen er das Lügengewebe der Gentechniker schonungslos zerreißt und unter anderem klarmacht, was es bedeutet, daß wir „genverkrüppelte Zusätze jetzt schon in Impfstoffen" zu erwarten haben. Also genau in dem medizinischen Bereich, wo sich die machtgeilen Grünen ihre Vorbehalte gegen die Gentechnologie von den industriehörigen SPDlern haben abschwatzen lassen, genau da wird das Allerschlimmste vorbereitet, Man plant angeblich, bessere Impfstoffe auf den Markt zu werfen, – Impfstoffe aber in Wirklichkeit, die geeignet sind, in die Keimbahn des Menschen einzudringen und sie zu zerstören.

Dr. Lanka beschreibt da so: „Chromosomen werden verändert! Gentechnische Produkte sind nämlich alle behaftet mit manipulierter Erbsubstanz, die in dieser Form in keinem natürlichen Organismus vorkommt. Diese Erbsubstanz ist sozusagen heiß gemacht worden und besitzt wie alle Erbsubstanzen die Tendenz, vom Zellkern aller Zellen, aller Organismen, bis hinauf zum Menschen aufgenommen zu werden. Dort zerstört manipulierte Erbsubstanz den genetischen Kontext und sogar die Struktur der Erbsubstanzfäden, genannt Chromosomen. Verschärft wird diese Attacke auf den Zellkern und das Leben durch das direkte Inverkehrbringen von Impfstoffen der letzten Generation, bestehend aus nackter Erbsubstanz. Da wird manipulierte, also heiß gemachte Erbsubstanz direkt in den Körper eingebracht."

Und dann: „Der Unterschied zu Radioaktivität oder chemischer Verseuchung liegt darin, daß sich manipulierte Erbsubstanz selbständig vermehren und in der ganzen Natur willkürlich ausbreiten kann. ... Was passiert, wenn die Genverseuchung die Keimbahn erreicht, das heißt in Eizellen und Samenfäden integriert ist und daraus Nachkommen entstehen, die dann in *allen* ihren Körperzellen die Genverseuchung tragen, läßt der Titel einer britischen Fachzeitschrift erahnen: ‚Die Kinder werden leiden'."

*Die menschliche Keimbahn muß tabu bleiben*

*Unsere* Kinder sollen aber nicht dieses Schicksal erleiden! Deswegen dürfen wir es nicht beim Jammern und Klagen belassen, sondern haben uns nach *unserer* althergebrachten Art gegenseitig zu ermutigen mit „Wer jetzig Zeiten leben will, muß haben tapfres Herze!" Im Grunde haben wir das ja alle, wir Noch-Deutschen, also werden wir auch nicht nachlassen, eine blanke Wehre zu errichten

- gegen das rassistische Herunterspielen des durch die Vertreibung den Ostdeutschen angetanen Leides
- gegen die Vertreibung unserer Kinder aus ihrer Heimat aus Licht durch Geschichtsfälschung und antideutsche Schmäh
- gegen die Vertreibung aus unserer Erbmasse und damit aus der physischen Heimat unseres geistigen Menschseins.

Weil ich aber keine Lust habe, immer nur schöne Worte zu drechseln, weil ich anscheinend noch zu jung bin, achselzuckend Widriges geschehen zu lassen oder gar zu resignieren, möchte ich Euch alle, die Ihr bis hierhin brav gelesen habt, dazu anregen, an dem noch fehlenden geistigen und religiösen Fundament für unsere dreifache Heimat zu bauen. Eine Initiative also nunmehr nicht so sehr *gegen* dieses und jenes, sondern *für* eine ethnokulturelle Erneuerung des Deutschtums.

*Wer macht mit?*

**Baldur Springmann,**

geboren 1912, Gründervater der ökologischen Bewegung, verwirklichte auf Hof Springe im holsteinischen Geschendorf praktische Modelle alternativen ökologischen und sozialen Handelns. Im Verlag S. Bublies erschien seine zweibändige Autobiographie „Bauer mit Leib und Seele".



Jens Jessen

# Die zwei Seiten der Selbstbestimmung

Das Selbstbestimmungsrecht ist ein Instrument in vielen Händen, in der Regel aber nicht in der Hand der Betroffenen.

Der Begriff Selbstbestimmung übt einen Reiz aus, der Staaten, Gemeinschaften und religiöse Gruppen in seinen Bann zieht. In den rund 10 Jahren seit dem Fall der Mauer in Berlin hat es mehr ethnische Säuberungen und Genozide gegeben als in irgendeinem zehnjährigen Zeitraum des Kalten Krieges. Afrika, der Balkan, Indonesien, Ceylon sind nur einige Beispiele dafür. Mit dem Anspruch auf Selbstbestimmung wird gemordet – mit Waffen, die den Interessen Dritter dienen. Mit dem Anspruch auf staatliche Unversehrtheit antworten die den Staat tragenden Völker.

Die Staaten werden immer schwächer, aus ihnen separieren sich – von vornherein zum Scheitern verurteilte – Kleinstaaten, angetrieben durch die Unterstützung von anderen Staaten, von Politikern, von religiösen Kraftfeldern. Sie bilden Krisenherde, die neue Krisenherde entfachen. Die staatliche Autorität verfällt und damit die Qualität menschlichen Lebens. Die afghanische Selbstbestimmung wurde vollendet durch die Taliban, die in Pakistan ausgebildet wurden.

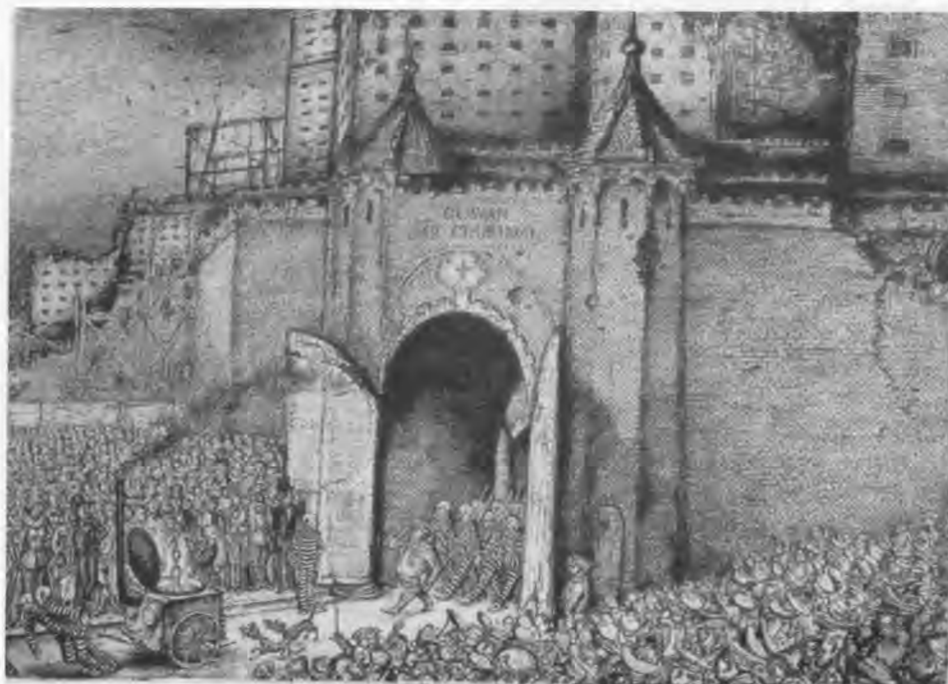
Religiöse, ethnische und Stammeskonflikte werden von außen angefacht und mit der Formel Selbstbestimmung drapiert, um Eingriffe in die betroffenen Gebiete moralisch zu rechtfertigen. Die Flüchtlingszahlen schwellen an, wenn eine Ethnie die andere vertreibt und später die Vertriebenen die Ethnie der Vertreiber zur Flucht zwingen. Hutus und Tutsis sind überall auf dieser Welt. Die Frage ist nur, wer treibt sie an und aus welchen Gründen. Massaker und ethnische Säuberungen haben immer neue Massaker und ethnische Säuberungen zur Folge.

Die Welt befindet sich im gezielt herbeigeführten Aufruhr. Und dieses Chaos hat ein immer wiederkehrendes Muster: das Muster gezielter Destabilisierung. Rußland wird die ganze Wucht dieses Chaos ebenso noch erfahren wie China und die europäischen Staaten.

**Die erste Seite: Selbstbestimmung als Mittel gezielter Destabilisierung**

*Das Selbstbestimmungsrecht ist zu einer politischen Waffe der Mächtigen verkommen.*

In allen Teilen der Welt wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingefordert. Das „Volk" wird dabei so lange definiert, konjugiert und dekliniert, bis jeder, der die Forderung hört, Schwierigkeiten bekommt. Splittergruppen, Stämme, religiöse und politische Gruppen erklären sich zu einem Volk. In gewachsene Siedlungsgebiete eingewanderte Teile eines anderen Volkes, das selber ein gewachsenes Siedlungsgebiet bewohnt, separieren sich vom Staatsvolk und erklären sich zu einem neuen Volk mit dem Anspruch auf andere und mehr Rechte als das Staatsvolk. Der Doppelpaß für Türken ist beispielhaft für das eine, die Forderung nach Selbstverwaltung durch Moslems in London oder Berlin für das andere.



*A. Paul Weber: The Germans to the front, 1950/53*

Die Vertreibungen von 1944 bis 1948 in Mittel- und Osteuropa waren ebensowenig die letzten, wie die zur Zeit „erzwungenen Wanderschaften" auf dem Balkan nicht die letzten in Europa und anderen Teilen der Welt sein werden. Die UCK meuchelt – mit der Ausrüstung von Interessenten an dieser Situation – Serben im Kosovo, die Serben meucheln ethnische Albaner. Der Westen bombt das Völkerrecht im Namen der Menschenrechte und der Selbstbestimmung nieder. Die Ukraine geht auf eine Spaltung zwischen der orthodoxen Ostukraine und der unierten Westukraine zu, zwischen Armenien und Aserbeidschan besteht die Situation des Kalten Krieges.

Das Selbstbestimmungsrecht ist zu einer politischen Waffe der Mächtigen verkommen. Weder mit Aufrufen noch mit Bomben und Raketen ist diesem Übel beizukommen. Die „Herrscher der Welt" werden auch weiterhin Zeichen setzen – um Einflußsphären abzusichern oder zu erweitern, um Kriegsmaterial zu testen oder Unbotsame zur Räson zu bringen.

**Die zweite Seite: Selbstbestimmung als unerwünschte Umsetzung des Volkswillens**

*Erste Vorbemerkung*

Selbstbestimmung in einer neuen Welt, nach Krieg, Hunger, Tod – das war das Versprechen für das Ende des Ersten Weltkriegs. Ergebnisse waren unter anderem: Deutsch-Österreich durfte sich Deutschland nicht anschließen. Den Sudetendeutschen wurde der Anschluß an Österreich verwehrt, Elsaß-Lothringen kam per Federstrich zu Frankreich, das Hultschiner Ländchen wurde von Oberschlesien ohne Volksabstimmung abgetrennt und der neuen CSR zugeschlagen.

Hehre Worte lassen sich an Einzelbeispielen auf ihren Inhalt prüfen. Am besten bieten sich hierzu die Zeiten an, in denen die Selbstbestimmung offiziell in den Wortschatz von Politikern aufgenommen wurde.

*Zweite Vorbemerkung*

„Befriedigen können wir die Ansprüche, welche dieser neue Nachbar Polen auf unsere Kosten erheben würde, niemals. Sie würden außer Posen und Danzig sich demnächst auf Schlesien und Ostpreußen richten, und die Landkarten, in welchen die Träume der polnischen Insurrektion ihren Ausdruck finden, bezeichnen Pommern bis an die Oder als polnische Provinz".

Bismarck, Erlaß an den Londoner Gesandten Graf Bernstorff, 1863.

Keine 82 Jahre später waren die Befürchtungen Bismarcks Realität und die Deutschen verjagt.

*Dritte Vorbemerkung*

Obwohl es unbestreitbar ist, daß Polen seine staatliche Wiederherstellung allein dem deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie mit der Institutionalisierung des Königreichs Polen am 5. November 1916 zu verdanken hat, kannte Polen dafür keinen Dank. Polen gesellte sich 1918 zu den Siegern und setzte in Versailles die Abtretung alten deutschen Gebiets mit überwiegend deutscher Bevölkerung durch. Der Korridor wurde geschaffen. 2,5 Millionen Deutsche wurden dem polnischen Staat einverleibt. Die Minderheitenverträge wurden von Polen mißachtet, die deutsche Sprache unterdrückt, deutsche Schulen geschlossen, deutsche Arbeiter und Angestellte entlassen und deutscher Grundbesitz enteignet. Es begann eine Zeit der Verfolgung und des Grauens. Der ehemalige Präsident der Freien Stadt Danzig, Dr. Hermann Rauschning, hat anhand einer Fülle von Fakten – er war während der zwanziger Jahre in Posen Kronzeuge der polnischen Liquidationspolitik – 1930 in Berlin das zusammengetragene Material unter dem Titel „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens – 10 Jahre polnische Politik" veröffentlicht. Mit Recht heißt es daher in Herders Staatslexikon, 5. Auflage 1931, 4. Band, Spalte 249: „Das offene und auch zugegebene Ziel der polnischen Politik ist die Vernichtung des Deutschtums". So wurden gleich zu Beginn des polnischen Staates nach dem 1. Weltkrieg zwei Konzentrationslager für Deutsche in Polen errichtet: Szcypiorno im Posener Gebiet 1918 und Stralkowo, ebenfalls im Posener Gebiet, 1919. In diesen Lagern wurden 16.000 Deutsche eingesperrt. Es waren die ersten KZs in Europa.



*A. Paul Weber: Das Leichentuch*

Bis 1929 verließen 1,5 Millionen Deutsche zwangsweise Polen, nicht selten fluchtartig. Das war der Anfang ethnischer Säuberungen.

1945 folgten die größten Vertreibungen, die die Weltgeschichte kennt mit der Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus Ostdeutschland, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien usw. 2,25 Millionen erfaßte Tote waren das Ergebnis.

## Sprachen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa um 1910



**Fallbeispiel:**
**Die Selbstbestimmung für Oberschlesien**

Im „Congressional Record of the Session of the 65th Congress of the United States of America", Bd. 56, S.762 ist ein Gebet festgehalten, mit dem die Abgeordneten am 10. Januar 1918 die neue Sitzungsperiode eröffneten. In der Übersetzung lautet es:

„Allmächtiger Gott – Unser himmlischer Vater! Du weißt, o Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen gegen eine der gemeinsten, übelsten, gierigsten, geilsten, blutdürstigsten, sündhaftesten und habgierigsten aller Nationen, die jemals das Buch der Geschichte geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschen genügend Tränen gepreßt hat, um einen neuen Ozean zu füllen, daß es genügend Blut vergossen hat, um jede Woge des Ozeans zu röten, und daß es aus den Herzen von Männern und Frauen und Kindern genügend Schreie und Stöhnen gepreßt hat, um daraus ein Gebirge aufzutürmen."

Dem folgen die Bitten an Gott: „Wir bitten Dich o Herr, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage das große Rudel dieser hungrigen, wölfischen Hunnen zurück, von deren Fängen Blut und Schleim tropft. Wir bitten Dich, laß die Sterne auf ihren Bahnen und die Winde und Wogen gegen sie kämpfen. Und wenn alles vorüber ist, werden wir unser Haupt entblößen und unser Antlitz zum Himmel erheben. Und Dir sei Lob und Preis immerdar, durch Jesus Christus, Amen."

Am 8. Januar 1918 lautet die Botschaft des amerikanischen Präsidenten Wilson an den Kongreß:

„Punkt 13: Ein unabhängiger polnischer Staat soll errichtet werden, der alle Gebiete umfaßt, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind."

Wer konnte glauben, daß auch nur die Absicht bestand, den Hunnen das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren. Es ging hier gar nicht darum, wie so oft entschuldigend vorgebracht wird, daß Unkenntnis der historischen und realen Situation zu Fehlentscheidungen geführt hat. Roman Dmowski, Mitunterzeichner des Versailler Vertrages und neben Pilsudski einer der ältesten lebenden Vorkämpfer für die Wiederaufrichtung Polens, gründete schon Mitte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts die Nationaldemokratische Partei, die es noch in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts gab. Dmowski wurde im August 1918 vom Polnischen Nationalkomitee nach Amerika geschickt, um Wilson für die territorialen Wünsche der Polen zu gewinnen. Daran hatte schon seit 1915 der rührige Georg Sosnowski, einer der Verantwortlichen an Amerikas Kriegseintritt, vorgearbeitet. Dmowski mobilisierte die fast 4 Millionen amerikanischen Polen für extreme Gebietsforderungen. In der Denkschrift, die er Wilson am 8. Oktober 1918 in Washington vorlegte, heißt es: „Das polnische Problem ist vor allem ein territoriales Problem." Die Denkschrift enthält eine Erörterung der Lage in den verschiedenen Teilen des ethnographischen und historischen polnischen Gebietes, ihre Bedeutung für die Zukunft Polens und die Berechtigung der polnischen Forderungen auf die deutschen Provinzen Posen, Westpreußen, Ermland als Teil Ostpreußens, Oberschlesien und Teile Mittelschlesiens.




In Oberschlesien, so die Denkschrift, machten die Deutschen nur einen Bruchteil der Bevölkerung aus. Außerdem würde die Gewinnung des schlesischen Kohlebeckens durch Polen für dessen industrielle Entwickung sichere Grundlagen schaffen und aus Polen einen ernsthaften Konkurrenten Deutschlands auf den Märkten Osteuropas machen. Diese Lügen wurden schließlich noch, kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes Anfang November 1918, durch einen „Hinweis" von Dmowski gekrönt:

„Herr Präsident, Sie wissen zweifellos, wie Ihre amerikanischen Polen sich mit dieser Frage befassen. Die an ihrer Spitze stehenden Leute stammen hauptsächlich aus dem von Preußen geraubten polnischen Gebiet. Wenn wir heute nicht die gebührende Grenze gegenüber Deutschland erhalten, wenn wir nicht neben Posen auch Schlesien sowie unser Ostseegebiet mit Danzig erhalten, wird keiner von ihnen verstehen, warum das geschah. Das sind aber Leute, die heute fest an Sie glauben."



*Woodrow Wilson*

Die erste Note der polnischen Friedensdelegation von Versailles vom 28. Februar 1919 wurde von den zugelassenen polnischen Delegierten Dmowski, als Vertreter des polnischen Nationalkomitees und Paderewski, als Ministerpräsident der Warschauer Regierung, überreicht. Hier wurden die künftigen Grenzen folgendermaßen definiert:

„Regierungsbezirk Oppeln, mit Ausnahme der Kreise Neisse, Grottkau, Falkenberg, Neustadt; vom Regierungsbezirk Breslau die Kreise Namslau und Großwartenberg sowie Teile des Kreises Militsch; ganz Posen; Westpreußen, außer den westlichen Teilen der Kreise Deutschkrone und Schlochau; der östliche Streifen Pommerns, die Kreise Lauenburg und Bütow sowie Teile des Kreises Stolp. Die polnische Grenze sollte verlaufen östlich der Stadt Deutschkrone, westlich der Städte Flatow und Schlochau, östlich von Stolp und weiter bis zur Ostsee: endlich am Meeresufer entlang bis nach Braunsberg; sie sollte das ganze Ermland und den südlichen masurischen Streifen Ostpreußens (Regierungsbezirk Allenstein und den Kreis Oletzko des Regierungsbezirks Gumbinnen) umfassen. Was das übrige von einer deutschen Bevölkerung bewohnte Ostpreußen anbetrifft, so fordert die Delegation seine Abtrennung vom Deutschen Reich nach Ausscheidung des Landes auf beiden Ufern der unteren Memel mit der Stadt Memel und Tilsit."



*Neisse – hier liegt Joseph von Eichendorff begraben – wurde im Gegensatz zu Kattowitz erst nach 1945 von Deutschland abgetrennt*

*Abstimmungsversammlung in Kattowitz*



Am 7. Mai 1919 sieht der Entwurf des Friedensvertrages die Abtretung Oberschlesiens an Polen vor mit Ausnahme des Hultschiner Ländchens, das der CSR zugesprochen wird. Auf Massenkundgebungen fordern die Deutschen die versprochene Selbstbestimmung ein. Der wissenschaftliche Berater des amerikanischen Präsidenten, Prof. Dr. Robert Howard Lord, erklärt dem Vertrauensmann Wilsons, Oberst House: „Die Aussichten einer Volksabstimmung sind für Polen unbedingt günstig, denn das Gebiet besitzt eine polnische Mehrheit von 2 zu 1. ... Es ist so sehr unbestreitbar polnisches Gebiet, wie das nur in irgendeinem Teile Europas sein kann." Am 26. Juni 1919 wird der Friedensvertrag von Versailles abgeschlossen. In ihm wird jetzt eine Volksabstimmung vorgesehen. Nicht in das Abstimmungsgebiet einbezogen sind die rein deutschen oberschlesischen Kreise Neisse-Stadt und -Land, Falkenberg, Grottkau und Neustadt West. Das Hultschiner Ländchen kommt ohne Volksabstimmung an die CSR.

Die polnische Seite war sich zwar ihrer Sache sicher, da die Alliierten ihnen Oberschlesien zugesprochen hatten. Um ihren Forderungen jedoch mehr Gewicht zu verleihen, organisierte Korfanty 1919 und 1920 zwei Aufstände – so wie die Separatisten im Rheinland und der Pfalz – um die Abtretung als den Wunsch der Oberschlesier gegen die germanische Repression darstellen zu können. Beide Aufstände fanden bei den Oberschlesiern keinen Rückhalt. In kürzester Zeit brachen sie in sich zusammen. Die Unterstützung aus Polen konnte daran auch nichts ändern.

Die Volkabstimmung am 20. März 1920 ergab, trotz massiver polnischer Einschüchterung der Bevölkerung, insbesondere auf dem Land eine eindeutige Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland. 707.554 Oberschlesier stimmten für Deutschland, 478.820 für Polen. Für die Siegermächte des 1. Weltkriegs war diese Entscheidung der Oberschlesier eine ebenso

große Enttäuschung wie für die polnische Regierung. Schließlich hatten die polnischen Drahtzieher der Insurgentenaufstände gemeint, daß die Oberschlesier zu über 90 Prozent eindeutig pro polnisch eingestellt seien, da sie ja Polen wären.

Doch was nicht sein kann, darf auch nicht sein. Am 20. Oktober 1921 beschloß die Botschafterkonferenz der Empfehlung des Völkerbundrates zu folgen und die Teilung vorzunehmen. Deutschland und Polen wurden zu einem entsprechenden Abkommen gezwungen, das am 15. Mai unterzeichnet wurde. Der Vollzug der Teilung erfolgte vom 15. Juni bis zum 14. Juli 1922.

1945 wurde dann aus der Teilung Oberschlesiens die vollständige Übergabe an Polen.

**Selbstbestimmung ist nicht wertfrei**

Bis weit in die sechziger Jahre waren alle deutschen Parteien der Ansicht, daß Ostdeutschland aus der polnischen Verwaltung zu entlassen ist und wieder zu Deutschland zurückkehren muß. „Verzicht ist Verrat" sagten nicht nur die Sozialdemokraten. Später haben alle Bundestagsparteien Ostdeutschland verraten. Die entsprechende Reaktion der Wähler fehlte und fehlt. Aus den Mitteldeutschen wurden 1990 von einem Tag zum anderen Ostdeutsche. Was aber wurde aus den Vertriebenen? Es ist still um sie geworden. Die Grenzfrage ist mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag, dem deutsch-polnischen Grenzvertrag und der Verleihung der höchsten polnischen Orden an Genscher und Kohl offiziell erledigt. Seither ist das Eintreten für die Selbstbestimmung der Ostdeutschen auch für die CDU Revanchismus. Für die Internationalisten und für die Antifa waren die Forderungen nach Selbstbestimmung der Ostdeutschen schon immer Revanchismus und Faschismus. (Die kurdische Frage wird da schon unterschiedlicher beurteilt: Für die Antifa sind die Türken Faschisten und für die herrschende Politklasse die Kurden Terroristen. Nur bei den Kosovo-Albanern sind sich (fast) alle politisch korrekten Menschen einig: Seben schlecht, Albaner gut).

Eine Auseinandersetzung mit dem für die deutsche Nation einschneidenden Ereignis des Verlustes Ostdeutschlands und der völkermordartigen Vertreibung hat bisher nicht stattgefunden, und dabei bleibt es. In den Lehrplänen der Schulen und im Unterrichtsalltag spielen die Vertreibung und die deutsche Geschichte im Osten Europas kaum eine Rolle. Städte mit Jahrhunderte alter Geschichte wie Breslau, Oppeln, Danzig, Königsberg, Stettin, Karlsbad und Hermannstadt werden von deutschen Behörden und Medien mit den polnischen, russischen, tschechischen und rumänischen Namen bezeichnet. Die Vertriebenen tauchen in der öffentlichen Wahrnehmung vorwiegend als Störenfriede auf. Jüngstes Beispiel sind die Worte Schröders bei seinem Treffen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Zeman.

Die Vertriebenen müssen begreifen, daß es bei ihnen nicht um eine aussterbende Randgruppe der Bevölkerung geht, deren Lebenskatastrophe lange zurückliegt. Es geht um weit mehr. Der damalige Hochkommissar für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen, LASSO, hat 1995 darauf hingewiesen, daß „die demographische Katastrophe von heute, insbesondere jene, die als ‚ethnische Säuberungen' bezeichnet werden, wahrscheinlich nicht in dem Ausmaß geschehen wären, wenn die Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg der erzwungenen Flucht und Vertreibung der Deutschen mehr Aufmerksamkeit gewidmet hätten.

In einer Zeit, in der wieder hunderttausende Menschen vertrieben werden, sollte wenigstens die Erinnerung an die große zivilisatorische Wunde der Vertreibung der Deutschen wachgehalten werden, um künftiges Unrecht zu verhindern. Hier wegzuschauen, ist ein Verbrechen, das neue Verbrechen in Serbien, Asien, Afrika und der Türkei ermöglicht. Die Einmaligkeit der Vertreibung von 1944 bis 1948 bedarf einer anderen Würdigung als die Schnoddrigkeit der Vertreter der Bundestagsparteien und den Faschismus-Anwurf der politischen Schikkeria. Wenn heute gelehrt wird, daß Luther aus Ostdeutschland und Kant aus Rußland stammt, daß Tilsit in Holland liegt und es ein Landsberg nur am Lech gibt, daß die Deutschen in jenen Gebieten verdientermaßen umgesiedelt worden sind und auf eine erzwungene Wanderschaft gingen, wird klar, was die Vertriebenen durch die deutschen Politiker aller Couleur erleben: eine zweite Vertreibung.

*Die deutschen Vertriebenen erleben heute eine zweite Vertreibung.*

**Nachwort**

Honoré de Balzac hat einmal gesagt: „Es gibt zwei Arten von Weltgeschichte: die eine ist die offizielle, verlogene, für den Schulunterricht bestimmte; die andere ist die geheime Geschichte, welche die wahren Ursachen der Ereignisse birgt." Was aber war und ist die Geschichte der Kopfgeburt „Selbstbestimmung" in einer Welt, die sich so säuberlich kaum sezieren läßt, daß das Richtige am richtigen Platz zu liegen kommt, und was wird sie in Zukunft sein? Noch ist das Selbstbestimmungsrecht ein Instrument in vielen Händen, in der Regel aber nicht in der Hand der Betroffenen.

**Jens Jessen**

geb. 1942 im Elsaß, Ökonom, lebt in Rheinhessen. War wissenschaftlicher Assistent an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, Dozent für Erwachsenenbildung, Hauptgeschäftsführer ärztlicher Organisationen, Gemeinderatsmitglied, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz, Vorsitzender des Hauses der Heimat in Mainz und Mitglied des Gesundheitspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der CDU in Rheinland-Pfalz und Hessen. Befaßt sich heute als freier Journalist in erster Linie mit Fragen des Gesundheits- und Sozialwesens in Deutschland und Europa.



Reinhold Fink

# Karlsbader Öl

## Eine Glosse

Die Hand zuckte zurück. „Auatsch". Mit allem hatte ich gerechnet, aber daß das Wasser dieser Quelle so heiß ist, damit nicht. Ich betrachtete meine Handinnenfläche, die sich leicht rötete. „Hier brauchen Sie so eine spezielle Tasse, mit Schnabel," riet mir jemand im Vorübergehen. Nach erfolgreicher Suche kehrte ich zurück, hielt die Tasse an die sprudelnde Quelle und trank. „Pfuibäh", – speiübel spuckte ich die Brühe aus, und auf dem Boden bildete sich ein dunkler Fleck.
Dunkel? Wieso dunkel?

Ich schaute in die Tasse, rieb die Sprudelflüssigkeit zwischen Daumen und Zeigefinger. Fühlt sich an wie Schmierseife, riecht wie, na? Schnüffel, schnüffel. Wie Öl?




Ein Aufschrei: „Öl! Öl!"
Ein Aufschrei in Karlsbad, Marienbad, Franzensbad und St. Margarethenbad bei Prachatitz.

Tja, das war die Vorgeschichte.
Die Konsequenzen folgten auf dem Fuß.

Bei „Öl" wurden die großen diversen Multis hellhörig, und sie schickten ihre Regierungen auf Spurensuche. Und die wurden fündig!

„Eine Schande, das kleine sudetendeutsche Volk zu vertreiben und ihm das Öl zu rauben!", verlautbarte aus der New Yorker Chase Manhattan Bank ein Mister Rockefeller. Und legte gleichzeitig ein altes Steinbrener-Gebetbuch aus


Winterberg, Wien u. New-York.
Katholische Verlagsanstalt,
J. Steinbrener,
Buch- und Kunstdruckerei.
Druck von J. Steinbrener
in Winterberg.

1920 225

dem Böhmerwald von der Firmung seines Urgroßvaters vor. Mittels der Verlagsanschrift „Winterberg , Wien u. New York“ bewies er triumphierend die Zugehörigkeit des Gebietes zum Exxon-Konzern.

Und als einer der Rothschilds mit einer alten Ansichtskarte von der „Kreditanstalt“ in Karlsbad anrückte, auf der zweifelsfrei das Schild mit dem Banknamen mit roter Farbe koloriert war, da stieg die Stimmung meilenweit.

Gerührt und den Tränen nahe erinnerte man sich: Hatten nicht jahrzehntelang







die US-Bürger an der alten sudetendeutschen Küche festgehalten und aus heimatlicher Solidarität „Budweiser“ getrunken? Den Ahnen zuliebe? Schniefschnief ins Taschentuch. Und kam nicht überhaupt der Name Dollar vom Taler aus Joachimstal? Genau!

„Das Öl ist unser!“ wollten Sie der Öffentlichkeit sagen, beschränkten sich dann aber doch auf „Friedefreiheitdemokratiemenschenrechtundso“.

„Tschechische Besatzungstruppen raus aus dem Sudetenland!“, heulte plötzlich die UNO in resolutionshaftem Stil wie weiland in Kuweit.

Und so kam es, daß die UN-Blauhelme in Karlsbad auftauchten, im Auftrag des Weltsicherheitsrates. Daß unter einigen Helmen auch tschechisch gesprochen wurde und daß diese Blauhelme quasi endlich in ihrer eigenen Geschichte für Ordnung sorgten, fiel im Gedränge nicht sonderlich auf.

„UNO, höre auch uns!“ murmelten jahrelang die Sudetendeutschen vergeblich.

Erst meine Entdec' ıng brachte die Wende.



# Die Identität der Palästinenser wiederherstellen

## Interview mit Abdallah Frangi, Leiter der Generaldelegation Palästinas in Bonn. Die Fragen stellte Siegfried Bublies.



**Abdallah Frangi**

Geboren 1943 in Beersheba, Palästina. Studium der Medizin und Politik in Frankfurt/Main und Algerien. 1972 Wahl ins palästinensische Parlament (Nationalrat). 1978 Wahl in den Revolutionsrat von Al-Fatah. 1982-1985 Leiter der PLO-Vertretung in Wien und ständiger PLO-Vertreter bei der United Nations Industrial Development (UNIDO), Wien. 1989 Wahl ins Zentralkomitee der Al-Fatah, der größten Organisation der PLO. Seit 1993 Leiter der Generaldelegation Palästinas in Bonn. Seit 1998 Mitglied des Zentralrats der PLO.

*Während die Welt 1948 der Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat tatenlos zusah, erleben wir aktuell den Einsatz der NATO im ehemaligen Jugoslawien, der die Vertreibung der Kosovo-Albaner beenden soll. Sehen Sie hier eine Umkehr der bislang von den Großmächten weltweit tolerierten Vertreibungspraxis, oder spielen nach Ihrer Meinung andere Motive der Nato-Staaten eine Rolle bei deren Einsatz in Jugoslawien?*

In der Tat hat die Vertreibung der Kosovo-Albaner dazu geführt, daß die Vertreibung von knapp 800.000 Palästinensern im Jahr 1948 erneut in den Mittelpunkt von Diskussionen im Nahen Osten gerückt ist. Die gewaltsam erzwungene Flucht der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Heimat wurde damals von der Weltöffentlichkeit nicht wahrgenommen, es gab keine Presse oder Vertreter internationaler Organisationen, die vor Ort etwas über das Schicksal unseres Volkes berichtet hätten, keine Stimmen, die sich für das Recht der Palästinenser eingesetzt hätten. 1948/49 galt das Interesse und die Sympathie der westlichen Staaten dem jungen Staat Israel und den Juden, die in Europa Opfer eines Völkermordes geworden waren. Die Passivität der Staatengemeinschaft gegenüber den Palästinensern hat einen der schwierigsten und blutigsten Konflikte entstehen lassen, der die Welt bis heute in Atem hält. Die Gründe, die die Nato-Staaten zur Verteidigung ihrer Luftangriffe in Jugoslawien anführen, hätten auch heute noch Gültigkeit für den Palästinakonflikt, denn seit nunmehr 50 Jahren leben über vier Millionen Palästinenser in den Flüchtlingslagern des Libanon, Syriens, Jordaniens und in der Westbank und im Gazastreifen.

*Die Gründe, die die Nato-Staaten zur Verteidigung ihrer Luftangriffe in Jugoslawien anführen, hätten auch heute noch Gültigkeit für den Palästinakonflikt.*

Ebenso wie die Flüchtlinge aus dem Kosovo haben Sie ein Recht auf Rückkehr. Jedoch ist es utopisch zu glauben, daß die Nato oder die USA sich jemals so für die Palästinenser einsetzen würde.

*Wie laßt sich der seit einem Jahrhundert währende Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis lösen, wo doch Israel nach wie vor seine Ansprüche auf das „Heilige Land" durch Siedlungsaktivitäten in den palästinensischen Gebieten geltend macht?*

Wir haben 1993 mit der damaligen israelischen Regierung unter Yitzhak Rabin das Oslo-Abkommen unterschrieben und den Friedensprozeß in die Wege geleitet. Der Frieden im Nahen Osten ist denkbar und machbar, wenn die jetzige und die zukünftige israelische Regierung die Abkommen von Oslo und das Wye-Memorandum umsetzt, ihre Vorbehalte gegenüber der Proklamation eines palästinensischen Staates aufgibt und mit uns gemeinsam Lösungen für die bisher ausgeklammerten Fragen – Ostjerusalem, Siedlungen, Rückkehr der Flüchtlinge, Wasser – erarbeitet. Die Abkommen sind eine Grundlage für die Aussöhnung der beiden Völker und eine Grundlage für eine gerechte Lösung, die darin bestehen muß, daß zwei unabhängige Staaten in sicheren und anerkannten Grenzen gleichberechtigt nebeneinander leben. Denn das Heilige Land ist nicht nur für die Juden heilig, sondern ebenso für Christen und Muslime, und ohne die wechselseitige Anerkennung von Palästinensern und Israelis wird der Frieden im Heiligen Land nur schwer zu erreichen sein.

*Kann der teilweise Verzicht auf die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes eine Grundlage für die Zukunft sein, auf die auch kommende Generationen aufbauen können?*

Die Anerkennung Israels von seiten der Palästinenser muß von unserem Recht auf Selbstbestimmung getrennt betrachtet werden. Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes wird zu seiner Unabhängigkeit, zu Freiheit und zu einem eigenen Staat führen. Die Anerkennung Israels hingegen ist eine politische Entscheidung, die unseren Willen und unsere Bereitschaft zu einem friedlichen Zusammenleben und zur Kooperation demonstriert. Während der palästinensische Staat politisch und moralisch dazu verpflichtet ist, eine

Lösung für die Flüchtlinge zu finden, ist die Weltgemeinschaft gegenüber dem palästinensischen Staat, der die Flüchtlinge unter schwierigen Bedingungen aufnehmen muß und eine Wiederherstellung der nationalen palästinensischen Identität anstrebt, verpflichtet.

*Der gewaltsame Widerstand der PLO und die Intifada haben nicht nur die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Palästinenser gelenkt, sondern letztendlich auch zu einem Einlenken Israels geführt. Betrachten Sie den bewaffneten Kampf der PLO im Rückblick als legitim, war er eine notwendige Phase oder ein Irrweg?*

Ohne den bewaffneten Kampf hätten die Palästinenser und die PLO nicht die internationale Anerkennung erreichen können. Der bewaffnete Widerstand war der letzte Schritt, den die Palästinenser tun konnten, nachdem sie vergebens versucht hatten, bei der UN zu ihrem Recht zu gelangen. Erst in Folge der Passivität der internationalen Gemeinschaft formierten sich die Palästinenser zu einer Einheit und fanden in der PLO während ihres 30jährigen Kampfes eine gemeinsame politische Identität.

Selbstverständlich hat Israel die PLO anerkannt, nachdem es feststellte, daß ein Friede in der Region ohne die PLO undenkbar ist. Der bewaffnete Kampf an sich war kein Ziel der Palästinenser, Ziel war immer die Unabhängigkeit. Unabhängigkeit ohne Gewalt zu erlangen, ist sicherlich ein idealer Zustand, den wir jedoch leider nicht erlebt haben.

*Welche Forderungen stellen die Palästinenser heute an die internationale Staatengemeinschaft zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes?*

Nachdem sich die Nato vehement für das Recht der Kosovo-Albaner, ein Ende der Vertreibung und die Rückkehr der Flüchtlinge eingesetzt und nachdem die USA den Friedensprozeß seit 1993 aktiv fördert, ist die Weltgemeinschaft dazu verpflichtet, den palästinensischen Staat zu unterstützen, ihm beim Aufbau seiner Institutionen und seiner Infrastruktur zu helfen. So kann sie die Fehler, die seit 1917 begangen wurden, korrigieren und als vertrauenswürdige Partner in der Region mehr Akzeptanz erlangen.

*Gibt es Ihrer Meinung nach eine Solidarität zwischen jenen Völkern, die das Leid der Vertreibung und des Heimatverlustes kennenlernen mußten, und können Sie sich vorstellen, daß aus einer solchen Solidarität gemeinsame politische Initiativen entstehen?*

Natürlich gibt es ein gemeinsames Empfinden zwischen den vertriebenen Völkern dieser Erde, weil wir ein Schicksal, das des Verlusts der Heimat, der Vertreibung, des Lebens in der Fremde, teilen. Aber die meisten vertriebenen Völker leben in einer äußerst schwierigen menschlichen, sozialen und ökonomischen Situation und kommen nicht über dieses gemeinsame Empfinden hinaus zu einer Solidarität. Ihnen fehlen die Mittel und Möglichkeiten, obwohl das Recht auf ihrer Seite ist. Man darf nicht – egal wie schwierig und aussichtslos die Situation, in der man sich befindet, erscheint – auf sein Recht verzichten. Erst wenn man darauf beharrt, kann man dies in politische Aktivität umsetzen.

*Man darf nicht – egal wie schwierig und aussichtslos die Situation erscheint – auf sein Recht verzichten.*

*Wie bewerten Sie die deutsche Politik gegenüber Israel und wie könnte eine konstruktive Politik Deutschlands für Palästina aussehen, die im Einklang mit unserer eigenen geschichtlichen Erfahrung steht?*

Deutschland strebt seit 1993 eine andere Politik gegenüber den Palästinensern an. Wie Sie wissen, stellt Deutschland ein Drittel der EU-Gelder, die für Palästina bestimmt sind, zur Verfügung, und seit zwei Jahren fördert es Infrastrukturmaßnahmen in den palästinensischen Gebieten mit jährlich 100 Mio. DM. Die Erklärung des Berliner EU-Gipfels, der unter deutscher Präsidentschaft stattfand, zeigt, daß Deutschland auch eine politische Verantwortung gegenüber den Palästinensern wahrnimmt. Wir haben gute Beziehungen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene entwickelt, ohne daß die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland darunter leiden.

*Intifada: Bild einer 15jährigen Palästinenserin aus dem Flüchtlingslager Rafah im Gazastreifen*



*Sie sind palästinensischer Gesandter in Deutschland; wäre Palästina als Staat anerkannt, würde man Sie als Botschafter bezeichnen. Was ist Ihre „Botschaft" an die Deutschen vor dem Hintergrund Ihrer persönlichen Identität als Palästinenser?*

Ich habe fast mein ganzes Leben darum gekämpft, meine Identität als Palästinenser wiederherstellen zu können, und ich würde mich sehr freuen, wenn Deutschland zu den ersten Ländern Europas gehören würde, die bei der Ausrufung eines palästinensischen Staates diesen Staat anerkennen.

Friedrich Baunack

# Krieg heißt sterben und töten!



*Die Befreier kommen...*

*„Einen Menschen töten, heißt nicht, eine Lehre verteidigen, sondern einen Menschen töten."*
(Der italienische „Ketzer" Sebastian Castellio vor über dreihundert Jahren)

Seit Wochen steht Deutschland wieder im Krieg. Und wie in jedem Krieg läuft wieder der ganze Automatismus von Heuchelei, Hetze und Rechtfertigung. Jede Seite nimmt das Recht und die Moral für sich in Anspruch und verteufelt den Gegner, bestreitet dessen Opfer, beziehungsweise tut sie als bedauerliche, aber unvermeidliche „Kollateralschäden" ab. Es ist notwendig, sich einige Tatsachen in Erinnerung zu rufen.



Bombenterror und Vertreibung sind seit dem Zweiten Weltkrieg probate Mittel der Politik der Siegermächte. Als ab dem 8. Mai 1945 die deutschen Waffen schwiegen, war der Bombenterror zu Ende, aber das Vertreibungselend von Millionen (!) Menschen fing erst richtig an. Wir Deutschen wissen, was beides bedeutet, und wir haben beidem abgeschworen: Vertreibung und Angriffskrieg. Der Kosovo-Krieg verteidigt nicht: Nicht die Kosovo-Albaner und erst recht nicht unser Volk, *auf dessen Freiheit und Recht* allein unsere Soldaten ihren Eid schwören.

Im jetzigen Krieg haben sich die Gegner die „Arbeit" geteilt: Die einen vertreiben, die anderen bombardieren. Und meistens sind Unschuldige die Opfer. Es wird immer mehr Haß entfacht, zerstört, was eigentlich bewahrt werden sollte, und eine sich selbst tragende Lösung mit den Menschen (und nicht gegen oder über sie hinweg) immer schwieriger.

Leider neigen wir Deutschen immer noch dazu, unsere Verantwortung zu delegieren, wenn auch nicht mehr an „den Führer", so doch nun an „die Führungsmacht". Dabei sollte doch die Lehre aus der furchtbarsten Tragödie unseres Landes und unseres Volkes heißen: Nein zu Angriffskrieg, nein zu Bombenterror und Vertreibung, nein zu blinder Gefolgschaft! Nein zu der irrigen Annahme, man könne sowieso nichts ändern, nein zur falschen Hoffnung, der Sturm werde schon an einem vorüberziehen, wenn man nur den Kopf tief genug einziehe! Nein zur selbstgefälligen Einschätzung, doch (endlich) auf der richtigen Seite zu stehen und die Opfer der Gegenseite verantworten zu können. *Krieg heißt sterben und töten!* Und die, die sterben wie töten lassen, sitzen meist im Warmen und opfern bedenkenlos die Bauern (und wenn's sein muß Offiziere) der eigenen wie der gegnerischen Seite. Krieg aber hält sich nicht an Sandkasten- oder Computer-Szenarios!

Erheben wir gemeinsam selbstbewußt unsere Stimmen für das anständige, mutige und friedliche Deutschland gegen den Krieg. *Aus Liebe zum Land, für die Freiheit der Völker, in Ehrfurcht vor der Schöpfung.*

**Friedrich Baunack,**

Jahrgang 1955, Straßenmusikant und selbständiger Montage-Schweißer, ist Regionalsprecher der Deutschland-Bewegung.

*„Prag (dom) – Die optimale Technik der Bevölkerungsabschiebung werden serbische Experten ab den ersten Apriltagen in tschechischen Archiven und bei direkten Teilnehmern dieser erfolgreichen nationalen Aktion studieren. Was werden ihnen die tschechischen Teilnehmer des Arbeitsseminars raten? Einer von ihnen, Herr Jura Grebenicek, sagte gegenüber LN: ‚Dem Klassiker zufolge muß man für die Lösung schwieriger Nationalitätenprobleme genügend Eisenbahnwaggons zur Verfügung haben. Damit könnten wir den Serben vielleicht aushelfen. Natürlich war die Abschiebung von drei Millionen Menschen eine anspruchsvollere Aufgabe, daher können wir unseren Kollegen auch mit gutem Rat behilflich sein.' LN hat diese Information von Radio Eriwan übernommen."*

Lidové Noviny vom 1.4.1999

Anmerkung der Redaktion der tschechischen Tageszeitung „Lidové Noviny": *„Vorsicht! Es ist der 1. April. In der heutigen Ausgabe der LN sind einige Aprilscherze. Einer davon ist nicht lustig."*

Lothar Penz

# Für eine europäische Politik auf der Grundlage des Völkerrechts

## Der Kosovo-Krieg als Lehrstück



Unter der militärischen und politischen Dominanz der USA innerhalb der NATO wird wohl auch der Kosovo-Krieg in einer Besatzungslösung enden. Der eigentliche Brandherd wird nicht beseitigt, und die Feuerwehr muß vor Ort bleiben. Die nächste Krise ist vorprogrammiert. Die „peace-keeping"-Kosten dürften in nicht unerheblichem Maße Deutschland treffen, das mit seinen immer noch vorherrschenden nationalmasochistischen Tendenzen überproportional auch die Lasten der Flüchtlingsbewegungen und nicht zuletzt des Wiederaufbaus zu tragen bereit sein wird.

Längst werden Konflikte zwischen den Völkern fremder Staaten auf deutschem Boden ausgetragen. Wir brauchen hier nur an die Türken und Kurden zu denken, die ihre zwischenvolklichen Spannungen nach Deutschland exportiert haben. Darauf mit dem Willen zur „Integration von Ausländern" zu antworten, ist Selbstbetrug, weil es hier um Existenzfragen von Völkern geht, die nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte abgehandelt werden können. Zudem droht die Einwanderung irgendwann zur ethnischen Verdrängung der Deutschen zu werden. Wenn also der Vorsitzende der Katholischen Bischofkonferenz Lehmann als Konsequenz der Kosovo-Krise die vordringliche Beachtung des Völkerrechts in der internationalen Ordnungspolitik verlangt, so spricht er damit einen notwendigen Wandel des politischen Denkens in Europa an.

Als sich zu Beginn der Balkankrise Slowenien und Kroatien aus dem Verband Jugoslawiens herauslösten, wurden sie von Deutschland sehr schnell völkerrechtlich anerkannt. Dies war aber nur der halbe Schritt. Denn Bosnien-Herzegowina blieb im alten Staatsverband, was die Serben dazu nutzten, dieses Gebiet so umfassend wie möglich zu unterwerfen. Die Inkonsequenz Europas ließ die Balkankrise eskalieren, mit all ihren schrecklichen Folgen für die betroffene Bevölkerung.

Das Dayton-Abkommen erlaubte dann zwar die schrittweise Rückkehr der zum großen Teil von Deutschland aufgenommenen Kroaten und Bosnier. Doch der zugrundeliegende Konflikt wurde nicht beseitigt, was eine dauerhafte militärische Präsenz in Bosnien notwendig machte – insofern trägt das Abkommen die Handschrift amerikanischer Politikvorstellungen. Das amerikanische Lebensgefühl wird nach wie vor vom Großraum geprägt: Wo Volksgruppen in den USA sich einem Bevölkerungsdruck durch andere Ethnien ausgesetzt fühlen, können sie in den Großraum ausweichen. Dies ist im dichtbesiedelten Europa nicht möglich. Darum müssen europäische Konflikte auch nach europäischen Maßstäben, nämlich auf der Grundlage des Völkerrechts, gelöst werden.



Europa muß die Verantwortung für die politischen Grundsatzfragen auf dem europäischen Kontinent selbst übernehmen. Dabei kann es sich weder an einer Politik des „high noon" orientieren, wo jeder mit der Waffe in der Hand sein – vermeintliches?– Recht selbst einfordert, noch an den Provinzen des alten Rom, die ihre Hilfstruppen der römischen Besatzungsmacht zur Verfügung stellten. Denn trotz „westlicher Wertegemeinschaft" und „Friedenspolitik" wird derzeit faktisch ein altes europäisches Millionenvolk unbarmherzig zerbombt, während ein anderes Volk seine Heimat verlassen mußte und künftig Europa destabilisieren wird.

*Bilder aus Bosnien, 1995*

Wenn auf dem europäischen Kontinent eine tragfähige politische Ordnung errichtet werden soll, dann muß sie von den Europäern selbst auf der Grundlage des Völkerrechts gestaltet werden. Dies ist die Basis, auf der die Menschenrechte ebenso aufbauen müssen wie jede praktische Politik.



**Lothar Penz**
Jahrgang 1931, aufgewachsen in Berlin und Landsberg/Warthe, ist seit 1986 als Unternehmensberater tätig.

Nadine Lam

# Bedrängtes Tschetschenien

Assimilation oder Kampf – vor diese Alternative sehen sich die Tschetschenen seit zwei Jahrhunderten gestellt.

Der Kampf des zahlenmäßig kleinen tschetschenischen Volkes gegen die russische Eroberungspolitik begann 1792 mit dem Aufstand unter Führung des tschetschenischen Nationalhelden Scheich Mansur Uschuma. Dennoch wurde 1818 – als erste russische Festung auf tschetschenischem Boden – am Fluß Sunza die Stadt „Grosnaja" gegründet. Der russische General Ermolow nannte sie „Die Schreckliche", um die Tschetschenen einzuschüchtern.

Der Aware Schamil baute 1834 ein Imamat auf und vereinigte die islamischen Bergvölker, wobei der größte Teil Tschetschenen waren, zum Abwehrkampf gegen Rußland. Zar Nikolaus I. forderte unmißverständlich die „Versklavung oder Vernichtung ungehorsamer Bergvölker". Etwa 20.000 Kämpfer sollen unter Schamils Führung gegen bis zu 280.000 russischen Soldaten gekämpft haben. Russische Soldaten wandten oft eine Taktik der „verbrannten Erde" gegen eroberte Dörfer an, trieben das Vieh ab und zündeten die Dörfer an.

Im Jahre 1847 betrug die Anzahl der Tschetschenen etwa 1,5 Millionen, im Jahre 1867 blieben nur 116.000 Tschetschenen am Leben. Erst 1859 konnte Tschetschenien von den Russen erobert werden. Die Tschetschenen führten einen Partisanenkrieg.

*Ausgebrannter russischer Panzer in Grosny*



1864 wurden 40.000 Tschetschenen in das Osmanische Reich vertrieben. Die Bewohner von 40 Bergdörfern wurden in das Tal zwangsumgesiedelt. Die russischen Truppen unterwarfen Tschetschenien dem russischen Kolonialreich.

Auch der Kaukasus, die Heimat der Tschetschenen, wurde 1917 vom russischen Bürgerkrieg nicht verschont. Die „Weißen" unter General Denikin waren den Tschetschenen als zaristische Truppen verhaßt. Doch auch die Bolschewiken waren ihnen nicht unbedingt sympathisch. Aber dennoch erwarteten sie von den „Roten" eine bessere Zukunft, da diese ihnen weitgehende Autonomierechte und Freiheit versprochen hatten.

Die Bolschewiken wurden dann durch die Unterstützung der Tschetschenen und Inguschen im Nordkaukasus gegen die „Weißen" vor einer drohenden Niederlage gerettet.

1921 wurde Tschetschenien Teil der neugebildeten Berg-ASSR (Autonome Sozialistische Sowjet-Republik). Im Dezember 1936 wurde aus dem zwei Jahre zuvor zusammengefaßten Tschetschenisch-Inguschischen Autonomen Gebiet die Tschetschenisch-Inguschische Sowjetrepublik. Aber die Sowjetmacht hielt letztlich nicht, was sie den Tschetschenen versprochen hatte. Von Freiheit und autonomen Rechten konnte keine Rede sein. Im Gegenteil. So kam es immer wieder zu heftigen Aufständen gegen das bolschewistische Rußland.

1936 bis 1938 wurden auf Befehl des NKWD (Narodnij Kommissariat Wnutrennich Djel, Volkskommissariat) 80.000 Tschetschenen erschossen. 1939 brach in der ASSR ein Guerillakrieg gegen die sowjetischen Kolonialherren aus. Die Russen reagierten mit Massenverhaftungen und Hinrichtungen. Man legte die diversen kaukasischen Gebiete zusammen und benannte sie um. Das Alphabet wurde auf die Kyrillische Schrift umgestellt. Man versuchte Russisch zur Landessprache zu machen.

Während des Zweiten Weltkrieges suchte das faschistische Deutschland die Zusammenarbeit mit den islamischen Völkern im Nordkaukasus. Diese unterstützten teilweise die deutsche Wehrmacht, weil sie sich von ihr eine Befreiung von der kommunistischen Unterdrückung erhofften. Durch die atheistischen Kampagnen der Kommunisten drohte den kaukasischen Völkern der Verlust ihrer nationalen und kulturellen Identität.

Wie viele andere Völker auch, wurden die Tschetschenen auf Befehl Stalins wegen der angeblichen Kollaboration mit Hitlerdeutschland aus ihrer Heimat verbannt. Dabei kämpften zu dieser Zeit 28.000 Tschetschenen und Inguschen an der Front mit der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland, davon waren zwei Drittel Freiwillige.

Stalin ließ die Namen der zwangsgeräumten tschetschenischen Siedlungen ändern, Bücher und Archive verbrennen, Friedhöfe vernichten und Baudenkmäler sprengen. Am 20. Februar 1944 kam Stalins Vollstrecker Berija nach Grosny. Er hatte über 100.000 Geheimdienstsoldaten mitgebracht, die für die ordnungsgemäße Ausführung seiner Befehle verantwortlich waren. Es wurden 12.000 Tschetschenen erschossen. Die vollständige Bevölkerung wurde am 23. Februar 1944 ohne Vorwarnung in Viehwaggons nach Kasachstan und Sibirien deportiert. Die Familien hatten keine Zeit, ihre Sachen zu packen. In einzelnen Dörfern wurden die Männer zu vermeintlichen Straßenarbeiten zusammengerufen. Die Frauen, Kinder und Alten wurden ohne Erklärung auf amerikanischen LKWs zu den Bahnhöfen gefahren.

Als sie in die Viehwaggons verbracht wurden, begannen Jammer und Geschrei, da es den Menschen klar wurde, daß sie ins Nirgendwo gefahren werden. 1944 wurde die Tschetschenisch-Inguschische ASSR liquidiert.

Bei einer Temperatur von -45°C starben die Menschen vor Hunger und Kälte. Ab und zu wurden die Züge angehalten. Unterwegs ins Exil wurden die Tschetschenen von Einheimischen als „Verräter des sowjetischen Volkes" begrüßt, indem die Waggons mit Steinen beworfen wurden.

Von den schwer zugänglichen Bergdörfern konnte eine Deportation nicht so einfach erfolgen. Und so kannte die grausame Phantasie von Stalins Schergen keine Grenzen. In dem heute nicht mehr existierenden Dorf Haibach wurden beispielsweise mehr als siebenhundert Menschen in einen Pferdestall hineingetrieben und eingesperrt. Anschließend zündete man den Stall an. Der Oberst Gwseschiani benachrichtigte den Genossen Stalin: „Wegen der Untransportierbarkeit und der strikten Ausführung der Operation in angemessener Frist war ich gezwungen, mehr als siebenhundert Menschen aus dem Ort Haibach zu liquidieren". Das älteste Opfer dieser Tragödie war 110 Jahre, das jüngste einen Tag alt. Infolge der Deportation starben 60 Prozent der tschetschenischen Bevölkerung. Insgesamt wurden in der Sowjetunion zu der Zeit etwa 3 Millionen Menschen deportiert, darunter auch 100.000 Wolgadeutsche.

1957 wurden Tschetschenen und Inguschen rehabilitiert. Nach 37 Jahren durften die Überlebenden aus der Verbannung in ihre geliebte Heimat zurückkehren. Sie brachten die Gebeine von den Großeltern und den Eltern mit, die nicht in der Fremde, sondern in der tschetschenischen Heimaterde ruhen sollten. Die Deportierten fanden in ihren alten Häusern andere Menschen vor und mußten zum dritten Mal ein neues Leben beginnen. Die Tschetschenisch-Inguschische ASSR wurde mit verkleinertem Territorium wieder gegründet.

Ein halbes Jahrhundert nach Stalin begingen russische Truppen, diesmal unter Jelzin, erneut Völkermord. Die Tschetschenen wurden von Moskau „Banditen" genannt, und Moskau meinte wieder das Recht zu haben, sie zu töten.

Erstens ist Rußlands Politik seit jeher darauf abgestimmt, das tschetschenische Volk mit allen Mitteln klein und schwach zu halten. Darüber hinaus könnte eine erfolgreiche Sezession Tschetscheniens aus der Russischen Föderation für Moskau einen Präzedenzfall schaffen. Insbesondere, aber nicht nur nordkaukasische Nachbarn könnten sich ermutigt fühlen, dem Beispiel zu folgen. Rußland versucht alles daran zusetzen, in einer wirtschaftlich äußerst wichtigen Region der Erde (u.a. Erdöl und Erdgas) nicht noch mehr geopolitischen Einfluß, sozusagen vor der eigenen Haustür, gegenüber den USA einzubüßen.

Der russische Krieg in Tschetschenien (1994-96) war der erste große Krieg Rußlands nach dem Zerfall der Sowjetunion. Die russischen Invasoren legten die Hauptstadt Grosny und die meisten Dörfer in Schutt und Asche. Als Rußlands Armee erneut in das Land der Tschetschenen einmarschierte, griff das Volk aus Notwehr zu den Waffen. Monatelang saßen die Menschen ohne Licht und Wasser in der Deckung.

Die russischen Soldaten und Söldner haben die Fabriken zerbombt, die Äcker vermint, die Wälder mit Napalm verseucht. Die Armee setzte international geächtete Waffen ein. Über das Dorf Samaschki wurden Vakuumbomben abgeworfen (eine von der Genfer Konvention von 1977 verbotene Waffe, deren Druckwelle im Umkreis von 200 Metern alles niederreißt und die Lungen zerreißt). Sie bombardierten Wohnviertel und Krankenhäuser. Man vernichtete die Menschen nicht nur körperlich, sondern auch psychisch. Die Staatsbibliothek wurde von den russischen Soldaten zur Latrine umfunktioniert. Russische Scharfschützen schossen auf Bushaltestellen und auf Trauergäste bei Beerdigungen. Es sind 100.000 Zivilisten der rund 1.000.000 Tschetschenen infolge des Krieges ums Leben gekommen. 500.000 wurden erneut vertrieben.

„Die Mörder Tschetscheniens: Nikolaus I., Josef Stalin, Boris Jelzin", steht auf einem Transparent auf einer Kundgebung in Grosny. Man hört eine Tschetschenin sprechen: „Rußland wollte unsere Geschichte, unsere Sprache, unsere Kultur und uns moralisch wie materiell vernichten. Aber es geschah nichts von alledem, da wir einen starken Geist haben. Gott verzeiht den Unwissenden, denn sie haben keine Ahnung von dem, was sie anrichten. Aber das Nichtvergessen und das historische Nationalbewußtsein ist in unseren Herzen präsent. Für immer!"

*Ziel russischer Politik ist es seit jeher, das tschetschenische Volk mit allen Mitteln klein und schwach zu halten.*

*Eine erfolgreiche Sezession Tschetscheniens aus der Russischen Föderation könnte einen für Moskau gefährlichen Präzedenzfall schaffen.*

*In einer wirtschaftlich äußerst wichtigen Region der Erde (u.a. Erdöl und Erdgas) will es nicht noch mehr geopolitischen Einfluß gegenüber den USA einzubüßen.*

Mehmet Sahin

# Für Demokratie und Frieden in der Türkei und in Kurdistan

Im Schatten des Krieges auf dem Balkan geht im NATO-Mitgliedsland Türkei die Hetzkampagne gegen Menschenrechtler unvermindert weiter. Auch der Krieg in Kurdistan hat an Brutalität und Schärfe nichts verloren.



Wie den Wahlergebnissen und der von staatlichen Stellen angeheizten Stimmung in der türkischen Gesellschaft gegen das kurdische Volk, Menschenrechtler und Friedensaktivisten zu entnehmen ist, sind die nächsten Tage, Wochen und Monate mit einem erheblichen Gefahrenpotential beladen, wobei ein kleiner Funke leicht zu einer Explosion führen könnte.

Gerade in dieser Stimmungslage und angesichts dieses Gefahrenpotentials, die auch Folgen und Auswirkungen auf Deutschland und Europa haben könnten, kommt eine große Verantwortung auf die Bündnispartner der Türkei, an erster Stelle die Bundesrepublik Deutschland, zu.

**Auf die Minimalforderungen des PKK-Vorsitzenden Öcalan eingehen**

Wie immer man Abdullah Öcalan als Politiker, als Partei- und Guerillaführer und als Mensch beurteilen mag, und gleichgültig ob man den militärischen Kampf für die Durchsetzung der Menschen- und Minderheitenrechte der Kurden in der Türkei für richtig oder für falsch hält, Öcalan hat in den 90er Jahren eine Politik in Richtung auf eine friedliche politische Lösung im Rahmen der Türkei eingeschlagen. An dieser politischen Linie hat er auch während seiner Asylsuche in Europa bis zu seiner Verschleppung aus Kenia festgehalten und steht auch in türkischer Gefangenschaft immer noch dazu. Er hat damit mehr Einsicht in die historischen Notwendigkeiten gezeigt als alle seine Gegner und repräsentiert einen breiten Teil der kurdischen Gesellschaft, wie die Solidaritätsaktionen nach seiner Verschleppung nicht nur in allen vier Teilen Kurdistans, sondern überall in der Welt, wo KurdInnen leben, gezeigt haben.

Am 6. April 99 verbreitete Öcalan aus der Isolationshaft einen 8-Punkte-Katalog zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage innerhalb des Staatsverbandes Türkei. Er fordert u.a.: „Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine freie Diskussionsmöglichkeit über die Kurdenfrage, eine Amnestie, Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen und Legalisierung der PKK". In Punkt 5 ruft er seine Anhänger auf, „bis die Haltung des Staates im neuen Parlament und bei der Regierungsbildung zu erkennen ist, einen politischen Aktionskurs einzuschlagen und diese Linie mit Entschlossenheit zu verfolgen".

Trotz seiner Bereitschaft für eine politische und friedliche Lösung der Kurdenfrage wird Öcalan von den führenden Politikern, Medienmachern, Angehörigen der Armee und Justiz tagtäglich als „Babykiller" und „30.000facher Mörder" dargestellt und beschimpft. Amnesty International stellt in seinem Bericht „Das Strafverfahren gegen Abdullah Öcalan muß internationalen Standards entsprechen" diesbezüglich folgendes fest: „Jedermann hat das Recht, als unschuldig angesehen und als Unschuldiger behandelt zu werden, bis und falls er verurteilt wird. Richter und Staatsanwälte müssen sich in jedem Fall einer Vorverurteilung enthalten – aber diese Verantwortung gilt auch für alle anderen Angehörigen staatlicher Stellen, die vor dem Abschluß des Verfahrens keine Äußerungen über Schuld oder Unschuld eines Angeklagten machen sollten. Das bedeutet auch, daß die Behörden die Pflicht haben, die Medien davon abzuhalten".

Nach der ersten Prozeßbeobachtung am 30. April 99 sagte Wesley Gryk von amnesty international: „Von einer rechtsstaatlichen Verteidigungsmöglichkeit kann nicht die Rede sein." Wenn „die Anwälte von PKK-Chef Öcalan beim Prozeß in Ankara knapp der Lynchjustiz entgehen", wie die tageszeitung am 3.5.99 berichtete, braucht man über die „Art der Behandlung" des „Staatsfeinds Nr.1" überhaupt nicht groß nachzudenken.

Eine unter staatlicher Regie geschürte und von der kurdenfeindlichen und faschistischen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) gelenkte Hetz- und Jagdkampagne gegen die Anwälte, gegen die Mitglieder der HADEP (pro-kurdische Demokratiepartei des Volkes) und gegen Menschenrechtler sorgt mit Unterstützung der türkischen Medien dafür, daß die schon vor dem Prozeß deklarierte Todesstrafe auch vollstreckt wird.

Mit einer Vollstreckung der Todesstrafe kann Öcalan physisch aus der Welt geschafft werden. Das bedeutet aber noch längst nicht, daß die Kurdenfrage damit gelöst würde. Mit einer solchen Politik schafft man Grundlagen für den 30. Aufstand der Kurden seit Gründung der Türkischen Republik, sät Feindschaft zwischen beiden Völkern und vertieft den Graben zwischen diesen. Erst dann würden alle Kontakte der Kurden mit dem türkischen Staat abgebrochen und die Grundlagen für bosnische Verhältnisse in der gesamten Türkei, auch in Istanbul und Izmir, geschaffen.

Vieles hängt von der heutigen Haltung und Politik Deutschlands und der EU ab. Wenn jetzt nicht für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage gehandelt wird, wird es morgen vielleicht zu spät sein.

Die Bundesregierung und die EU sind aufgefordert, ständige Beobachter-Delegationen zum Prozeß zu entsenden und nicht zuzulassen, daß Öcalan weiterhin in der Isolationshaft bleibt und gefoltert wird. Diesbezüglich können schon jetzt Zeichen gesetzt werden, und durch Teilnahme der Botschafter der EU am ersten Hauptprozeß am 31.5.99 kann die Ende November 98 von Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer angekündigte „Europäische Initiative" öffentlich gestartet werden.

Die 8 Punkte von Öcalan bieten einen guten Anlaß, um mit der Türkei zu sprechen, auf sie einzuwirken und auf eine Abkehr von der bisherigen Politik hinzuwirken.

Gerade in dieser bedrängenden und historischen Situation kann der Einsatz von Öcalan für Frieden und Demokratisierung des Landes Leben retten, Blutvergießen stoppen und eine zusätzliche Belastung der Beziehungen zwischen Türken und Kurden verhindern. Aus dieser dringenden Notlage heraus sind alle Menschen, die sich mit der Türkei und mit Kurdistan verbunden fühlen, aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun und dementsprechend zu handeln.

Es kann nur eine Lösung der Kurdenfrage geben, nämlich eine friedliche, politische Lösung, aber keine militärische. Und dies kann nur durch Akzeptanz der Problemlage, Anerkennung der Existenz der Kurden und Schaffung der hieraus resultierenden gesetzlichen Rahmenbedingungen erreicht werden.

### Freie Betätigungsmöglichkeit auch für kurdische Medien

Dank einer „hervorragenden" Zusammenarbeit einiger europäischer Staaten wurde der kurdische Fernsehsender MED-TV, nachdem er am 22. März vorerst für 21Tage mit einem Sendeverbot belegt wurde, von der in London ansässigen „Unabhängigen Fernsehkommission" ITC endgültig zum „Schweigen" gebracht.

Nach diesem Etappensieg werden andere kurdische Institutionen von türkischen Politikern und Medien zur Zielscheibe erklärt. Im gleichen Atemzug wird von Deutschland gefordert, die pro-kurdische Tageszeitung „Özgur Politika" und die Nachrichtenagentur „DEM" mit Sitz in Deutschland zu verbieten. Nach einer Meldung der türkischen Tageszeitung Sabah vom 25.3.99 soll Bundesinnenminister Schily diesbezüglich „rechtliche Schritte" eingeleitet haben. Und auf dem kürzlichen NATO-Gipfel hat der türkische Staatspräsident Demirel Bundeskanzler Schröder erneut gebeten, „Özgür Politika" zu verbieten.

Nach der Verfolgung der kritischen Medien im eigenen Land versucht das Regime in Ankara, unter Mithilfe einiger europäischer Staaten die übrig gebliebenen kurdischen Medien mitten in Europa mundtot zu machen und zum Schweigen zu bringen, und mit Erfolg!

Die demokratischen Institutionen, Organisationen, Parteien und alle friedliebenden Menschen sind aufgefordert, sich gegen die Mobilmachung der Türkei und ihrer Unterstützer in Europa zu stellen und nicht zuzulassen, daß die wenigen Artikulationsmöglichkeiten der Kurden vernichtet werden.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte muß zumindest hier in Europa ihre Geltung auch für Kurden haben! §19: „Jedermann hat das Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die unbehinderte Meinungsfreiheit und die Freiheit, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut durch Mittel jeder Art zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben."

### Flüchtlinge nicht abschieben, Ursachen bekämpfen

Der türkisch-kurdische Krieg mit ähnlichen oder schlimmeren Grausamkeiten und Vertreibungen als in Bosnien und im Kosovo prägt auch die spezifische Situation der Kurden in Deutschland. Flüchtlinge, die aus Deutschland abgeschoben werden sollen, sind in akuter Gefahr, bei ihrer Rückkehr mißhandelt und gefoltert zu werden. Sogar im Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (10/25) des Türkischen Parlaments wird die Annahme einer menschenrechtlich unbedenklichen innerstaatlichen Fluchtalternative in Frage gestellt. Deshalb sollten kurdische Flüchtlinge, wie es bei den bosnischen Flüchtlingen der Fall war, als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt werden, und es muß ihnen ein Abschiebeschutz bis zur Beendigung des Krieges gewährt werden.

Wer heute den Flüchtlingsstrom eindämmen möchte, muß sich um die Überwindung der Ursachen dieses Krieges bemühen. Und wer heute den Deutschen rät, aus Sicherheitsgründen nicht in die Türkei zu reisen, darf selber erst recht keine aus eben diesem Land geflohenen Flüchtlinge dorthin abschieben!

**Mehmet Sahin**
ist Mitglied der Friedensbrücke sowie des Dialogkreises Köln, die sich beide für die friedliche Lösung der Kurdenfrage einsetzen.



*Es kann nur eine Lösung der Kurdenfrage geben, nämlich eine friedliche, politische Lösung, aber keine militärische.*

3 Fotos: G. Quast



# „Man sollte das Verbot der PKK endlich aufheben“

## Der kurdische Politiker und Öcalan-Berater Ali Homam Ghasi im Gespräch mit Peter Boßdorf



**Ali Homam Ghasi**

Jg. 1933, stammt aus einer prominenten kurdischen Familie und ist im Iran aufgewachsen. Sein Vater war Gründer der Demokratischen Partei Kurdistans und Präsident der ersten und bisher einzigen Kurdischen Republik von Mahabad (1946/47). Nach einem Studium in Berlin trat Ali Homam Ghasi in den diplomatischen Dienst des Iran ein, den er allerdings nach dem Tod des Schah quittierte. 1986 wurde Ghasi auf einer Reise in den Irak festgenommen und fünf Jahre als Sonderhäftling Saddam Husseins interniert, Ghasi zählte zu den engsten Vertrauten des PKK-Führers Abdullah Öcalan und lebt als Kaufmann in Bonn.




Rechts: Karte der Republik Mahabad

*Aus den jüngsten Parlamentswahlen in der Türkei sind die linken und rechten Nationalisten als Sieger hervorgegangenen. Wie bewerten Sie dieses Ergebnis aus kurdischer Sicht?*

Die wirklichen Machthaber in der Türkei sind nicht die politischen Parteien, sondern die Militärs. Sie – und nicht die Regierung – bestimmen das Schicksal dieses Landes. Nach den Erfolgen der pro-islamischen und unterdessen verbotenen Wohlfahrtspartei (RF) war klar, daß sie alles daran setzen würden, ihnen genehmere Parteien ans Ruder zu bringen. Ecevit gehört zu ihren Favoriten, er ist zwar auch Sozialist, vor allem aber Nationalist. Was zum Beispiel Zypern und die kurdische Frage betrifft, vertritt er die Position der Militärs. Dies kann auch von der Partei der nationalen Bewegung (MHP) gesagt werden, die der zweite große Gewinner der Wahl ist, eine Partei, die man wohl als offen faschistisch bezeichnen muß. Dem neuen Vorsitzenden Behceli sagt man zwar nach, daß er der MHP ein neues Hemd verpaßt habe, daß er sie zur Mitte führen wolle. Ich bezweifle aber, daß dies wirklich seine Absicht ist. Erst vor kurzem haben MHP-Angehörige in den Niederlanden zwei Kurden angegriffen und einen von ihnen tödlich verletzt. Es gibt Belege dafür, daß die MHP in zahlreiche Attentate gegen liberale Journalisten und Politiker verwickelt war, auch im Ausland. Nicht umsonst brachte man ja auch den Papst-Attentäter mit der MHP in Verbindung. Die Kontakte dieser Partei mit der türkischen Mafia sind kein Geheimnis. Der türkische Nationalismus beschränkt sich aber nicht auf die MHP, er ist in allen Parteien stark

*Wen haben denn die Kurden gewählt?*

Millionen Kurden sind aus ihren Dörfern und Städten vertrieben worden. Sie leben irgendwo in der Türkei, haben keine Identitätsausweise und können nicht an den Wahlen teilnehmen. In den kurdischen Regionen selbst hat trotz aller Repressalien und trotz aller Wahlbehinderungen die Volksdemokratische Partei (HADEP), die einzige – noch – legale pro-kurdische Partei gewonnen. Sie ist in allen kurdischen Städten die stärkste Partei.

*Was kann sie bewirken?*

Ein Kurde kennt die Schmerzen des anderen Kurden besser, und HADEP weiß, wo der

Schuh drückt. Die Umstände sind schwierig. Die Region ist im Ausnahmezustand. Es sind nicht die zivilen Behörden, die das Sagen haben. Es gibt viele Gerichtsverfahren, die Partei ist vom Verbot bedroht. Der Vorsitzende sitzt im Gefängnis, ebenso viele der Bürgermeister, die jetzt gewählt wurden. Nach der Entführung von Abdullah Öcalan hat man mehr als tausend HADEP-Funktionäre verhaftet. Es gibt Orte, in denen hat HADEP die meisten Stimmen gewonnen, aber keinen Kandidaten, weil sich alle Angehörigen der Partei im Gefängnis befinden.

*Welche Kurdenpolitik ist von den Wahlsiegern zu erwarten?*

Man könnte meinen, daß extrem nationalistische Gruppen weniger Hemmungen haben würden, eine solch heikle Frage wie die kurdische zu lösen. Man nehme nur das israelische Beispiel: Ausgerechnet unter Begin ist der Dialog mit den Palästinensern in Gang gekommen. In der Türkei laufen aber die Uhren anders, das ist die traurige Wahrheit.

*Welche außenpolitischen Ambitionen sind der Hintergrund für den harten Kurs Ankaras in der kurdischen Frage?*

Die türkischen Nationalisten glauben, aus ihrem Land wieder eine Großmacht machen zu können, und sie meinen, daß die westlichen Nachrichtendienste pausenlos Pläne schmieden, um eben das zu verhindern. Auch das türkische Engagement auf dem Balkan ist im Zusammenhang mit diesen Großmachtplänen zu sehen. Anders ist auch die Unterstützung Albaniens nicht zu verstehen: „Albaner" ist ein Schimpfwort in der Türkei. Ich will hier aber nicht den Kosovo-Konflikt bewerten. Uns Kurden verbittert es allerdings, daß die NATO sich nicht an der Türkei als Partner stößt. Millionen Kurden wurden vertrieben. Jeden Tag sind Mord und Totschlag an der Tagesordnung in Kurdistan. Der Westen schweigt dazu. Das können wir nicht akzeptieren.

*Faruk Sen, der Leiter des Zentrums für Türkeistudien, hat in der Frankfurter Allgemeinen kurz vor der Wahl ein milderes Bild des türkischen Nationalismus gezeichnet. Er stehe auf einem multikulturellen Fundament, da die Türkei immer ein Vielvölkerstaat gewesen sei und dies von sich wisse.*

In der Türkei wird man als Nicht-Türke nur dann toleriert, wenn man die eigene Identität verleugnet. Ich weiß nicht, woher Herr Sen seine Weisheit bezieht. Die Angehörigen anderer Völker in der Türkei wären heilfroh, wenn sie die Rechte hätten, über die türkische Einwanderer bei uns in Deutschland verfügen, auch wenn sie hier nicht in ihrer angestammten Heimat leben. Ich meine, man sollte die gleichen Rechte für alle Menschen fordern, wenn man es ehrlich meint.

2 Fotos: G. Quast



*Wird der Ausgang der Wahlen den Prozeß gegen Abdullah Öcalan beeinflussen?*

Was die kurdische Frage betrifft, gibt es keinen Unterschied zwischen den türkischen Parteien. Ich habe in meinem Leben die Erfahrung gemacht, daß selbst die liberalsten Türken – auch die, die schon lange im Ausland leben – nicht länger liberal sind, wenn es um die Kurden geht. Sie wollen aus uns Türken machen, und sie akzeptieren unsere nationale Identität nicht. Es geht sogar so weit, daß sie mit den absonderlichsten Theorien die Existenz des kurdischen Volkes negieren. Was Abdullah Öcalan betrifft: Er wird zum Tode verurteilt werden, darüber gibt es keinen Zweifel. Es könnte sein, daß man, auch mit Blick auf die Weltöffentlichkeit, von einer Vollstreckung des Urteils absehen wird – aber das mag auch nur ein Wunschdenken meinerseits sein. In der heutigen Zeit gibt es Mittel, die es nicht erforderlich machen, ihn umzubringen, die ihn langsam, langsam zerstören. Man sieht bereits deutlich, daß die Türken dabei sind, die Persönlichkeit von Abdullah Öcalan auszulöschen. Familienangehörige und Anwälte, die ihn besuchen konnten, bestätigen diesen Eindruck, er wird offenbar unter Medikamente gesetzt.

*Ist die PKK nach seiner Entführung noch führungs- und handlungsfähig?*

Unbedingt. Wir haben vor wenigen Wochen in Bonn die größte kurdische Demonstration erlebt, die es jemals in Deutschland gegeben hat. Sie ist friedlich verlaufen und hat gezeigt, in welchem Ausmaß die Kurden in Westeuropa für Abdullah Öcalan zu mobilisieren sind. In der Türkei ist die PKK militärisch weiterhin ein Faktor. Seit der Festnahme Abdullah Öcalans ist die türkische Armee schon zweimal in das irakische Grenzgebiet einmarschiert: Das

*Oben und unten: Trauerzug für die beim Sturm auf das israelische Generalkonsulat am 17. Februar 1999 ums Leben gekommenen Kurden*



würde sie nicht tun müssen, wenn die PKK nicht weiterhin handlungsfähig wäre. Die Solidarität mit der PKK ist durch die Festnahme ihres Vorsitzenden gewachsen.

*Die PKK hatte gedroht, den Kampf in die großen Städte der Türkei zu tragen. Ist sie dazu wirklich dauerhaft in der Lage?*

Es haben sich Gruppen gebildet, die jeden Gewaltakt der Türkei mit Gewalt beantworten wollen. Im Vorfeld der Wahlen hat es Attentate auf drei Gouverneure gegeben. Die meisten Anschläge werden von Selbstmord-Attentätern verübt. Mehrere tausend Menschen sollen sich dazu freiwillig gemeldet haben. Bereits anläßlich der Festnahme von Abdullah Öcalan hat es mehr als hundert Selbstverbrennungen gegeben.



*Mulla Mustafa Barzani*



*Jalal Talabani*

*Ist mit Anschlägen auf ausländische Touristen zu rechnen?*

Es ist erklärte Absicht der PKK, ausländische Touristen nicht in Mitleidenschaft zu ziehen. Man wird sich aber vor Anschlägen nicht vergewissern können, ob sich in der Umgebung nicht doch zufälligerweise ausländische Touristen aufhalten. Unabhängig von diesem Risiko appelliere ich an meine deutschen Mitbürger, ihren Urlaub nicht in der Türkei zu verbringen. Wer dort sein Geld ausgibt, stärkt indirekt den Militärapparat und damit die Entrechtung und Unterdrückung des kurdischen Volkes.

*Sind Anschläge auf Einrichtungen der zivilen Luftfahrt zu erwarten?*

Das war nie die kurdische Art, ich denke, daß es so etwas auch in Zukunft nicht geben wird.

*Die Türkei ist nur ein Schauplatz des Geschehens. Kurden leben zum Beispiel im Irak, in Syrien, in Armenien. Sie selber stammen aus dem Teil Kurdistans, der zum iranischen Staatsgebiet gehört. Gibt es eine kurdische Nationalbewegung, die über diese Staatsgrenzen hinweg den Zusammenhang schafft?*

Die Grenzen durch Kurdistan haben nicht wir Kurden, sondern unsere Feinde gemacht. Die Zusammengehörigkeit gibt es sprachlich und verwandtschaftlich. Man kann das mit dem einst geteilten Deutschland vergleichen, in dem viele Familien zwischen West und Ost zerrissen waren. Für mich persönlich ist es selbstverständlich, daß ich mich ganz Kurdistan verpflichtet fühle. An der Republik, die mein Vater 1946 gegründet hat, haben Kurden aus allen Teilen Kurdistans mitgewirkt.

*Wie realistisch ist die Perspektive eines gesamtkurdischen Staates?*

Wir Kurden bestehen auf unserem Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Charta der Vereinten Nationen. Ein gesamtkurdischer Staat klingt natürlich utopisch. Aber wer hätte zum Beispiel 1986 ahnen können, daß die deutsche Einheit kommt und die Sowjetunion zusammenbricht?

*Wie ist es um die Kurden im Iran heute bestellt?*

Im Iran gibt es eine neue Situation. Es gibt einen Machtkampf zwischen rivalisierenden Gruppen in der islamischen Regierung. Für die Kurden hat es gewisse Lockerungen gegeben. Es gibt Bücher in kurdischer Sprache, Veranstaltungen über kurdische Literatur, es gibt Bestrebungen, an Universitäten Lehrstühle für kurdische Sprache einzurichten und nicht zuletzt gibt es auf kommunaler Ebene eine politische Mitsprache. Auf der anderen Seite hat es vor kurzem in kurdischen Städten und Ortschaften Solidaritätsdemonstrationen mit Abdullah Öcalan gegeben. So lange diese Demonstrationen nur gegen Amerika und Israel gerichtet waren, haben die Behörden sie geduldet. Als jedoch kurdische Parolen auftauchten, wurden sie zusammengeschossen. Es gab viele Tote und auch danach noch zahlreiche Hinrichtungen.

*Wie haben es die Kurden in Syrien aufgenommen, daß die PKK von Assad fallengelassen wurde?*

Nach der Entführung von Abdullah Öcalan hat es Demonstrationen, Selbstverbrennungen und Botschaftsbesetzungen gegeben. Die griechische Botschaft in Damaskus wurde verwüstet.

*Wie bewerten Sie die Entwicklung, die das kurdische Autonomiegebiet im Nordirak nimmt?*

Sie ist sehr erfreulich. Die wesentlichen politischen Kräfte, die Kurdische Demokratische Partei (KDP) unter Masud Barsani und die Patriotische Union Kurdistans (PUK) unter Ja-



lal Talabani, sind um Frieden bemüht. Die beiden lokalen Regierungen, die dort in den Gebieten der KDP und der PUK de facto existieren, können jetzt sehr viel zum Aufbau des Landes leisten. Es werden Straßen gebaut, Schulen errichtet, Universitätseinrichtungen ausgeweitet, das Gesundheitswesen verbessert. Was zu bedauern ist, sind die kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen der PKK und der KDP. Es ist zu hoffen, daß auch dieser Konflikt friedlich beigelegt werden kann. Insgesamt ist die Entwicklung aber sehr positiv.

*Im Autonomiegebiet entsteht sogar ein Fernsehsender, dessen Programm dann wohl auch von Kurden in der Türkei empfangen werden könnte.*

Jede kurdische Sendung ist ein Dorn im Auge der Türken. Es gab schon einmal einen kurdischen Sender, Med TV. Er sendete von Europa aus und war sehr wichtig für die Kurden in der Türkei, politisch und kulturell. Ich bin davon überzeugt, daß die Türkei auch keinem anderen kurdischen Sender die Möglichkeit geben wird, sich im Sinne kurdischer Interessen zu betätigen.

*Macht es die Türkei also nicht unruhig, daß sich in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ein kurdisches Gemeinwesen etablieren könnte?*

Es gibt türkische Äußerungen, daß man gegen Ansätze kurdischer Staatlichkeit selbst dann einschreiten würde, wenn sie in Südafrika festzustellen wären.

*Was ist nun das Besondere an der PKK gegenüber früheren oder anderen Kristallisationspunkten der kurdischen Nationalbewegung? Ist sie die erste Bewegung, die sich nicht mehr an den traditionellen Stammesstrukturen orientiert?*

Nein, schon die Bewegungen meines Vaters und Mulla Mustafa Barsanis waren Massenbewegungen, die sich nicht auf einen Stamm oder eine bestimmte Volksgruppe stützten. Das gilt genauso für die Parteien von Masud Barsani und Jalal Talabani heute. Was die PKK ausmacht, ist zum einen, daß sie den größten Teil Kurdistans repräsentiert. Zum anderen verfügt sie in Europa über Hunderttausende von Anhängern, die aus der Türkei emigriert sind. Aufgrund der demokratischen Struktur dieser Staaten hat sie hier ganz andere Möglichkeiten zu agieren als in der Türkei.

*Erwarten Sie, daß das Verbot der PKK aufgehoben wird?*

Man kann sagen, daß die PKK wieder fast legal arbeitet, obwohl sie verboten ist. Die Polizei schreitet nicht automatisch ein, bloß weil sie auf Demonstrationen Embleme der Partei oder Plakate mit dem Bild ihres Vorsitzenden sieht. Die PKK respektiert die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, diese Politik wurde bereits unter Abdullah Öcalan eingeleitet. Die Gewaltakte, die es nach seiner Entführung gab, waren meines Erachtens keine organisierten Aktionen, sondern spontan. Man sollte in der Tat das Verbot der PKK endlich aufheben.



*Flüchtlingslager vor Halabdscha/ Irak*

*Otto Schily scheint da aber genauso kompromißlos wie sein Vorgänger zu sein?*

Es ist noch nicht allzu lange her, daß Herr Schily gemeinsan mit der PKK gegen die Türkei demonstriert hat – das war 1986, und es gibt Bilder davon. Der Wandel in seiner Einstellung ist schwer nachzuvollziehen.

Henning Eichberg

# Das gute Volk

## Über multikulturelles Miteinander

**In Westdeutschland hat sich nach 1945 die Nichtanerkennung von Völkern fortgesetzt und verallgemeinert. Das traf nicht zuletzt die ostdeutschen Stämme.**

Wie können Menschen verschiedener Lebensformen zusammenleben? Die Widersprüche um das Miteinander unterschiedlicher Kulturen in Deutschland spitzen sich zu.

Von Kritikern der Einwanderung kann man immer wieder hören, das Konzept der multikulturellen Gesellschaft sei das eigentliche Übel, und der Konflikt darum organisiere sich entlang der Achse zwischen rechts und links. Rechts, das sei national und volksbezogen, und links sei multikulturell und antinational. Von „links" her antwortet man darauf oft, indem man diese Aufteilung akzeptiert. Von beiden Seiten erscheint es so, als ob die doppelte Staatsbürgerschaft den Kern des Problems betreffe.



*Trobriand-Inseln, Papua Neuguinea*

Bei genauerer Betrachtung läßt sich weder das eine noch das andere halten. Die hegemonialen Widersprüche geben nur dann einen Sinn, wenn sie ganz anders beschrieben werden – nicht entlang ideologiegeschichtlicher Achsen, sondern von den aktuellen gesellschaftlichen Machtverhältnissen in Deutschland her.

### Hegemoniale Widersprüche

Am einen Ende der Skala heißt es: *„Wir brauchen Ausländer, um die Zukunft der deutschen Wirtschaft zu sichern."* Und: *„Darauf muß sich die deutsche Bevölkerung einstellen."* Ohne Ausländerzuzug gebe es keinen Wohlstand. Als Autorität beruft man sich auf den Vorstandsvorsitzenden von Daimler-Benz, dem unterstellt wird, die Interessen der deutschen Bevölkerung besonders scharfsichtig zu erkennen und wahrzunehmen. Er fordert die Öffnung der Grenzen. (Inzwischen wurde aus Daimler-Benz der internationale Multi Daimler-Chrysler A.G., mit der offiziellen Konzernsprache Englisch.)

Das erklärte Vorbild dieser Position sind die Vereinigten Staaten als Einwanderungsland und *melting pot.* Im Wege stehe der multikulturellen Einwanderungsgesellschaft jedoch das falsche Bewußtsein der Deutschen: der *„Volksgeist der deutschen Romantik"*, die Vorstellung von einer „nationalen Identität" letztlich der Begriff vom „Volk" selbst. All das umschreibe aber nur *„Dummheit, Borniertheit und Überheblichkeit"*. Ein westdeutscher Verfassungspatriotismus, der sich statt auf das Volk auf *„universelle Menschenrechte und die Grundwerte der Republik"* beziehe, müsse dem entgegenwirken.

Das ist der Gedankengang aus der Sicht des großen Kapitals und der westdeutschen Staatsphilosophie. Ausgedrückt wurde er u.a. durch den CDU-Ideologen Heiner Geissler (1990), der für sich in Anspruch nahm, als erster den Begriff der „multikulturellen Gesellschaft" 1988 geprägt zu haben.

Dazu gibt es Widerspruch von anderer Seite: Multikulturalität – so heißt es – sei eine Formel, die Weltoffenheit und Toleranz dort vorspiegele, wo sie nicht vorhanden sei. Der Blickwinkel der Multikulturalität lege es darauf an, Fremde, statt sie als Individuen zu behandeln, als *„Spezies oder Marionetten ihrer Kulturen"* aufzufassen und sie unter Verwendung von quasi-natürlichen Merkmalen wie Sprache, Kultur und Religion in ihrer Kultur gefangenzusetzen, um sie prognostizierbar zu machen. Begriffe wie „Volk", „Kultur" und „Ethnie" hätten jedoch keinen realen Gegenstand, sondern dienten nur dazu, Interessenkonflikte des Alltags als „Kulturkonflikte" zu ethnisieren. Sie lenkten vom (sozial-rechtlichen) Hauptwiderspruch ab. Stattdessen gelte es, eine Einwanderungsgesellschaft zu schaffen, die Fremde „als Individuen" und nur als Individuen sehe und behandele. Es gebe nur *eine* Kultur, diejenige der Vernunft und der universellen Prinzipien der Aufklärung.

So sieht es eine Kritik, die sich als „links" versteht. Sie wurde zum Beispiel von Frank-Olaf Radtke (1991) in der Zeitschrift *„Kommune"* vorgetragen.

(Allerdings handelt es sich dabei keineswegs um „die linke" Kritik schlechthin. Eine italienische Einwanderin, Marcella Heine, antwortete damals in der *„Kommune"* aus eigener Betroffenheit heraus. Volk, Ethnie, Nation, Kultur und Muttersprache entsprächen durchaus realen Erfahrungen, sowohl realen persönlichen Erfahrungen als auch realen historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Angst vor der Ethnisierung sei vielmehr ein *„deutsches Märchen"*, eine *„spezifische Nationalphobie mancher deutscher ‚Linker'"*. Sie begäben sich damit jedoch in eine verhängnisvolle und ohnmächtige Abhängigkeit von den Rechten bei der Bestimmung ihrer Themen.)

**Große Koalition gegen das „Volk"**

Die beschriebene Kontroverse um die Multikulturalität – ja oder nein – darf als eine zentrale Auseinandersetzung um das Selbstverständnis in Westdeutschland (und im späteren Großwestdeutschland) angesehen werden. Sie führt auf die Grundbegriffe kollektiver Selbstdefinition zurück: Wer bin ich? Wer sind wir? Zugleich macht sie aber deutlich, in welch engem Rahmen sich die Debatte abspielt.

Beide Seiten sind sich nämlich in sehr weitgehendem Grundzügen einig: „Volk" sei ein gegenstandsloser Begriff; „Kultur" gilt als entweder ebenso dubios oder doch als so marginal, daß politisches Selbstverständnis sich darauf nicht zu beziehen habe. Der Bezugspunkt ist stattdessen in dem einen wie dem anderen Falle allein **das Individuum** mit seinen universalen Grundwerten. Allerdings ist der Bezug auf die Menschenrechte dabei nicht so entschieden wie vorgegeben. Dem Individuum wird nämlich implizit das Menschenrecht abgesprochen, Völker und Gemeinschaften zu bilden.

Solche Konstruktion hat einen realen Bezugspunkt: Deutschland müsse zum Einwanderungsland werden. Auch das hat eine Einschränkung von Menschenrecht zur impliziten Folge: Es gebe zwar ein Recht auf Einwanderung, aber kein Recht, bei sich selbst zuhause zu sein.

*Markt in der Sahel*



Diese große Koalition gegen das „Volk" ist von tiefen äußeren und inneren Widersprüchen geprägt. Der äußere Widerspruch ist besonders derjenige zwischen der theoretischen Nichtanerkennung des Volkes und der praktischen Erfahrung von volklichem Nationalismus seit dem Zusammenbruch des Sowjetreiches 1989. Je vehementer immer mehr Völker real ihre politischen Rahmenbedingungen neuschaffen, miteinander zusammenstoßen oder auch sich als Nationen neu konstituieren, um so verzweifelter wirkt der deutsche Ruf, dies alles seien nur Mißverständnisse und Konstruktionen. Eine Friedenspolitik läßt sich auf der Grundlage eines solchen Nicht-zur-Kenntnis-nehmen-Wollens nicht aufbauen.

*Dem Individuum wird das Menschenrecht abgesprochen, Völker und Gemeinschaften zu bilden.*

Dem entsprechen die inneren theoretischen Widersprüche. Wo das Wort „multikulturell" positiv besetzt wird, da wird es zugleich benutzt, um das Kulturelle, das Ethnische und Volkliche abzuwerten und es zum politisch irrelevanten Annex des Lebens zu erklären. Kultur gilt als so etwas wie Volkstanz, Tracht oder das Angebot auf der Speisekarte. Kultur kann man gelten lassen als das – tolerierte – Ornament der „universalen Werte" und des Individuums schlechthin, als innere Buntheit des Staates und als Randfaktor von Produktion und Konsumtion. Wo hingegen das Wort „multikulturell" negativ besetzt wird, da läßt man doch keine Gelegenheit aus, auf „die Deutschen" herunterzuhacken, so als seien sie eben doch ein Volk und damit ein kulturelles – wenngleich negativ

*Deutschland als Einwanderungsland: Gibt es nicht auch ein Recht, bei sich selbst zuhause zu sein?*

besetztes – Kollektiv. Und die prinzipielle Abweisung des Kulturbegriffs hält nicht davon ab, ebenso prinzipiell auf „interkulturelle Verständigung" (Radtke) zu setzen. Was aber ist interkulturelle Verständigung ohne Kulturen?

**Die „Ausländerfrage" – eine Deutschenfrage**

Es griffe zu kurz, solche theoretischen Blamagen dem intellektuellen Hohn auszusetzen. Dazu spiegeln sie – als Verwirrung im begrifflichen Überbau – zu viele reale Ängste und Traumata.

*Naskapi in Québec / Kanada*



Und sie erinnern zu fatal an eine spezifisch deutsche Geschichte. Auch das nazistische Deutschland hat die Juden, die es zu vernichten suchte, eben nicht als Volk oder Kultur anerkannt. Ausdrücklich sprach die nazistische Ideologie dem „Judentum" die Eigenschaft, Kultur zu bilden, ab. „Der Jude", so hieß es, sei von Grund auf anti-kulturell, sei „Parasit" und „Ungeziefer". Er sei nicht Mensch, sondern „Untermensch". Auch die Sinti und Roma wurden als „Kriminelle" und „Asoziale" verfolgt, nicht als Kultur oder Volk. Auf eine eigentümliche Weise hat sich diese Nichtanerkennung von Völkern nach 1945 in Westdeutschland fortgesetzt und verallgemeinert. Insofern hat die Nichtanerkennung seiner selbst (der Deutschen) als Volk ihre historischen Wurzeln in der – mörderischen – Nichtanerkennung der Anderen, die damit nicht korrigiert, sondern universal ausgeweitet wurde: „Es gibt überhaupt kein Volk".

*Die Nichtanerkennnung seiner selbst (der Deutschen) als Volk hat ihre historischen Wurzeln in der – mörderischen – Nichtanerkennung der Anderen, die damit nicht korrigiert, sondern universal ausgeweitet wurde: „Es gibt überhaupt kein Volk".*

Das „deutsche Märchen", wie Marcella Heine es nannte, ist also mehr: ein deutsches Trauma von fataler Kontinuität.

Seine Bearbeitung wäre eine deutsche Psychoanalyse. Was nottut, ist eine kritische Selbstprüfung. Auch in sofern ist die „Ausländerproblematik" keine Ausländerfrage, sondern eine Deutschenfrage. Die Einwanderer sind ihr Opfer.

*Was aber ist interkulturelle Verständigung ohne Kulturen?*

Wenn man solcherart die Widersprüche um die „Multikulturalität" ernstnimmt, kann man sich deren historischen Stellenwert nähern. Ist die Multikulturalität tatsächlich, wie oft behauptet, ein spezifischer Gewinn der – europäischen, westlichen, industriellen – Moderne?

**Die Dialektik der Moderne**

Die multikulturelle Gesellschaft ist bei genauerer Betrachtung weder neu in unseren Tagen, noch überhaupt spezifisch für die Moderne. Sie hat ihre Wurzeln tief in der Geschichte toleranter Gesellschaften – oder auch solcher Gesellschaften, die, obwohl ideologisch intolerant (z.B. christlich), zur Toleranz genötigt waren. Z.B. lebten im vorindustriellen Deutschland:

- Juden mit ihren selbstverwalteten Gemeinden
- Sinti und Roma mit ihren eigenen Häuptlingstümern
- Sorben und Wenden in Mitteldeutschland, in der Lausitz und im Wendland
- Dänen und Friesen in Schleswig.

Diese kulturelle Vielfalt war keineswegs spannungs- oder konfliktlos. Aber sie beruhte auf vielfältigen lokalen Überschneidungen und Verflechtungen von Volkskulturen, war also alles andere als eine „reinliche Scheidung". Hinzu kam die innere Multikulturalität der Deutschen:

- Plattdeutsche, Hochdeutsche, Oberdeutsche
- Katholiken, Lutherische, Reformierte, Wiedertäufer, Pietisten
- Franken, Baiern, Alemannen, Schwaben, Hessen, Tiroler, Schlesier...

Abermals hinzu kamen soziale Subkulturen, die eigene „Stände" bildeten, mit eigenen Sitten, Gebräuchen, Selbstorganisationen, Kleidungen und Sprachen:

- zünftlerische Handelsbürgertum, großbürgerliches Patriziat, freie Bauern, Fronbauern, Landadel, höfischer Dienstadel
- Mönche in ihren Lebensgemeinschaften außerhalb der „Normalität"
- fahrende Leute, Spielleute, „weiße Zigeuner" (jenische Tinker)
- Scholaren (nomadisierende Jungintellektuelle)
- unterständische Plebejer, Bettler mit ihren „Bettler-Königen" u.a.

Die Moderne brachte nun nicht etwa eine „Befreiung" und „Gleichstellung" aller dieser Gruppen. Sondern sie hatte ein doppeltes Gesicht. Einerseits setzten sich aufgeklärte Intellektuelle für eine Anerkennung „anderer" Kulturen als gleichwertig ein, und Lessing schrieb seinen „Nathan der Weise" über das Verhältnis von Christen, Juden und Moslems. Andererseits aber versuchten die modernen Staaten und Gesellschaften mit administrativer oder auch mit roher Gewalt, die bislang bestehende Multikulturalität auszurotten. Ein Beispiel war das jakobinische Frankreich, das sich nach 1789 in den Kampf warf gegen Bretonen, Elsässer, Kor-

sen, Katalanen, Bauernkulturen und andere „innerfranzösische" Kulturen. Ein anderes Beispiel war die nordamerikanische Indianervernichtung.

Hier kamen die Praxismuster und Ideen der „Reinheit" in ihrer modernen Form auf, die im 20. Jahrhundert einen makabren Höhepunkt erreichten:
• Massenvernichtung in Konzentrationslagern, in deutschen KZs
• „Systematisierung" in Ceaucescus Rumänien, die Einebnung der Dörfer, insbesondere der Dörfer der ethnischen Minderheiten
• „ethnische Säuberung" in Serbien, im Kosovo und in Bosnien.

Als Gegenkonzept unter den Bedingungen der Moderne wäre ein „Zurück" zur multikulturellen Ständegesellschaft jedoch eher unrealistisch und ein Stück wohlgemeinter Romantik. Hingegen geht es darum, neue Konzepte auf der Grundlage moderner – oder nachmoderner – Identitäts- und Entfremdungserfahrungen zu entwickeln. Das ist der Versuch des Ethnopluralismus: unter Anerkennung der Pluralität der Ethnokulturen – im Sinne Lessings und Herders – deren Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu ermöglichen, also föderale Strukturen. Demokratie von unten zu denken, das heißt: vom Volk – und also von den Völkern und Volksgruppen her zu denken.

**Linke und Rechte im Dilemma**

„Rechte" und „Linke" im Sinne der herkömmlichen Moderne haben es gleichermaßen schwer mit dem Ethnopluralismus und der Multikulturalität. Die seit dem 19. Jahrhundert herangewachsene „Rechte" verband sich überwiegend eng mit dem Konzept der „Reinhaltung" von Identität und Volk. Das mußte nicht, konnte aber in seiner Logik zur nazistischen Ausrottung von Juden, Zigeunern, Homosexuellen u.a. führen. Und zur Zwangsaussiedlung von Südtirolern nach dem Osten, von Baltendeutschen nach Westen, von Hannoverschen „Wenden" nach der Ukraine ...

Nach 1945 war es auch eine „rechte" Regierung, die in den 1950er Jahren die Anwerbung von ausländischen Arbeitern betrieb. Die „Gastarbeiter" dienten als soziales Pressionsmittel des deutschen Kapitals gegen die deutsche Arbeiterklasse. Das war der Startschuß für die gegenwärtige deutsche Einwanderungsproblematik. Es war also die deutsche Rechte, die den fatalen Zirkel produzierte: Erst wirbt das „rechte" Kapital ausländische Arbeiter an, und zwar gegen den Widerstand der Arbeiter, der Linken und auch gegen die damals dokumentierte marxistische Kritik – und dann mobilisiert die „Rechte", dieselbe CDU, die Fremdenfeindlichkeit gegen die Einwanderer, um damit ihre Wahlerfolge zu sichern.

Die „Linke" war sich demgegenüber keineswegs im klaren über ihre Position hinsichtlich der Einwanderungs- und Identitätsproblematik. Zum Teil arbeitete sie strikt in Richtung auf chauvinistische Gleichschaltung und Auslöschung der Kulturenvielfalt und der Minderheiten. So verfuhren die französischen Jakobiner und das kommunistische Rumänien, Bulgarien gegen seine Türken, Serbien gegen Slowenen, Kroaten, Bosnier und Kosovo-Albaner, China gegen die Tibetaner. Und in Deutschland rechtfertigte man unter dem Schlagwort eines abstrakten Internationalismus nachträglich die Einwanderungspolitik des großen Kapitals und erklärte das hochbesiedelte und ökologisch überbelastete Deutschland zum „Einwanderungsland". Andererseits – und im Kontrast zum abstrakten Internationalismus und zum realen Chauvinismus – stammen die wichtigsten Beiträge zur Theorie des Ethnopluralismus von Sozialisten, Anarchisten und anderen radikaldemokratischen Linken, von Michael Bakunin, James Connolly, Martin Buber ...

*Kann die multikulturelle Gesellschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen vielleicht nur im Rahmen des gesicherten Nationalstaats garantiert werden?*

Die theoretische Herausforderung steht noch offen. Sie betrifft, konkret, besonders das Verhältnis von Multikulturalität und Einwanderung. Masseneinwanderung erzeugt Angst, insbesondere in Unterschichten, die ohnehin dem gesellschaftlichen Streß besonders ausgesetzt sind. Diese Angst übersetzt sich leicht in Projektionen – schuld seien „die anderen" – in Abgrenzungen, in Fremdenfeindlichkeit und Aggression. Statt sich gegen die Entfremdung, gegen das herrschende System, zu wenden, wendet man sich gegen „die Fremden", gegen Menschen. Eben dieser Zirkel aus Angst und



*Dogon-Frauen in Mali zerkleinern das Grünzeug der Zwiebeln und formen es zu Kugeln.*

Aggression gefährdet das multikulturelle Zusammenleben oder macht es unmöglich.

Gegen die Produktion von Angst haben die bürgerlichen Propagandisten der Masseneinwanderung bisher keine Lösung gefunden, und ihre „linken" Mitläufer ebensowenig. Damit tragen sie dazu bei, die Verwirklichung der multikulturellen Gesellschaft zu verhindern. Die multikulturelle Gesellschaft ist aber eine humane Aufgabe ersten Ranges. Kann die multi-kulturelle Gesellschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen vielleicht nur im Rahmen des gesicherten Nationalstaats garantiert werden? Der Zusammenbruch des „Schmelztiegels" USA spricht dafür, als ein Negativbeispiel. Ein Positivbeispiel sind die skandinavischen Nationalstaaten. Sie haben gerade als demokratische Kleinstaaten auf volklicher Basis – Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Färöer, Åland, Grönland, Island – die Minderheitenprobleme und die Asylantenprobleme einhegen können.

*„Linkes" Denken ging davon aus, daß der Mensch letztendlich doch gut sei, daß man ihm vertrauen und ihn zum Ausgangspunkt gesellschaftlicher Verbesserung nehmen könne. Der Mensch und das Volk sind gut.*

Gewiß, es gibt auch dort Spannungen. Aber die Frage stellt sich doch: Kann vielleicht nur der demokratische Nationalstaat – jedenfalls unter heutigen Bedingungen – eine humane Multikulturalität und damit einen gesicherten Frieden im Alltag zwischen den Völkern verwirklichen?

*Die unterschiedlichen Haltungen rechts und links repräsentieren unterschiedliche Mythologien darüber, was der Mensch und seine Kollektivität, das Volk, sei.*



*Uruku im brasilianischen Urwald*

Das ist eine Herausforderung insbesondere an die linke Theorie. Sie ist bisher in ihrer Kritik jener „Dialektik der Aufklärung" (Horkheimer/Adorno) am nächsten gekommen, die das Doppelgesicht der Moderne ausmacht – von Befreiung und Ausrottung, von Anerkennung des Fremden und Gleichschaltung. Nicht aus theoretischem Luxus heraus, sondern aufgrund schmerzhafter jüngster Problematik gilt es, daraus weiterführende Konsequenzen der Systemkritik zu ziehen.

**„Der Mensch ist gut"**

Warum soll es aber gerade die linke Theorie sein, von der der entscheidende Beitrag zum Problem von Volk, Identität und Multikulturalität zu erwarten ist? Sind die Begriffe von „rechts" und „links" nicht mit der Krise der klassischen Moderne gegenstandslos geworden?

Dafür spricht in der Tat einiges. Und doch, es ist keineswegs gleichgültig, an welche Denkvoraussetzungen man in der „Postmoderne" anknüpft.

Wenn überhaupt die Begriffe „links" und „rechts" in der Gesellschaft der klassischen industriellen Moderne einen Sinn hatten, der über das – inhaltslose, bewegungsformale – „Vorwärts" und „Zurück" (oder „Beharren") hinausging, so diesen: „Linkes" Denken ging davon aus, daß der Mensch letztendlich doch gut sei, daß man ihm vertrauen und ihn zum Ausgangspunkt gesellschaftlicher Verbesserung nehmen könne. Der Mensch und das Volk sind gut. Insofern war der positive Volksbegriff seit Herder – in Nachfolge des abfälligen „plebs" – ein linker Begriff.

„Rechtes" Denken hingegen mißtraut dem Menschen fundamental. Der Mensch sei schlecht, verdorben durch den Sündenfall oder aber ein Tier von seinen biologischen Ursprüngen her. Als böses, unordentliches Wesen, als „Sünder" und als „Raubaffe" bedürfe der Mensch der Institutionen und der Disziplinierung, der Kontrolle von außen und von oben. Der Mensch und das Volk sind schlecht – darum die besondere Rolle des Staates, der Polizei oder anderer traditionaler Hierarchien. Ohne Macht nämlich sei vom Volk Schlimmes zu befürchten, nicht zuletzt die Revolution.

Diese unterschiedlichen Haltungen rechts und links sind keineswegs durch empirisches Wissen bestimmt, denn mit Empirie läßt sich das eine wie das andere belegen. Sie repräsentieren vielmehr unterschiedliche Anthropologien. In ihnen kamen unterschiedliche philosophische Bilder von Menschen zum Ausdruck, also letztendlich unterschiedliche Mythologien darüber, was der Mensch und seine Kollektivität, das Volk, sei.

Wenn die Rechts-Links-Konfiguration unter diesem Aspekt näher betrachtet wird, verliert sie viel von ihrer fälschlich angenommenen oder angemaßten Eindeutigkeit. Die Qualität „links" zum Beispiel ist nie gesichert. „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" – auf dieser Schiene fuhren große Teile der deutschen Linken aus der linken Anthropologie heraus, in den Stalinismus hinein, aber auch über diesen hinaus.

Der Mangel an Eindeutigkeit macht jedoch das Muster Rechts/Links nicht unbrauchbar. Er verleiht ihm einen kritischen und moralischen

Zug. *„Niemand kann knechten, ohne selber Sklave zu sein: Ich als Russe sage Euch das"* – rief 1848 Michael Bakunin den Slawen zu, warnend und treffend. Der NS-Staat hat gezeigt, wie sehr das auch für die Deutschen gilt. Nie in der Geschichte der Moderne haben die Deutschen sich selbst mehr geschädigt als durch den NS-Terror gegen Juden, Zigeuner und Slawen – geschädigt durch Zerstörung großer Teile des deutschen, des deutsch-jüdischen Volkes, geschädigt an der deutschen kulturellen Stellung in der Welt, geschädigt, indem man sich selbst, als deutscher „Herrenmensch", real zum Sklaven machte, auch über 1945 hinaus.

Wer sein Volk liebt, kann keine ausländischen Asylsucher schlagen – das ist der aktuelle Bezug. Wer sein deutsches Volk liebt, schändet keinen jüdischen Friedhof. Wer die anderen haßt, haßt sich selbst.

Aber auch in Bezug auf die „Antirassisten" enthält dieser Zusammenhang vom „guten Volk" eine Herausforderung. Wer die Fremden schützen will, wem es um mitmenschliches und zwischenmenschliches Zusammenleben geht, der kann nicht rufen: „Deutschland verrecke". Wie auch immer man sie wendet, diese Parole und die ganze in ihr enthaltene Botschaft vom „schlechten Volk" bleibt strukturell eine Naziparole, eine Version von „Juda verrecke". Sie macht als Projektion deutlich, wie wenig sich 1945 verändert hat. Sie kann nicht „links" sein, da sie dem Grundvertrauen zum Menschen und zum Volk widerspricht; sie bleibt in ihrem Grundmuster ein rechtsextremer Aufschrei.

Wählt man für das ethnopluralistische Denken den – im Sinne der klassischen Moderne – „linken" Denkansatz vom „guten Volk", der die Kritik der „schlechten Gesellschaft" bedingt und mit sich zieht, so sind allerdings die theoretischen Probleme keineswegs gelöst. Man steht an einem neuen Anfang.

Drei Problemkreise stellen sich gegenwärtig in besonderer Schärfe: die Frage ethnokultureller Hegemonie, die Frage der Neokulturalisierung und die Frage der Entfremdung.

**Hegemonie und Dialog**

(1.) Die multikulturelle Gesellschaft bedeutet nicht – und bedeutete nie – ein wie auch immer zu berechnendes „Gleichgewicht" der Kulturen. Kulturen sind viel zu komplex, als daß sie „gleichgestellt" sein könnten. Voraussetzung des multikulturellen Zusammenlebens ist vielmehr die Anerkennung des Anderen, das ethnopluralistische Akzeptieren. Wie schwer das ist, zeigte sich immer wieder, auch im Unvermögen deutscher Linker, den türkischen Fundamentalismus in Deutschland, Koranschulen, Moscheen, Schleier und Derwischorden „anzunehmen". Multikulturalität ist kein spannungs- und konfliktloses Nebeneinander wie auf der Speisekarte oder im Supermarktangebot.

Jede multikulturelle Gesellschaft ist von irgendeiner Form kultureller Hegemonie geprägt. Dänemark basiert vorwiegend auf einer dänischen Volks- und Kulturtradition, Ungarn auf einer ungarischen, Frankreich auf einer (nord-)französischen. Die Schweiz besteht aus hegemonial deutschen (alemannischen), französischen und italienischen Kantonen. Und die USA sind bis auf weiteres das Land der WASPs, der *White Anglo Saxon Protestants.*

*Targi-Sänger der Tuareg*



Die skandinavischen Länder mit ihrer – relativen – „Nahdemokratie", mit aktiver Toleranz gegenüber Minderheiten und 200 Jahren Friedenssicherung sind ein Beleg dafür, daß Hegemonie das multikulturelle Zusammenleben nicht belasten muß. Es liegt sogar nahe weiterzufolgern:

Vielleicht ist eine demokratisch gesicherte nationale Identität und damit eine – weitgehend – angstfreie kulturelle Hegemonie die Voraussetzung für ein multikulturelles Miteinander in Frieden.

Erst bei solchem Vergleich wird das deutsche Dilemma in seinem Umfange sichtbar: Die Identität ist beschädigt – Man zelebriert die Nichtanerkennung seiner selbst – Man flieht vor der Einsicht in die eigene Hegemonie – Feindbilder und Projektionen werden produziert – Es entsteht Gewalt. Das dialogische Prinzip (Martin Buber) hat hier denkbar ungünstige Voraussetzungen. Aber nur dialogische Qualitäten, auch das läßt sich den skandinavischen Erfahrungen entnehmen, können der kulturellen Hegemonie ihre destruktiven Potentiale nehmen. Dialog in Deutschland?

*Wer sein Volk liebt, kann keine ausländischen Asylsucher schlagen – wer die anderen haßt, haßt sich selbst.*

*„Deutschland verrecke" – diese Parole und die ganze in ihr enthaltene Botschaft vom „schlechten Volk" bleibt strukturell eine Naziparole.*

## Neue Stämme?

(2.) Ebenso wie es schwerfällt, Spannung und Hegemonie in die Multikulturalität hineinzudenken, ebenso schwer ist es, die historische Veränderung in den Volksbegriff einzubeziehen. In Volk und Kultur liegen zwar ein hoher Grad an Kontinuität – *„Die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt"*, wie Stalin gesagt haben soll – aber doch keine Unveränderlichkeit. Gerade Einwanderungsprozesse haben das immer wieder sichtbar gemacht, durch die

*Die Stämme der Karen leben in Birma und West-Thailand*



Konstituierung neuer „Völker im Volk". Früher nannte man sie auch „Stämme", und das ist eigentlich kein schlechter Begriff in einer Zeit, da der Sioux-Lakota Vine Deloria zu bedenken gab: *„Nur Stämme werden überleben"*. In diesem Sinne gab es ein jüdisch-deutsches „Volk" (oder einen jüdischen „Stamm" des deutschen Volkes, wie einige nationaldeutsche Juden der Zwischenkriegszeit es ausdrückten). Kultur heißt eben nicht nur Bewahrung, sondern auch Neuentstehen, Neokulturalisierung.

*Vielleicht ist eine demokratisch gesicherte nationale Identität und damit eine – weitgehend – angstfreie kulturelle Hegemonie die Voraussetzung für ein multikulturelles Miteinander in Frieden.*

*Kultur heißt nicht nur Bewahrung, sondern auch Neuentstehen, Neokulturalisierung.*

Unter dem Aspekt der Neokulturalisierung ist gerade die aktuelle „Volksbildung" durch Einwanderung zu beachten. Die von großem Kapital eingeleitete und forcierte Einwanderung hat nicht nur Individuen nach Deutschland gebracht, sondern kulturelle Gruppen. Bestimmt durch mitgebrachte nationalkulturelle, sprachliche und religiöse Traditionen einerseits und durch Fremdheitserfahrungen andererseits, sind sie dabei, neue Identitäten herauszubilden. Das gilt vor allem von der zweiten und dritten Einwanderergeneration an, die weder eindeutig mit ihrer Herkunftskultur noch mit ihrer „Gast"-Kultur identifiziert sind.

Das faszinierendste Phänomen ist gegenwärtig wohl die Neokulturalisierung eines deutsch-türkischen Volkes (oder türkisch-deutschen „Stammes"). Die türkischen Deutschen als kulturelles Kollektiv sind einerseits mit der deutschen Territorialität, Sprache und Sozialität verbunden, in der sie als „Heimat" aufgewachsen sind, und andererseits mit der islamischen Religion, die sie mit den sie umgebenen deutschen Deutschen eben nicht gemeinsam haben. Diese islamische Religiosität muß allerdings auf die Dauer auch nicht identisch mit und abhängig vom türkischen Islam bleiben. Hier sind komplexe Verselbständigungsprozesse in gegenläufige Richtungen abzusehen – in die fundamentalistische, die laizistische, die mystische. Die türkischen Deutschen sind ferner mit der deutschen Sprache in ihrem Arbeitsalltag und in ihrer Außenkommunikation verbunden – und zugleich mit ihrer türkischen Muttersprache bzw. der Muttersprache ihrer Vorfahren. Auch diese Situation enthält Potentiale dritter Entwicklungen. So wie einst das jüdisch-deutsche Volk das Jiddische hervorbrachte, das neben dem Hochdeutschen die weltweit wohl bedeutendste deutsche Sprache und ein wesentliches Stück deutschen kulturellen Reichtums wurde.

Den türkisch-deutschen Stamm zur Kenntnis zu nehmen, bedeutet keineswegs die Annahme falscher Homogenität. Einzelne Individuen aus dieser Neokulturation werden immer wieder in andere Identitäten übergehen oder überzugehen versuchen, zu deutschen Deutschen oder zu türkischen Türken. Das ändert nichts am Bestehen der neuen kollektiven Volkskultur als solcher. Ebenso sind Juden als einzelne immer wieder zu ihren „Wirtsvölkern" übergetreten, vielleicht hat sich sogar, alles in allem, die Mehrheit aller Juden assimiliert. Und dennoch hat die jüdische Identität überlebt.

Ferner ist auch innerhalb des türkisch-deutschen Volkes von Anfang an nicht mit kultureller Uniformität zu rechnen. Islamischer Fundamentalismus, Säkularisierung und Sufimystik stehen hier einander gegenüber, Graue Wölfe und Maoisten, nicht zu vergessen die in der Türkei selbst verfolgten Völker und Minderheiten wie Kurden, Assyrer und Jezidi. Aber auch die Schlesier waren nie eins (sondern protestantisch oder katholisch), die Hessen ebensowenig (linke Sozialdemokraten, kleinbürgerliche Antisemiten, konservative Christdemokraten...)

Und wieder verweist das Verhältnis zu den Anderen auf das Verhältnis zum Eigenen. Warum fällt es uns Deutschen so schwer die Anderen als – türkisch-deutschen, jüdisch-deutschen – „Stamm" anzuerkennen? Weil wir unsere eigenen deutsch-deutschen Stämme ausgelöscht haben? Was wird mit uns, wenn „nur Stämme überleben" werden?

## Gegen Fremde oder gegen die Entfremdung

(3.) Wenn es also um die Anerkennung der Neokulturalisierungen geht und wenn diese in der deutschen Geschichte gar eine Bereicherung

des deutschen Volkes gebracht haben, sollte man dann nicht doch – so mag man fragen – die Grenzen öffnen und Deutschland zum Einwanderungsland erklären?

Dieser Schluß, so logisch er erscheint, ist ein Kurzschluß. Er macht die Rechnung ohne die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, ohne die industrie-kapitalistische Entfremdung.

Dem industriellen Kapitalismus ist eine Schraube immanent aus Leistungsstress und existenzieller Unsicherheit. Jeder ist „seines Glückes Schmied" – und wird dann arbeitslos, weil irgendein Konzern sich mit irgendeiner Marktstrategie vertan hat. Eine kalte Gesellschaft ist entstanden, die mit mythologischen Begriffen wie „Leistung", „Mobilität" und „Karriere" dem Menschen erst etwas vorspiegelt und ihn dann fallen läßt. Eine solche Gesellschaft hält die Masseneinwanderung in ihr ökologisch bereits hochbelastetes und hochverdichtetes Territorium nicht aus, ohne gewalttätige Reaktionen zu zeigen.

Daß diese Reaktionen sich gegen fremde Menschen, gegen Flüchtlinge und Vertriebene aus anderen Ländern richten, ist das Problem: gegen Fremde statt gegen die Entfremdung. Einst hatte es die Linke als ihre Hauptaufgabe angesehen, den Kapitalismus wegen seiner strukturellen Inhumanität anzugreifen. Um des „guten Volkes" willen ging es gegen die kapitalistisch verfaßte „schlechte Gesellschaft". Daß dieses Selbstverständnis zusammengebrochen ist, ist mehr als nur ein intellektuelles Dilemma, es ist Teil eines sozialen Dramas. Die Arbeiterviertel, die überproportional „republikanisch" oder DVU wählen, und die jungen kahlgeschorenen Proletarier, die armseligen Flüchtlingen die engen Zimmer anzünden, sind Ausdrucksformen der linken Krise. Eine „Linke", die die Kritik des Kapitalismus ersetzt durch das Schlagen jugendlicher Opfer der Gesellschaft – „Haut die Glatzen, bis sie platzen" – trägt selbst zu einem Rassismus ohne Alternativen bei.

Die Alternative ist aber weiterhin und erneut eine „warme Gesellschaft", in der die Liebe zum Anderen mit dem Vertrauen in das Eigene zusammenhängt, das eine untrennbar mit dem anderen verbunden. In der Fremde, Verfolgte und Vertriebene Asyl finden, ohne Angst und Verfolgungswahn auszulösen. In der es zum Selbstverständnis des „guten Deutschen" gehört, den Fremden zu schützen – um seiner eigenen Selbstachtung willen. Solange im Hauptwiderspruch der (west-)deutschen Ideologien jedoch kein Platz ist für das „Volk" und seine „Identität", kann sogar das gutgemeinte Gespräch über die Multikulturalität nur entgleisen.

Wo das „gute Volk" nicht gedacht werden darf, zeigt es sich von der häßlichen Seite.

**Ein Nachtrag über Vertreibung, Nichtanerkennung und das ungute Volk**

Eine besondere Rolle in der innerdeutschen Multikulturalität, im Verhältnis zwischen dem deutschen Volk und seinen Stämmen, spielt die große Vertreibung von 1945. Als nach dem Krieg plötzlich ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene ein Viertel der westdeutschen Bevölkerung ausmachten, da stellte sich eben nicht nur die Aufgabe eines Integrationsprozesses, wie er bis dahin in Deutschland nicht vorgekommen war. Sondern - ja, was eigentlich?

Die westdeutsche Politik verfolgte das Staatsziel der Integration. Sie erschien zunächst als unproblematisch humanitär, und ihr ökonomischer Erfolg war geeignet, die Ostdeutschen zur Klientel der westdeutschen bürgerlichen Politik zu machen. Das Staatsziel Integration entwickelte aber eine eigene Dynamik, die vom sozialen Ausgleich über die politische Besänftigung hin zu einer eigentümlichen Identitätspolitik führte, zur Umerziehung der Ostdeutschen zu Westdeutschen. Sukzessive ging es darum, die Vertreibung schönzureden, psychisch wegzudrücken und langfristig zu rechtfertigen.



*Tibeterin im Exil*

Besonders aussagekräftig waren die historisch rückwirkenden Umbenennungen Ostdeutschlands in „Polen" und „Tschechoslowakei" (bis daraus „Tschechien" wurde). Daher rührt auch die westdeutsche Irritation über das nördliche Ostpreußen, für das gegenwärtig ein

*Die Alternative ist aber weiterhin und erneut eine „warme Gesellschaft", in der die Liebe zum Anderen mit dem Vertrauen in das Eigene zusammenhängt, das eine untrennbar mit dem anderen verbunden.*

*Sukzessive ging es darum, die Vertreibung schönzureden, psychisch wegzudrücken und langfristig zu rechtfertigen.*

*In den 1980/90er Jahren wurde die Nichtanerkennung der ostdeutschen Stämme offiziell: „Eigentlich sind ‚wir Deutschen' doch alle Westler." Für diese Vertreibung der Ostdeutschen tragen weder Polen noch Russen die Verantwortung.*

*Die westdeutsche Staatsräson beruht eben nicht auf dem „guten Volk", sondern auf einem prinzipiellen Mißtrauen gegen das Volk als ein ungutes. Gegen das eigene und gegen die anderen.*

Name noch oder wieder aussteht – ein russischer? polnischer? litauischer? sowjet-deutscher? ostpreußischer? Die Umbenennungspolitik war verbunden mit einer Neubenennung von Sachsen, Thüringen etc. als „Ostdeutschland", wie sie im Zuge einer rückwirkenden Nichtanerkennung der DDR vorgenommen wurde. Die offizielle Sprachregelung will nun auch Länder wie „Schlesien" aus dem Sprachgebrauch verschwinden lassen. Sie sollen ersetzt werden durch die „korrekte" Konstruktion „Ostmitteleuropa" – die zugleich Ansprüche des projektierten Reiches „Europa" anmeldet.

All das ist mehr als eine bürokratische Namensadministration. Sondern hier wird auf eine Politik des Verschwindens gezielt – der DDR (und Nazideutschlands...) ebenso wie der ostdeutschen Länder. Damit findet die eigentliche innere Vertreibung der Ostdeutschen statt. Erst in den 1980/90er Jahren wurde die Nichtanerkennung der ostdeutschen Stämme offiziell: „Eigentlich sind ‚wir Deutschen' doch alle Westler." Für *diese* Vertreibung der Ostdeutschen tragen weder Polen noch Russen die Verantwortung.

Sie geschieht nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, da neue Vertreibungen sich am Horizont abzeichnen und neue Züge von Vertriebenen ihren Weg nach Deutschland nehmen. Es kamen Sowjetdeutsche aus Kasachstan, Rumäniendeutsche, Kurden aus Anatolien, Bosnier, Kosovoalbaner... Die westdeutsche Politik war im Rahmen des europäischen Projekts teils passiv, teils aktiv an den neuen Vertreibungen beteiligt, sowohl durch die Tolerierung und Ermunterung der serbischen Vertreibungen als auch durch die Militärhilfe an den türkischen Kriegsstaat. Vor allem aber gibt es eine konzeptionelle Mittäterschaft. Sie beruht darauf, die **Existenz von Völkern *nicht* anzuerkennen.** Das Prinzip der Nichtanerkennung bildet den Zusammenhang der neuen Vertreibungen mit denjenigen von 1945. Und ein fataler Zirkel verbindet die Nichtanerkennung der ostdeutschen Stämme mit der Vertriebenenproblematik der Einwanderer und **„Asylanten"** in den neunziger Jahren.

Insofern ist die Solidaritätsarbeit, wie sie die *Gesellschaft für bedrohte Völker* vertritt, das Gegenbild par excellence zum westdeutschen Staatsprinzip. Solidarität beginnt nämlich mit der Anerkennung. Die „Väter des Grundgesetzes" hingegen verwehrten und verwehren sich weiterhin dagegen, die volklichen Minderheiten der Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma in der (west-)deutschen Verfassung anzuerkennen. Diese Abwehr kann man in einem Zusammenhang mit der prinzipiellen Weigerung sehen, die Verfassung einer Abstimmung durch das Volk zu unterwerfen, wie es einer demokratischen Verfassung anstünde. Der gemeinsame Nenner ist die Nichtanerkennung des Volkes, der Völker.

Die westdeutsche Staatsräson beruht eben nicht auf dem „guten Volk", sondern auf einem prinzipiellen Mißtrauen gegen das Volk als ein ungutes. Gegen das eigene und gegen die anderen. Das ist das Erbe der klassischen „Rechten". Die ethnischen Minderheiten und die Vertriebenen sind dafür ein Indikator – als Vorwarnung für die Vertreibungen von morgen, für die die neuen Vertreiber schon bereitsstehen. Insofern darf man daran zweifeln, daß auf solcher Grundlage jemals ein demokratisches – und in diesem Sinne „linkes" – Gemeinwesen hervorgehen kann. Jedenfalls machen unter den Bedingungen des westdeutschen Verfassungspatriotismus Anerkennung und Solidarität die eigentliche Subversion aus.

Die Einsicht in den Zirkel von Nichtanerkennung und Vertreibung und Nichtanerkennung ... ist bislang dadurch behindert worden, daß es gelang, die Opfer der unterschiedlichen Vertreibungen sozial aufzuspalten und politisch gegeneinander zu verwenden. Die Ostvertriebenen verarbeiteten ihr Trauma häufig mit „rechten" Orientierungen und ließen sich damit gegen die „linke Asylantenpolitik" und gegen die neuen Vertriebenen aufbringen. Und die Verfechter eines erweiterten Asyls neigen ihrerseits dazu, die Ostvertreibungen zu bagatellisieren oder zu rechtfertigen. Damit wurde die deutsche Rechts-Links-Parzellierung erneut fatal wirksam – und staatstragend.

Wenn man genau hinhört, so mag man jedoch vernehmen, daß in den 1990er Jahren die Integration als Umerziehung an ihre Grenzen gestoßen ist. Unter jüngeren Menschen, aber auch unter älteren, die ihre Herkunft im Osten haben, zeigt sich eine **neue Unwilligkeit**. Deren konkrete Ausprägung – sei es als neuer Rechts- oder Linksradikalismus – ist dabei von zunächst untergeordneter Bedeutung gemessen an dem neuen Gefühl, nicht beheimatet zu sein. In diesem Sinne ist die jüngste Wende von Horst Mahler, geboren in Haynau in Schlesien, aufschlußreich (und weniger wegen seiner hegelianischen Neubegründung nationalistischer Positionen). Dann und wann macht auch die Identitätsgeschichte eben Sprünge – und wer weiß, was da auf uns zukommt?

(Eine erste Fassung des Aufsatzes erschien in „Ästhetik und Kommunikation" Nr. 841 vom Februar 1994. Er wurde hier um den „Nachtrag" erweitert.)



**Dr. Henning Eichberg,**

geboren 1942 in Schlesien, ist Kultursoziologe an einem dänischen Forschungsinstitut.
Im Verlag Bublies sind von Eichberg erschienen: „Abkoppelung. Nachdenken über die neue deutsche Frage" (1987) und „Die Geschichte macht Sprünge. Fragen und Fragmente" (1996).

# Auswahlbibliographie zum Thema Vertreibung

Nachfolgend einige Hinweise auf wichtige noch lieferbare Titel – manche von ihnen werden ausführlicher vorgestellt – sowie auf Zeitschriften bzw. Internet-Seiten mit weiterführenden aktuellen Informationen.

### Bibliographien

- Krallert-Sattler, Gertrud: Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz: München 1989
- Krallert-Sattler, Gertrud: Kommentierte Auswahlbibliographie zur neuzeitlichen Geschichte des Ost- und Südostdeutschtums bis zum Zusammenbruch 1944/45 und zum Verriebenen- und Flüchtlingsproblem in West- und Mitteldeutschland 1987-1994/95, in: Wilfried Schlau: Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945-1995. München, 1996, S. 183-279.

### Bücher

- Blumenwitz, Dieter (Hrsg.): Flucht und Vertreibung. Vorträge eines Symposiums. Köln 1987
- Engel, Hans-Ulrich (Hrsg.): 40 Jahre nach Flucht und Vertreibung. ... als der Exodus begann. Augenzeugen berichten. Düsseldorf 1985. 155 S.
- Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen und ihre Integration. Zeitschrift „Deutsche Studien", hrsg. von der Ostakademie Lüneburg, Heft 126/127, Juni/September 1995
- Grube, Frank; Gerhard Richter (Hrsg.): Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. 240 S.
- Rudolf Grulich: ‚Ethnische Säuberung' und Vertreibung als Mittel der Politik im 20. Jahrhundert. Internationales Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus, 1998
- Habenicht, Gottfried (Hrsg.): Flucht und Vertreibung – 50 Jahre danach. Referate der Tagung des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde 12.-14. Oktober 1995. Freiburg 1996. 167 S.
- Helbig, Louis Ferdinand: Der ungeheure Verlust. Flucht und Vertreibung in der deutschsprachigen Belletristik der Nachkriegszeit (= Studien der




**Alfred-Maurice de Zayas**
**Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten**. Stuttgart [3]1993. 228 S.
Das unermeßliche Leid unschuldiger Opfer der Politik bildet den Stoff der engagierten Darstellung mit neuen Dokumenten, Zeugenaussagen und Fotografien. Zudem werden die historischen Leistungen der Ostdeutschen gewürdigt sowie die völker- und menschenrechtlichen Aspekte des Themas Vertreibung beleuchtet. Als unbeteiligter Ausländer bekennt sich der Autor zu der Auffassung, daß die Vertreibung der Deutschen nicht vergessen und verdrängt werden darf, wenn sich nicht ähnliche Vorgänge wiederholen sollen.




**Michael Brems**
**Die politische Integration ethnischer Minderheiten aus staats- und völkerrechtlicher Sicht.** Frankfurt a.M., Lang 1995. 305 S. (Schriften zum Staats- und Völkerrecht; 62) ISBN 3-631-49063-1
Die Ära des Kalten Krieges wurde abgelöst von einer Phase der weltweiten ethnischen Auseinandersetzungen. Der Autor setzt sich umfassend mit den Fragen der institutionellen Einbindung verschiedener Ethnien in einem Staatswesen auseinander. Er stellt nicht nur die völkerrechtlichen Aspekte dar, sondern zeigt auch verschiedene staatsrechtliche Organisationsmodelle zu dessen Lösung auf. Ausgewählte Beispiele aus der Staatenpraxis tragen zur Veranschaulichung der Thematik bei.



**Gerhard Zimmer**
**Gewaltsame teritoriale Veränderungen und ihre völkerrechtliche Legitimation.** Berlin, Duncker & Humblot 1971. 230 S., ISBN 3-428-02568-7
Im Zeichen schroffer ideologischer und machtpolitischer Gegensätze hat sich nach dem zweiten Weltkrieg in Europa eine faktische Territorialordnung herangebildet, die bis heute auf ihre endgültige völkerrechtliche Legitimierung wartet. Können die vergangenen Jahrzehnte das durch die Vertreibung begangene Unrecht auch nicht auslöschen, so lassen sich andererseits ihre tatsächlichen Folgen nicht leugnen. Für das Völkerrecht stellt sich damit die Frage, ob und inwieweit den Folgen der Zeit bei langdauernder Hoheitsausübung auf fremdem Gebiet rechtliche Bedeutung zukommt.



**Wolfgang Heidelmeyer**
**Das Selbstbestimmungsrecht der Völker**. Zur Geschichte und Bedeutung eines internationalen Prinzips in Praxis und Lehre von den Anfängen bis zu den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen. Paderborn, Schöningh 1973. 287 S., ISBN 3-506-77433-6
Dem Leser wird ein breit entworfenes Bild des Selbstbestimmungsgedankens vorgeführt unter Gesichtspunkten der Lehre von den internationalen Beziehungen, historischer Entwicklungen, der Staatenpraxis, der internationalen Rechtslehre und einiger weitverbreiteter Ideologien, um ein eigenes allgemeines Urteil und eigene Studien oder die überprüfende Meinungsbildung bei Vorgängen der internationalen Staatenwelt, die das Selbstbestimmungsrecht berühren, zu erleichtern.

Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund; Bd. 3) Wiesbaden 1988.

• Kroll, Frank-Lothar (Hrsg.): Flucht und Vertreibung in der Literatur nach 1945. Berlin 1997. 162 S.

• Leukfeld, Karin: „Solange noch ein Weg ist ..." Die Kurden zwischen Verfolgung und Widerstand. Göttingen 1996.

• Maro, R.: Kurdistan. Ein Fotobuch. Mit Texten von Ronald Ofterdinger. Hrsg. von medico international, 1995

• Nawratil, Heinz: Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948. Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit. München [4]1999. 248 S.

• Persson, Hans-Åke: Rhetorik und Realpolitik. Großbritannien, die Oder-Neiße-Grenze und die Vertreibung der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg. Potsdam 1997. 215 S.

• Plaschka, Richard Georg (Hrsg.): Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948. Aktuelle Forschungen. Wien 1997. 205 S.

• Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil I (Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985). Bonn 1986. Teil II (Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland). Bonn 1989.

• Schäfer, Franz (Hrsg.): Tschechische Stimmen zur Vertreibung. Rückblick und aktuelle Tendenzen. Bonn 1996.

• Schlau, Wilfried (Hrsg.): Bedingungslose Heimkehr. Der Prozeß der Dekolonisation und seine demographischen, ethnographischen und sozialen Folgen in Europa. Frankfurt 1979

• Schmitz, Gerald: Tibet und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Berlin 1998. XIV, 362 S.

• Schnürch, Roland; Harald Thomas (Hrsg.): Von Prag nach Sarajewo. Vertreibung und Wiedergutmachung. Graz 1996. 143 S.

• Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-48. Dokumentation des Bundesarchivs über Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Bonn 1989. 365 S.

• Weber, Daniela: Verfolgung, Vertreibung, Überleben. Frauen in Weltfluchtbewegungen. Berlin 1996. 159 S.

• Zayas, Alfred-Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Berlin 12. Auflage 1997. 392 S.




**Wolfgang Schneiß**
**Flucht, Vertreibung und verlorene Heimat im früheren Ostdeutschland.** Beispiele literarischer Bearbeitung
Frankfurt, Lang 1996. 356 S., ISBN 3-631-49567-6
Das Thema der Flucht, Vertreibung und verlorenen Heimat im früheren Ostdeutschland ist in der Literaturwissenschaft bisher wenig beachtet worden. Diese Arbeit leistet einen Beitrag zu seiner Rehabilitierung. Romane von Wiechert, Ihlenfeld, Hartung, Grass, Surminski, Lenz und Bienek werden exemplarisch analysiert und miteinander verglichen. Dabei werden Entwicklungslinien in der literarischen Bearbeitung des Themas sichtbar.
Die Arbeit ist ein detailreicher Beitrag zu einer genaueren Erforschung der Bedeutung von Heimat und Heimatverlust in der neueren Erzählliteratur.




**Felix Ermacora**
**Das deutsche Vermögen in Polen.** Ein Rechtsgutachten.
München, Wirtschaftsverlag Langen Müller/ Herbig 1996. 186 S., ISBN 3-7844-7359-8
Zu den Auswirkungen der deutsch-polnischen Verträge hat der weltweit angesehene Völker- und Staatsrechtler Professor Ermacora ein Gutachten erstellt. Er kommt zu dem Schluß, daß es sich bei dem entschädigungslosen Entzug deutschen Vermögens um Konfiskation und bei der Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat um Völkermord handelt – um nicht verjährbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit.



**Philipp Ther**
**Deutsche und polnische Vertriebene.** Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 1998. 382 S. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 127) ISBN 3-525-35790-7
Als Folge der Westverschiebung Polens mußten Millionen Polen und Deutsche ihre Heimat verlassen. Philipp Ther behandelt die Vertriebenenproblematik im Vergleich zwischen Polen und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR; auch Westdeutschland wird in die Betrachtung mit einbezogen. Wie kam es zu den massenhaften gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen? Warum scheiterte die geplante „ordnungsgemäße und humane Durchführung" der Vertreibung? Wie wurden die Vertriebenen aufgenommen? Die Anwesenheit von Millionen Vertriebenen hatte einen prägenden Einfluß auf die Nachkriegszeit in der SBZ/DDR und in Polen.




**Matthias Weinberg**
**Schutz der deutschen Minderheit in Polen nach den Weltkriegen.** Ein Vergleich unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage
Frankfurt a.M., Lang 1997. 269 S. (Schriften zum Staats- und Völkerrecht; 72) ISBN 3-631-31815-4
Die Arbeit beinhaltet einen Vergleich des völkerbundlichen und des gegenwärtigen Rechtsschutzsystems für Minderheiten am Beispiel der deutschen Minderheit in Polen. Daraus werden Schlußfolgerungen für die Bewältigung gegenwärtiger Minderheitenkonflikte gezogen. Es wird deutlich, daß ein wirksamer Minderheitenschutz für ein friedliches Zusammenleben von Völkern erforderlich und möglich und – nach Darstellung des Autors – im Fall Polens inzwischen weitgehend realisiert ist. Damit sei eine unverzichtbare Voraussetzung für die angestrebte Aufnahme Polens in die Europäische Union geschaffen.

## Zeitschriften, Schriftenreihen

• AWR-Bulletin (AWR = Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem, Association for the Study of the World Refugee Problem), erscheint vierteljährlich im Wilhelm Braumüller Verlag Wien

• Kulturelle Arbeitshefte des Referates für Kultur und staatsbürgerliche Bildung des Bundes der Vertriebenen in Bonn

• pogrom. Zeitschrift für bedrohte Völker, hrsg. von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen

• pogrom Taschenbücher. Reihe bedrohte Völker, z.B. über Kurden, Armenier u.a.

## Internet-Adressen

• UN Hochkommissar für Menschenrechte
http://www.unhcr.ch

• Europäischer Menschengerichtshof in Straßburg
http://dhcour.oefr

• UNPO (Unrepresented Nations and Peoples Organisation)
http:www.unpo.org

• Gesellschaft für bedrohte Völker
http://www.gfbv.de

• Amnesty International (ai)
http:www.amnesty.org

• Forced Migration Project der Soros-Stiftung
http://www.soros.org.fmp

• Banat
http://home.t-online.de/home/LM.BanaterSchwaben/

• Bund der Vertriebenen, Landesgruppe Baden-Württemberg
http://home.t-online.de/home/bdv-bw/

• Ostpreußen
http://sites.inka.de/sites/akb/Ostpreussen/Index.htm
http://www.ostpreußenblatt.de

• Pommern
http://dg3.chemie.uni-konstanz.de-stuebs/Pommern

• Schlesien:
http://www.schlesien.de
http://www.schlesien-aktuell.com

• Siebenbürgen
http://www.siebenbuergen.de
http://www.slblweb.de

• Sudetendeutsche Landsmannschaft
http://www.sudeten.de




**Felix Ermacora, Christoph Pan**
**Grundrechte der europäischen Volksgruppen.** Wien, Braumüller 1993. 232 S.. (Ethnos; 42) ISBN 3-7003-0989-9
Der dem Europarat von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, FUEV, vorgelegte Entwurf eines Zusatzprotokolls zur europäischen Menschenrechtskonvention ist eine alternative Ergänzung zu den von staatlicher Seite ausgearbeiteten Entwürfen. Im wesentlichen soll dieser Entwurf die bisher von staatlicher Seite dominierten Vorstellungen mit jenen aus der Sicht der Volksgruppen konfrontieren, in der Hoffnung auf einen fruchtbaren Dialog zwischen den beiden direkt interessierten Seiten.
In deutscher, englischer, französischer, italienischer und ungarischer Sprache.




**Die Schande Europas.** Der Krieg auf dem Balkan
Mit Beiträgen von Willi Butollo, Thomas Höfer, Fadila Memišević, Bassam Tibi, Tilman Zülch. Flensburg, Flensburger Hefte Verlag 1995. 199 S. ISBN 3-926841-72-0
Vielen Menschen ist der Überblick über die Abläufe im jugoslawischen Trümmerfeld verlorengegangen, zu viel ist geschehen, zu wechselreich waren die Ereignisse. Dieses Buch gibt einen Überblick über den Verlauf des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, zeigt Konfliktursachen und historische Hintergründe auf und macht deutlich, daß der Krieg auf dem Balkan Ausdruck europäischer Geschichte ist, deren Vermächtnisse nicht einfach abgeschüttelt werden können und von deren Bewältigung die Zukunft ganz Europas abhängt.




**Wolfram Schneeweiß**
**Die rechtliche Stellung der Indianerstämme innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika**. Ein Modell für den Schutz der *indigenous peoples.* Frankfurt a.M., Lang 1995. 324 S. (Schriften zum Staats- und Völkerrecht; 60) ISBN 3-361-48899-8
Der Autor setzt sich eingehend mit den internationalen Normen zum Schutz der *indigenous peoples* (eingeborene Völker) auseinander. Dabei werden auch die Bemühungen der UN *Working Group on Indigenous Populations* einer detaillierten Untersuchung unterzogen. Dem wird die rechtliche Stellung der Indianerstämme nach dem *Federal Indian Law* der Vereinigten Staaten gegenübergestellt und abschließend der Frage nachgegangen, inwieweit sich dieser konkrete Anwendungsfall des Schutzes von *indigenous peoples* weltweit verallgemeinern läßt.




**Haig E. Asenbauer**
**Zum Selbstbestimmungsrecht des armenischen Volkes von Berg-Karabach.** Wien, Braumüller 1993. Kart. 352 Seiten. (*Ethnos Band 41*) ISBN 3 7093 0978 3
Die armenische Geschichte ist eine Geschichte des Kampfes um Selbstbestimmung – ein Kampf, der schon im vierten vorchristlichen Jahrhundert begann, aber erst ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der internationalen Politik als „Armenische Frage" Beachtung fand.
Haig E. Asenbauer untersucht die rechtlichen und praktischen Voraussetzungen der Selbstbestimmung und stellt nicht zuletzt die Frage nach der Verantwortung der Staatengemeinschaft, einem in seiner Existenz bedrohten Volk, wie den Armeniern von Berg-Karabach, Hilfe zu leisten.

Henning Eichberg

# Wer ist das Subjekt der Kultur?

## Über Identitätsarbeit, Kunst und Volk

Folge 2 von *Der Troll, der Golem, der Joker. Sozialismus und Kultur in Zeiten der Globalisierung.* Der erste Teil erschien in *wir selbst* 3-4/1998.

*Die Kultur der Gegenwart ist geprägt von der Globalisierung der kapitalistischen Märkte. Die Kulturen der Völker geraten in ein neues Verhältnis zueinander, und das Spannungsverhältnis zwischen öffentlichem Handeln, kommerziellem Profitstreben und freiwilliger Selbstorganisation des Volkes, also zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft, spitzt sich auf neue Weise zu. Von diesem Spannungsverhältnis und seiner Trialektik her stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang von Kultur und Identität – und nach einer materialistischen Kulturtheorie.*

Aus der Globalisierung der Kulturmärkte ergeben sich neue Spannungen im Verhältnis von Kultur und Identität, von Kunst und Volk.

Sucht man in der Globalisierungssituation nach dem grundlegenden Subjekt oder Akteur von Kultur, so nimmt man sinnvollerweise den Ausgangspunkt bei den kulturellen Aktivitäten der Menschen, des Volkes. Dabei sind die existierenden Bruchflächen in Kultur und Gesellschaft besonders zu beachten. Drei Kulturbereiche werden dabei sichtbar (Skot-Hansen 1984).

**Drei Kulturen**

*Bildungskultur*

Die Bildungskultur, die auch als Elite- oder Feinkultur bezeichnet wird, prägte traditionellerweise die Sicht der Kulturpolitik und tut dies auch weiterhin. Das geschieht oft auf die Weise, daß die Bildungskultur als eine Art Einheitskultur mißverstanden wird, als *die* Kultur schlechthin.

*Die Dreiteilung zwischen Bildungskultur, kommerzieller Kultur und Volkskultur korrespondiert mit dem Spannungsdreieck von Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Allerdings herrscht kein linearer Zusammenhang, und das eine bildet das andere nicht mechanisch ab.*

Bildungskultur besteht aus hochspezialisierten Produktionen und Aktivitäten, die im historischen Prozeß die Gewogenheit der herrschenden sozialen Klassen errungen haben und von daher in breitere Schichten der Bevölkerung vordrangen: professionelles Theater, bildende Kunst, Dichtkunst, Film und Tanz sowie die daran anschließenden Vermittlungsinstitutionen wie Bibliotheken, Museen, Konzerthäuser und Galerien. Die humanistische Bedeutung der Bildungskultur liegt im Aspekt der Vertiefung, sie legt es darum auf die Professionalisierung des Kunstschaffens an. Die Elitekultur treibt damit aber auch die Sektorialisierung der Kunst voran, bestehend aus einer Reihe abgegrenzter Künste, jede mit ihrer eigenen Professionalität und ihrem eigenen Zeichensystem.

Das kollektive Subjekt der Bildungskultur ist im Ausgangspunkt nur ein begrenzter Ausschnitt der Bevölkerung, die bürgerliche Klientel gehobenen Alters, die Menschen „mit Geschmack". Jugendliche und sozial „schwächere" Volksschichten bleiben vielfach auf Distanz. Auf die „Integration" dieser „kulturfernen" Schichten konzentriert sich die wohlfahrtsstaatliche Kulturpolitik – aus guten Gründen und doch zumeist ohne Einsicht in die strukturellen Voraussetzungen der Schieflage, in die grundlegende Differenz zwischen Feinkultur und Volkskultur. Die Elitekultur und ihre Klientel differenzieren sich weiter in zwei Bereiche, die traditionell einander skeptisch-distanziert und spannungsvoll gegenüberstehen, aber ineinander übergehen. Die **klassische bürgerliche Bildungskultur** setzt vorwiegend auf die Kontinuität des Kulturerbes, während die experimentierende **Avantgardekultur** Erneuerung und Herausforderung sucht – bis sie selbst zum Kulturerbe wird.

*Kommerzielle Kultur*

Die kommerzielle Kultur, auch industrielle oder Massenkultur genannt, entwickelt sich hingegen nach den Kriterien der Marktökonomie. Hier geht es darum, etwas anzubieten, das sich verkaufen läßt: Wochenzeitung, Unterhaltungsroman, kommerzielles Video, Fernsehen und Film, Automaten- und Glücksspiel, Popmusik, Spielzeug, Fitnessport, Freizeitpark etc. Die Kulturindustrie bietet Unterhaltung, Entspannung, Spannung und Schauder. Sie befriedigt damit bereits existierende Bedürfnisse nach Erlebnis, muß aber gleichzeitig auch ständig neue Bedürfnisse hervorrufen. Der Erfolg der kommerziellen Kultur bemißt sich an der großen Zahl – der Zuschauer, der Abnehmer. Das ist der Anzahlismus, der gegenwärtig auch auf die öffentliche Kulturpolitik übergreift. Aber die Kultur des Marktes hat auch den Finger am Puls der aktuellen Strömungen und Bedürfnisse und kann zu einem Umdenken herausfordern, zu Erneuerung und zum Bruch mit gegebenen Klassen- und Sektoreinteilungen. Das haben in der zurückliegenden Kulturgeschichte die Jazz- und Rockmusik gezeigt.

Das Volk der kommerziellen Kultur ist – außer den Kulturproduzenten als „Anbietern" – die „Bevölkerung". Sie wird als breites und quantitativ zu verbreiterndes Publikum verstanden, das sich aus einzelnen Konsumenten zusammensetzt, die aber ihrerseits zu sogenannten „Zielgruppen" zusammengefaßt und als solche in Hinblick auf ihre Konsumfähigkeit differenziert werden.

Mit der Bildungskultur hat die Massenkultur demnach gemeinsam, daß Kultur als ein „**Angebot**" verstanden wird, das „Produzenten" an ein



„Publikum" richten. Hier hat also der **Produktions**begriff – mit seiner Rückseite, dem Konsum – seinen Sinn. Aber nur hier, auf dem Markt und – teilweise – im staatlich-öffentlichen Raum. In diesen beiden Fällen ist Kultur nämlich etwas, „zu dem man geht" – oder wohin man sich zappt. Als gewöhnlicher Teilnehmer dieser Art von Kulturleben bringt man nicht selbst die Kunst oder Kultur hervor. Man (das Volk) ist nicht selbst Kultur-„Produzent", sondern nimmt als „Konsument" die „Angebote" der Kultur entgegen.

*Volkskultur*

An diesem Punkt bildet die Volkskultur ein Kontrastbild, ein drittes Feld von Kultur. Als „des Volkes eigene Kultur" ist sie ein Sammelbegriff für Aktivitäten und Initiativen von unten. Sie kommt aus dem **Volk** und entfaltete sich nach den Prämissen des Volkes – das Volk verstanden als ein Inbegriff zivilgesellschaftlicher Gemeinschaftlichkeit und Selbstaktivität. Sie ist lokal und organisiert sich in Gemeinschaften. Der Teilnehmer ist nicht notwendig professionell involviert, er kann „Sender" und „Empfänger" gleichzeitig sein bzw. ist es in der Regel, und damit entfällt die Einteilung zwischen Produktion und Konsum. Das schließt Professionalismus nicht aus; wichtige Elemente der traditionellen Volkskultur waren der Spielmann, der Gaukler, der Clown und der fahrende Sänger.



Die Volkskultur ist ebenfalls in sich differenziert. Die **ältere Volkskultur** bearbeitet überwiegend Traditionen: Amateurmusik, Vereinssport, Volkstanz, Bankospiel, Fest im Versammlungshaus *(forsamlingshus)* etc. Die **neueren Graswurzelkulturen** hingegen sind eher aus dem Protest gegen die zunehmende Bürokratisierung und Vermarktung der Kultur heraus entstanden. Sie finden ihren Ausdruck in Bürgerhäusern und Straßenfesten, rhythmischer Musik und neuer Spielmannsmusik, Jugendkulturen und Graffiti, alternativen Volksblättern und Stadtteilzeitungen, neuem Volkstheater *(egnsspil),* Buchcafés, Lokalradios etc. Volkskultur ist nicht dezidiert sozialistisch, aber der Zusammenhang von Selbstverwaltung, Freiwilligkeit und Gemeinschaftsbildung steht sozialistischen Visionen nahe.



Die Dreiteilung zwischen Bildungskultur, kommerzieller Kultur und Volkskultur korrespondiert offensichtlich mit dem Spannungsdreieck von Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Allerdings herrscht kein linearer Zusammenhang, und das eine bildet das andere nicht mechanisch ab.

## Körper, Geist und Sinne

Die drei Felder der Kultur unterscheiden sich voneinander nicht nur in ihrem Verhältnis zu bestimmten Klassen und Lebensformen. Sie sind auch unterschiedlich in ihrem Verhältnis zu den Dimensionen sinnlichen Erlebens. Die Feinkultur – sowohl in ihrer bildungsbürgerlichen als auch in ihrer avantgardistischen Variante – setzt in hohem Grade auf **sprachlich** vermittelte Bewußtseinsprozesse, auf **„das Geistige"**. Der kulturelle Mensch erlebt, produziert oder reproduziert, rezensiert und argumentiert, er problematisiert seine eigenen Erlebnisse und diejenigen anderer. Das gilt tendenziell auch für die Leistungen in nichtverbalen Künsten wie Musik, Tanz und bildender Kunst; wenn diese nicht sprachlich bearbeitet und interessant gemacht werden, verbleiben sie marginal. Außerdem ist eine individualisierende Tendenz für die Bildungskultur charakteristisch. Ob die Vergeistigung in der Form von Kritik geschieht, als akademische Gelehrtheit oder über ein subjektives Einfühlen – stets ist es das Individuum, das spricht und sich vertieft.

Die kommerzielle Kultur setzt hingegen überwiegend auf das Sichtbare und auf Sichtbarmachung, in zweiter Linie auch auf das Hören; beides verschmilzt durch die Medienentwicklung zu einem Appell an die **audio-visuelle Sinnlichkeit**. Die Versprachlichung wird übersprungen durch das unterhaltend Sinnliche. Der Adressat wählt und genießt, sieht und hört, aber bleibt ansonsten passiv.

Die Volkskultur als das dritte ist stark geprägt von **körperlichen Aktivitäten** und Bewegungskultur. Gemeinsame Erlebnisse und persönliche Gefühle spielen eine wichtige Rolle. Körperliche Fertigkeiten basieren auf praktischem Wissen und Fingerspitzengefühl, auf Lernprozessen hier und jetzt und von Angesicht zu Angesicht, durch lebendige Wechselwirkung. Der Ausübende der Kultur tut selbst etwas – zusammen mit anderen.

*Jacques Offenbach: Hoffmanns Erzählungen*



Von Macht und Mainstream her gesehen hat Volkskultur kraft ihrer Körperlichkeit subversive Züge. Es erscheint nicht als Zufall, daß die Trommel als Ausdruck volklicher Kultur über große Strecken der westlichen Geschichte hin verboten oder unterdrückt war – und nur in der Militärmusik akzeptiert und mißbraucht wurde. Und heute haben die Tätowierung im Gesicht und die Sicherheitsnadel in der Augenbraue als jugend-kulturelle Ausdrucksformen eine provozierende Wirkung.

Die kulturelle Körperlichkeit des Menschen ist jedoch so komplex, daß nicht einmal die Sprachlichkeit der Bildungskultur ohne das sinnlich-körperliche Erleben verstanden werden kann. Körperlichkeit macht die „materielle" Basis auch des feinkulturellen Verstehens aus. Das gilt für das Wort der Poesie ebenso wie für die geistig-abstrakte Begrifflichkeit, die ja auf die Metapher angewiesen ist, auf das in Sprache übertragene Körper-Bild.

## Materialistische Kulturtheorie

Von der Körperlichkeit und Sinnlichkeit des Menschen her, von ihrer Unbalance zwischen den unterschiedlichen Kulturbereichen, läßt sich eine materialistische Kulturtheorie neuen Typs entwickeln. Materialistisch nicht etwa deswegen, weil sie als „Überbau" von ökonomischen Interessen abzuleiten wäre, sondern weil sie sich auf die Basis menschlicher Körperlichkeit bezieht, auf die lebende „Materialität" menschlicher Existenz.

Aus einem solchen materialistischen Blickwinkel gesehen, gibt die Unterschiedlichkeit der Erlebnisformen einen kulturellen Sinn. Und es gibt keinen politischen Sinn, die drei Kulturbereiche gegeneinander auszuspielen, so als schlössen sie einander aus. Jeder hat sein eigenes Recht. Aber zugleich stehen sie in einem Ungleichgewicht zueinander, sobald es um die öffentliche Förderung und die Aufmerksamkeit des Marktes geht. Während die kommerzielle Kultur sich ökonomisch selbst trägt, unterstützt die öffentliche Kulturpolitik ganz überwiegend die Bildungskultur. Die Volkskultur muß sich mit verhältnismäßig bescheidenen Förderungsbeträgen abfinden, die zudem in Dänemark eher von der Volksbildungs- und Bildungspolitik als von der Kulturpolitik her kommen. Eine charakteristische Ausnahme ist der Sport, der erhebliche Förderung durch den Staat – das dänische Kulturministerium – erfährt; aber auch hier gehen wesentliche Beträge an die Elite, während die Unterstützung für den volklichen, kulturellen Teil des Sports allzu oft mit Forderungen nach sozialen Sportprojekten für sogenannte „schwache Gruppen" gekoppelt wird.



*Guildo Horn*

Die beschriebenen Gegensätze innerhalb der Kulturpolitik sollten also nicht als Ausschließungsverhältnis, als ein Entweder/Oder verstanden werden. Sie leiten sich von der Vielfalt menschlicher Sinnlichkeit und Körperlichkeit her, die eine Basis für den anhaltenden Kulturkampf darstellt.

**Kunst und Volk – Etwas, das größer ist**

Was bedeutet das für das Verhältnis zwischen Kunst und Volk, die beiden Energiequellen der Kultur?



*Broadlahn*

Versteht man das Verhältnis als eine Beziehung zwischen zwei Gruppen – hier der Künstler und dort das Volk, hier der Professionelle und dort der Amateur – so gibt es keine eindeutige Trennlinie, und dennoch stehen beide einander gegenüber. Das hat mit „dem größeren" zu tun, das in der menschlichen Existenz liegt. Der Amateur benutzt seine Kreativität überwiegend zu einer Art persönlicher Entwicklung – oder zur Unterhaltung und Freizeitbeschäftigung –, während der Künstler seine künstlerische Arbeit auf etwas Größeres verwendet und sich in diesem Zusammenhang an die Gesamtgesellschaft als sein Publikum wendet, oder doch an Teile von ihr. Oder anders herum gesehen: Der Künstler als hochneurotischer und traumatisierter Mensch richtet zwar seine Aufmerksamkeit ganz auf sich selbst, vielleicht gar ausschließlich auf sein eigenes Ego, aber er bearbeitet die eigene Traumatisierung auf eine Weise, die Bedeutung für andere hat. Die Einteilung – „für sich selbst" vs. „für andere" – wirkt einfach und überzeugend, ist jedoch bei näherer Betrachtung weit komplexer.

Was ist „das Größere", von dem die Kunst Zeugnis gibt? Man ist nicht genötigt, den „hohen" Formeln der Bildungskultur aufzusitzen – „Geist", Existenz", „Sein", „Gott" – und kann diese Frage dennoch für sinnvoll halten. Größer als der einzelne Mensch sind jedenfalls die **Menschen in der Mehrzahl**. Und das macht mehr als einen quantitativen Unterschied aus. Existenziell bedeutsamer als die black box, als die das westliche Denken „das Individuum" konstruiert hat, ist, daß wir mehrere sind. Der Mensch ist keine Insel, kein „Paul allein auf der Welt" (eine Situation, die Jens Sigsgaard in seinem Kinderbuch *„Palle alene i verden"* 1942 als einen faszinierenden und erschreckenden Traum dargestellt hat) . Sondern jeder Mensch befindet sich von Anbeginn an in einem offenen Prozeß mit und zwischen anderen Menschen (Sloterdijk 1998). Er geht ein

*Die Wellküren*



*In einem irischen Pub: Dem Gitarristen ist die Saite gerissen, doch Querflöte, Klavier (nicht im Bild), Fiddle und Bodhran spielen unbeeindruckt weiter.*






in kollektive Identitäten, innerhalb derer man zueinander „**du**" und übereinander „**wir**" sagt. Größer als „der Mensch" – und zugleich konkreter als die Abstraktion des Einzelmenschen – ist seine Sozialität oder eben das, was wir als *folk,* als das Volk bezeichnen.

An diesem Punkt – **Sozialität, Volk, Identität** – haben Kunst und Kultur auf eine vielleicht überraschende Weise mit Demokratie zu tun. Das **Volk der Demokratie**, der *Demos* als die Basis demokratischen Zusammenwirkens, ist eine kulturelle Größe. *Demos* – das sind diejenigen, die miteinander sprechen können, und dieses Vermögen setzt in erster Linie eine dialogische Qualität voraus, mehr noch als eine linguistische Fähigkeit. Darum ist man genötigt, den Zusammenhang von Demokratie und kultureller Identität des Volkes ernstzunehmen – aber auch das Zwischenvolkliche als eine Probe darauf, wie es mit dem Volklichen steht. Es gibt einen triftigen Zusammenhang zwischen dem *Ethnos* und dem *Demos,* zwischen dem kulturellen Volk und dem Volk der Demokratie.

Woher erfahren wir Hilfe bei dem Versuch, diese komplizierte kulturelle und volkliche Identität zu verstehen? Im Laufe der Geschichte waren es in hohem Grade Künstler, die Bilder dafür gefunden haben. Zwei historische Impulse waren besonders lebenskräftig. **Die ethnisch-nationale Frage** – „Wer sind wir eigentlich?" – legte es darauf an, „unser Volk" im Gegenüber zu „euerm Volk" zu thematisieren. Johann Gottfried Herder und N.F.S. Grundtvig drückten durch ihre Dichtung die Wendung zum Volk als Liebe zum „Niederen" – im Gegensatz zum „Hohen" der Machteliten – aus, zum „Licht von unten". Später führte **der soziale Konflikt** zur Verbildlichung in der Kunst des Naturalismus, im Kulturradikalismus und in der Arbeiterkultur als einem kulturschaffenden Milieu. Damit wurde das Volk „hier unten" im Gegenüber zur Elite „dort oben" zum Thema. Mit anderen Worten: der Klassenkampf als Kulturkampf, das Volk im Volk.

Daß das ethnische und das soziale Volk nicht (nur) im Gegensatz zueinander stehen, zeigte sich in der dänischen Kulturpolitik unter anderem, als die in Dänemark lebenden Grönländer in den 1970er Jahren ihre Grönländerhäuser durchsetzten und das ‚Tukak'-Theater seine Arbeit begann (Jørgensen 1979, Nilsson 1985/86). Später begannen neuzugewanderte Minderheiten ebenfalls, ihre ethnisch-kulturellen Eigenwelten auf dänischem Boden zu entfalten.

Oder, anders herum ausgedrückt: Kunst bearbeitet die Einsamkeit des Menschen in der Welt.

### „Wer sind wir eigentlich?"

Identität ist also ein wesentlicher Blickwinkel zur Klärung des problematischen Verhältnisses zwischen Künstler und Volk. Neben dem Standesinteresse des Künstlers – „Kunst um der Kunst willen" – und der staatlichen Instrumentalisierungstendenz – „Kunst als soziales Projekt" – bietet die Identitätsfrage eine dritte Perspektive. Es ist nicht nur so, daß das Volk – oder *auch* das Volk – Kunst hervorbringt, sondern zugleich hat künstlerische Arbeit ihrerseits das Volk hervorgebracht und bringt sie ständig neu hervor. Sie gestaltet die Bilder, die den Menschen ihre volkliche und kulturelle Identität sinnlich vorstellbar und theoretisch denkbar macht.

Das gilt für die nationale Kultur, aber auch für die Ebene des Subkulturellen und nicht zuletzt für die regionale und lokale Ebene. Die Stadt Holstebro in Jütland, die in den 1960er Jahren markant auf Kultur als einen Schwer-



Paul findet es herrlich, allein auf der Welt zu sein.
Schnurstracks geht er in einen Obstladen und ißt ein paar Äpfel. Da er aber nicht alles essen kann, stopft er zwei Apfelsinen in seine Hosentasche.
Wo mögen nur alle Menschen sein?




Die Tür zu dem schönen Bankgebäude, aus dem die Leute immer ihr Geld holen, steht offen.
Paul geht hinein und nimmt sich einen ganzen Beutel voll Geld, denn er ist ja allein auf der Welt und alles ist sein.
Paul beginnt, vergnügt und laut zu singen. Er hat nun einen Haufen Geld und kann sich alles kaufen, was er haben möchte.
Ein Messer wird er sich kaufen und eine Mundharmonika, einen Kran und ein kleines Fahrrad, einen Spaten und ein Wägelchen, ein Auto und ein Flugzeug – überhaupt alles, was es auf der Welt Schönes gibt.

punkt kommunaler Investition setzte und damit internationale Aufmerksamkeit erzielte (Skot-Hansen 1998), ist ein Beispiel dafür, welche Bedeutung der kulturpolitische Einsatz dafür hat, daß die örtliche Bevölkerung „wir" zueinander sagen kann. Kunst schafft Fiktionen, die im realen Leben Wirkungen entfalten. Diese identitätsbezogenen Wirkungen – „wer sind wir eigentlich?" – bedeuten übrigens nicht nur Aufbau, sondern auch Abbau und Überwindung von hergebrachten Bildern.

Die Identitätsfrage als erkenntnisleitender Blickwinkel für Kunst und Kultur führt in ihrer Konsequenz zwar zu einer sehr weitgehenden Relativierung der Kunst und ihrer Qualitätsmaßstäbe. Aber inmitten dieser Pluralisierung und Relativierung wird doch auch eine universelle Dimension sichtbar: **das Dialogische**, das sich zwischen Mensch und Mensch, zwischen Kultur und Kultur entfaltet. Wir können „du" zueinander sagen. Das eröffnet den Blick auf so etwas wie eine Philosophie des Du, wie sie Martin Buber (1923) skizziert hat.

### Das Es, das Ich, das Du

Unsere menschliche Existenz ist nämlich dadurch geprägt, daß wir uns zu einer Es-Welt verhalten oder verhalten müssen. Wir sprechen „über" die Welt als ein Es, wir analysieren und nutzen sie, und entsprechend verhalten wir uns auch gegenüber anderen Menschen. Solche Verdinglichung führt Entfremdung notwendig mit sich. Das Es herrscht über die beiden Sphären des Staatlichen und des Ökonomischen. Die Institutionen mit dem daran geknüpften Machtwillen sind der Golem. Die kommerzielle Ausbeutung mit dem daran geknüpften Nutzwillen ist der Troll. Oft setzt man allerdings gegenüber der *„Zwingherrschaft des wuchernden Es"*, wie Buber es genannt hat, seine Zuversicht auf das autonome Individuum und dessen Subjektivität. Das ist die Tradition des westlichen Denkens – und auch großer Teile der linken Theorie. Wer das versucht, muß jedoch entdecken, daß in einem selbst *„im Innern ein Gespenst hockt – das entwirklichte Ich"*. Das Ich, isoliert genommen, ist ein *„flatternder Seelenspuk"*. Gegenüber dem *„Weltmahr"* der Verdinglichung ist die Subjektivität hilflos, punktuell, allein. Es sei denn, sie bezöge sich auf ein anderes, drittes.

Und in der Tat, neben dem Ich-Es mit seiner Entfremdungstendenz und dem Ich-Ich mit seinem Spukcharakter gibt es eine dritte Beziehungsweise: das Du, die Begegnung des Menschen mit seinesgleichen und mit der Welt. Das Du ist der Ausgangspunkt für Gemeinschaft, für die Sozialität der Menschen, politisch gesagt: für die Solidarität. Für den Sozialismus. Und für die Ökologie, die Zuwendung des Menschen zu seiner Umwelt, zu den anderen Arten des Lebens.

Paulchen geht in einen Laden, um sich ein feines Messer zu kaufen. Im Schaufenster findet er auch ein wunderschönes, aber er kann es nicht mit seinem Geld bezahlen.
Kein Mensch ist da, der ihm das Geld abnimmt. Darum schüttet Paul das ganze Geld auf die Straße. Es hat ja nun doch keinen Wert.



Auf dem Spielplatz ist eine Wippe, aber niemand ist da, der mit ihm wippen könnte!
Wenn wenigstens Käthi und Peter hier wären!
Paul wandert weiter und kommt zu einem schönen, großen Kino, in dem gerade ein Micky-Maus-Film läuft. Da geht er hinein.
Es ist leicht, dort hineinzukommen. Aber drinnen ist es dunkel und kein Film zu sehen, weil ja niemand da ist, der den Film laufen läßt.



Paulchen fängt an laut zu schreien – und wacht auf.
Er liegt in seinem Bettchen und hat alles nur geträumt.
Da kommt auch schon Mami zu ihm herein.
„Was ist denn, Paulchen? Warum weinst du denn so?"
„O Mami, ich habe geträumt, daß ich alleine auf der Welt wäre und alles tun könnte, was ich wollte. Aber es war schrecklich langweilig, so allein. – Wie bin ich froh, daß ich das alles nur geträumt habe!"



Wozu können wir solche Überlegungen brauchen? Kultur heißt nicht nur, daß die Menschen singen können „wie die Vögel“ – und damit mehr, als Darwin für angemessen hielt. Sondern Kultur ist auch, daß *„man Gewalt über den Alp bekommt, wenn man ihm seinen wirklichen Namen zuruft“*, wie Buber gesagt hat. Kultur ist auch Auseinandersetzung mit der Entfremdung. Was ist das aber für eine Aktion, die zum Namen des Trolls hinfindet?

Gemeinschaftsbildung in der Auseinandersetzung mit der Macht ist sicher auch eine ökonomische Aufgabe, das haben die Genossenschaftsbewegung, der Kibbuz und die Versuche von genossenschaftlichem Sozialismus konkretisiert. Und das Du ist auch eine öffentlich-politische Aufgabe, die Sicherung von Wohlfahrt für die Schwachen und von Gleichheit zwischen den Bürger-Genossen. Aber in erster Linie ist der Dialog über und der öffentliche Umgang mit dem Namen des Trolls, der Verdinglichung, eine kulturelle Aufgabe. Es ist der Künstler, der Namen herausfindet, erfindet und Benennungen erprobt. Und da es so viele und einander widersprechende Möglichkeiten gibt, den Troll mit Namen zu versehen, ist der Weg frei für den Kulturkampf in der Zivilgesellschaft. Den Alp bei seinem wirklichen Namen zu rufen, das setzt **kulturelle Freiheit** voraus, ohne Bevormundung. Oder, wie Grundtvig es ausgedrückt hat, **Freiheit für Loki ebenso wie für Thor**.

*Wo das politische Leben dem Menschen im Namen der Machtrationalität Beschränkungen auferlegen mag und das wirtschaftliche Leben ihn im Namen der Nutzenrationalität einengt, da ermutigt die Kultur: Es ist deine eigene Geschichte, auf die es ankommt. Das ist der Kern der Demokratie in der Kultur.*

Zur Arbeit am Namen des Trolls gehört die Ermunterung, die von der kulturellen Arbeit ausgeht: **Erzähle deine eigene Geschichte.** Wo das politische Leben dem Menschen im Namen der Machtrationalität Beschränkungen auferlegen mag und das wirtschaftliche Leben ihn im Namen der Nutzenrationalität einengt, da ermutigt die Kultur: Es ist deine eigene Geschichte, auf die es ankommt. Das ist der Kern der **Demokratie in der Kultur**.

**Eine Zwischenbilanz**

Kultur und Kunst sind also nicht hinreichend beschrieben als eine Reihe von „Produktions“- oder „Distributions“-Formen. Sondern in der Kunst verdichten sich menschliche Erfahrungen und öffnen sich Neugier und Verwunderung gegenüber der Welt. Mit drei Bemerkungen möchte ich das einkreisen:

1. Kunst versieht das Alltagsleben, das durch diffuse Erlebnisse, Gefühle, Stimmungen und Gedanken geprägt ist, mit fester umrissenen Bildern, Tönen und Rhythmen. Solche **Bildsetzung** ist besonders notwendig in einer ansonsten eher banalen und langweiligen Welt, die von materiellem Mangel einerseits, Überflußkonsum und An-sich-Raffen andererseits geprägt ist. Kunst ist eine Art sinnlicher Konzentration und Pointierung, in gewisser Weise auch Reduktion, um das Leben spannender zu



*Käthe Kollwitz, Verbrüderung. Das Bild entstand kurz nach dem Ende des 1. Weltkrieges*

machen. (Doch nicht auf Kosten anderer, wenn denn Kultur eine Alternative zum Krieg sein soll.) Hier entsteht eine andere Welt neben der uns bekannten.

2. Kunst gestaltet **das Ereignis**, das Situative, das Geschehen hier und jetzt. *Le moment*, für den Henri Lefebvre eine Philosophie entwarf, der Augenblick, das Ereignishafte ist es, das nicht in den Strukturen und Prozessen aufgeht, für die die Wissenschaften sich ansonsten interessieren. Die Situation hat zugleich eine mehr als analytische, die Aufmerksamkeit regulierende Bedeutung: Durch die Kunst geschieht etwas in unserem Leben.

(Wenn aber Kultur so generell mit dem Ereignishaften verbunden ist, dann ist der Begriff der „Ereigniskultur“ als ein Spezifikum der 1990er Jahre, insofern er die mit medialer Inszenierung verbundene neuere Projektkultur meint, eher irreführend. Der Markt nutzt lediglich über das, was in Dänemark auch die Pavarottisierung oder Tivolisierung der Kultur genannt wird, den situativen Grundimpuls der Kultur auf seine Weise.)

3. Kunst ist **Identitätsbearbeitung**. Sie macht unsere Einsamkeit – als Ich – zum Thema und trägt bei zur Qualifizierung der Frage, wer „wir“ sind. Kunst setzt Bilder, Melodien und Rhythmen auf das, was „das Volk“ ist. Nicht als verpflichtende Definition, sondern als Versuch und Vorschlag. So entwickelt sie die Unterscheidungsfähigkeit des Menschen.

In der nächsten *wir selbst*-Ausgabe:
Teil 3: Wohin des Weges? Über eine Neubestimmung der Kulturpolitik

Winfried Knörzer

# Politik der Differenz

## Über den Gegensatz von Ethnopluralismus und Nationalismus

Auf junge nationalistische Intellektuelle der achtziger Jahre übte der Ethnopluralismus der nouvelle droite einen beträchtlichen Einfluß aus. Dieser Theorieansatz führt aber auf Abwege, denn er ist nicht eine moderne Ausdrucksform des Nationalismus, sondern dessen Gegenteil: An die Stelle der demokratischen Gleichheit setzt er den Elitismus sich selbst ermächtigender Eliten, und die substantielle Einheit des Volkes wird vom abstrakten Prinzip kulturell codierter Unterschiede verdrängt.

**Ethnopluralismus als Tarnbegriff**

Nach dem Tode Gehlens und Heideggers hat die Deutsche Rechte keine Lehre von wahrhaft epochaler Bedeutung mehr hervorgebracht. Sie begnügt sich mit der Kritik an den herrschenden Verhältnissen oder versucht sich an Korrekturen des etablierten Geschichtsbildes. Was fehlt, ist eine fundierte und in die Zukunft weisende Theorie. Im Gegensatz zur Theorieabstinenz der Deutschen Rechten hat die französische nouvelle droite es nicht nur verstanden, durch die Rezeption von Forschungsergebnissen zeitgenössischer Disziplinen eine Theorie von bemerkenswerter Vielfalt und Tiefe zu entwickeln, sondern auch durch eine geschickte semantische Strategie Begriffe zu lancieren, die in die intellektuellen Debatten wie ein tückisches Kontaktgift eindrangen, da sie zunächst harmlos schienen, ihre gefährliche Wirkung aber umso stärker entfalteten, je mehr man sich mit ihnen beschäftigte. Einer dieser Begriffe ist der des Ethnopluralismus, der aber, wie hier zu zeigen sein wird, die fatale Eigenschaft hat, auch seine Schöpfer zu infizieren.

Die Theorie des Ethnopluralismus ist ursprünglich von den Linken geschaffen worden. Sie wandte sich gegen den Ethnozentrismus, der als Ideologie des Kolonialismus die Weltsicht des alle Kontinente erobernden Europäers prägte und die autochtonen Weltanschauungen der unterjochten Völker in den Kolonien delegitimierte und zerstörte. In strategischer Hinsicht ist es außerordentlich effektiv gewesen, diese Theorie der Linken gegen ihre eigenen Urheber zu wenden, denn dadurch kann man die Notwendigkeit der Bewahrung der abendländischen Kultur gegenüber ihren Verächtern mittels ihrer eigenen Werte rechtfertigen und einfordern. „,Wenn man, mit vollem Recht, die Ethnozide an den Primitiven durch die Europäer anprangert', schreibt Raymond Ruyer, ,dann darf man den Europäern nicht verbieten, ihre eigenen Ethnien zu erhalten.'"[1] Die Bewahrung der kulturellen Identität mit dem Vokabular des Ethnopluralismus zu verteidigen, ist in strategischer Hinsicht zweifelsohne zweckmäßig und sinnvoll. Gegenüber dem verpönten Begriff des Nationalismus ist der Ethnopluralismus natürlich wesentlich geschmeidiger, unverfänglicher, ganz einfach eben „sophisticated". Als *exoterischer Begriff*, also als Begriff, dessen man sich in der Öffentlichkeit bedient, ist er unschlagbar. Aber man sollte sich davor hüten, sich mit ihm zu identifizieren, ihn also auch im internen Verkehr zu gebrauchen. Man muß sich bewußt bleiben, daß sein *esoterisches Pendant* der Nationalismus ist.

Ob die nouvelle droite in ähnlicher Weise denkt, ist fraglich. Man sollte aber davon ausgehen, daß der Nationalismus für die französische und deutsche Rechte etwas Unterschiedliches bedeutet. In Frankreich war die Linke immer auch nationalistisch, der Nationalismus wurde nachgerade ja von den Jakobinern „erfunden" und hat in seiner Ausprägung als revolutionärer Republikanismus ihr Selbstbild bestimmt. Zudem wurde durch die zentralstaatliche Tradition Frankreichs seit dem Absolutismus die kulturelle Autonomie der Provinzen in Frage gestellt. Dagegen wurde die nationale Einheit in Deutschland immer nur unter Mühen errungen, sie war stets gefährdet und problematisch; die Nation ist darum in Deutschland keine Selbstverständlichkeit, sondern eher ein Wunder. Dies alles macht verständlich, warum die Nation für die französische Rechte nicht den Stellenwert besitzen kann wie für die deutsche.

*Die französische nouvelle droite hat es verstanden, Begriffe zu lancieren, die in die intellektuellen Debatten wie ein tückisches Kontaktgift eindrangen. Einer dieser Begriffe ist der des Ethnopluralismus, der aber die fatale Eigenschaft hat, auch seine Schöpfer zu infizieren.*

## Eine Theorie der Defensive

Gut, aber was soll das Bedenkliche am Begriff des Ethnopluralismus sein? Niemand scheint berufener zu sein, über den Ethnopluralismus zu sprechen als ein Ethnologe. In einem Interview äußerte der Völkerkundler Claude Lévi-Strauss: „Ich habe in einer Zeit nachzudenken begonnen, als unsere Kultur andere Kulturen attackierte, zu deren Verteidiger und Zeugen ich mich aufgeworfen habe. Heute habe ich den Eindruck, daß die Bewegung sich umgekehrt hat und daß unsere Kultur angesichts der Bedrohungen in die Defensive geraten ist. Und auf einmal empfinde ich mich als festentschlossenen, ethnologischen Verteidiger meiner eigenen Kultur."[2] Auch wenn Lévi-Strauss beinahe dasselbe sagt wie der weiter oben zitierte Raymond Ruyer, macht er durch seinen Hinweis auf die in die Defensive gedrängte europäische Kultur unmißverständlich klar, daß dem allein auf die Verteidigung der eigenen Kultur abzielenden Begriff des Ethnopluralismus etwas Reaktives anhaftet. Man vertritt nicht mehr die Werte der eigenen Kultur aus einem offensiven Gefühl der Überlegenheit[3] und der Selbstgewißheit der eigenen, überschießenden Kraft, aus dem Bewußtsein heraus, etwas Besonderes und Großes zu sein, vielmehr beschränkt man sich darauf, diese Werte zu verteidigen, weil sie zufällig die eigenen sind. Der Ethnopluralismus fußt eigentlich auf dem Gedanken, daß alle Kulturen gleichwertig sind. Aber wenn man nicht von dem Glauben, der durchaus eine Illusion sein mag – doch ist nicht jeder Glaube immer auch zu einem gut Teil Illusion? – durchdrungen ist, daß die eigene Kultur höherwertig sei, wieso sollte man die eigene Kultur einer beliebigen anderen vorziehen? Wie will man, mit anderen Worten, aus einer unbewußt akzeptierten Position der Schwäche heraus, offensiv argumentieren?

*Der Ethnopluralismus fußt auf dem Gedanken, daß alle Kulturen gleichwertig sind. Aber wenn man nicht von dem Glauben durchdrungen ist, daß die eigene Kultur höherwertig sei, wieso sollte man die eigene Kultur einer beliebigen anderen vorziehen?*




## Die Frage der Einwanderer – eine Gretchenfrage

Um die Fragwürdigkeit des ethnopluralistischen Ansatzes zu illustrieren, möchte ich zwei längere Zitate von Alain de Benoist aufführen, um diese im Anschluß daran zu kommentieren.

> „Es ist die imperiale Idee, die das Reich ausmacht, und diese Idee ist notwendigerweise jenseits der alleinigen Zugehörigkeit. Einem Reich anzugehören, bedeutet, der Idee anzugehören, die es begründet; einer Nation anzugehören, bedeutet nur einer bestimmten Geschichte und einem bestimmten Territorium anzugehören und folglich in der so zu Recht von Heidegger kritisierten Metaphysik der Subjektivität zu verbleiben. Um die Dinge anders auszudrücken: die kollektive Identität kann als subjektive Zugehörigkeit verteidigt werden (‚Ich verteidige mein Volk, weil es mein Volk ist') oder als Prinzip, das nur allgemein gelten kann (Ich verteidige mein Volk, weil man die Völker verteidigen muß'). Ich persönlich bin ein Anhänger der zweiten Haltung, was dazu führt, den Ethnozentrismus und den Fremdenhaß abzulehnen und zu verstehen, daß die Identität eines Volkes nicht gegen die Identitäten der anderen verteidigt wird, sondern alle Identitäten gegen das einebnende System verteidigt werden müssen, das sie alle gleichzeitig bedroht." Im deutschen Denken lassen sich die beiden Positionen zwischen Identität–Zugehörigkeit und Identität–Prinzip, die Benoist referierte, am Denken Fichtes und Herders festmachen. „Das zweite erscheint mir unendlich fruchtbarer," meint Benoist.[4]

> „Ich habe nicht die geringste Sympathie für eine Bewegung [gemeint ist der Front National, W. K.], die – unter Ausnutzung der Ängste und Verwirrung der Bevölkerung – de facto die Xenophobie anheizt, indem sie die Franzosen glauben macht, die Immigranten seien die Ursache all unserer Probleme. Die nationale Identität ist ein wirkliches Problem. Die Immigration ist es aber auch. Solche Probleme kann man nicht einfach mit Hilfe eines Sündenbocks lösen. Identität ist keineswegs eine Essenz, die unverändert dieselbe bleibt und keinen Einwirkungen von außen ausgesetzt ist. Sie ist vielmehr ein dynamischer Vorgang, in dem ein Volk sich selbst gestaltet... Sie ist nicht einer Determination unterworfen, und man verteidigt sie nicht, indem man sich in seinen Bunker zurückzieht. Le Pen verteidigt die französische Identität gegen die der anderen. Ich verteidige die Idenität aller Völker, ohne dabei stets mit der meinen solidarisch zu bleiben [sic!, W. K.].
> Man muß den Mut haben, zuzugeben, daß die wirklichen Ursachen der Zerstörung der Identität der Völker endogener Art sind. Es ist nicht die Schuld der Immigranten, wenn die Franzosen nicht mehr imstande sind, ein Leben zu führen, das ihrem eigenen Wesen entspricht. Es ist auch nicht die Schuld der Immigranten, wenn wir uns der Logik der Waren unterworfen haben, die alle Solidarität zerstört und das soziale Netz zerfetzt. Es sind auch nicht die Immigranten, die uns kolonisieren, wenn wir im Fernsehen bloß noch amerikanische Filme anschauen. Es ist auch nicht so, daß Frankreichs Identität gefährdet ist, weil es Immigranten gibt – vielmehr hat es sie bereits verloren und vermag deshalb nicht mit der Immigration fertig zu werden."[5]

Zunächst möchte ich bezüglich des letzteren Zitats Stellung nehmen. Benoists Feststellung, daß nicht die Immigranten schuld seien (schuld an Kultur- und Sittenzerfall, an sozialen und wirtschaftlichen Problemen), ist zunächst einmal durchaus richtig. Man muß in der Tat die Linke anklagen, die in ihrem Haß auf die eigene Nation und die gesellschaftliche Ordnung in den Ausländern ein willkommenes

Objekt sehen, um die Auflösung aller Dinge voranzutreiben, ein Werkzeug, um das System auszuhebeln und deshalb die Umwandlung Deutschlands (respektive Frankreichs oder Englands) in eine multikulturelle Gesellschaft forcieren und jede Kritik an dieser Entwicklung in geradezu fanatischer Weise zu unterdrücken suchen. Man muß ebensosehr den Kapitalismus anklagen, der aus egoistischen Profitinteressen das Bestehende zersetzt, der billige Arbeitskräfte ins Land holt und die Einheimischen arbeitslos macht, der die Heterogenität der nationalen Kulturen einebnet, um weltweit homogene Märkte für den Absatz homogener Produkte zu schaffen.



Was bringt es aber, nach einem Schuldigen zu suchen? Ist, nebenbei bemerkt, nicht die Suche nach einem Schuldigen ein Relikt christlichen Weltverständnisses, einer Religion, die Benoist ansonsten vehement ablehnt? Im Gegensatz dazu lautet die Devise japanischer Firmen, wenn irgendwo ein Fehler auftritt: Suche nicht nach dem Schuldigen, sondern nach der Lösung! Der Niedergang der nouvelle droite als organisierter Bewegung und der Erfolg des von Benoist als xenophob und primitiv gescholtenen Front National resultiert doch aus der Tatsache, daß die Leute nicht mit irgendwelchen globalen, abstrakt-theoretischen Überlegungen abgespeist werden wollen, sondern Lösungen haben möchten für die alltäglichen, drängenden Probleme. Sie sehen, daß immer mehr Ausländer ins eigene Viertel ziehen, daß die Straßen nachts durch ausländische Jugendbanden unsicher gemacht werden (das betrifft vor allem die tristen französischen Vorstädte), daß es kaum noch Geschäfte von Einheimischen gibt, daß Asylanten Sozialhilfe in erheblichem Umfang bekommen, während im Gegenzug für einen selbst sozialstaatliche Leistungen immer weiter gekürzt werden. Was hilft es da zu sagen, die Linke und der Kapitalismus seien schuld? Eine solche Aussage würde nur Sinn machen, wenn man ernsthaft eine „große Lösung", also Revolution und Bürgerkrieg anstreben wollte, eine Alternative, vor der Benoist verständlicherweise zurückschreckt. Da dieser Lösungsweg ausscheidet, enthüllt sich der Hinweis auf die *eigentlich* Schuldigen als bloßes Geschwätz. Wer nicht in der Lage ist, ein Verfahren zur Beseitigung der eigentlichen Ursache der Krise anzubieten, aber eine Politik der kleinen Schritte, der praktischen Hilfe, von mir aus auch der bloßen Symptomtherapie permanent diskreditiert, macht sich unglaubwürdig. Auch auf der Linken gab es immer wieder Leute, die aufstanden und behaupteten, Realpolitik sei Stückwerk und unnütz, ja trüge nur zur Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse bei, da so die Konfliktpotentiale entschärft würden, und nur die Revolution könne das Heil bringen, um dann sich aber brav hinzusetzen und mit ruhigem Gewissen die Hände in den Schoß zu legen. Von jeher haben ultraradikale politische Bewegungen, die sich so tief in den Boden eingruben, um den letzten Zipfel der Wurzel zu entdecken (radikal kommt von *radix* = Wurzel), daß sie den Himmel nicht mehr sehen, darin geglänzt, einen Revolutionarismus in der Theorie mit einem Attentismus in der Praxis zu vereinen. Wenn man darauf hofft, daß die Linke und der Kapitalismus – man weiß nicht wie – verschwinden, hat Deutschland einen türkischen Bundeskanzler.

*Der Niedergang der nouvelle droite als organisierter Bewegung und der Erfolg des von Benoist als xenophob und primitiv gescholtenen Front National resultiert aus der Tatsache, daß die Leute nicht mit irgendwelchen globalen, abstrakt-theoretischen Überlegungen abgespeist werden wollen, sondern Lösungen haben möchten für die alltäglichen, drängenden Probleme.*

### Ideologie einer Ghettopolitik

Benoists Ethnopluralismuskonzeption, die ursprünglich als ein Ansatz zur Verteidigung der nationalen Identität – zu Recht oder zu Unrecht – verstanden wurde, ist mittlerweile zur Ideologie einer Ghettopolitik, die sich ganz vortrefflich zur Rechtfertigung von Minderheitenprivilegien in der Art der amerikanischen political correctness eignet, heruntergekommen. Wenn Benoist als Franzose es sich vorbehält, ob er mit dem französischen Volk sein will oder nicht, dann mag das wohl irgendwie „neu" sein – zumindest für seine früheren Anhänger –, „rechts" aber ist dies ganz zweifelsohne nicht mehr. Es erstaunt so auch nicht, daß Benoist den Front National bekämpft und, man höre und staune, die Grünen wählt. Wie soll die Identität des französischen Volkes bewahrt werden, wenn es sich nicht gegen die schleichende Islamisierung, gegen die fortdauernde Einwanderung verteidigen darf? Auch sein Anspruch, die Identität *aller* Völker zu verteidigen, wird bei genauerer Betrachtung hinfällig, denn die Einheit eines Volkes wird ja gerade durch das Eindringen von Angehörigen anderer Völker in seinen Lebensraum aufgelöst. Ausgerechnet der Multikulti-Beauftragte der Stadt Frankfurt, der notorische Daniel Cohn-Bendit, zeigt wesentlich mehr Realitätssinn, wenn er selbstkritisch erkennt, daß unbegrenzte Einwanderung nicht der Weisheit letzter Schluß sein könne. Ohne die Einheit des Volkes kann es auch keine Identität geben.



*Alain de Benoist*

*Das Hauptproblem von Benoists Argumentation scheint mir darin zu liegen, daß in seinem Identitätskonzept der Begriff des Volkes nicht im politisch-nationalen Sinne, sondern als* Kulturgemeinschaft, *verstanden wird.*

*Wer im Eigenen lebt und um das Eigene weiß, erkennt den Feind automatisch – ohne Dazwischenschaltung eines ideologischen Begriffs.*

**Der kulturelle Unterschied zwischen den Völkern – Benoists platonische Liebe**

Das Hauptproblem von Benoists Argumentation scheint mir darin zu liegen, daß in seinem Identitätskonzept der Begriff des Volkes nicht im politisch-nationalen Sinne (als existentiellgeschichtliche Schicksalsgemeinschaft), sondern als *Kulturgemeinschaft*, die ein bestimmtes set kultureller Praktiken ausübt, verstanden wird. Seine Bevorzugung Herders gegenüber Fichte und seine Ablehnung des Nationalstaates bestätigen diese Vermutung. Kulturgemeinschaften können aber Verbände beliebiger Zusammensetzung, beliebiger Herkunft und Zielsetzung sein. Im Rahmen von Benoists Konzeption wäre überhaupt nichts gegen ein Deutschland einzuwenden, wo jugendliche breakdancer ihre Pirouetten drehen, Türken sich am Bauchtanz delektieren und im fernen Bayern die letzten lustigen Holzhackerbuam beim Schuhplattler auf ihre Schenkel klopfen. Begibt man sich auf diese Argumentationsebene, verflüchtigt sich vollends der Begriff des Volkes. Jede Gruppe hat ihre eigene Kultur und ihre eigene Identität, die Politik ist verschwunden und alles löst sich auf– nicht aber in einer Masse atomisierter Individuen, dem Schreckgespenst der klassischen Konservativen, sondern in einem Mosaik streng voneinander getrennter, durch ihre kulturellen Praktiken voneinander geschiedener Minoritätenghettos. Mit der Feststellung, dies laufe darauf hinaus, „Gesellschaft nach dem Beispiel südafrikanischer Homelands zu organisieren", hat Christoph Schütte in seiner Rezension des Sammelbandes ‚Multikultopia'[6] das Wesentliche erkannt. Sofern sich diese kulturelle Vielfalt gegenüber der einebnenden Gewalt der kulturindustriellen, amerikanischen one-world Monokultur zu behaupten vermag, ist für Benoist alles *okay*. Wollte man somit Benoist als den theoretisch ambitioniertesten Verfechter des Multikulturalismus bezeichnen, hätte man den Nagel auf den Kopf getroffen.

Um nun auf das erstere Langzitat zu sprechen zu kommen, so ist vorweg festzustellen, daß Benoist mit seinem Prinzip „Ich verteidige *mein* Volk, weil man *die* Völker verteidigen muß", sich sehr weit von seinen nominalistischen Anfängen entfernt hat. Der Begriff des Nominalismus, ursprünglich die Bezeichnung für eine philosophische Schule im Mittelalter, war von Armin Mohler neubelebt worden, um eine am Konkreten, Einzelnen orientierte, sozusagen phänomenologische Weltsicht zu bezeichnen, die im Gegensatz zur universalistischen Rationalität steht, die die bunte Vielfalt des Lebens auf abstrakte Allgemeinbegriffe reduziert. Nun wird man wohl zugestehen müssen, daß das von Benoist beschworene „einebnende System" erst durch Interpretation qua abstrahierender Deduktion freigelegt werden kann, während die Massen der Fremden jedermann sichtbar sind. Im weiteren dürfte offensichtlich sein, daß die für die Verteidigung „meines Volkes" erforderliche Motivation und Antriebsenergie wesentlich stärker ist, wenn sie sich wirklich und direkt auf mein Volk, das gefährdet ist, bezieht, als wenn dies indirekt, über den Umweg der Vermittlung durch einen abstrakten Syllogismus, geschieht: das Volkhafte an sich ist schützenswert – alle Völker müssen geschützt werden – also auch mein Volk. Das Volk soll also gar nicht geschützt werden, weil es das eigene ist, sondern weil es um ein ziemlich abstraktes Prinzip der ethnischen Differenziertheit und um ein Gegenprinzip zum homogenisierenden universalistischen Egalitarismus geht. Mit dieser Vorliebe für intellektuelle Konstruktionen ist Benoist selbst Opfer eines von ihm ansonsten beklagten Vorgangs geworden: der Entwurzelung. Nicht in der Substanz des Volkes verwurzelt, sondern sich als Mitdisputant im Reich des Geistes verstehend, macht er seine Solidarität mit dem Volk von Bedingungen abhängig. Er verhält sich nicht wie ein treuer Ehegatte, der nicht nur in guten Tagen, sondern auch in schlechten zu seiner Frau steht, sondern eher wie ein launischer Liebhaber, der nur dann bereit ist, seine Gunst der Freundin zu gewähren, wenn sie seinen Neigungen und Vorstellungen entgegenkommt.

Für Benoist ist nicht die Unterscheidung zwischen Eigenem und Fremden, also auch zwischen Freund und Feind, das Wesentliche, sondern die Tatsache, daß es überhaupt Unterschiede gibt. Er zielt nicht auf die Bewahrung der Substanz des Eigenen ab, sondern auf die Bewahrung der distinktiven Relation zwischen zwei sich unterscheidenden Seinsweisen. Ihm kommt es nur auf dieses abstrakte Prinzip an, wobei es gleichgültig sein kann, mit welchen konkreten Gestalten es materiell ausgefüllt wird. Dies ist eine *ideologische*, aber keine politische Haltung, was auch darauf hinweist, daß die Fixierung auf die Metapolitik nicht einem strategischen Kalkül zum Zwecke der Arbeitsteilung (wir machen die Theorie im politischen Vorfeld, ihr macht die Praxis innerhalb des politischen Systems), sondern Selbstzweck ist. Dagegen entspringt die politische Haltung der existentiellen Verwurzelung im Eigenen, die nicht der begrifflich-ideologischen Vermittlung durch die Bezugnahme auf ein Prinzip bedarf. Wer im Eigenen lebt und um das Eigene weiß, erkennt den Feind automatisch – ohne Dazwischenschaltung eines ideologischen Begriffs. Im politischen Handeln kommt es nicht darauf an, Ideen zu verwirklichen, sondern „die eigene, seinsmäßige Art von Leben zu bewahren."[7]

> „Der politische Feind braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch häßlich zu sein; er muß nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten, und es kann vielleicht sogar vorteilhaft sein, mit ihm Geschäfte zu machen. Er ist eben der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existentiell

etwas anderes und Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind."[8]
Ein Krieg hat seinen Sinn nicht darin, daß er für hohe Ideale oder für Rechtsnormen, sondern darin, daß er gegen den eigenen Feind geführt wird."[9]

Wer das Konzept der Nation verwirft, begibt sich der Möglichkeit, das Politische zu denken und das Volk als politische Größe zu begreifen. Das Volk ist die Substanz, der Staat die Form. Der Staat bringt das Volk politisch in Form, erzeugt nach innen durch Teilhabe an der Politik die Bürgertugend und schafft die materiellen Lebensvoraussetzungen und verteidigt nach außen den Bestand des Volkes, während das Volk das Gehäuse des Staates mit Leben erfüllt. Die Einheit von Volk und Staat ist die Nation. Wer aus antietatistischen Anwandlungen heraus die staatliche Sphäre ablehnt, zerstört die Einheit der Nation und degradiert das Volk zu einer bloß kulturellen Größe. Das *Volk* wird darauf reduziert, *Folklore* zu machen. Ohne den Staat, ohne die Form also, Macht auszuüben, wird es zum Objekt fremder Mächte, die ihm *ihre* Form aufzwingen. Zuletzt bleibt von dem, was einst das Volk ausmachte, nichts anderes übrig als einige Reservate, in denen alte Männer bedeutungslos gewordene Rituale für Touristen aufführen (man denke an die Indianer!). Nur in Gestalt der Nation kann ein Volk seine Identität bewahren. Freiwillig verzichtet kein Volk – vielleicht mit Ausnahme der Deutschen – auf die Schutz gewährende Struktur der Nation. Im Gegenteil; alle Völker, die sich ihrer Identität bewußt werden (ob Tschetschenen oder Tschechen, ob Kroaten oder Kurden) drängen darauf, sich selbst in einem Nationalstaat zu organisieren.

**Ein Kryptoelitismus**

Faktisch ist der Ethnopluralismus nur ein Liberalismus auf höherer Ebene: an die Stelle einer Masse atomisierter Individuen tritt eine Masse atomisierter Gruppen; die Gleichheit aller Menschen wird durch die Gleichheit aller Kulturen ersetzt. Der einzige Unterschied besteht nur darin, daß im Falle des Liberalismus von den realen Unterschieden abstrahiert wird und diese ins Private, Psychologische verwiesen werden, während im Falle des Ethnopluralismus die Unterschiede zwischen den Kulturen ästhetisch genossen werden. Gemeinsam aber ist, daß die Unterschiede nicht politisch relevant sein dürfen. Gleichwohl bleibt das Denken in Unterschieden für die nouvelle droite ein zentrales Moment, das im universalistischen Egalitarismus ihren Hauptfeind erblickt. Da die politische Ebene ausgeklammert wird, verlagert sich die Suche nach dem Unterscheidenden auf die ästhetische Ebene (als Wertschätzung der Vielfalt des multikulturellen Angebots) und auf die soziale – in Form der Betonung sozialer Ungleichheit, wobei man sich selbst, wie nicht anders zu erwarten, natürlich der Elite zuordnet. Was einen hierfür legitimiert, bleibt aber im Dunkel. Das Wort „Elite" kommt von „Auswahl", was eben auch heißt, daß man nicht sich selbst wählen kann, sondern von der Gesellschaft ausgewählt wird. Die heutige Gesellschaft erachtet die Inhaber von Führungspositionen in Politik und Wirtschaft, dazu noch die stars von Sport und showbiz als Elite. In einer materialistischen Gesellschaft definiert sich Elite über materielle Werte und den Besitz materieller Güter. Einfluß, Geld und Popularität sind Kennzeichen der Zugehörigkeit zur Elite; wenn man versucht, alternative Einteilungskriterien wie etwa „geistige Werte" durchzusetzen, so muß dies auch durch entsprechende Leistungen gerechtfertigt werden. Natürlich versucht jede soziale Gruppe, die sie auszeichnenden Eigenschaften, seien dies nun Reichtum, Geist, Tapferkeit, revolutionäres Bewußtsein, als für die Erlangung des Elitestatus allein gültigen Auswahlkriterien durchzusetzen. Ob dies gelingt, darüber entscheidet der tatsächliche Erfolg und nicht das subjektive Meinen. Wenn nun beispielsweise Pierre Krebs, ein emsiger, aber unautorisierter Vulgarisator Benoistscher Ideen, eine soziale Hierarchie auf geistiger Grundlage zu errichten und diese gegenüber einer ökonomisch begründeten auszuspielen versucht, dann müßte er zunächst einmal zeigen, daß er überhaupt in solch eine Hierarchie hineinpaßt. Dies gelingt ihm, überblickt man einige seiner Werke wie „Die europäische Wiedergeburt" oder „Der organische Staat als Alternative in Evolas Vorstellung, Nietzsches Projekt und Saint-Exupérys Botschaft"[10] (man lasse sich einmal *diesen* Titel auf der Zunge zergehen) offensichtlich nicht. Für ihn scheint der Besitz eines mit Zitaten und Pathosphrasen gefüllten Zettelkastens als hinreichendes Kriterium zu gelten, sich einer Elite zugehörig fühlen zu können.

Aus ganz anderem Holz geschnitzt ist der deutsche neurechte Vordenker Stefan Ulbrich, der auf außerordentlich originelle Weise den Zusammenhang von Elitismus und Multikulturalismus auf den Punkt bringt. In seinem Beitrag zu dem von ihm herausgebrachten Sammelband „Multikultopia"[11] deutet er die multikulturelle Gesellschaft als verschärftes evolutionistisches Labor. Die multikulturelle Gesellschaft erhöht durch die Vervielfachung der in einem bestimmten Lebensraum vorhandenen unterschiedlichen Lebensformen den Selektionsdruck, so daß sich schließlich nur die wirklich Starken durchsetzen. Mit diesen Starken fühlt er sich verbunden. „Die Elite wird eine Elite der Werte sein und universell in dem Sinne, daß sie nicht mehr Völker gegeneinander hetzt, sondern Haltungen und Charaktere zusammenführt." Auf die bedenklichen Konsequenzen weist Peter Bahn in seiner Rezension in *wir selbst* hin:

„Ulbrichs Beitrag schließlich führt in der Tendenz zur Elaborierung eines neuen

*Ohne den Staat, ohne die Form also, Macht auszuüben, wird das Volk zum Objekt fremder Mächte, die ihm* ihre *Form aufzwingen.*

*Da der Ethnopluralismus eine hierarchische Differenzierung nach außen hin – also im Vergleich zu anderen Kulturen – ausschließt, folgt zwingend, daß diese nur nach innen – also in Form einer Unterscheidung von Elite und Masse – vorgenommen werden kann.*

Elitismus als der Quintessenz neurechter Zielsetzung.... Er wirft die Frage nach einer neuen ‚Frontstellung Elite – Pöbel' auf und ekelt sich an anderer Stelle konsequenterweise vor sogenanntem ‚Proletengegröhle'. Mit diesen Positionen allerdings ist er, ob ungewollt oder nicht, auf dem besten Wege, den ökonomischen Eliten der multinationalen Konzerne, die durch den Anschub gewaltiger globaler Wanderungsbewegungen den Weg zur multikulturellen Gesellschaft überhaupt erst eröffneten, die passende Legitimations- und Herrschaftsideologie für das nächste Jahrhundert zu liefern."[12]

*Wer jederzeit die Identität aller Völker verteidigen will, wird schlußendlich gar nichts verteidigen. Am besten ist diesem Prinzip gedient, wenn Franzosen die französische, Deutsche die deutsche, Sioux die Sioux- und Tschetschenen die tschetschenische Identität verteidigen.*

Schaut man genauer hin, so wird man den Auftritt des neurechten Elitismus von einer Neuinszenierung im modischen Gewand des Kults der „autonomen Persönlichkeit", wie ihn der klassische bürgerliche Liberalismus im 19. Jahrhundert betrieb, nicht unterscheiden können. Selbständig, unabhängig (sowohl vom Staat wie auch der „Masse"), seine Anlagen voll entfaltend (vgl. den typisch bürgerlichen Bildungsroman) und sein Leben dank eigener Tüchtigkeit meisternd – so sah das Menschenbild des klassischen Liberalismus aus.[13] Die Gemeinschaftsbildung erfolgt nach dem Muster des bürgerlichen Vereins oder des Freundschaftsbundes: Menschen, die gleiche Werte haben und gleiche Ziele verfolgen, schließen sich in freier Assoziation zusammen. Dies ist das exakte Gegenteil einer Sichtweise, die von der je schon bestehenden Gemeinschaft des Volkes ausgeht, die man nicht wählen kann, sondern in die man hineingeboren wird.

*Gleichheit nach innen und Ungleichheit nach außen – das ist die Definition des demokratischen Nationalstaates; Gleichheit nach außen und Ungleichheit im Innern kennzeichnet den elitistischen Ethnopluralismus. des Heterogenen.*

Elite ist ein sozialer Begriff, selbst eine Ansammlung von Genies macht noch keine Elite. Eine Elite übt eine soziale Funktion aus; ihre Aufgabe ist es, das Volk zu führen und zu schützen. Indem sie dieser Aufgabe nachkommt, rechtfertigt sich ihre hervorgehobene Position. Die Privilegien des Adels waren verdient, als er auf den Schlachtfeldern sein Leben aufs Spiel setzte. Als er aber, wie im Frankreich des 18. Jahrhunderts, zu einer Bande von Schmarotzern degeneriert war, harte er diese Privilegien verwirkt. Sich im Dienst für Volk und Staat bewähren, macht echte Elite aus, wer sich selbst in der Phantasie nobilitiert, gehört allenfalls einer „Einbildungselite" (Reginald Rudorf) an.

**Elitismus nach innen und Ethnopluralismus nach außen**

Diese elitären Anwandlungen sind nun keine Gedankenspielereien einzelner Neurechter, sondern direkte Folge des ethnopluralistischen Ansatzes. Dieser beruht auf zwei Prämissen:

1. Alle ethnisch geprägten Kulturen sind gleichwertig. 2. Egalitarismus ist schlecht. Da durch die erste Prämisse eine hierarchische Differenzierung nach außen hin – also im Vergleich zu anderen Kulturen – ausgeschlossen ist, folgt zwingend, daß diese nur nach innen – also in Form einer Unterscheidung von Elite und Masse – vorgenommen werden kann.

Die Differenz, die die nouvelle droite gegenüber der Nivellierung und Homogenisierung als ihr Hauptprinzip reklamiert, ist hierbei eine entweder ästhetische oder soziale Kategorie, aber nie eine politische. Da zum einen in der heutigen pluralen Gesellschaft es aber zumindest fraglich ist, was eine Elite ausmacht, zum anderen die Angehörigen der nouvelle droite weder über die legitimen und legitimierenden Positionen in der akademischen Welt verfügen, die sie wirklich dem intellektuellen Establishment eingliedern würden, noch die Bereitschaft erkennbar ist, Führungsverantwortung in einer gegen das System gerichteten politischen Bewegung zu übernehmen, schweben sie gleichsam im luftleeren Raum. Darum beschränkt sich ihr elitärer Diskurs, der sich an kein konkretes soziales Objekt attachieren kann, auf ein Bekenntnis zu einem vagen „Höheren". Als Hüter der abendländischen Kulturtradition breiten sie in Gestalt eines permanenten und ermüdenden name-droppings („X sagt dies", „der große Y hat festgestellt, daß...") vor einem staunenden Publikum ihre Lesefrüchte aus, um dann wie eifrige und altkluge Sekundaner darauf zu warten, vom Lehrer die Bestätigung zu erhalten, wie gebildet sie sind.

Die Übersteigerung und gleichzeitige Entpolitisierung der Kategorie des Unterschieds führt nach innen zum Elitismus und nach außen zum Ethnopluralismus. Durch die Entpolitisierung wird aber die Elite ihrer sozialen und politischen Funktion, die in Verantwortlichkeit und Führung besteht, entkleidet, weshalb sie nichts anderes bedeutet als eine Gruppe „höherer Menschen", die sich durch ihre besondere kulturelle Kompetenz auszeichnen, während der Ethnopluralismus die Völker zu bloßen Kulturgemeinschaften reduziert, die, friedlich nebeneinanderlebend, ihrem folkloristischen Treiben nachgehen. Wenn diese Idylle nun aber von der Wirklichkeit widerlegt wird, dann weiß sich Benoist nicht anders zu helfen, als zu einer ganz unangemessenen Schulddiskussion (die Franzosen haben sich diese Probleme selbst zuzuschreiben) und zu abstrakten Gemeinplätzen (Kampf gegen das einebnende System) Zuflucht zu nehmen. Man kämpft aber nie gegen ein abstraktes Etwas – das machen nur Intellektuelle –, sondern immer gegen einen konkreten Gegner:

„Wer keinen anderen Feind mehr kennt als den Tod und in seinem Feinde nichts erblickt als eine leere Mechanik, ist dem Tode näher als dem Leben, und die bequeme Antithese vom Organischen und Mechanischen ist in sich selbst etwas Roh-Mechanisches. Eine Gruppierung, die auf der einen Seite nur Geist und Leben, auf der anderen nur Tod

und Mechanik sieht, bedeutet nichts als einen Verzicht auf den Kampf und hat nur den Wert einer romantischen Klage. Denn das Leben kämpft nicht mit dem Tod und der Geist nicht mit der Geistlosigkeit. Geist kämpft gegen Geist, Leben gegen Leben."[14]

Hic Rhodus, hic salta! Wer jederzeit die Identität *aller* Völker verteidigen will, wird schlußendlich gar nichts verteidigen. Am besten ist diesem Prinzip gedient, wenn Franzosen die französische, Deutsche die deutsche, Sioux die Sioux- und Tschetschenen die tschetschenische Identität verteidigen.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß dieser Komplex aus Ethnopluralismus und Metapolitik nichts anderes als der Versuch ist, der *ernsten politischen Entscheidung* auszuweichen. Was bedeutet die Weigerung, sich beim Front National zu engagieren, denn anderes als, in der Sphäre der Theorie verharrend, sich alle Möglichkeiten offenhalten zu wollen und die Festlegung auf eine konkrete Position zu vermeiden? Ist die Stimmabgabe für die Grünen nicht eine höhere Form der Wahlenthaltung, da es doch darauf angekommen wäre, sich zwischen der Linken, der bürgerlichen Mitte und der authentischen Rechten zu entscheiden.

**Gegensatz von Ethnopluralismus und Nationalismus**

Durch die Verleugnung des Nationalen wird der *politische Unterschied* zwischen den Nationen zur Pluralität ethnischer Kulturgemeinschaften *ästhetisiert*, was im weiteren dann erlaubt, gegenüber allen anderen potentiell konfliktuösen und damit politischen Gegensätzen eine ästhetische Haltung einzunehmen, – so etwa wenn anhand ästhetischer Kategorien, nämlich anhand der Unterscheidung abendländischer Hochkultur der Elite und vulgärem hollywoodmäßigen Kulturkonsum der Massen die sozialen Unterschiede bestimmt werden. Die Grenze zwischen den Nationen scheidet innen und außen. Wer das Nationale verwirft, kann nicht zwischen innen und außen unterscheiden.

Darum kann Benoist auch nicht den fundamentalen Unterschied erkennen zwischen dem Status der Identität einer arabischen Kulturgemeinschaft in Arabien und dem der Identität einer arabischen Kulturgemeinschaft in Frankreich. Ohne die Integrität des Territoriums löst sich die Gesamtheit des in der Nation organisierten Volkes auf. An seine Stelle tritt die Vielzahl der gleichwertigen ethnischen Kulturgemeinschaften und der ästhetisch codierte Unterschied zwischen kultureller Elite und Masse. Zum Ethnopluralismus tritt notwendig als sein Pendant der Elitismus. Dieser Komplex von Ethnopluralismus und Elitismus ist das exakte Gegenteil des Nationalismus, der in der Einheit der Nation und Demokratie besteht.[15] Der eine ist gekennzeichnet durch die zugleich a-politische Gleichwertigkeit und ästhetische Unterschiedlichkeit der Kulturen und die Unterscheidung von Höherem und Niederem nach innen, der andere durch die politische Unterscheidung von Eigenem und Fremden und der Gleichheit nach innen und Betonung des Unterschieds nach außen. Gleichheit nach innen und Ungleichheit nach außen – das ist die Definition des demokratischen Nationalstaates; Gleichheit nach außen und Ungleichheit im Innern kennzeichnet den elitistischen Ethnopluralismus.

„Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen. Zur Illustrierung dieses Satzes sei mit einem Wort an zwei verschiedene Beispiele moderner Demokratien erinnert: an die heutige Türkei mit ihrer radikalen Aussiedlung der Griechen und ihrer rücksichtslosen Türkisierung des Landes – und an das australische Gemeinwesen, das durch Einwanderungsgesetzgebung unerwünschten Zuzug fernhält und ... nur solche Einwanderer zuläßt, die dem *right type of settlers* entsprechen. Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß. Bei der Frage der Gleichheit handelt es sich nämlich nicht um abstrakte, logisch-arithmetische Spielereien, sondern um die *Substanz der Gleichheit.*"[16]

Mit der Formel „Substanz der Gleichheit" hat Schmitt den entscheidenden Begriff gefunden. Im Ethnopluralismus wird diese Substanz der Gleichheit mit der Gemeinsamkeit kultureller Praktiken identifiziert, im demokratischen Nationalstaat umfaßt sie sowohl quantitativ mehr, nämlich neben dem Kulturellen auch das Wirtschaftliche, die Sozialordnung, das politische System und das Territorium, als auch qualitativ etwas anderes, nämlich die Teilhabe aller Bürger in ihrer Wesenheit am gemeinsamen Schicksal. „Das Politische ist das Totale."[17] Nur in Bezug auf das Politische wird der Mensch in der Gesamtheit seines Wesens in Anspruch genommen. Nur im Angesicht des Feindes, der die eigene Art Sein in seiner Totalität negiert, steht nicht ein einzelner Aspekt des Lebens jedes Bürgers auf dem Spiel, sondern das Leben selbst. Für eine Firma, einen Fußballverein oder die Durchsetzung einer neuen Kunstrichtung setzt niemand sein Leben aufs Spiel, oder wenn er es dennoch tut, so kann er schlechterdings nicht verlangen, daß ihm andere hierbei folgen. Nur die Verteidigung der eigenen Art Sein kann diesen Anspruch erheben. Um aber diese Art Sein als die eigene zu erkennen und anzuerkennen, ist eine essentielle Homogenität erforderlich,

*Ausscheidung bzw. Vernichtung des Heterogenen als Kennzeichen der Demokratie oder als Kennzeichen der Moderne?*



*Australische Aborigines*



*‚Lösung' des Südtirol-Problems: Options-Abkommen Mussolini/ Hitler 1939*



*„Endlösung" der Judenfrage*



*Ben Gurion über die Bewohner von Lydda und Ramla: „Vertreibt sie!"*

*Ohne die Integrität des Territoriums löst sich die Gesamtheit des in der Nation organisierten Volkes auf. An seine Stelle tritt die Vielzahl der gleichwertigen ethnischen Kulturgemeinschaften und der ästhetisch codierte Unterschied zwischen kultureller Elite und Masse.*

so daß zu Recht gesagt werden kann: Tua res agitur! Zwar kann von jedem Subsystem aus eine vorhandene Gegensätzlichkeit sich zu einer politischen Feindschaft entwickeln – die von der nouvelle droite vorgenommene sehr vehemente Entgegensetzung abendländischer Hochkultur gegenüber der amerikanisch-globalen Monokulturisierung legt den Gedanken einer solchen politischen Verschärfung nahe –, doch steht dem der ethnopluralistische Elitismus entgegen, der die innere Homogenität auflöst und dem deshalb das politische Subjekt fehlt, das diesen Kampf bestreiten sollte. Für einen Kampf Goethe gegen Micky Maus läßt sich kein Volk mobilisieren.

Die hier vorgebrachte Kritik am Ethnopluralismus wurde vornehmlich an einigen Aussagen Benoists jüngeren Datums festgemacht. Damit soll keineswegs eine grundsätzliche Kritik an Person und Werk Benoists verknüpft werden, der sich unschätzbare Verdienste allein schon damit erworben hat, frischen Wind in die mit Nabelschau und der Pflege von Ressentiments beschäftigte rechte Szene hineingetragen zu haben. Es wäre sehr ungerecht, zu verschweigen, daß er auch Positionen vertreten hat, die den unseren völlig entsprechen:

> „In der Demokratie besitzen die Bürger gleiche politische Rechte, nicht kraft vermeintlicher unveräußerlicher Rechte der ‚menschlichen Person', sondern weil sie der gleichen nationalen Volksgemeinschaft angehören, das heißt auf Grund ihrer eigentlichen Staatsbürgerschaft. Die Grundlage der Demokratie ist nicht die ‚Gesellschaft', sondern die Gemeinschaft der Bürger als Erben ein und derselben Geschichte, die ihre Fortsetzung zu einem gemeinsamen Schicksal wünschen."[18]

Der hier vorgestellte „ethnopluralistische" Benoist ist sozusagen eine imaginäre, fiktive Gestalt, um anhand einer zuspitzenden Interpretation die Gefährlichkeit des Konstrukts „Ethnopluralismus" zu illustrieren. Solange der Ethnopluralismus dazu dient, Verwirrung im Lager des Gegners zu stiften, kann man sich dieses Begriffs bedienen, wenn er aber dazu führt, das eigene Lager zu verwirren, dann muß das Kommando ausgerufen werden: „Halt! Fangt an nachzudenken!" Trotz der gemeinsamen Frontstellung gegen Liberalismus und Eineweltlertum wäre es völlig verfehlt, Ethnopluralismus und Nationalismus miteinander zu identifizieren. Der Nationalismus ist eine *politische* Bewegung, die von der substantiellen Homogenität und Gleichheit des Volkes ausgeht, das sich in Gestalt der Nation seine eigene politische Form gibt, der Ethnopluralismus ist eine *metapolitische* Bewegung, die von einer kulturell definierten Gemeinschaft ausgeht und sich, mit Ausnahme des Kampfes gegen die kulturindustrielle globale Nivellierung, von allem Politischen so weit wie möglich fernhält.

**Ein gefährlicher Weg**

Wenn man den Ethnopluralismus konsequent weiterdenkt, ergeben sich, zusammenfassend, folgende Gefahren:

1. Durch die Verleugnung der Bedeutung der Nation werden die äußeren Grenzen niedergerissen, die es einem Volk überhaupt erst ermöglichen, seine eigene Identität zu bewahren. Durch die gleichzeitige Überbetonung des bloß Kulturellen wird es gleichgültig, auf welchem Territorium die unterschiedlichen Kulturgemeinschaften ihre kulturellen Praktiken betreiben. Damit leistet der Ethnopluralismus der Auflösung der traditionellen Volksgemeinschaft Vorschub und liefert der multikulturellen Gesellschaft eine neue Rechtfertigungsideologie.

Der in *wir selbst* 3-4/98 abgedruckte Aufsatz von Charles Champetier bestätigt nur allzu deutlich die Grundzüge meiner Kritik am Ethnopluralismus.

Ursprünglich war der Ethnopluralismus eine Theorie, die die Bewahrung der im weitesten Sinne kulturellen Autonomie autochthoner Völkerschaften in ihrer angestammten Heimat (seien das nun die Yanomami im Amazonasurwald oder die Bretonen in der Bretagne) gegenüber dem Zugriff unifizierender Tendenzen (eine „jakobinische" Obrigkeit oder die seinerzeit noch Imperialismus genannte kapitalistische Globalisierung) unterstützen sollte. Das durch die Einwanderung erzwungene Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppen innerhalb eines einzigen Territoriums ist aber etwas völlig anderes, weshalb die Übertragung der ursprünglich ethnopluralistischen Argumentation auf die Problematik des Multikulturalismus in die Irre gehen muß.

Allein schon durch die Plurifizierung der Kulturen innerhalb eines Territoriums hat sich die autochthone „Monokultur" aufgelöst. Es hat also eine Entwicklung stattgefunden, die der „klassische" Ethnopluralismus gerade verhindern wollte. In manchen Bereichen kann dabei die autochthone Kultur nicht einmal mehr den Status eines primus inter pares bewahren, was jeder schmerzhaft erfahren muß, der in einer Deutschen Großstadt einmal Deutsch essen gehen will.

In seinem Bestreben, die Faktizität des Multikulturalismus anzuerkennen („die meisten Gesellschaften sind schon multikulturell",[19] die Bedeutung des Islam in Frankreich[20]) unterscheidet sich Champetier in nichts vom linksliberalen Establishment der BRD. Das Vorhandensein einer Tatsache anzuerkennen, impliziert aber keineswegs, diese auch zu begrüßen oder angesichts ihrer scheinbaren Unausweichlichkeit zu resignieren. Dies tut nur der, welcher sich aus der Politik verabschiedet hat. Ohne den politischen Willen zur Veränderung müßten Arbeiter heute immer noch 12 Stunden täglich arbeiten und Frauen dürften nicht wählen.

Das von Champetier immer wieder beschworene friedliche Zusammenleben ist nur so lang gewährleistet, als die noch dominierende autochthone Kultur ihre Hegemonie in den meisten wichtigen Fragen umstandslos durchzusetzen vermag. Sobald aber eine Einwanderergruppe eine „kritische Masse" überschritten hat, wird der Kampf um die Hegemonie in voller Härte entbrennen. Es wird sich dann nicht mehr um die Frage drehen, ob *eine* islamische Schülerin ein Kopftuch tragen *darf*, sondern darum, ob *alle* Frauen Kopftücher tragen *müssen*. Angesichts der dunklen Vorahnung, daß der Multikulturalismus vielleicht doch etwas anderes sein könnte als ein permanentes Straßenfest, klammert sich Champetier an die Hoffnung, daß sich alle Beteiligten an die Regeln des fair play und des europäischen [sic!] Völkerrechtes halten mögen, eine Vorstellung, die zweifelsohne alle altersschwachen Liberalen belebt, den siegreichen barbarischen Eroberern ebenso unverständlich wie überflüssig erscheinen wird.

2. Da das von der nouvelle droite hochgeschätzte Differenzprinzip sich nicht nach außen hin entfalten kann – die anderen Kulturgemeinschaften sind, sofern sie nicht amerikanisch-kulturindustriell infiziert sind, per se Freunde – wendet es sich in Form sozialer Hierarchisierung nach innen. Dies widerspricht dem Gleichheitsprinzip des demokratischen Nationalstaates und trägt zur Legitimierung der sich durch die wirtschaftliche Entwicklung eh bereits abzeichnenden Ausbildung neuer Klassengegensätze bei, die wiederum die Einheit der Volksgemeinschaft unterminieren.

3. Der Ethnopluralismus betrachtet die Welt als ästhetisches Phänomen; er ist von den Mythen und Ritualen, den bunten Trachten und Tänzen, den Dichtern und Denkern fasziniert. Darum erblickt er auch im Deutschland des alten Reiches, dem Deutschland vor 1871, das nur Kulturnation war, so etwas wie ein „politisches" Ideal, das er in Form eines geeinten Europas wiederbeleben möchte. Für eine solche Idee von Europa, die Josef Schüßlburner zu Recht als „Reichsersatzideologie"[21] bezeichnete, gilt das, was Niekisch über die Reichsideologie schrieb:

„Das Reich ist eigentlich nur Gegenstand der Dichtung, Moral und Religion. Insofern regen sich bei seinem Anblick ästhetische Wallungen, moralische Rührungen, religiöse Empfindungen. Allezeit freilich blieb es die politischen Erfolge schuldig. Das Reich ist das anschaulichste Sinnbild deutschen unpolitischen Wesens; es ist die Konzeption deutscher Unpolitik."[22]

**Die Abschaffung des Politischen**

In seiner jetzigen Form ist Europa ebenso groß wie ohnmächtig, da es, durch die unterschiedlichen Interessenlagen der einzelnen Nationen bedingt, in permanenten Konflikten verstrickt ist, und durch diese Lähmung unfähig ist, echte Entscheidungen zu treffen. Eine Alternative wäre nur in Sicht, wenn eine Nation die Führung in die Hand nähme (im Zweifelsfall wäre dies immer Frankreich) oder wenn völlig vom Prinzip nationaler Repräsentation abgesehen würde und sich eine supranationale Führungselite herausbildete, die undemokratisch über die Köpfe der Völker hinwegregiert (Ist dies vielleicht der geheime Hintersinn des ethnopluralistischen Elitismus?). Man muß aber mit den tatsächlich vorhandenen Beständen rechnen und nicht mit Zukunftsvisionen. Dies heißt freilich, daß es am allerwenigsten dem muskelschwachen, absurden Koloß Europa gelingen wird, die Identität der Völker Europas zu bewahren. Wer den Nationalstaat preisgibt, verabschiedet sich aus der Politik. „Wenn ein Volk die Mühen und das Risiko der politischen Existenz fürchtet, so wird sich eben ein anderes Volk finden, das ihm diese Mühen abnimmt, indem es seinen ‚Schutz gegen äußere Feinde' und damit die politische Herrschaft übernimmt."[23] So wie nach außen hin der freiwillige Rückzug aus der Politik nicht das Politische abschafft, so verschwindet auch im Innern nicht die politische Problematik. Sie wird nur auf eine andere Ebene verlagert. Denn nur eine Politik, die wirklich Politik sein will, vermag die im Innern eines Staates stets vorhandenen Probleme und Konflikte in einer rechtlich geordneten, gesitteten und sozialverträglichen Form zu lösen oder zumindest zu regulieren. Wenn aber diese Probleme und Konflikte nicht als politische wahrgenommen werden, weil man sie entweder als solche verleugnet, oder weil sich das politische System hierfür nicht zuständig erklärt oder weil die Einflußmöglichkeiten der Politik im Schwinden begriffen sind, dann werden sie privatisiert, also ins Private abgedrängt. Ein Gesellschaftssystem ohne politische Ordnung ist nichts anderes als der Naturzustand, der Krieg aller gegen alle. Die Härteren, Klügeren, Geschmeidigeren, bzw. die Angehörigen mächtiger Institutionen und pressure groups setzen sich



*Es wird sich dann nicht mehr um die Frage drehen, ob* eine *islamische Schülerin ein Kopftuch tragen* darf, *sondern darum, ob* alle *Frauen Kopftücher tragen* müssen.



*Fulani-Krieger*

*Carl Schmitt: „Der politische Feind ... ist eben der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existentiell etwas anderes und Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind."*



*Ein Gesellschaftssystem ohne politische Ordnung ist nichts anderes als der Naturzustand, der Krieg aller gegen alle.*

*Die ethnopluralistische Ersetzung des Politischen durch das Kulturelle zerstört den interpretativen Bezugsrahmen, der es ermöglicht, politische Probleme als solche zu erkennen, und rüstet die Machtmittel ab, die zu ihrer Lösung dienen.*

durch, die Armen, Alten, Vereinzelten bleiben auf der Strecke. Diese Lagebeschreibung kennzeichnet die gegenwärtige Ausländerproblematik. Allein schon der Begriff der multikulturellen Gesellschaft will suggerieren, daß es sich um etwas Nur-Kulturelles, Nur-Gesellschaftliches handelt, weshalb folgerichtig auch der wesentlich angemessenere politische Begriff des Vielvölkerstaates konsequent vermieden wird. Da die politische Dimension der Umvolkung verleugnet wird, psychologisieren die Befürworter der multikulturellen Gesellschaft folgerichtig die Kritik an ihr, indem sie diese beispielsweise als Projektion abgespaltener Trieb- oder Selbstanteile oder als aggressive Frustrationsreaktion autoritärer Charaktere, etc. deuten (und günstigstenfalls sozialpädagogisch therapieren wollen), während auf der anderen Seite die Opfer dieser Vorgänge sich nicht anders als mit genauso falschem, da unpolitischem individuellem Terror zu helfen wissen.[24]

Die ethnopluralistische Ersetzung des Politischen durch das Kulturelle, die gegenüber einer liberalistischen Anti-Politik des reinen Individualismus immerhin noch die Bedeutung des Gemeinschaftlichen bewahrt, zerstört jedoch den interpretativen Bezugsrahmen, der es ermöglicht, politische Probleme als solche zu erkennen, und rüstet die Machtmittel ab, die zu ihrer Lösung dienen: die Rechtsordnung und die legitime Herrschaftsgewalt des im demokratischen Nationalstaat organisierten souveränen Volkes.

Aus diesen Gründen kommt der Ethnopluralismus als Baustein für das Theoriegebäude eines Neuen Nationalismus nicht in Betracht.

[1] Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts. Krefeld 1985, S. 68

[2] zit. nach Henning Ritter: Spätheimkehrer. Die ethnologische Wende, in: FAZ, 9. Juni 1993, S. N5

[3] Dieses Gefühl muß – wie ein Mythos – nicht „wahr", d.h. sachlich begründet sein; es genügt, daß es wirksam ist.

[4] nach Jürgen Hatzenbichlers Manuskript „Querdenker".

[5] Armin Mohler, Dieter Stein: Im Gespräch mit Alain de Benoist. Freiburg 1993, S. 13f.

[6] Christoph Schütte: Homelands für alle? Multikulti von rechts, in: Vorgänge, 10/1992, S. 88-92, S. 91

[7] Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1979, S. 27

[8] Carl Schmitt: ebd.

[9] Carl Schmitt: Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923-1939 (1. Aufl. 1940), Berlin 1994 (3. Aufl.), S. 80

[10] Pierre Krebs: Die europäische Wiedergeburt. Aufruf zur Selbstbesinnung, Tübingen, 1982. Pierre Krebs: Der organische Staat als Alternative in Evolas Vorstellung, Nietzsches Projekt und Saint-Exupérys Botschaft, in: Pierre Krebs [Hrsg.]: Das unvergängliche Erbe. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit, Tübingen, 1981

[11] Stefan Ulbrich [Hrsg.]: Multikultopia. Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft, Vilsbiburg, 1991

[12] Peter Bahn: Multikulturelle Gesellschaft, in: *wir selbst*, 2/91, S. 43

[13] vgl. Panajotis Kondylis: Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne, Weinheim, 1991, S.78 und S. 174f.

[14] C. Schmitt: Der Begriff des Politischen, s.o., S. 95

[15] Was den Zusammenhang von Gleichheit, demokratischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft betrifft, vgl. auch Robert Hepp: Different, but equal. Aristotelisches zur Demokratie im Übergang vom DNS zur MKG, in: Volker Beismann, Markus Josef Klein [Hrsg.]: Politische Lageanalyse. Festschrift für Hans-Joachim Arndt zum 70. Geburtstag am 15. Januar 1993, Bruchsaal, 1993

[16] Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 1926, Berlin, [7]1991

[17] ders.: Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland, in: Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923-1939 (1. Aufl. 1940), Berlin [3]1994, S. 213. Der bedeutende Schmitt-Forscher Heinrich Maier hat die Implikationen dieses Satzes in großer Deutlichkeit herausgearbeitet: *Theologisch* besagt er... soviel wie *Der Gehorsam verlangende Gott ist der Herr des Ganzen, der Welt und der Geschichte. Historisch* antwortet er auf die Herausforderung einer Zeit, in der nichts moderner ist als der Kampf gegen das Politische. *Polemisch* tritt er der liberalen ‚Kulturphilosophie' entgegen, die dem Politischen bestenfalls ein ‚eigenes Gebiet' im weiten Feld ihrer autonomen ‚Kulturprovinzen' zugesteht. *Moralisch* setzt er die Härte der Inanspruchnahme gegen die ‚Illusion', die Menschen könnten dem Politischen entrinnen, und die Wahrhaftigkeit gegen den ‚Betrug' desjenigen, der unter der ‚Maske', hinter der ‚Fassade' des Unpolitischen seine politischen Absichten betreibt... *Strategisch* hat er den Vorzug, Gläubigen wie Ungläubigen die Unausweichlichkeit eines Entweder-Oder auf Leben und Tod vor Augen zu führen und eine breite Front für die ‚Bejahung der Feindschaft' und gegen den Verlust des Lebensernstes aufzubauen. *Anthropologisch* schließlich bedeutet er dasselbe wie *Der Mensch kann politisch ganz erfaßt werden.*" (Heinrich Maier: Die Lehre Carl Schmitts. Vier Kapitel zur Unterscheidung Politischer Theologie und Politischer Philosophie, Stuttgart, Weimar, 1994, S. 122f.)

[18] Alain de Benoist: Demokratie: Das Problem, Tübingen-Zürich-Paris, 1986, S.120

[19] Charles Champetier: Multikulturalismus – Die Macht des Unterschieds, in: wir selbst 3-4/98, S. 32

[20] ebd., S. 41

[21] Josef Schüßlburner: Europa als Reichsersatzideologie, in: Staatsbriefe, 7/1996

[22] Ernst Niekisch: Entscheidung. Berlin, 1930

[23] C. Schmitt: Der Begriff des Politischen, s.o., S. 53

[24] Auch das ethnopluralistische Europakonzept mit einer reichischen Metaphysik als Hülle und einem kulturzentrierten Regionalismus kann nur als ein Ausweichen vor der eigentlich politischen Fragestellung interpretiert werden. Der sicherlich als Vorbild dienende, jetzt schon praktizierte Regionalismus mit relativer Autonomie (z. B. bei den Katalanen, Basken, Südtirolern, Bretonen, usw.), die aber erst unter großen Anstrengungen erreicht wurde, funktioniert ja nur deshalb, weil nach wie vor der Nationalstaat die eigentlichen Souveränitätsfunktionen (Außen- und Finanzpolitik, Verteidigung, etc.) ausübt. Die Frage also: wer herrscht? bleibt unbeantwortet. Entweder entwickelt sich das neue Europa zu einem echten Bundesstaat, der aufgrund zu erwartender zentrifugaler Tendenzen die Bedeutung der Regionen minimiert, oder es versinkt wegen der unklaren Herrschaftsstrukturen wie das alte Deutsche Reich in einem Chaos.

Winfried Knörzer

# Ethnopluralismus ohne Ethnos

## Kritik des Eichbergschen Konzepts der „Volklichkeit"

*Aufklärerisches Denken will gegen Vorurteile ankämpfen. Henning Eichberg hat sich durch seine in den siebziger Jahren erworbenen Verdienste bei der theoretischen Vertiefung des Befreiungsnationalismus den Ruf erworben, ein ethnopluralistischer Theoretiker zu sein. Dieser Ruf gründet auf einem Vorurteil.*

Der Begriff „Ethnos" bedeutet Volk. Die meisten Menschen haben eine klare Vorstellung von dem Begriffsinhalt des Wortes „Volk". Wenn Eichberg diesen Begriff, der für sein Denken immerhin von zentraler Bedeutung ist, gebraucht, wird er angreifbar und nebulös. Was den Begriff des Volkes selbst betrifft, so kann er nur die Frage stellen „wer ist das Volk"[1], ohne sie aber zu beantworten. Eine solche „Fehlleistung" kann bei einem wachen und kritischen Kopf nicht einfach auf bloße Nachlässigkeit zurückgeführt werden, sondern muß tiefere Ursachen haben.

### „Volk" im Spannungsfeld der Begriffe

Jeder politische Begriff impliziert einen Gegenbegriff. Wer „Volk" sagt, negiert durch diese Position eine entsprechende Gegenposition. Bezugnehmend auf Max Hildebert Boehms[2] richtungsweisendes Werk „Das eigenständige Volk"[3] lassen sich vier korrelierende Begriffe festmachen: Rasse, Gesellschaft, Staat, das Volk in der Beziehung zu anderen Völkern. Da die Beziehung von *Rasse und Volk* auch in den damaligen Zeiten, die der Erörterung derartiger Fragen wesentlich günstiger waren, keine Klärung erfuhr, und da heute ernstzunehmende rassekundliche Untersuchungen fehlen, soll dieser Aspekt unberücksichtigt bleiben. In *sozialer* Hinsicht beinhaltet der Begriff „Volk" den Gegensatz von (einfachem) Volk zur (besseren) Gesellschaft, von breiter Masse zur Elite, Oberschicht, von der Gesamtheit des dritten Standes zu den beiden privilegierten oberen Ständen von Klerus und Aristokratie. In der *Beziehung zum Staat* wendet sich der Primat des Volkes gegen etatistische Tendenzen, durch die das Volk in seiner Eigenständigkeit negiert wird, entweder indem es obrigkeitsstaatlich zu bloßen Untertanen, zum Objekt staatlicher Regulierungen herabgewürdigt wird oder in liberalistischer Hinsicht nur als Summe von Individuen begriffen wird, die sich gegenüber dem Staat den Freiraum staatlich unantastbarer Menschenrechte verschaffen. In diesen etatistischen Zusammenhang gehört auch die Kritik an unifizierenden und zentralisierenden Maßnahmen, durch die nach einem einheitlichen Schema abstrakter Prinzipien von der Hauptstadt aus das ganze Land beherrscht und alle regionalen und stammesmäßigen Besonderheiten zerstört werden. Schließlich muß noch die Beziehung von Völkern untereinander erwähnt werden, die dem „Gesetz der Grenze"[4] untersteht. Demgegenüber stellt Boehm den Begriff des eigenständigen Volkes:

> „Wir meinen jetzt das Volk als ein eigenständiges Wesen ... Hier bedeutet Volk einen im weitesten Sinne geistigen Zusammenhang. Zwischen den Menschen, die zum Volk in diesem Sinn gehören, wird damit eine relative Artähnlichkeit gestiftet, die sie namentlich nach außen hin als ‚Gattung' sichtbar macht. [...] Volk ... verwirklicht sich in einer gemeinschaftlichen Kulturaussonderung, die wir Volkstum nennen, dieses Volkstum wird von einem gemeinschaftlichen und arteigenen Geist getragen, für dessen inbildliches Maß und Ziel die Bezeichnung Volkheit vorgeschlagen worden ist. Durch dieses Volkstum und den Geist dieser Volkheit entsteht dann zumindest zielbildlich eine Volksgemeinschaft, die ihre eigene gesellschaftliche Form aus sich heraus treibt. Zugleich verwirklicht sie sich in Sitte und Recht und prägt dem einzelnen Volksgenossen eine bestimmte Haltung auf, die in völkischem Sinn auf Blut und Art hält ... und sich in einem Ethos überhöht, das wir volklich nennen können."[5]

*Buchveröffentlichungen Eichbergs zum Thema Volk*









*Eichberg irrt, wenn er meint, das „Volkliche" komme ohne ein Feindbild aus.*



*N.F.S. Grundtvig*

*Die Grundtvigsche folkelighed ist irgend etwas, aber mit „Volklichem" hat es nichts zu tun.*

*Im übrigen scheint das dänische Idyll der folkelighed sowieso der Vergangenheit anzugehören.*

Diese etwas umständliche Definition möchte ich folgendermaßen zu einer etwas präziseren Formel zusammenfassen: Volk ist eine sich selbst als Einheit begreifende Gemeinschaft von Menschen gemeinsamer Abstammung, gemeinsamer kultureller Praktiken (Sprache, Sitten) und gemeinsam durchlebter Geschichte.

**Das „Volkliche" ist keine konfliktfreie Sphäre**

Die wohl erhellendste Darlegung von Eichbergs Ideal des Volklichen findet sich im *wir selbst*-Aufsatz „Volk, folk und Feind"[6]. Dieses Konzept wurde im 19. Jahrhundert in Dänemark[7] entwickelt.

> „In den 1820er Jahren begann unter dänischen Bauern eine religiöse Erweckungsbewegung. [...] ‚Volklichkeit' verband dabei den Klassenkampf – der bäuerlichen Mehrheit gegen den Adel und die städtische Bourgeoisie – mit der nationalen Frage: Wer sind wir Dänen und wie werden wir Herr im eigenen Haus? Denn Adel und hauptstädtisches Bürgertum waren vielfach deutscher Herkunft und deutschsprachig. [...] Theoretischen, literarischen und kulturellen Ausdruck erfuhr die volkliche Bewegung durch den Dichter und Theologen N. F. S. Grundtvig. Dieser originelle Querkopf begründete – vom Herderschen Volksbegriff ausgehend – den Begriff *der folkelighed:*
> Zum Volk gehören *alle, die sich selbst* dazu zählen. Volklichkeit kennt also keine Exklusivität, weder nach innen noch nach außen. Das Volk muß von unten, von der Gleichheit aller her gedacht werden. *Folkelighed ist folkelighed,* Volks-Gleichheit.
> Volklichkeit basiert auf der Freiheit des Geistes und der Meinungsäußerung..."[8]

Wie man diesem Zitat entnehmen kann, besitzen die Ursprünge des Volklichkeitskonzeptes durchaus eine politische Stoßrichtung, da sie – entgegen der Verklärung des angeblich feindlosen dänischen Denkens – einen realen Feind benennen: die fremdvölkisch geprägte Oberschicht. Die gewaltfreie Form der damaligen Auseinandersetzungen mindert nicht die politische Wesenhaftigkeit des Konfliktes. Nicht die Art und Weise des Konfliktausdrucks ist das Entscheidende, sondern die Erkenntnis des wesenhaften Unterschiedes der Konfliktgegner. „Der Kern des Politischen ist nicht Feindschaft schlechthin, sondern die *Unterscheidung* [Hervorhebung W. K.] von Freund und Feind."[9] Der Feind ist der Andere, Nicht-Ich, der mich in meiner eigenen Art Sein negiert. Das Politische ist nichts anderes als die Negation dieser Negation. Eichberg bewegte sich selbst in seiner Phase als nationalrevolutionärer Theoretiker der siebziger Jahre in einem ähnlichen Denkhorizont, wobei er sich von Schmitt nur durch die damals aktuelle hegelianische Terminologie von Identität und Entfremdung unterschied.

> „Identität konstituiert sich zugleich aufgrund von Unterscheidung, von Einsicht in das andere, das Fremde und seine Eigentümlichkeit. Was aber ist das ‚andere'? Welchen Gesetzen folgt unser Verhalten, uns kollektiv zu unterscheiden und in dieser Unterscheidung – allen Prophezeiungen über den Weg zur ‚Einen Welt' zum Trotz – ein Gegengewicht zur Entfremdung zu erleben?"[10]

**Was ist das Gemeinsame, das Menschen zu einem Volk macht?**

Das Ineinandergreifen sozialer und ethnischer Faktoren bei der Etablierung des Volklichen als Politikum beschränkt sich keineswegs auf Dänemark, sondern scheint für dieses historische Phänomen konstitutiv zu sein. Zu Beginn der französischen Revolution trachtete der dritte Stand danach, die beiden oberen Stände vollständig zu delegitimieren. Darum konnte es nicht ausreichen, nur die sozialen Privilegien anzugreifen, sondern man versuchte darüber hinaus, den Adel als unfranzösisch aus der Volksgemeinschaft auszuschließen und sich selbst als das Volk schlechthin zu setzen. Die Angehörigen des Adels wurden als Nachkommen der germanischen Eroberer Galliens bestimmt, die als fremde Herrenrasse das eigentliche Volk unterjocht und in den Status des dritten Standes herabgewürdigt hätten. Auch in Deutschland entwickelt sich im 18. Jahrhundert das Nationalbewußtsein der bewußt Deutschen bürgerlichen „Kultur" in der Abgrenzung von der französisch geprägten höfischen „Zivilisation". Wer sich selbst also in dieser Weise als „Volk" begreift, schließt damit immer einen zu bekämpfenden spezifischen Anderen aus dem Raum des „Volklichen", den man selbst bewohnt, aus. Eichberg irrt also, wenn er meint, das „Volkliche" komme ohne ein Feindbild aus.

Wenn Eichberg, wie ich annehme, auf die Diskussion in der BRD Einfluß nehmen will, muß sein aus der dänischen Welt gewonnenes Konstrukt des „Volklichen" mit dem hiesigen Erfahrungshorizont kompatibel sein. Will man nicht einer babylonischen Sprachverwirrung anheimfallen, darf dieser Begriff nicht etwas grundsätzlich anderes besagen, als was ein gebildeter Deutscher Sprecher mit dem Paradigma „Volk", zu dem eben Worte wie volklich, völkisch, volkstümlich, volkhaft, etc. gehören, verknüpft. Wie Boehm erwähnt, kommt der Ausdruck „volklich" schon bei Jahn und E. M. Arndt vor[11], ist also keineswegs ein neuer Terminus, der mit einem beliebigen Gehalt ausgefüllt werden kann. Die drei Charakteristika der Grundtvigschen[12] *folkelighed*, Selbstermächtigung, Gleichheit und Freiheit entsprechen in keiner Weise dem, was man in Deutschland unter „Volklichem" selbst bei großzügiger Auslegung verstehen könnte. Diese *folkelighed* ist irgend etwas, aber mit „Volklichem" hat es nichts zu tun. Freiheit des Geistes und der Meinungsäußerung ist ein hohes Gut und wird von

jedem befürwortet. Sie gehört aber traditionellerweise in den Kanon der Bürgerrechte und wurde bislang so wenig mit irgend etwas „Volkhaften“ in Verbindung gebracht wie die Relativitätstheorie oder das Schreiben von Sonetten. Die Aufforderung, das Volk von unten her zu denken, verweist auf den demotischen, also antielitären und antietatistischen Volksbegriff, was immerhin mal eine klare Stellungnahme wäre, wenn sie nicht wieder durch das problematische Gleichheitspostulat verwirrt würde. Eine eventuell intendierte Befürwortung rechtlicher oder ökonomischer Gleichstellung gehört ebensowenig zum Komplex des „Volklichen“ wie die Forderung nach Freiheit, da vorweg geklärt sein muß, wer zum Rechtssubjekt Volk gehört, um in den Genuß derartiger Gleichstellungsmaßnahmen kommen zu können. Die Zugehörigkeit zu einem Volk bedeutet die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Wenn Menschen etwas gemeinsam haben, dann sind sie in dieser Hinsicht gleich. Das folgt aus der Logik des Begriffes und ist eine Tautologie, aus der nichts gewonnen wird. Die zentrale Frage nach der *Substanz* der Gleichheit, also was das Gemeinsame ist, das ein Volk zu einem Volk macht, wird nicht einmal gestellt. Ist es die Blutsverwandtschaft, die gemeinsame Sprache, der Wille? Über all das läßt sich diskutieren, aber nicht über einen substanzlosen Wortschemen, der nur suggeriert, ein Begriff zu sein.

## Das „Volkliche“ – Chiffre einer Sehnsucht nach dem Ursprünglichen

Vollends grotesk wird es aber, wenn man behauptet, zum Volk gehören alle, die sich selbst dazu zählen. Man kann sich selbst durchaus in die Gruppen der guten Liebhaber, der Revolutionäre oder der Künstler einreihen, da es bei diesen abstrakten Gruppen keine Instanz gibt, die über ein derartiges Ansinnen urteilen und gegebenenfalls einen Aufnahmeantrag bearbeiten könnte. Man kann aber schon nicht sich als Mitglied des FC Bayern München ausgeben, ohne einen entsprechenden Mitgliedsausweis in der Tasche zu haben. Selbst die eifrigsten Befürworter einer möglichst umstandslosen Einbürgerung von Ausländern[13] knüpfen gewisse Mindestanforderungen – was man auch immer von diesen halten mag – an einen solchen Vorgang, wie etwa das hierzulande Geborensein, gewisse Sprachkenntnisse, eine bestimmte Aufenthaltsdauer, usw. Daß irgendein beliebiger Mensch auf der Welt, ein malayischer Tabakhändler oder ein indianischer Medizinmann, als Deutscher anerkannt werden sollte, nur weil er ausruft „Ich bin ein Deutscher“, hat man noch nirgendwo gehört. Im übrigen scheint das dänische Idyll der *folkelighed* sowieso der Vergangenheit anzugehören. Der grüne Linksnationalist Rolf Stolz berichtet in Heft 49 von „Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu *Das Parlament*“[14]:

„Skandinavische Länder stellen nach einem Jahr die Zahlung von Sozialhilfe ein, wenn keine ernsthaften Bemühungen beim Erlernen der Landessprache feststellbar sind. Obwohl in Dänemark nur 4,5 Prozent Ausländer leben ..., verschärft die sozialliberale Regierung Maßnahmen gegen Illegale und Sozialmißbrauch. In dem ... 1998 verabschiedeten neuen Ausländergesetz wird festgelegt, daß Zuwandererfamilien rund 525 DM weniger an Sozialhilfe erhalten als vergleichbare dänische Familien. Wer an den vorgeschriebenen Sprachkursen nicht teilnimmt oder Arbeitsangebote ablehnt, erhält weitere 20 Prozent gekürzt. [...] Nach Abschluß des Asylverfahrens ... erhalten nur diejenigen eine unbeschränkte Aufenthaltserlaubnis, die befriedigende Sprachkenntnisse, eine Rückzahlung aller Schulden an öffentliche Kassen und eine ‚weiße Weste‘ nachweisen können.“

Mit großer Wahrscheinlichkeit meint Eichberg *mit folkelighed* eh etwas anderes, als der Deutsche Ausdruck „volklich“ bedeutet. „Volklich“ ist das Adjektiv zum Substantiv „Volk“, so wie „herrschaftlich“ und „heimatlich“ die Adjektivbildungen zu Herrschaft und Heimat sind. Es bezeichnet die wesensmäßige Seinsweise eines Volkes. Volk ist aber immer ein bestimmtes Volk: russisches Volk, baskisches Volk, usw. Volklichkeit in Bezug auf das Deutsche, „deutsch“, bezeichnet also das echte,



DIE TÜRKEN NEBEN UNS, DAS SIND JA AUSLÄNDER – ABER DIE HABEN SOGAR SCHON EINEN WELLENSITTICH – FAST WIE RICHTIGE DEUTSCHE!

wahrhafte Deutschsein. Die spezifische Ausprägung des naheliegenden Gegensatzbegriffes „unvolklich“ ist „undeutsch“. „Undeutsch“ verhält man sich beispielsweise durch die fortgesetzte Verwendung von Anglizismen, wie dies etwa in den Kreisen der Werbe- und Marketingleute üblich geworden ist. Lesen wir noch einmal genauer den betreffenden Satz des obigen Zitates: „Zum Volk gehören *alle, die sich selbst* dazu zählen.“ Würde man „volklich“ im Sinne des deutschen Sprachgebrauchs verstehen, müßte er lauten: „Zu *einem* Volk gehören alle ...“ Es wird hier gar nicht auf das „Volkliche“ als Eigenschaft eines Volkes abgezielt, sondern vielmehr auf sozusagen etwas „Volkhaftes an sich“, einen konnotativen Zusammenhang, den Begriffe wie „Volkskultur“ (die kulturellen Hervorbringungen des „einfachen“ Volkes) im Gegensatz zur Hochkultur oder „Volkslied“ im Gegensatz zum „Kunstlied“ umreißen. Da es beispielsweise beim Volkslied unabhängig vom

*Die zentrale Frage nach der Substanz der Gleichheit, also was das Gemeinsame ist, das ein Volk zu einem Volk macht, wird nicht einmal gestellt. Ist es die Blutsverwandtschaft, die gemeinsame Sprache, der Wille?*

*Eichberg will nicht das „Volkliche" des eigenen Volkes gegenüber der Entfremdung durch den Zustrom der Fremden schützen, sondern nur den Zugang zur spirituellen Kraft einer archaischen Substanz offenhalten, den man aber, wenn man nur will, bei jedem beliebigen Volk finden kann.*

jeweiligen Volkstum, dem es entstammt, bestimmte allgemeine Charakteristika (mündliche Überlieferung, einfacher Aufbau, eingängige Melodik, etc.) gibt, kann in dieser Hinsicht „volklich" durchaus als Allgemeinbegriff gelten. Dadurch aber verflüchtigt sich die Bezugnahme auf das „Volkliche" zu einer bloßen *Gestimmtheit,* zu einer *Befindlichkeit,* die eigentlich nicht mehr enthält als eine vage Sympathie für das Einfache, Ursprüngliche, Chtonische. So wie es Benoist bei seiner Metapolitik der Differenz nicht um die Bewahrung des Eigenen im Unterschied zum Fremden, sondern um die Bewahrung des Unterschiedlichen an sich geht, so will auch Eichberg nicht das „Volkliche" des eigenen Volkes gegenüber der Entfremdung durch den Zustrom der Fremden schützen, sondern nur den *Zugang zur spirituellen Kraft einer archaischen Substanz offenhalten,* den man aber, wenn man nur will, bei jedem beliebigen Volk finden kann. Andere Leute suchen ihn mit geringerem theoretischen Aufwand bei indianischen Schwitzhüttenfesten und tantristischer Reflexzonenmassage. In beiden Fällen findet ein Prozeß der Abstrahierung statt. Aber auch für diese hat Eichberg Verständnis:

> „Indischer Yoga, chinesischer Tai Chi Chuan, indianischer Schamanismus – kommt hier nicht statt nationalkultureller Identifikation geradewegs das Gegenteil auf uns zu? Werden wir nicht exotisiert und damit erneut unserem Eigenen fremd. [...] Nein. Der Widerspruch, in dem sich das Überleben unserer Identitäten unterscheidet, heißt nicht Reinheit oder Unreinheit... Sondern der Widerspruch tut sich auf zwischen Selbstbehauptung und Kolonisierung. Die chinesischen Weisen kolonisieren uns nicht. Die tibetanische Meditation kann uns nicht unterwerfen. [...] Im Gegenteil – die Indianer enthüllen uns das Gesicht Amerikas und damit unsere eigene Identitätslage."[5]

*Vom wildniserprobten, strapazierfähigen Lappenhabit zum Kunstfaser-Overall aus dem Kaufhaus. Letzterer wärmt zwar nicht so wie die Filzbluse, entspricht aber dem schicken Scooter-Look.*



Wie Indianer uns „unsere eigene Identitätslage" enthüllen sollen, wird wohl ein Eichbergsches Geheimnis bleiben. Überblickt man sein Werk der vergangenen Jahre, dürfte sicherlich damit nicht gemeint sein, daß ihr volkliches Dasein durch hemmungslose Einwanderung zerstört wurde. Wesentlich an diesem Zitat, was auch im weiteren noch näher erörtert werden muß, ist jedoch die Verleugnung der eigentlichen Problematik durch eine unter der Hand erfolgende Verschiebung auf eine andere Fragestellung. Es dreht sich hier ja um das Problem, ob der Import exotischer esoterischer Praktiken die eigene Identität bedrohe.[16] Der problematische Gegensatz ist also der von Eigenem und Fremden, von Identität und Anderssein. Dieser wird von Eichberg ersetzt durch den „Widerspruch zwischen Selbstbehauptung und Kolonisierung". Während der Terminus „Selbstbehauptung" sich noch im semantischen Bereich der Identitätsproblematik bewegt, wird wie über ein Relais durch den Begriff „Kolonisierung" auf ein anderes argumentatives Gleis übergeleitet, was es ermöglicht, den Bereich der ursprünglichen Frage umstandslos zu verlassen. Kolonisieren bedeutet ja, ein Land durch militärische, politische oder wirtschaftliche Macht zu besetzten. Das tun chinesische Weise natürlich nicht. Das spricht für chinesische Weise, ist aber in diesem Zusammenhang völlig uninteressant, denn die eigene Identität kann man ja auch ohne gewaltsame Einflußnahme des Anderen verlieren.

Zurück zum Prozeß der Abstrahierung. Während sich Benoist mit der Herausschälung der distinktiven Relation zufriedengibt, reduziert Eichberg die konkreten realen Völker auf das abstrakte Prinzip des „Volklichen", das ihm dann als Projektionsfläche für seine Sehnsucht nach einem Archaisch-Natürlichen dient. Das Volk ist „die gelebte Unordnung"[17] „Das Volk hat Körper, ist Körper. Das Volk tanzt."[18] Im heutigen Zeitalter der „demokratischen Massengesellschaft" (Panajotis Kondylis) hat der Gegensatz von Volk und Elite seine frühere Bedeutung völlig eingebüßt und wird auch von Eichberg nicht mehr in größerem Umfang thematisiert. Der heute noch bestehende Gegensatz von Volk und Staat wird von ihm zwar noch benannt, aber eben auch nur noch als Abstraktum, seiner konkreten politischen Brisanz völlig entkleidet – nicht mehr in der Form der Analyse realer Volkstumskämpfe (der Bretonen, Iren, Basken, Südtiroler), wie er sie in seinem Buch „Nationale Identität" von 1978 vorgenommen hatte. Was ihn an diesem Gegensatz allein noch interessiert, ist, wie sich die disziplinierenden und regulierenden „Dispositive der Macht" (Michel Foucault) in den Körper des Volkes einschreiben. *Volk ist für ihn Symbol für einen Zustand vor aller Normierung und kulturellen Formierung,*[19] also etwas, das vielleicht am ehesten dem Freudschen „Es" vergleichbar wäre. Daher auch sein Faible für Es-artige Phänomene wie die Sagengestalt des Rübezahl, für Hexen im besonderen und das Matriarchalische im allgemeinen. In gleicher Weise ist für ihn nationale Identität etwas Prozeßhaftes, Nicht-Abgeschlossenes, das sich in einer permanenten Selbstbefragung „Wer sind wir?" und nicht in einer autoritativen, endgültigen Fest-Stellung „Deutsch ist ..."[20] äußert. Diese Offenheit und Formlosigkeit des Begriffskomplexes „Volk, volklich" soll eine Stimmung evozieren, die es ermöglicht, alles Positive auf ihn zu projezieren. Hierbei kann die Bezugnahme auf ein konkretes Volk und seine Probleme nur noch störend wirken.

## Eichbergs Abschied vom Politischen

Eichberg hat noch Restbestände einer politischen Orientierung bewahrt und ist darüber hinaus in seinem Denken zu wissenschaftlich-rational, um gänzlich im Raum des Esoterischen zu versinken. Der Begriff des „Volklichen" ist darum für ihn ein Zentralbegriff, weil er erlaubt, eine vage Affinität ans Politische mit der mystischen Sehnsucht nach dem Ursprünglichen zu vereinen. Der Preis für diese abstrahierende Entleerung des Begriffsinhaltes macht den Begriff aber zu einer „substanzlosen Form", einem Topos, der für die politische Romantik typisch ist.

„Die substanzlosen Formen lassen sich zu jedem Inhalt in Beziehung setzen; in der romantischen Anarchie kann jeder sich seine Welt gestalten und jedes Wort und jeden Ton zum Gefäß unendlicher Möglichkeiten erheben .... Er [Novalis, W. K.] glaubt an die Bibel, aber jedes echte Buch ist eine Bibel; an das Genie, aber jeder Mensch ist ein Genie; an den Deutschen, aber Deutsche gibt es überall, die Deutschheit ist für ihn ... nicht auf Staat oder Rasse und nicht einmal auf Deutschland beschränkt; insbesondere die Franzosen sollen durch die Revolution von 1789 eine Portion Deutschheit bekommen haben. [...] In einer allgemeinen Vertauschung und Vermengung der Begriffe, einer ungeheuerlichen Promiskuität der Worte, wird alles erklärlich und unerklärlich, identisch und gegensätzlich, und kann allem alles unterschoben werden."[21]

Gelegentlich tauchen noch Einsprengsel von Einsichten seiner früheren, nationalrevolutionären Phase auf: „Die nationale Frage ist eine Frage des Klassenkampfes"[22] oder: „Ein russischer Panzer in der Hauptstraße ist weniger wirksam gegenüber der Identität des Volkes – d. h. weniger effektiv bei der Kolonisierung des Alltags – als ein Mac Donald's in der Fußgängerzone."[23] Diese Bestimmungen verhallen aber im luftleeren Raum, weil sie nicht in eine wirklich politische Analyse eingebettet werden. Die Gestalt des Feindes verschwimmt im Nebel. Nur dort, wo man den Feind in seiner wahren Gestalt erkannt hat, kann man von einer politischen Haltung sprechen. Das Bedrohtsein durch das Wirken identitätszerstörender Kräfte ist bei Eichberg immer noch spürbar. Während er aber früher Roß und Reiter genannt hat, schweigt er sich heute über ihre konkrete Gestalt aus. In „Nationale Identität" schrieb er in unübertrefflicher Klarheit:

„Die einzige der universalistischen Strömungen, die wohl ohne Ausnahme zur Zerstörung der Ethnien beiträgt, ist der privatkapitalistische Liberalismus. Er hat sich als der effektive Gleichmacher in Europa erwiesen ... Diese Bedrohung hat zwei Seiten: eine strukturelle und eine organisierte, ideologisch bewußte. Zum ersten gehört der Strukturzwang des privatkapitalistischen Systems zur Völkerwanderung der im Profitinteresse des Kapitals emigrierenden Arbeiter. [...] Aber dieser Strukturzwang wird heute ergänzt durch die bewußte Organisation und Ideologisierung der ‚One World' des liberalen Kapitals, nämlich durch die multinationalen Konzerne. [...] Die multinationalen Konzerne sind dabei, die politische Souveränität der Nationen (oder was davon übrig ist) ebenso unter sich zu begraben wie alle kulturellen Differenzierungen."[24]

Eichberg hat sich durch den Verzicht auf die Bestimmung eines Feindes aus dem Gebiet der Politik verabschiedet. Gleichgültig, von welchem Punkt aus man das Gebiet des Politischen betritt, man wird immer mit der Tatsache des Kampfes konfrontiert. Gleichgültig auf welchen Aspekt des Volklichen man Bezug nimmt, man wird immer auf den Kampf stoßen: der Kampf eines Volkes gegen ein anderes, der Kampf des einfachen Volkes gegen die Oberschicht, der Kampf der Völker gegen die Kräfte des Internationalismus (Kapital, Kolonialstaaten). Dagegen sollen in Eichbergs fundamental *anti-politischem* Konstrukt der unio mystica des „Volklichen" alle Gegensätze aufgehoben sein.

*Eichberg hat sich durch den Verzicht auf die Bestimmung eines Feindes aus dem Gebiet der Politik verabschiedet.*

## Was bedeutet „Dialog"?

Die Wirklichkeit mit ihren manifesten Problemen des volklichen Zusammenlebens kann aber nicht gänzlich wegtheoretisiert werden. Man kann Eichberg immerhin nicht vorwerfen, in dieser Hinsicht kein Problembewußtsein zu besitzen. Er verweist völlig zu Recht auf die inneren Widersprüche des Multikulti-Konzeptes:

„Wo das Wort ‚multikulturell' positiv besetzt wird, da wird es zugleich benutzt, um das Kulturelle, das Ethnische und Volkliche abzuwerten und es zum politisch irrelevanten Annex des Lebens zu erklären. Kultur als Volkstanz, als Tracht, als Angebot auf der Speisekarte. Kultur als – wohltoleriertes – Ornament der ‚universalen' Werte und des Individuums schlechthin, als innere Buntheit des Staates und als Randfaktor von Produktion und Konsumtion. Wo hingegen das Wort ‚multikulturell' negativ besetzt wird, da läßt man doch keine Gelegenheit aus, auf ‚die Deutschen' herunterzuhacken, so als seien sie eben doch ein Volk und kulturelles (wenngleich negativ besetztes) Kollektiv."[25]

Dennoch muß bei ihm die totale Absenz genuin politischen Denkens konstatiert werden. Er weigert sich beharrlich, die Multikulturalität als ein politisches Problem zu verstehen. Wenn er als Patentrezept eine „warme Gesellschaft" ausruft, „in der die Liebe zum Anderen mit dem Vertrauen in das Eigene zusammenhängt"[26], dann kann ein solcher Versuch nur als hilflos und wenig durchdacht bezeichnet werden.

*Eichbergs Lösungsformel ist die des* Dialogs. *Diese Formel ist in doppelter Weise falsch: Voraussetzung eines Dialogs ist die Autonomie der Dialogpartner; des weiteren gehört zum Wesen des Dialogs sein Ende sowie die freiwillige Bereitschaft der Beteiligten.*

Seine Lösungsformel ist die des *Dialogs.* Diese Formel ist in doppelter Weise falsch.

Voraussetzung eines Dialogs ist die Autonomie der Dialogpartner: der Eine ist der Eine, der Andere der Andere. Im Verlaufe des Dialogs werden untereinander Zeichen ausgetauscht, aber beide Dialogpartner bleiben dieselben. Auch wenn man sich durchs Gespräch besser kennenlernt und seinen Erfahrungshorizont erweitert, bleibt man in seiner personalen Substanz unverändert. Zum Wesen des Dialogs gehört auch sein Ende. Ein typisches Beispiel eines interkulturellen Dialogs ist die Begegnung von Schülergruppen aus Deutschen und französischen Partnerstädten. Man fährt in die Partnerstadt, macht Besichtigen, spricht miteinander, feiert gemeinsam Feste, fährt dann aber wieder in die Heimatstadt zurück. Diese Möglichkeit der Rückkehr in den angestammten Daseinsbereich eröffnet überhaupt erst den Freiraum für einen gelingenden Dialog. Erst die zeitliche Begrenzung des Dialogs und die Wiederherstellung der räumlichen Trennung nach Ende des Dialogs erlaubt die Begegnung der Dialogpartner als autonome, freie und gleichberechtigte Subjekte und damit die Freiheit der Begegnung als solcher.



*Beispiel Städtepartnerschaft*

Davon kann hinsichtlich der multikulturellen Interaktion nicht die Rede sein. Es gibt keinen multikulturellen Dialog, weil für die multikulturelle Interaktion kein Ende vorgesehen ist. Die permanente Anwesenheit der Anderen im eigenen Lebensraum verändert grundsätzlich die eigene Position. Der Lebensraum, der ursprünglich nur aus Deutschen bestand, setzt sich jetzt aus Deutschen *und* Ausländern zusammen. Bereits dadurch hat sich das Eigene aufgelöst, weil der einen umgebende Lebensraum nicht mehr mit dem Eigenen identifiziert werden kann. Die permanente Anwesenheit der Anderen macht das Eigene zu etwas Anderem.

Wenn man in den Großstädten der BRD nur noch mit Mühe ein Deutsches Restaurant finden kann, so ist „Deutsches Essen" nicht mehr etwas Natürliches, Selbstverständliches, im Bereich des Kulinarischen unmittelbarer Ausdruck der eigenen Identität, sondern Ergebnis einer bewußten Wahl, vor allem aber Auswahl aus einem Angebot gleichwertiger gastronomischer Möglichkeiten. Wer in einer fremden Stadt sich nicht auskennt und Hunger hat,„wird die nächstbeste, einigermaßen vertrauenerweckend aussehende Gaststätte aufsuchen. Im Zweifelsfall wird dies eine Pizzeria oder ein Chinarestaurant sein. Man hat hier, was das Essen betrifft, schon nicht einmal mehr die Möglichkeit, zum Eigenen zurückzukehren. Die Welt ist auf den Kopf gestellt: Die Pizza ist das Normale, der Deutsche Sauerbraten verwandelt sich zu einem exotischen Genuß.

Des weiteren gehört zu einem Dialog auch die freiwillige Bereitschaft. Daran hat weder die eine, noch die andere Seite ein primäres Interesse. Die Ausländer sind nicht ins Land gekommen, um zu kommunizieren. Sie suchen eine gut bezahlte Arbeit und/oder wollen von den Segnungen des Wohlfahrtsstaates profitieren. Dagegen sind die Deutschen gezwungen, einen Dialog anzustreben. Um die Kohärenz ihres gesellschaftlichen Systems zu bewahren, kann es nicht angehen, daß ein Teil der Gesellschaft sich zu einem autonomen, faktisch außerhalb stehenden Subsystem entwickelt. Man will die Ausländer integrieren und sucht deshalb den Dialog. Wer aber um einen Dialog nachsucht, befindet sich von vornherein in einer schlechteren Position als derjenige, der einen Gesprächstermin gewährt. Die Einwanderer sind die Aktiven, die das bestehende System verändern, während die Einheimischen passiv auf diese Veränderungen reagieren müssen.

### Vom Ethnopluralismus zum Multikulturalismus

Wie ich bereits in meinem Aufsatz „Politik der Differenz. Über den Gegensatz von Ethnopluralismus und Nationalismus" festgestellt hatte, ist das durch die Einwanderung erzwungene multikulturelle Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppen innerhalb eines einzigen Territoriums etwas völlig anderes als das, was der Ethnopluralismus ursprünglich angestrebt hat. Ethnopluralismus ist eine politische Bewegung/Theorie, die auf die Bewahrung der unterschiedlichen Kulturen der Völker in ihren angestammten Lebensräumen abzielt. Multikulturalismus ist im Prinzip das Gegenteil des Ethnopluralismus, da er eine Vielzahl ethnischer Subsysteme innerhalb des Lebensraums eines ursprünglich autochtonen Volkes anstrebt und damit die Auflösung der autochtonen Kultur billigend in Kauf nimmt. Wenn aber zwei ehemalige ethnopluralistische Vordenker (Eichberg, Benoist) sich zu Propagandisten der multikulturellen Gesellschaft

wandeln konnten (Eichberg: „Die multikulturelle Gesellschaft ist eine humane Aufgabe ersten Ranges"[27]), so kann der Unterschied doch kein prinzipieller sein. Die These von der *Gleichwertigkeit der Kulturen* ist das Relais, das den ethnopluralistischen Diskurs in den multikulturellen umschaltet. Für den ethnopluralitischen Theoretiker ist auch das eigene Volk *nichts Besonderes*. Darum interessiert Eichberg auch das Schicksal der Deutschen in Deutschland (oder der Dänen in Dänemark) nicht mehr und auf andere Weise als das Schicksal der Türken in Deutschland. „Volkliches" im Eichbergschen Sinne als etwas rousseauistisch-archaisch Natürliches gibt es überall. Als Theoretiker konstatiert er das Vorhandensein und genießt er die Anschauung der Manifestation des „Volklichen", unabhängig davon, an welchem Ort und in welcher Weise es sich zeigt. Was ihn am „Volklichen" interessiert, ist das bewußtlose Treiben kreatürlicher Ursprünglichkeit - fern aller politischen Kämpfe und staatlicher Normierungen. Ein wirkliches Volk aber will seine eigene Identität bewahren und selbst über sein Schicksal bestimmen. Eichbergs *Ethnopazifismus* kennt solche wirklichen Völker nicht. Die Bestimmung eines sich selbst bewußt werdenden Volkes ist es, sich zur Nation zu formen, indem es sich einen Staat gibt. Seine Identität kann ein Volk nur im Modus des Politischen bewahren. Das Feld der politischen Auseinandersetzung ist Eichberg fremd geworden. Er will sie durch die Dekretierung des ewigen Gesprächs suspendieren. Mystisches Raunen ist freilich noch nicht einmal ein Gespräch. Wer vom Politischen nicht reden will, soll von den Völkern schweigen.

[1] Henning Eichberg: Die Geschichte macht Sprünge. Fragen und Fragmente, Koblenz 1996, S.184
[2] Seiner ebenso selektiven wie kenntnisreichen, dabei aber immer vorurteilshaft-ablehnenden Lektüre der Konservativen Revolution ist dieser bedeutende und bei Mohler auch ausführlich behandelte Autor (Armin Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932, Darmstadt [3]1989, S. 406f.) offensichtlich entgangen, (vgl. H. Eichberg in: Der Unsinn der „Konservativen Revolution". Über Ideengeschichte, Nationalismus und Habitus, *wir selbst* 1/1996), was umso befremdender erscheinen muß, da Boehm nicht nur Eichbergs antietatistische Grundhaltung teilt und daher in gewissem Sinne als dessen Vorläufer gelten kann, sondern auch, da er des öfteren auf Eichbergs großes Vorbild, den dänischen Theologen und Pädagogen Grundtvig zustimmend hinweist.
[3] Max Hildebert Boehm: Das eigenständige Volk, Göttingen 1932
[4] M.H. Boehm, s.o., S. 14
[5] M. H. Boehm, s.o., S. 38
[6] Henning Eichberg: Volk, folk und Feind. Grenzüberschreitungen und ein umstrittene politische Biographie, *wir selbst* 1/1998, S. 24-53
[7] Eichberg lebt seit 1982 in Dänemark. Aufgrund der freundlichen Aufnahme in seinem Gastland und den vorangegangenen unerfreulichen Erfahrungen in der BRD, wo er von Linken und Rechten gleichermaßen angefeindet wurde, ist seine Identifikation mit der politischen Mythologie Dänemarks überaus nachvollziehbar.
[8] H. Eichberg: Volk, folk und Feind, s.o., S. 28f
[9] Carl Schmitt: Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen. Berlin 1963/4. Aufl. 1995, S. 93
[10] Henning Eichberg: Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München/Wien 1978, S. 7
[11] M.H. Boehm, s.o. S. 326
[12] Ob Eichberg Grundtvig korrekt wiedergibt, tut hier nichts zur Sache, da es in diesem Kontext nur darauf ankommt, was Eichberg als Modell anzubieten hat.
[13] Die an sich dringend gebotene Unterscheidung von Staatsangehörigkeit und Volkszugehörigkeit möchte ich an dieser Stelle ausklammern, um die Sachlage nicht zu komplizieren.
[14] zit. nach Arnulf Baring: Realismus oder Rassismus? Aus politischen Zeitschriften: Wirren der deutschen Ausländerpolitik. FAZ 30. Dezember 1998, S. 30
[15] H. Eichberg: Die Geschichte ..., s.o., S. 216f.
[16] Aufgrund der Marginalität dieser Einflüsse liegt faktisch kein ernstzunehmendes Problem vor. Zur Diskussion steht aber an dieser Stelle sowieso nicht die Bedeutung dieser Phänomene als vielmehr die Kritik an Eichbergs Argumentationsweise.
[17] H. Eichberg: Die Geschichte ..., s.o., S.24
[18] H. Eichberg: Die Geschichte ..., s.o., S. 28
[19] Ein solches Konstrukt ist keine Eichbergsche Erfindung. Bereits Boehm hat dieses Spezifische des Rousseauschen „Zurück zur Natur" in Gestalt einer Romantisierung des „Volkhaften" beschrieben: „Der Sprachgebrauch versteht es, wenn der Fürst, der Dichter, der reiche Mann das Bedürfnis verspürt, sich unter das ‚Volk' zu mischen, oder wenn der Großstädter... auf seiner Reise im Sommer bei einer Begegnung mit dem Hirten im Gebirge oder dem Fischer an der See mit Neid und Wehmut ahnt, was eigentlich ‚Volk' ist. Doch ist das im Grunde ein Volksbegriff, der keine Mehrzahl verträgt. Die Sehnsucht gilt dem Volkhaften als solchem." (M. H. Boehm, s.o., S. 37f.)
[20] H. Eichberg: Die Geschichte ..., s.o., S. 81f
[21] Carl Schmitt: Politische Romantik, 5. Aufl. (nach der 1925 erschienen 2. Aufl.), Berlin 1991, S.112f.
[22] H. Eichberg: Die Geschichte ..., s.o., S. 166
[23] H. Eichberg: Die Geschichte ..., s.o., S. 162
[24] H. Eichberg: Nationale Identität ..., s.o., S. 31f.
[25] Henning Eichberg: Das gute Volk. Über multikulturelles Miteinander, in dieser *wir selbst*-Ausgabe, S.122-130
[26] Henning Eichberg: Das gute Volk, S.129
[27] H. Eichberg: Das gute Volk, S.126

**Dr. Winfried Knörzer,**
geboren 1958 in Leipzig, studierte in Tübingen Philosophie, Germanistik, Medienwissenschaften, Japanologie und promovierte über ein Thema aus der Geschichte der Psychoanalyse. Berufliche Tätigkeiten: Verlagslektor, EDV-Fachmann. Seit Anfang der neunziger Jahre engagiert sich der frühere Trotzkist auch publizistisch. Des weiteren ist Knörzer Mitorganisator der Freien Deutschen Sommerakademie.

**Anmerkung der Redaktion: Eine Fortsetzung der Debatte zum Thema Ethnopluralismus ist erwünscht.**

*Was Eichberg am „Volklichen" interessiert, ist das bewußtlose Treiben kreatürlicher Ursprünglichkeit - fern aller politischen Kämpfe und staatlicher Normierungen.*

*Wer vom Politischen nicht reden will, soll von den Völkern schweigen.*



# Ethnopluralismus und Regionalismus

**Friesland I**

Vor 500 Jahren entstand die Provinz Friesland und wurde durch den Statthalter Albrecht von Sachsen unter zentrale Verwaltung gestellt. Dieses geschichtliche Datum wurde nun überall in Friesland (in den Niederlanden) mit dem üblichen Trara gefeiert. Gleichwohl ... nicht jeder beteiligte sich an dem Fest des 500. Jahrestages des Endes der Friesischen Freiheit. Bei einer Menge Friesen hing am sog. „Großen Flaggentag" denn auch die Flagge auf halbmast. Und auf einer der offiziellen Festveranstaltungen gab es sogar eine Bombendrohung.




Nach einer Untersuchung des „Leeuwarder Courant" sollen 2 Prozent der Friesen (das wären ungefähr 12.000) für die Unabhängigkeit sein. Diese Zahl erscheint auf den ersten Blick als ziemlich marginal, aber die „Fryske Nationale Partij" (FNP), eine leidenschaftliche Verfechterin der friesischen Identität und Vorkämpferin für mehr Autonomie, sieht ihren Anhang beständig wachsen. Bei der Provinzialwahl im März 1998 konnte sie ihren Stimmenanteil von 6,4 auf 8,4 Prozent verbessern und mit 21.321 Stimmen vier Sitze im Provinzialparlament von Friesland erringen. Wachsende Anhängerschaft kann übrigens auch „Nieuw FoArum" verzeichnen, das eine größere Selbständigkeit für den ganzen Norden der Niederlande (Fryslan, Drente und Groningen) anstrebt – in Analogie mit Schottland und Wales ein eigenes nördliches Parlament, das soviel Befugnisse wie möglich von Den Haag übernimmt.

**Friesland II**

Kaum irgendwo in Europa gibt es eine solche sprachliche Vielfalt wie im „Sprachenland Nordfriesland". Auf engstem Raum finden sich nebeneinander: Hoch- und Niederdeutsch, Hoch- und Plattdänisch sowie Friesisch. Friesisch ist kein deutscher oder dänischer Dialekt, sondern eine eigenständige Sprache. Es gehört wie Englisch, Niederländisch, Hoch- und Niederdeutsch zur westgermanischen Sprachengruppe. Die Sprache gliedert sich in einen nord-, einen ost- und einen westfriesischen Zweig; eine einheitliche Leitform gibt es nicht. Das Ostfriesische ist im eigentlichen Kernland ausgestorben und wird nur noch im oldenburgischen Saterland von knapp 2000 Menschen beherrscht. Demgegenüber zählt die westfriesische Sprachgemeinschaft in der niederländischen Provinz Friesland etwa 400.000 Sprecher.

Die Nordfriesen sind zahlenmäßig eine Minderheit im eigenen Land. Von den etwa 160.000 Einwohnern des 1970 gebildeten Kreises Nordfriesland wird sich schätzungsweise ein Drittel als Friesen bezeichnen. Erheblich kleiner ist die Zahl der Nordfriesen mit friesischer Muttersprache. Im vergangenen Jahrhundert wurde sie mit etwa 30.000 beziffert; heute sprechen in Nordfriesland, einschließlich der Insel Helgoland, höchstens 10.000 Menschen Friesisch. Die nordfriesische Sprachgemeinschaft gehört damit zu den kleinsten Europas.

Es bestehen zwei Dialektgruppen mit neun Hauptmundarten: sechs des Festlandes (einschließlich der Halligen) und drei der Inseln Sylt, Föhr-Amrum und Helgoland. Die dialektale Aufgliederung erschwert die Bemühungen um den Erhalt des Nordfriesischen, stellt aber auch eine faszinierende sprachliche Vielfalt und einen kulturellen Reichtum dar.

Von den beiden anderen Minderheiten im schleswigschen Grenzland, den Deutschen in Dänemark und den Dänen in Deutschland, unterscheiden sich die Friesen dadurch, daß sie sich auf keinen Nationalstaat beziehen können. In dieser Hinsicht sind sie in Deutschland nur den Sorben in der Lausitz, im europäischen Zusammenhang zum Beispiel mit den Bretonen in Frankreich oder den Samen („Lappen") in Nordskandinavien vergleichbar.

Mit ihren „Verwandten" in Ost- und Westfriesland unterhalten die Nordfriesen seit langem Verbindungen. Alle drei Jahre finden gemeinsame Friesenkongresse statt. Ein grenzüberschreitendes Bindeglied ist der Friesenrat mit Delegierten aus Nord-, Ost- und Westfriesland. Auch an der Arbeit der Minderheiten auf europäischer Ebene nehmen Nordfriesen teil, vor allem im Rahmen des Büros für weniger verbreitete Sprachen, Dublin, und der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV).

Über die Sprachenvielfalt im „Sprachenland Nordfriesland" informiert eine sehr gut aufgemachte kleine Schrift, die vom „Nordfriisk Instituut" herausgegeben wurde. Anschrift: Süderstraße 30, 25821 Bredstedt

**Schweden/Samland**

Die schwedische Regierung hat sich in aller Form gegenüber der samischen Urbevölkerung des schwedischen Lapplands (der norwegische König hatte ähnliches bereits gegenüber den Samen im norwegischen Lappland getan) „für die Übergriffe der Vergangenheit" entschuldigt und dabei auch von „Vertreibung" gesprochen. Nun wird über die von samischen Verbänden geforderte Rückgabe von Land verhandelt.

**Schottland**

„Scottish Power" ist nicht etwa ein rassistischer Kampfsportclub, wie mancher glauben mag, sondern die staatliche Einrichtung, die für die Elektrizitätsversorgung für Kunden in dieser Region verantwortlich ist. Seit Ende 1998 können Nationalisten im Hochland und anderen Teilen des Landes ihre Stromrechnung in Gälisch verlangen. Wenn auch die Energie dadurch keinen Penny billiger wird, so wird der Preis wenigstens in der eigenen Sprache genannt. Das ist ein nicht unbedeutender Sieg für die Aktivisten der „Celtic League", vor allem wenn man weiß, daß noch nicht einmal 2 Prozent der schottischen Bevölkerung des Gälischen mächtig sind.

**Savoyen**

Die „Savoyische Liga", entstanden 1995, proklamiert seitdem das unveräußerliche Recht auf Souveränität und meint, daß Frankreich keine glaubwürdige Zukunft biete. Savoyen könne einzig auf sich selber zählen. Diese Nachbarregion Italiens (oder besser Piemonts) wurde 1860 durch den Französischen Staat annektiert. Cavour, Vorsitzender des Rates von Italien und Vorkämpfer des italienischen Einheitsge-

dankens, hatte mit Napoleon III. ein Übereinkommen geschlossen, worin über das Los des Großherzogtums Savoyen entschieden wurde.




*1815 bis 1860: Savoyen gehört zum Königreich Sardinien-Piemont*

Im Vertrag von Turin vom März 1860 verstärkte Cavour die italienische Einheit, und Frankreich annektierte das Territorium Savoyens, vorbehaltlich eines Referendums durch die einheimische Bevölkerung. Unter Androhung von französischer Waffengewalt mußte die Bevölkerung abstimmen gehen. Kein einziger Stimmzettel war gegen den Vertrag, der eine freie und neutrale Zone vereinbarte .

Im Jahre 1919 kamen Frankreich und die Schweiz im Vertrag von Versailles überein, die Neutralität dieser Zone abzuschaffen. Dies ist die juristische Basis, die die „Savoyische Liga“ angreift, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Sie will ein unabhängiges und föderales Savoyen schaffen, für das sie schon eine Verfassung vorgesehen hat, eine vorläufige Regierung und einen Staatsführer. In dem Buch „Renaissance Savoisienne“ (Savoyische Wiedergeburt) wird das jetzige koloniale System verworfen, das Frankreich eingeführt hat, und es wird betont, daß ein souveränes Savoyen keine Utopie sei, sondern die lichte Zukunft Savoyens.

Nach nunmehr vier Jahren zählt die Liga ca. 4000 Mitglieder, mit sechs Prozent der Stimmen hat die Liga im Regionalrat einen Sitz errungen. Ein kürzliches Referendum hat ergeben, daß in Hochsavoyen (Haute Savoi, im Norden gelegen) eine Mehrheit einer Unabhängigkeit von Frankreich zustimmt, gegenüber nur 30% im Süden (Savoje Sud).

**Kanada**

Die kanadische Bundesregierung und die Regierung der Provinz British Columbia haben nach umfangreichen Verhandlungen dem kleinen Indianervolk der Nisga'a in dessen Heimatgebiet an der Grenze zu Alaska insgesamt 2000 Quadratkilometer Land, Wald, Seen und damit auch Bodenschätze als Eigentum zurückgegeben und einer Zahlung von umgerechnet rund 300 Millionen DM als Wiedergutmachung zugestimmt.

**Schoschonen**

Diese amerikanisch-indianische Nation lebt über verschiedene Bundesstaaten im Westen der USA verteilt – unter anderem im Staat Nevada, wo 1951 das Atomwaffenversuchsgelände „Nevada Test Site“ eingerichtet wurde. Damit verletzten die Vereinigten Staaten jedoch einen Vertrag, den sie am 1.Oktober 1863 mit den Schoschonen schlossen und der die Grenzen der „Westlichen Schoschonischen Nation“ festlegte. Bis heute sind etwa 90 % des traditionellen Indianergebiets durch die USA besetzt, ungeachtet des oben zitierten Vertrages. Mit der Unterzeichnung des Allgemeinen Teststop-Vertrages im Jahre 1996 gab es einen Augenblick Hoffnung, daß die nukleare Bedrohung zu Ende gehen würde. Die subkritischen Atomversuche, Versuche, bei denen der Plutonium-Gehalt unter den Normen liegt, gingen jedoch weiter.

**Waiapi und Yanomami**

Diese kleinen Indianergemeinschaften im Urwald im Norden Brasiliens (jeweils einige hundert bzw.einige tausend Indianer) lebten bis vor ungefähr 25 Jahren völlig von unserer Zivilisation isoliert. Ihre semi-nomadische Lebensweise wurde im Laufe der 70er Jahre gestört, als Goldsucher in ihr Gebiet eindrangen und Krankheiten mitbrachten, gegen die diese Indianer nicht immun waren. Seitdem haben die Probleme der Ureinwohner nicht mehr nachgelassen. Zwar hat die Regierung Brasiliens die Integrität von Eingeborenengebieten anerkannt, doch sind solche staatlichen Bekundungen und Verträge das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Nach wie vor dringen illegale Goldsucher in das Gebiet ein, ebenso wie Kolonisten, die durch Abbrennen des Urwaldes ihr bebaubares Land zu vergrößern suchen. Im Ganzen gingen so schon zehntausende von Quadratkilometern Amazonaswald in Flammen auf. (Siehe zu diesem Thema auch das Interview mit dem Menschen- und Völkerrechtsaktivisten Rüdiger Nehberg in *wir selbst* 3-4/1998.)

**Türkei/Kurdistan**

Die türkische Verfassung besteht aus 177 Paragraphen. Allein 23 Paragraphen sind gegen die Kurden gerichtet. Mit diesen Paragraphen werden ihnen elementare Grundrechte und Freiheiten verweigert. Diese Einschränkungen werden meist mit der „Unteilbarkeit des Staates mit seinem Land und Volk“ begründet.

- Kurden dürfen keine kurdischen Theaterstücke und Filme aufführen oder Musik vortragen.
- Kurdische Namensgebung ist verboten.
- Kurden dürfen keine Schulen eröffnen, in denen Kurdisch unterrichtet wird.
- Kurden dürfen keine Zeitungen und Sendungen in kurdischer Sprache produzieren.
- Kurden dürfen keine kurdischen Ortsnamen benutzen.
- Kurden dürfen keine Parteien gründen, die ihre Rechte verteidigen.
- Es dürfen keine Radio- und Fernsehstationen errichtet werden, die Kurdisch senden.
- Kurden dürfen ihre Gedanken nicht auf Kurdisch äußern.
- Kurden dürfen keine Vereine gründen, die ihre Interessen vertreten.

(aus der Dokumentation des Verbandes der Juristen aus Kurdistan, Özgür Politica, 15.12.1998)

**Kurden in Deutschland**

Familie Aktas aus Friedrichshafen hat am 19.10.1998 eine Tochter bekommen. Die Familie entschied sich für den Namen Rojda („Der Tag“). Familie Aktas geht zum Standesamt. Dort stellt sich heraus, daß das Kind nicht Rojda heißen darf. Die Eltern denken für einen Augenblick, sie seien in der Türkei. Aber nein, sie sind in Friedrichshafen, beim Standesamt. „Aber warum?“, fragen die Eltern. Der Beamte erklärt, Rojda sei kein türkischer Name und stehe nicht in der Namenliste, die das deutsche Standesamt vom türkischen Konsulat erhalten habe. Wie war das noch einmal mit der freien Namensgebung in Deutschland? Es heißt, die Eltern dürfen frei entscheiden, welchen Namen sie ihren Kindern geben wollen – aber zumindest mit einer Ausnahme: keine kurdischen Namen. Auch in Deutschland nicht!



(Foto: G. Quast)

***Hanno Borchert***

# Leserbriefe

*Zu* ***wir selbst*** *3-4/98 „Globalisierung" allgemein*

Den Analysen des Heftes, namentlich denen von Henning Eichberg, Jean Ziegler und Michael Wiesberg ist nur zuzustimmen. Egal, ob man in die überregionalen oder die lokalen Spalten der Zeitungen blickt, die ökonomischen und sozialen Folgen der Globalisierung sind überall mit Händen zu greifen: Sei es, daß Daimler (jetzt -Chrysler), das seit langem keine Mark an Steuern mehr gezahlt hat, der neuen Regierung unverhohlen droht, nur noch im Ausland zu investieren, wenn der deutsche Staat nicht pariert, sei es, daß die Schließung US-gesteuerter, nur noch nominell mittelständischer Unternehmen einen 35.000-Einwohner-Ort wie den, an dem ich arbeite (Backnang), soeben weit über 100 Arbeitsplätze kostet (und der zweitgrößte Arbeitgeber am Ort ist auch schon in globaler US-Hand, weshalb dort von Arbeitsplatzabbau zu Arbeitsplatzabbau gezittert wird) – es ist überall das gleiche. Ein soziales Gewissen existiert in diesen Konzernen nicht einmal in Ansätzen. Es ist den Konzernzentralen in USA völlig egal, welche Folgen ihr Tun in den betroffenen deutschen (oder anderen) Städten hat. Schon heute trauern auch Leute, die seither eher als fortschrittsgläubig galten, den Zeiten nach, als einheimische mittelständische Unternehmer die Wirtschaft am Ort prägten – einheimische mittelständische Unternehmer, die auf örtlicher Ebene stets als Sponsoren bereitstanden und die ihre Arbeiter – bei aller da und dort vorhandener hemdsärmeliger Kapitalistenmanier – nicht als Schachfiguren auf dem Globus hin- und herschoben und nach dem Prinzip „hire and fire" spüren ließen, wie wenig sie wert waren. Man soll übrigens den Aspekt des Sponsorentums nicht als Marginalie einschätzen: Die örtliche und regionale Kultur und das Vereinsleben – und damit wichtige soziale Integrationsfaktoren – haben immer und in hohem Maße von ortsverwurzelten Unternehmern profitiert. Von den globalen Unternehmen mit Firmensitz in Amerika kam und kommt bei entsprechenden Anfragen nie auch nur eine müde Mark.

Das Fatale ist bei all dem, daß Deutschland und die anderen Industriestaaten nicht mehr in der Lage sein werden, eine einheitliche und schlagkräftige Arbeiterbewegung aufzubauen. Die Arbeiterbewegungen der durch Einwanderung multinational gewordenen Industriestaaten laufen Gefahr, handlungsunfähig zu sein durch die Konflikte der Nationalitäten untereinander. Bereits heute überlagern teils gewalttätige Kurden-, Türken-, Serben-, Albanerkonflikte und die Streitigkeiten muslimischer Fundamentalisten die klassischen sozialen Konflikte in Deutschland. Und was wir heute sehen, ist nur ein Anfang. Die Masseneinwanderung entpuppt sich als Paralyse-Instrument des globalen Kapitals zur Lähmung der Arbeitnehmerinteressen. Dabei braucht man hinter der Masseneinwanderung nicht eindimensional eine Verschwörung der Konzerne zu vermuten – wenn auch dieser Aspekt eine fundiertere Untersuchung verdienen würde als es bisher geschehen ist. Auf jeden Fall gehört wenig Hellsehergabe dazu zu prognostizieren, daß diese Gesellschaft uns allen in einem gewaltigen Knall um die Ohren fliegen wird, wenn wir einmal nicht mehr in der Lage sein werden, unsere Sozialsysteme zu finanzieren – denn die sind der einzige Kitt, die diese heterogene, werte- und normenlose Gesellschaft zusammenhalten. Und daß wir die Sozialsysteme nicht mehr werden finanzieren können, dafür sorgt schon die Globalisierung.

***Gerhard Fritz***




Ende der Globalisierung in Sicht!

*Zu: „. . .was heißt dann nach Souveränität des Volkes". Prof. Arno Klönne im Gespräch mit Siegfried Bublies.* ***wir selbst*** *3-4/98*

Arno Klönnes Blick auf die deutsche Geschichte und ihre „mörderischen Konsequenzen" – die er immerhin nicht auf die „Natur der Deutschen" zurückführt – offenbart seine Unwilligkeit anzuerkennen, daß politisch motivierter Massenmord in der Weltgeschichte alles andere als selten vorkommt. Allein bis 1950 gab es etwa dreihundert organisierte Massenausmordungen weltweit, keines der Tätervölker hat auch nur entfernt daran gedacht, seine Vergangenheit irgendwie zu „bewältigen", was auch psychologisch überhaupt nicht wirklich möglich ist. Allenfalls kann man versuchen, sich mit Bedacht von bestimmten Sünden zu distanzieren und für sich persönlich daraus Konsequenzen zu ziehen.

Eindeutige Erklärungen für die deutschen Verbrechen gibt es, entgegen Klönnes Behauptung, in der „deutschen Gesellschafts- und Mentalitätsgeschichte" (Goldhagen durch die Hintertür) nicht, gerade weil sie nichts Singuläres, sondern mit den Völkermorden und Massenausrottungen Stalins und Pol Pots durchaus vergleichbar sind. Solche bitteren Wahrheiten hört mancher natürlich nicht gerne, in der Tat hatte aber „jedes Volk seine Hitlerzeit" (Anwar el Sadat).

Klönne weist die „Mystifikation der Nation" entschieden zurück, mystifiziert dann aber seinerseits die Menschenrechte (die als eine Rebellion gegen Gott entstanden sind und heute auch das Recht auf Massenabtreibungen und Drogensucht beinhalten), die Verfassung (die jedoch durchaus verschieden interpretierbar ist und auch zur Denunziation des politischen Gegners mißbraucht wird) und – last bust not least – die Moderne (die von der Linken nur allzu gerne mit der Aufklärung verwechselt wird).

Abenteuerlich wird es, wenn Arno Klönne dem „Vielvölkerstaat" das Wort redet. Dem „national-traditionellen Prinzip" unterstellt er generell „menschenfeindliche Konsequenzen" und bezeichnet es als „realitätsfern" – gleichzeitig präsentiert er sein eigenes Konzept einer multi-ethnischen Gesellschaft. Ob jedoch dieses Modell eines multi-ethnischen friedlichen demokratischen Gemeinwesens der Realität näher kommt, ist zu bezweifeln. Es mit Gewalt herbeibomben zu wollen, wie es derzeit im Kosovo versucht wird, ist jedenfalls nicht nur nicht möglich, sondern darüber hinaus moralisch wie völkerrechtlich untragbar.

Arno Klönne mag all dies für nicht akzeptablen anthropologischen Pessimismus halten – er seinerseits glaubt durchaus an die Emanzipierbarkeit des Menschen. Dagegen wäre auch gar nichts zu sagen, wenn dahinter ein realistisches politisches Konzept erkennbar wäre. In Deutschland hat aber die politische Linke – genau wie die Rechte – längst kapituliert. Geblieben sind weitgehend nur noch Ressentiments und fanatischer Haß gegen den jeweiligen politischen Gegner. Sich aus dieser erbarmungslos langweiligen Monotonie herauszuhalten, und sei es auf eine überlegen-spielerische Weise, wird allmählich zur Pflicht, will man nicht der totalitären Verfolgungssucht moralisierender Antifa-Piraten zum Opfer fallen.

***Werner Olles***

*Zu „Kann das deutsche Volk den Frieden noch retten?" von Horst Mahler in* ***wir selbst*** *3-4/98*

Nicht die kollektiv verfemte „politische Klasse", sondern der Autor selbst, der sich aus Profilneurose vom RAF-Terroristen zum Rechtsradikalen verwandelt hat, „spielt mit dem Feuer". Den Fremdenhaß, vor dem er angeblich nur warnen will, schürt Horst Mahler selbst. Mitten in der Diskussion um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes unterstellt er, daß Zuwanderer aus aller Welt die Deutschen vertreiben oder gar ausrotten wollen. Seine Terminologie ist zum Teil nazistisch (z.B. „Volkskörper"), die starre völkische Identität, die er ständig beschwört, rassistisch konstruiert.

Viele Zuwanderer und ihre Kinder, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, sprechen deutsch (oder bairisch oder schwäbisch usw.) und denken deutsch. Daß sie gleichzeitig in einer zweiten Kultur beheimatet sind, bereichert uns alle. Das ist keine Multi-Kulti-Ideologie, sondern komplexe Erfahrungsrealität einer modernen Gesellschaft. Wenn Mahler Bosnien als Beweis dafür anführt, daß „friedliches ethnisches Einerlei" nicht möglich sei, dann denkt er nicht anders als der Kriegsverbrecher Radovan Karadzic. Daß in diesem Land noch heute muslimisch-serbische Ehen geschlossen werden, widerlegt beide.

*... doch ich sage es gegen Ihr Lächeln: Heimat, das ist für mich nicht allein der Ort, an dem die Toten liegen; es ist der Winkel vielfältiger Geborgenheit, es ist der Platz, an dem man aufgehoben ist, in der Sprache, im Gefühl, ja, selbst im Schweigen aufgehoben, und es ist der Flecken, an dem man wiedererkannt wird; und das möchte doch wohl jeder eine Tages: wiedererkannt, und das heißt: aufgenommen werden ...*

Siegfried Lenz: Heimatmuseum

Unbestritten ist hingegen, daß die Deutschen – ebenso wie jede andere Nation auch – das Recht haben, die Zuwanderung in ihr Land einzuschränken und gleichzeitig von Neuankömmlingen gesellschaftliche Integration zu fordern. Dazu gehört vor allem der Respekt vor der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Genau diese sieht auch vor, daß politisch Verfolgte Asyl erhalten und daß Menschen, die vor Krieg und Völkermord fliehen, zeitweilig Aufnahme finden sollen.



***Dr. Andreas Selmeci***
***Gesellschaft für bedrohte Völker***

# Buchbesprechungen

**Maxime Laguerre: Unsere Gesellschaft am Abgrund. Die Irrwege des Fortschritts und seine Folgen.** Deutsche Ausgabe: Hohenrain Tübingen / Zürich / Paris 1997. 318 S., DM 32, ISBN 3-89180-047-9




„Der Mensch hat die Naturordnung verlassen." Das ist der fast schon in apokalyptischer Weise drohende Tenor der Aussagen, die der französische Unternehmer und Autor Maxime Laguerre im vorliegenden, 1996 erstmals in seinem Heimatland erschienenen Werk aufstellt. An diese Behauptung knüpft er dann über mehr als 300 Buchseiten eine lange Reihe von zahlreichen Fallbeispielen und Betrachtungen an, die sich wie ein Kompendium der konservativen Zeit- und Gesellschaftskritik aus den letzten zweihundert Jahren liest.

Die Armut und die Arbeitslosigkeit in der Welt steigen, wie Maxime Laguerre unzweifelhaft richtig erkennt, ständig weiter an. Der Drogenkonsum greift um sich, ebenso die Kriminalität. Immer mehr Jugendliche sind orientierungslos und begehen Selbstmord. Während die Verschmutzung des Trinkwassers und der Atemluft steigen, nehmen die natürlichen Ressourcen weiter ab. Kriege von bisher ungeahntem Ausmaß drohen. Die Kunst ist korrumpiert, alle Besonderheiten der Traditionen und Kulturen fallen nach und nach der Zerstörung anheim. Erschrekkend sind auch der laufende Anstieg der Scheidungen und der damit einhergehende Zerfall der Familien. Der Bauernstand wird ins Elend getrieben und zerstört, das Schul- und Erziehungssystem ist am Ende, die überlieferten Wertsysteme und Ordnungen zerbrechen allenthalben. Diese Krisenerscheinungen greifen immer weiter um sich und ziehen dabei immer mehr Völker und Menschen in ihren verderblichen Bann.

Der Benennung und Auflistung dieser Symptome durch Laguerre kann man sicherlich nicht widersprechen, sie ist, für sich genommen, über weite Bereiche hinweg korrekt. Maxime Laguerre zeigt von Verfallserscheinungen begleitete wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wandlungsprozesse auf, deren reale Existenz von kaum jemandem geleugnet werden dürfte und deren Ausmaß sich allein schon in amtlichen Statistiken der verschiedensten Art nachlesen läßt. Sie werden von konservativer und nationaler, aber durchaus auch von sozialistischer Seite seit vielen Jahrzehnten immer wieder als Probleme benannt und selbst im dominierenden liberalen Milieu kaum abgestritten, sondern allenfalls in beschönigender oder verharmlosender Weise uminterpretiert. Man könnte es sich also recht leicht machen, Laguerres umfangreiche Klageschrift über die „Gesellschaft am Abgrund" mit einer gewissen Sympathie unter der Rubrik „altkonservative Stoßseufzer" ablegen und sich dann wieder der eigentlich wesentlichen Fragestellung zuwenden, was denn jenseits der schon längst und oftmals gestellte Diagnose an Therapie anzuwenden wäre.

Doch beläßt es Laguerre nicht allein bei den altbekannten und schon oft gehörten Klagen. Er versucht in seinem Buch vielmehr, ein übergreifendes Erklärungsmuster für Krise und Verfall herauszuarbeiten und glaubt dabei einen Mechanismus entdeckt zu haben, der all dem Negativen zugrundeliegt: Es ist, so behauptet er, die Neigung des Menschen, sein Leben und das seiner Art durch fortwährende technologische Innovationen verbessern zu wollen, die zwangsläufig zum Verlassen der natürlichen Ordnung und in unserem Jahrhundert schließlich zur immer schnelleren Potenzierung von Krise und Verfall führte. Dieser Neigung, für Laguerre der Kern dessen, was gemeinhin als „Fortschritt" bezeichnet wird, müsse energisch widerstanden, der prometheische Zug im Wesen des Menschen müsse gezügelt und unterdrückt werden. So schreibt er zusammenfassend:

„Wir müssen uns von den Trugbildern des Fortschritts lossagen, wir müssen unserem stolzen Ehrgeiz ent-

*Energieversorgung durch Solarzellen:*
*Der 300 Jahre alte Rappeneckerhof im Schwarzwald nahe Freiburg i.Br.*



sagen, alle Mechanismen der Welt zu erkennen, um diese noch besser zu beherrschen. Wir müssen versuchen, eine friedlichere, natürlichere Gesellschaft aufzubauen. Dazu müssen wir auf den Fortschritt – zumindest auf einen Teil – verzichten." (S. 315)

Spätestens an diesem Punkt wird deutlich, auf welche Abwege auch eine subjektiv durchaus gutgemeinte Klage über die Dekadenzerscheinungen der modernen Zivilisation führen kann. Was Maxime Laguerre offensichtlich ersehnt, ist der regressive Schritt zurück in eine verklärte, überschaubare und weitgehend agrarisch-handwerklich geprägte Welt, die vor den Herausforderungen der Technik letztlich kapituliert hat. Allein, diese Regression ins vermeintliche Idyll der Vergangenheit, der alte Traum vieler Konservativer feudaler oder auch bürgerlicher Prägung, wird nicht gelingen, nicht nur, weil sie Ausdruck der Verzagtheit, ja Feigheit ist, sondern auch wegen ihrer Unmöglichkeit angesichts der bereits real vorhandenen Technik. Denn diese ist es, deren Strukturen, Potentiale und – bereits zutage getretenen – Konsequenzen eine bewußte und planmäßige Bändigung und Überwindung erfordern, im Sinne einer besseren, einer überlegeneren und (wenn man so will) naturgemäßeren Technik. Gefordert dabei sind jedoch – gerade in der Krise und in Zeiten des Verfalls – der kühne Durchbruch nach vorn, ein visionäres Denken, der Mut zu völlig neuen Wegen und die unbedingte Bereitschaft, in den vielfältigen „Stahlgewittern" der Moderne zu bestehen, wohl wissend, daß es erst jenseits von ihnen wieder fruchtbares Neuland gibt. Nicht gefragt, sondern nur hemmend ist dagegen der Geist des winselnden Zurücksehnens nach einer vermeintlichen „guten, alten Zeit", der letztlich die ebenso vergebliche wie dümmliche Hoffnung symbolisiert, sich den „Stahlgewittern" erst gar nicht stellen zu müssen.



*Barocklandschaft mit Parabolantenne der Erdefunkstelle Raisting bei München*

Dies mag zunächst abstrakt klingen, läßt sich aber durchaus konkretisieren. Wenn Maxime Laguerre z.B. die Entwicklung und Erschließung von neuen Energiequellen als eine „Gefahr für die Zukunft" (S. 217 - 221) bezeichnet, so schließt er die Augen vor der Tatsache, daß die negativen Folgen einer falschen, weil vom privaten Profit bestimmten Technologie letztlich nicht durch das Zurück zur biedermeierlichen Beschaulichkeit, sondern nur durch neue, qualitativ vollkommen andersartige Technologien überwunden werden können. Die Antwort etwa auf die gefährliche Kernspalttechnik kann eben nicht mehr der über hundert Jahre alte Verbrennungsmotor und schon gar nicht das Wasserrad sein. Vielmehr stellen sich in gebieterischer Weise gewaltige Aufgaben und Herausforderungen hinsichtlich eines technologischen Durchbruchs „nach vorne", etwa bei der Entwicklung der Kernfusionstechnik oder der Vakuumenergie, auch wenn dies einen entsprechend teuren und auf längere Sicht gewiß noch nicht profitablen Forschungsaufwand erfordert.

Genau hier – bei der Frage nach dem Stellenwert der ökonomischen Rentabilität und überhaupt des künftigen Stellenwertes der Ökonomie – liegt die von Maxime Laguerre nur in höchst unzulänglicher Weise ins Auge genommene Kernproblematik der angesprochenen Krisen- und Verfallserscheinungen. Nicht die Technik, der „Fortschritt" und die technologischen Innovationen an sich sind schädlich und verfallsfördernd, sondern immer die Zielrichtungen und die Motivationen, die sich jeweils mit ihnen verbinden. Hier liegt die eigentliche Aufgabe, an der anzusetzen ist. Es gilt, den durch den Siegeszug des Liberalismus mittlerweile fast weltweit durchgesetzten Primat der Ökonomie zu brechen und dafür kulturellen wie politischen Sinngebungen bzw. Aufgabenstellungen auch in der Technologieentwicklung wieder den Vorrang einzuräumen.

Eine Technologie, die nicht in erster Linie von wirtschaftlichen Rentabilitätserwägungen inspiriert wird, sondern sich stattdessen als Beitrag zur politischen Mission des jeweiligen Volkes, als Beitrag zu seiner kulturellen Höherentwicklung, vielleicht gar als religiös motivierten Dienst versteht, wird völlig andere Strukturen und Folgen zeitigen als die jetzige, ohne dabei in Verzagtheit und Regression zu verfallen. Sie wird – ganz im Gegenteil – unter Umständen sogar wesentlich höhere Wirkungsgrade erzielen können, da der Reibungsverlust mit ihrem Umfeld geringer, ihre harmonische Einpassung in das Gesamtgefüge eines volklichen Organismus größer und der Motivations- bzw. Mobilisierungsgrad der an ihrer Entwicklung und Anwendung Beteiligten weit weniger abhängig von kurzfristigen wirtschaftlichen Gewinnerwartungen und ähnlichen Schwankungsvariablen ist.

„Der Mensch hat die Naturordnung verlassen", lautet Laguerres auf Seite 21 seines Buches aufgestellte und dann in den unterschiedlichsten Variationen immer aufs neue wiederholte Ausgangshypothese. Allein dieser Ansatz ist von Grund auf falsch. Der Mensch ist Teil der Natur, Teil des großen All-Einen, seiner Evolution und seiner zyklischen Bewegung – er wird es sein, solange es ihn als Art gibt. Der Mensch kann, wie Ernst Jünger in „Siebzig verweht V", dem letzten seiner Tagebuchbände, feststellt, „ob es ihm nützt oder schadet nur zu dem beitragen, was die Erde will". Der Aufforderung Friedrich Nietzsches im „Zarathustra", „der Erde treu" zu bleiben, leistet er allemal Folge, denn es ist seine Natur. Auch wenn er, dem faustischen Zug zur eigenen Weiterentwicklung und Überwindung folgend, einst in den Kosmos vorstoßen mag, ist er doch stets nur Teil des All-Einen, eine seiner Manifestationen. Und nichts geschieht, was der ewigen Ordnung dieses All-Einen zuwiderläuft.

***Peter Bahn***

**Zeitschriftenkritik**

**„Mittelweg 36"** erscheint zweimonatlich, Einzelpreis DM 18, im Abonnement DM 16. Hamburger Edition HIS Verlagsges. Mittelweg 36, 20148 Hamburg

Das Hamburger Institut für Sozialforschung wurde vor allem durch die umstrittene Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" bekannt. In der April/Mai-Ausgabe der von den Hamburgern im 8. Jahrgang herausgegeben Zeitschrift „Mittelweg 36" fällt neben einem Text von Hannes Heer, dem Initiator der „Wehrmachts-Ausstellung", vor allem Wolfgang Kraushaars Aufsatz „Die neue Unbefangenheit. Zum völkischen Nationalismus ehemaliger 68er" auf. Der Politikwissenschaftler Kraushaar, Jahrgang 1948, in den siebziger Jahren ASTA-Vorsitzender an der Frankfurter Universität, seit 1987 Mitarbeiter des Instituts, veröffentlichte in den letzten Jahren u.a. mehrere Bände zur Studentenrevolte von 1968. Er ist also jemand, der sich bestens auskennt in den Milieus der 68er, das feit jedoch nicht unbedingt vor Irrtümern. Horst Mahler, Bernd Rabehl, Günter Maschke, Reinhold Oberlercher, Manfred Lauermann, Rainer Langhans – die Liste der „Nationalrevolutionäre", „linken Nationalisten" und „nationalen Linken", da unterscheidet Kraushaar fein, ist lang, allerorten entdeckt der Autor Renegaten, die der Linken schnöde den Rücken gekehrt haben – sogar Rudi Dutschke kommt nicht ungeschoren davon.

Der Autor skizziert Rabehls Vortrag bei der Münchener Burschenschaft „Danubia", dieser habe hier „seine Wurzeln wiederentdeckt", keine Rede sei mehr „von der NS-Vergangenheit, gar vom Holocaust", der Aufbruch der 68er erhalte bei Rabehl „Züge eines unfreiwillig-tragischen Scheiterns", seine Argumentation, in Wirklichkeit seien die APO-Aktivisten „nützliche Idioten" der amerikanischen re-education-Politik und „Handlanger der USA" gewesen, erinnere an Schrenck-Notzings „Charakterwäsche". Aber schon lange vor seiner „Danubia"-Rede hat Bernd Rabehl in einer Erwiderung auf die 68er-Hommage des Berliner Wissenschaftssenators Radunski die Meinung vertreten, daß die 68er-Kulturrevolution an sich selbst und ihren Widersprüchen gescheitert sei. Ihr erklärtes Ziel, die Überwindung des Kapitalismus hätte sie nicht erreicht, aber dafür die letzten Zusammenhänge mit der bürgerlichen Kultur zerstört und zu einer Entfesselung des Kapitalismus geführt. Was der Nationalsozialismus noch an deutscher Kultur übrig gelassen habe, sei von der 68er-Revolte mit Stumpf und Stil ausgerottet worden. Kraushaar hätte nur zuhören müssen, um zu erkennen, daß hier wieder einmal jemand aus der linken Kuschelecke in die Wirklichkeit desertiert.

Was Kraushaar zu Horst Mahler schreibt, dessen politische Zielsetzungen er als „ein Problem der Maßlosig-

# Zum Tode von Jürgen Fuchs

Der Blutkrebs, jene Krankheit, der Jürgen Fuchs erlag, war nach seinen Worten „nicht gottgewollt, sondern menschengemacht". Der Satz ist kennzeichnend für den Menschen Jürgen Fuchs: eine von vielen Zeitgenossen als peinlich empfundene religiöse Haltung, eine nüchterne Wahrnehmung der Wirklichkeit (die ihm von übelwollenden Opportunisten des Zeitgeistes als Paranoia ausgelegt wurde), ein unbeirrbares Festhalten an der Würde menschlicher Moralität. Die Stasi wußte, warum sie Jürgen Fuchs „zersetzen", „liquidieren" wollte: Er stand mit seiner Existenz für den unbeugsamen Widerspruch zu jenem Regime, welches in der Travestie des sozialistischen Humanismus ein mit krimineller Energie betriebenes totalitäres System von Knechtung, Anpassung und Konformität errichtet hatte.

Jürgen Fuchs, zunächst noch gläubiger Sozialist, hatte das System nach kurzer Zeit durchschaut: 1973 Mitglied der SED, im April 1975 Parteiausschluß wegen „feindlicher Angriffe gegen die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft in der DDR". Gegen die Lauterkeit seiner Persönlichkeit setzten die „Organe" jenes anderen aus der Konkursmasse der Nazi-Diktatur entstandenen Staatsgebildes auf deutschem Boden die in derlei Systemen erprobten Mittel ein: Gefängnis, Ausbürgerung, Transitverbot, Attentat. Allein, an Jürgen Fuchs, an seiner geistigen Klarheit und moralischen Gewißheit, scheiterten alle Techniken der „Zersetzung". Statt zu zerbrechen, inspirierte Fuchs andere Menschen mit Lebensmut: als Schriftsteller, als „Dissident", als Sozialpsychologe.

Mit ***wir selbst*** war Jürgen Fuchs in spezifischer Weise verbunden. Autoren wie Lutz Rathenow oder Rüdiger Rosenthal und Künstler wie Sieghard Pohl hatten in den achtziger Jahren in ***wir selbst*** publiziert – über die Adresse von Jürgen Fuchs gelangten Exemplare der Zeitschrift an seinen Freund Rathenow und über diesen in die Dissidentenszene.

Ohne irgendwelches patriotisches Pathos fühlte und dachte der DDR-Exulant aus der Erfahrung der Geschichte heraus gesamtdeutsch. Jenen westdeutschen Linken, die von der Wirklichkeit im Friedensstaat DDR nichts Näheres wissen wollten, die deren Sozialismus und Antifaschismus für bare Münze nahmen, waren die DDR-Dissidenten stets ein Dorn im Auge. Daß Jürgen Fuchs im Blick auf die Realität und Praxis des DDR-Regimes davon sprach, dieses habe ein „Auschwitz in der Seelen" angerichtet, machte ihn bei den einäugigen Ideologen vollends verhaßt. Er trug derlei Anwürfe mit Gelassenheit.



*Jürgen Fuchs*

Was ihn empörte, waren die in Ost und West höchst erfolgreichen Bestrebungen zur verklärenden Rückschau, zur Verharmlosung des Systems („kein reiner Unrechtsstaat!") und zum rein opportunistischen Machtarrangement mit den jungen Chargen des Alten Regimes. Jürgen Fuchs' Stimme des humanen Widerspruches ist am 9. Mai 1999 für immer verstummt.

***Herbert Ammon***

keit“ definiert, ist ebenfalls relativ dürftig. Der Rechtshegelianer Mahler sieht Nationalsozialismus und Kommunismus in ihrer Unterschiedlichkeit als Momente einer Einheit. Kraushaar nennt dies „aberwitzigen Zynismus“, weil er auf tragische Weise die geistige Verklammerung der beiden Totalitarismen mißversteht, ein Fehler übrigens, den er mit zahlreichen anderen Linken teilt.

Recht hat Kraushaar, wenn er konstatiert, daß es bei den 68er-Renegaten „weniger um eine Veränderung des Intellekts, als um einen Ausbruch der Mentalität geht“. Da kann man ihm zustimmen, wenngleich Günter Maschke, autoritärer Etatist par excellence, mit dem „völkischen Nationalismus“ des Untertitels wohl kaum etwas zu tun haben dürfte.

*Werner Olles*

**Franz W. Seidler: Die Militärgerichtsbarkeit der Deutschen Wehrmacht 1939-1945.** Verlag S. Bublies 1999. 336 S., 74 Abb. etc., DM 39,80

Waren die Militärrichter der deutschen Wehrmacht tatsächlich nichts als willige Werkzeuge der Befehlshaber und fanatische Vertreter der nationalsozialistischen Justiz? Prof. Seidler, von 1973 bis 1998 Professor an der Universität der Bundeswehr in München, differenziert diese Einschätzung. Bei der vorbehaltlosen Kriminalisierung der Wehrmachtjustiz bleibe unberücksichtigt, daß Hitler die Wehrmachtrichter für unzuverlässig, weil gesetzestreu und für ideologisch unbelehrbar hielt.

Prof. Seidlers Untersuchung gilt als *das* einschlägige Standardwerk und ist eine zuverlässige Informationsquelle für eine unvoreingenommene Beurteilung der Wehrmacht im Kriege.




*Baldur Springmann*

## Bauer mit Leib und Seele

**Bd. 1:** ***Das weiße Wolkenschiff***, 293 S.
**Bd. 2:** ***Heimat aus Licht***, 288 S.

zusammen **DM 56.-**

Baldur Springmann, Lebensschützer und Galionsfigur der grün-ökologischen Bewegung, verwirklichte auf seinem Hof alternative Modelle sozialen und ökologischen Handelns. Seine Lebenserinnerungen sind durchdrungen von einem tiefen Verbundensein mit der Natur, von gelebter Mitmenschlichkeit, zunehmend auch von innigem Sich-Anvertrauen an das Göttliche – und von heiter-warmherziger Zuwendung denjenigen gegenüber, die darin lesen.




Bilddokumentation mit Texten von Arno Surminski, Lew Kopelew, A.M. de Zayas u.a. 240 S. DM 19,80




Ein Standardwerk, das die Hintergründe der Vertreibung wesentlich erhellt. 392 S., Tb. DM 29,90




*Henning Eichberg*

## Die Geschichte macht Sprünge

**Fragen und Fragmente**

242 S., Pb. **DM 32.-**

Henning Eichberg, der bedeutendste Nationalismus-Theoretiker der Gegenwart, analysiert die Bedeutung des Nationalen in Hinblick auf Identität und Entfremdung, auf Krieg und Frieden, auf den Zusammenhang von Nation und Revolution. Die brillanten Einzelstudien sind durchzogen vom Denken Johann Gottfried Herders, N.F.S. Grundtvigs und Martin Bubers. – Eichberg entwirft eine moderne, libertäre Philosophie des Volkes, die kein System darstellt, sondern einen Prozeß des Infragestellens auslöst.




Eine umfassende Bilanz des Vertreibungsgeschehens mit Originaldokumenten und psychologischen Analysen. 248 S. DM 34




Mit Dokumenten, Zeugenaussagen, Fotografien; ostdeutsche Kulturgeschichte; völker- und menschenrechtliche Aspekte. 228 S. DM 24




Der Fernsehjournalist entdeckt im Land seiner Väter die Spuren deutscher Kultur und spricht mit mit den heutigen Bewohnern. DM 39,80




Eine Liebesgeschichte in der Dünenlandschaft der Kurischen Nehrung vor dem Hintergrund der Zerstörung Königsbergs 1944. DM 44




Lesebuch mit Werken von 58 Autoren (Bienek, Bobrowski, Dönhoff, Härtling, Lenz, Piontek, Solschenizyn u.a.); 349 S., 21 Zeichn., DM 22,50




Polnische Intellektuelle, Historiker, Journalisten und Politiker nehmen zur Vertreibung der Deutschen Stellung. 312 S. DM 39,80




Dokumentation des Bundesarchivs über Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Zahlreiche Erlebnisbereichte. 365 S. DM 24,80




Sehr persönliche Porträts vermitteln einen Eindruck von dem Trauma, die Heimat zu verlieren und in der Fremde neu anzufangen. DM 36




Der Autor, Jg. 1928, Halbjude, berichtet von seiner Jugend als Verfemter und Verfolgter und vom Untergang seiner Stadt. 402 S. DM 24




Mit eindrucksvoll warmer Stimme liest Agnes Miegel aus ihren Gedichten. Zwischenmusik: Land der dunklen Wälder, Ännchen von Tharaw, Zogen einst fünf wilde Schwäne u.a.

CD DM 29,80
MC DM 19,80

Mindestbestellwert DM 50

Hiermit bestelle ich

| Anzahl | Titel | Preis |
|---|---|---|
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |

***wir selbst*-Büchermarkt**
**Postfach 168 · 56001 Koblenz · Fax 06746-730048**

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

# DIE GESCHICHTE - DER SCHLÜSSEL ZUR KATASTROPHE

## Die große Balkan-Trilogie, die zeitgeschichtliche Zusammenhänge Europas deutlich macht




Igor Šentjurc, **Feuer und Schwert**
848 Seiten, DM 49,80
ISBN 3-7844-2202-0
**Langen Müller**




Igor Šentjurc, **Im Sturm**
542 Seiten, DM 44,–
ISBN 3-7844-2314-0
**Langen Müller**




Igor Šentjurc, **Vaters Land**
352 Seiten, DM 49,90
ISBN 3-7844-2573-9
**Langen Müller**

Eine große Familiensaga, die die Jahre der Zeitwende vom Untergang des alten bis zum Wiederaufstieg des neuen Europa aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs umfaßt. Ein kraftvoller, bilderreicher und mit großem erzählerischen Atem gestalteter Roman.

### Die neue umfassende Auseinandersetzung mit den Vertreibungen 45/48

Heinz Nawratil
Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948
Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit
Universitas

Auf eindringliche Weise wird hier an das letzte Kapitel einer unbewältigten Vergangenheit gemahnt: das Schicksal jener fast drei Millionen Menschen, die die Vertreibungen aus dem Osten nicht überlebten.

Heinz Nawratil
**Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948**
248 Seiten, DM 34,–
ISBN 3-8004-1387-6
**Universitas**

### Trauma und Wirklichkeit Jugoslawiens




Bisher dämonisierte man die Serben ohne Berücksichtigung ihrer Vergangenheit als Kriegshetzer und Mordgesellen. Olschewski aber geht auf die Suche nach den Wurzeln und Ursachen des jugoslawischen Krieges.

Malte Olschewski
**Der serbische Mythos**
Die verspätete Nation
478 Seiten, DM 49,90
ISBN 3-7766-2027-7
**Herbig**




*Henning Eichberg*: **Der Troll, der Golem und der Joker**. Sozialismus und Kultur in Zeiten der Globalisierung
*Jean Ziegler*: **Globalisierung – Tod der Gesellschaft**
**„... was heißt dann noch ‚Volkssouveränität'?“** *Arno Klönne* im Gespräch mit Siegfried Bublies
*Dieter E. Zimmer*: **Neuanglodeutsch**
*Hans Magnus Enzensberger*: **Von den Zumutungen der Kulturpolitik**
*Winfried Knörzer*: **Kampf der Kulturen – die Vorstellung wird abgesagt!**
**„Das scheinbar Aussichtslose versuchen“**. *Rüdiger Nehberg* im Gespräch mit Hanno Borchert
*Horst Mahler:* **Kann das deutsche Volk den Frieden noch retten?**
*Claus Wolfschlag:* **Die Fremden, das sind wir**
*Bernd Rabehl:* **Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritären Lager der Radikalopposition zwischen 1961 und 1980**
***wir selbst* 3-4/1998** 124 S., **DM 20**


**wir selbst**

**Verlag S. Bublies**
**Postfach 168**
**56001 Koblenz**
**Fax 06746/730048**


*Herbert Ammon*: **Die Linke, die Moral und die Nation**
*Günther Nenning*: **Paradies als Heimat – Heimat als Paradies**
*Henning Eichberg*: **Der „Brief aus Sachsen, die Linke und das Volk**
**Die Partei des „totalitären Alptraums“.** Interview mit *S. Faust*
*Winfried Knörzer*: **Der flüchtige Charme des Linksnationalismus**
*Sascha Jung*: **Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten**
*A. Benedikter* über **Südtirol**
Interview mit dem Kinderbuchautor *Otfried Preußler*
**2/1998** 96 S., **DM 10**




*Henning Eichberg*: **Der Unsinn der „Konservativen Revolution“.**
*Markus Josef Klein*: **Die romantische Komponente.** Zur Verbindlichkeit des Begriffs der KR
*Paulus Buscher*: **konservative revolution: „augen geradeaus! die...achterbahn rückwärts - vorsicht an der bahnsteigkante**
*Alfred Mechtersheimer*: **Selbstvergessene Politik und nationale Erneuerung**
**Von der Heilsrune Hagal und dem göttlichen Wesen des Lichtes.** Interview mit *Baldur Springmann*
**1/1996** 80 S., **DM 10**







*H. Eichberg*: **Leben mit Grenzen**
*Irenäus Eibl-Eibesfeldt*: **Warum wir die Natur lieben und dennoch zerstören**
*H. Eichberg:* **Volk, folk und Feind**
*Hans-Joachim Maaz:* **Die Mauer in den Köpfen**
*Thea Bauriedl:* **Die Notwendigkeit von Grenzen in Beziehungen**
*Sigrid Früh:* **Grenzen und Grenzüberschreitungen in Märchen und Sage**
*Baldur Springmann:* **Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen**
**1/1998** 92 S., **DM 10**




*Wolfgang Strauss*: **Ohne Blut glaubt das russische Volk nicht**
*Henning Eichberg:* **Wer von den Völkern nicht reden will, soll von den Menschen schweigen.**
*Helmut Kirchner:* **Soll Deutschland Einwanderungsland werden**
*Lutz Rathenow:* **Meine evangelische Kirche**
*Wolf Deinert:* **Vorwärts – aber wohin?** Die SPD, die Linke und die ehemalige DDR-Opposition
*Hrvoje Lorkovic:* **Der Feind der Kroaten, das waren nicht die bosnischen Muslime**
**3-4/1992** 80 S., **DM 10**

---

*Hrvoje Lorkovic*: **Die deutsche Neurose**
*Henning Eichberg*: **Wer sind wir eigentlich?** Zur Kultursoziologie als Identitätswissenschaft – *Bernd Längin*: **Die Amischen**
*Lutz Rathenow*: **Aufarbeitung des Stalinismus in der DDR**
**Heft 2/1990** 52 S., **DM 5**




*Henning Eichberg*: **„Eingegrabene Spuren“** oder: Die deutsche Identität, gegen den westlichen Strich gebürstet – *Martin Schmidt*: **Die Identitätskrise der Schweizer.**
**„Ein homo anonymus hat keine Kultur“.** Interview mit *Wolfram Bednarski*
**Heft 2/1991** 48 S., **DM 5**







*Henning Eichberg*: **Amerikas Krieg und Ende?**
**„Ich bin ein Gegner des Amerikanismus“.** Interview mit *Alfred Mechtersheimer*
*Heinz-Siegfried Strelow:* **„Mächtige moderne Kulturbewegung entfacht“.** Ein Portrait Ernst Rudorffs
**Heft 1/1991** 48 S., **DM 5**




*Horst Groepper:* **Die Sowjetunion und die deutsche Einheit** – *Marcus Bauer:* **Die Aktualität des Nationalismus im Sowjetimperium** – *Sebastian Haffner:* **Zum 100. Geburtstag Ernst Niekischs** – *Henning Eichberg:* **Brief an einen vormals grünen Republikaner**
**Heft 11/12 1989** 40 S., **DM 5**

Die unten abgebildeten vier *wir selbst*-Ausgaben zusammen erhalten Sie zum Sonderpreis von DM 15.